

# WAS TUN? Что делать?

Berlin - Russland seit der Oktoberrevolution:  
Aspekte einer komplizierten Beziehung



Die Oktoberrevolution in Russland hat in den 1920er Jahren eine nicht unbedeutende russische Einwanderung nach Berlin ausgelöst. Allerdings hat sich diese Immigration ins kulturelle Gedächtnis der Stadt kaum eingepägt. Zum einen umfasste sie kaum mehr als ein Jahrzehnt und hatte nur eine kurze Blütezeit. Zum anderen verschwanden mit der Gruppe der Migranten auch viele Spuren einer multikulturellen und politisch höchst ambivalenten Gesellschaft im Berlin der Weimarer Republik.

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Die Berliner Geschichtswerkstatt ist ein gemeinnütziger Verein, der seit 1981 besteht.

Im Zentrum unserer Arbeit stehen Alltagsgeschichte und die Geschichte „von unten“, wobei wir die Erinnerungsarbeit nicht als Selbstzweck verstehen. Wir wollen anhand des Schicksals der Nachbar\*innen am Wohnort Zeitgeschichte und die eigene Verstrickung darin nachvollziehbar machen.

Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Tel.: 030/215 44 50

[info@berliner-geschichtswerkstatt.de](mailto:info@berliner-geschichtswerkstatt.de)

[www.berliner-geschichtswerkstatt.de](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de)



# WAS TUN? Что делать?

## Berlin - Russland seit der Oktoberrevolution: Aspekte einer komplizierten Beziehung

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Mit Beiträgen von:

Andreas Bräutigam

Ingo Juchler

Georg Kaiser

Jürgen Karwelat

Helmut Kinne

Peter Lassau

Cord Pagenstecher

Sergei Appolonowitsch Schilkin

Christine Titel

## **Dokumentation**

zur Veranstaltungsreihe der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

**„Was tun? - Что делать?**

**Berlin – Russland seit der Oktoberrevolution:**

**Aspekte einer komplizierten Beziehung“**

Oktober 2017 bis April 2018

Eigenverlag der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Goltzstraße 49, 10781 Berlin

Druck: Rotabene Medienhaus, Schneider Druck GmbH, Rothenburg ob der Tauber  
Basislayout, Coverkonzept: Irmgard Ariallah

Satz, Layout und Umschlaggestaltung: Oliver Blankenburg

© für die Texte bei den Autorinnen und Autoren

© für die Abbildungen bei den Urheber\*innen oder Leihgeber\*innen

ISBN: 978-3-925702-23-5

Gefördert aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin



## **Inhalt:**

---

<b>Vorwort</b>	
Jürgen Karwelat	5
<b>Von Moskau nach Charlottengrad - Russische Emigration in den 1920er Jahren</b>	
Moderation: Peter Lassau	7
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	
Vortrag: Prof. Dr. Ingo Juchler	8
<b>Schilkin – die unerhörte Geschichte des russischen Wodkas in Berlin</b>	
Moderation: Jürgen Karwelat	31
Veranstaltungsbericht: Sema Binia	
Auszug: Sergei Appolonowitsch Schilkin: Hoffe solange du atmet	34
<b>Zwischen Deutschland und der Sowjetunion – Das Schicksal eines kommunistischen Schöneberger Gastwirts</b>	
Moderation: Jürgen Karwelat	41
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	
Vortrag: Dr. Andreas Bräutigam	44
<b>Sowjetische Zwangsarbeit in Berlin – „Ostarbeiter/innen“ erinnern sich</b>	
Moderation: Dr. Elke Mocker	73
Veranstaltungsbericht: Dr. Andreas Bräutigam	
Vortrag: Dr. Cord Pagenstecher	75
<b>Berliner Studenten an Moskauer und Leningrader Hochschulen 1950-1990</b>	
Moderation: Dr. Peter Jahn	87
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	
Beiträge: Dr. Christine Titel, Dr. Georg Kaiser, Helmut Kinne	89
<b>Der Untergang eines Imperiums – Die letzten Tage der Sowjetunion, ein Augenzeugenbericht</b>	
Moderation: Peter Lassau	99
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	
Zusammenfassung des Vortrags von Elfie Siegl: Ines Müller/Peter Lassau	101
<b>Russisches Leben in Berlin – ein Rundgang durch Charlottengrad</b>	
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	105
Beitrag: Peter Lassau	106
<b>Nachwort</b>	
Peter Lassau	109



## Vorwort

---

Die Berliner Geschichtswerkstatt hat den 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution zum Anlass genommen, sich mit einer Veranstaltungsreihe diesen besonderen Beziehungen zwischen Berlin und Russland anzunähern. Dabei haben wir uns im Wesentlichen davon leiten lassen, dass uns die Geschichte von Menschen erzählt wird, sei es, dass wir ehemalige Studenten oder eine Journalistin zu Gast hatten, die aus ihrem eigenen Leben in Moskau und anderen russischen Städten berichteten, sei es, dass wir uns mit den Biografien ungewöhnlicher Leute beschäftigt haben, wie z.B. mit der Familie von Appollo Schilkin, dessen Vater Hoflieferant in St. Petersburg war, der nach Berlin floh und hier erfolgreicher Spirituosenhersteller wurde. Berührt hat uns das Schicksal des Berliner kommunistischen Gastwirts Emil Potratz, den die Partei 1933 in die Sowjetunion schickte, damit der den Morddrohungen der Nazis entkam, der Mitte der 1930er Jahre wie viele deutsche Emigranten in die stalinistische Verfolgung geriet und schließlich sogar in der kurzen Zeit, in der die Sowjetunion Nazi-Deutschland als Verbündeten ansah, nach Deutschland an die Gestapo ausgeliefert wurde. Eine besondere Form der Beziehung war der Zwangsaufenthalt sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Im Jahr 1943 lebten etwa 15 000 sowjetische ZwangsarbeiterInnen in Berlin. Sie mussten hier unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten und leben.

Berlin ist für die Russen immer eine der wichtigsten Städte in Europa außerhalb der eigenen Landesgrenzen gewesen, wenn nicht sogar die wichtigste Stadt. Auch heute prägen Russen und russisch sprechende Menschen einige Berliner Stadtviertel. Wahrscheinlich leben etwa 300.000 russischsprachige Menschen in der Stadt. Wie in den 1920er Jahren sind Charlottenburg und Wilmersdorf bevorzugte Stadtteile

Jürgen Karwelat

Der Vorstand der Berliner Geschichtswerkstatt wünscht eine interessante und anregende Lektüre.

für die gut situierten Russen, die sich in der Stadt niedergelassen haben. Hier gibt es russische Lebensmittelgeschäfte, russische Buchläden und russische Kneipen. Berlin hat eine russische Zeitung und den russischen Radiosender Radio Russkij Berlin, auf dem man sich, selbst ohne einschlägige Sprachkenntnisse, davon überzeugen kann, dass die russische Popmusik auch nicht schlechter als die deutsche ist.



Russisches Geschäft in Berlin 1924, Foto: John Graudenz / ullstein bild

Der Titel „Was tun?“ ist keine Hommage an Lenins Werk, in dem er die Theorie der „Avantgarde des Proletariats“ begründet. Die Frage „Was tun?“ steht hier für sehr viel mehr. Sie ist Ausdruck einer ständigen Suche nach Antworten, sei es im Rahmen persönlicher Handlungsmöglichkeiten als auch in der sogenannten großen Politik.

Wir wollten mit unserer Reihe nicht in die aktuelle Politik eingreifen, aber doch mit dem Blick auf individuelle Schicksale und Erlebnisse vermitteln, dass uns Russland und die Russen nahe sind und wir ein gemeinsames, nicht ganz einfach handhabbares, historisches Erbe haben. Darauf müssen wir achten, um eine gemeinsame Zukunft in Europa zu gestalten.



# Von Moskau nach Charlottengrad - Russische Emigration in den 1920er Jahren

---

**Moderation: Peter Lassau**

**Gast: Prof. Dr. Ingo Juchler, Politikwissenschaftler und Germanist**

**Montag, 16. Oktober 2017**

„Stiefmutter der russischen Städte“ nannte der Schriftsteller Wladislaw Chodassewitsch Berlin anfangs der 1920er Jahre. – In der Tat: Nach der Oktoberrevolution hatten ca. 600 000 russische Emigranten den Weg nach Deutschland genommen, gut die Hälfte davon nach Berlin. Anhänger, Skeptiker, Gegner der Bolschewiken prägten ein russisches Kulturleben in dieser Stadt – eine Parallelgesellschaft, die sich weitgehend von der deutschen Bevölkerung abschottete, konzentriert in den Stadtteilen Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg. „Klein-Petersburg“

oder „Charlottengrad“ nannte der Volksmund dieses russische Berlin. Dazu gehörten Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller, Geschäftsleute, Angehörige des russischen Hochadels, aber auch einfache Menschen, die vor dem Hunger geflohen waren.

Wie wirkte sich dies auf die Stadt Berlin aus, welche Spuren gibt es davon noch und welchen Einfluss hatte diese Zeit auf das deutsch-sowjetische Verhältnis, auf das russische/ sowjetische Geistesleben?

## Veranstaltungsbericht

**Sonja Miltenberger (Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)**

Die Auftaktveranstaltung sollte in erster Linie einen historischen Überblick über die Geschichte russischer Emigranten und Emigrantinnen in Berlin seit den 1920er Jahren bieten.

Doch bevor der Referent, Dr. Ingo Juchler, Professor für politische Bildung an der Uni Potsdam, auf die Zeit nach der Oktoberrevolution einging, lud er die etwa 30 Zuhörer/innen zu einem Rückblick auf die deutsch-russischen Beziehungen früherer Jahrhunderte ein.



Dr. Ingo Juchler

Bereits Peter I. knüpfte im frühen 18. Jahrhundert freundschaftliche Beziehungen zu Preußen. Er war

der erste Zar, der sich in vielen Bereichen die westeuropäische Kultur und Lebensweise zum Vorbild für sein eigenes Russisches Reich nahm, um es – nach seinen Vorstellungen – zu modernisieren. Auch Alexander I. hatte so gute Kontakte zu Preußen, dass der König, anlässlich eines Besuches des Zaren zu Beginn des 19. Jahrhunderts, den Platz vor dem alten Königstor in Alexanderplatz umbenennen ließ.

Der Focus des Vortrags lag dann aber auf der Zeit nach der Oktoberrevolution bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Referent begann mit einer Frau, die eigentlich keine Russin war. Anastasia, mit bürgerlichem Namen Anna Anderson, behauptete die letzte Tochter der Romanows zu sein. Im Weiteren wurden bekannte Persönlichkeiten – vor allem aus Politik und Kunst – vorgestellt: Michail Bakunin, Ilja Ehrenburg, Maxim Gorki, Boris Pasternak, Emma Goldman, Sergej Eisenstein, Vladimir Nabokow, Marina Zwetajewa und Vera Lurié. Auch durften das Kabarett Der Blaue Vogel, die Erste Russische Kunstausstellung 1922 oder der Prager Platz mit seinen Kneipen und kulturellen Einrichtungen nicht fehlen.

Es gab aber auch einige interessante, weil kaum beachtete Informationen. So hatte der Zustrom aus Russland – genauer gesagt: aus der Sowjetunion – zu

Beginn der Zwanziger Jahre nicht nur mit einer Fluchtbewegung zu tun, sondern auch mit der in Deutschland grassierenden Inflation. Die schwache deutsche Währung sicherte vielen Russen im Deutschland der Zwanziger Jahre einen recht guten Lebensstandard.

Weitere, weitgehend unbekannte Aspekte, die an dem Abend zur Sprache kamen, waren die deutsch-sowjetische Militärkooperation von 1920 bis 1933, einer, vor der Öffentlichkeit geheim gehaltenen, Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee sowie der Plan der Kommunistischen Internationale, 1923 in Deutschland eine Revolution nach russischem Vorbild zu organisieren. Die



Interessierte Zuhörerschaft, Foto: Elke Mocker

### Vortrag

**Prof. Dr. Ingo Juchler ist Professor für Politische Bildung an der Universität Potsdam. Er beschäftigt sich intensiv mit der politischen Geschichte Berlins. Seit 2010 ist er Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung. Titel seiner aktuellen Publikationen sind: Amerikaner in Berlin. Der historische Reiseführer. Berlin 2016 und 1968 in Berlin - Schauplätze der Revolte. Ein historischer Stadtführer, Berlin 2017.**

### Von Moskau nach Charlottengrad – Russen in Berlin

Charlottengrad und Sankt Petersburg am Wittenbergplatz – das sind Berliner Ortsbezeichnungen, die auf die erste große Migrationsbewegung des 20. Jahrhunderts hinweisen: In der Folge der Oktoberrevolution in Russland und des sich daran anschließenden Bürgerkrieges kamen etwa 350 000 russische Emigranten in die Reichshauptstadt. Auf dem Höhepunkt des russischen Exodus´ 1922/23 befanden sich circa 600000 aus Russland Geflüchtete in Deutschland. Ein Zentrum der russischen Diaspora in Berlin bildeten die Bezirke Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöne-

berg. Hier entwickelte sich eine russische Infrastruktur, die allen Bedürfnissen des Lebens im Exil nachkam: russische Verlage, Buchhandlungen, Zeitungen und Zeitschriften, Lebensmittelgeschäfte, Theater, Kabarett, Restaurants, Kirchen, Hilfsorganisationen. In der anschließenden Diskussion ging es vor allem um die Frage, ob und wie die sehr verschiedenen politischen und sozialen Hintergründe der russischen Community in Berlin zueinander fanden, sich aus dem Weg gingen und gar anfeindeten, wie es nach 1933 weiter ging und wie mit dem Sprachproblem umgegangen wurde.

Ein sehr wichtiger Hinweis kam von einer Zuhörerin, die eine Differenzierung des Sammelbegriffs Russen anmahnte, da es sich bei den Emigranten auch oft um Zugehörigkeiten anderer Völker der damaligen Sowjetunion handelte. Prof. Dr. Juchler verwies darauf, dass das Thema Vielvölkerstaat Sowjetunion bzw. Russland eine eigene Veranstaltung wert sei. Dieses Thema also sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

dem Treffpunkt aller Neuankömmlinge aus Russland. Dort wurden Wiedersehen gefeiert, Bekanntschaften erneuert und geschlossen, Verleger, Manuskripte und mitunter auch neue Lebensgefährten gesucht. Nicht alle, die aus der Sowjetunion flüchteten, taten dies aus politischen Gründen; manche setzten sich weniger von ihrem Land als von ihren häuslichen Verhältnissen ab.“ (Razumovsky 1989, 157) Die Gebäude der russischen Welt der 1920er Jahre rund um den Prager Platz sind heute nicht mehr zu finden. Was nicht den Luftangriffen der Alliierten während des Zweiten Weltkrieges zum Opfer fiel, wurde in der Nachkriegszeit abgerissen. Viele andere Orte des russischen Berlin sind jedoch noch erhalten und lohnen einen Besuch.

Zu den Geflüchteten zählten Beamte des zaristischen Staatsapparats ebenso wie Schriftsteller, Philosophen, Maler, Schauspieler, Politiker (fast) aller Couleur. Bis zur Einführung der Rentenmark im November 1923 war das Leben der russischen Exilanten in Berlin aufgrund der Inflation vergleichsweise günstig – in Paris wäre der Lebensunterhalt viermal so teuer gewesen. Vom Herbst 1923 an erfolgte eine verstärkte Abwanderung der russischen Emigranten in andere Metropolen wie Paris und Prag sowie in die Vereinigten Staaten. Die Beziehungen von Russen nach Berlin reichen jedoch weiter zurück als das russische Berlin zu Beginn der 1920er Jahre: Zar Peter I. reiste bereits 1697 nach Berlin und legte damit den Grundstein für eine über Jahrhunderte währende wechselvolle Beziehung zwischen Russen und der preußischen, später deutschen Hauptstadt. Im Folgenden wird chronologisch das Wirken von russischen Persönlichkeiten verbunden mit dem Ort ihres Wirkens in Berlin vorgestellt.

### Schloss Köpenick – Peter der Große

Er gilt als Modernisierer des russischen Zarenreiches und öffnete sein Land zum Westen hin: Zar Peter I., genannt der Große und seit 1721 der erste Kaiser des Russischen Reiches, hielt sich mehrere Male am Berliner Hof auf und legte den Grundstein für die Entwicklung langanhaltender fruchtbarer Beziehungen zwischen Russland und Preußen. Im Jahr 1697 brach der 25-jährige Zar zu einer längeren Auslandsreise, der Großen Gesandtschaft auf, die ihn auch nach Berlin führte. Peter I. wollte während seiner Reise von der breiten Bevölkerung nicht als Zar von Russland erkannt werden. So auch bei seinem ersten Besuch von Berlin am 19. Juli 1697: „Er [Peter; I. J.] zog deutsche Kleidung an, nahm einen damals nur von vornehmen Personen getragenen rothen Mantel um, setzte sich in eine »Chaise rotonde« und drückte

seinen Kopf in die Wagenecke. So fuhr er durch das Georgenthor [heute ungefähr Alexanderplatz; I. J.] ein, durch die Georgenstraße [heute Rathausstraße; I. J.], am Schlosse und am Dome vorüber und zum »neuen« Thore [heute Hannoversche Straße/Ecke Luisenstraße; I. J.] hinaus durch die Dorotheenstadt.“ (Köhne 1882, 31; Orthographie im Original) Bei seinem nächsten Besuch im Herbst 1712 konnte der Zar einem Naturschauspiel beiwohnen, das Besucher über die Landesgrenze hinweg anzog: Im Lustgarten des Schlosses Köpenick blühte zum ersten Mal eine 44-jährige, etwa 9 Meter hohe Amerikanische Agave: „Gegen Mittag begab sich Peter nebst dem Kronprinzen [später König Friedrich Wilhelm I.; I. J.] nach Köpenik, um die im dortigen Lustgarten blühende Aloe zu betrachten. Diese Blume, durch Verse und Kupferstiche verewigt, galt als ein förmliches Weltwunder. Sie hatte im dortigen Garten schon vierundvierzig Jahre gestanden, ohne Blüten zu treiben und war einundreißig Fuß hoch geworden. Jetzt fing sie unter der sorgsamten Pflege des königlichen Lustgärtners Johann Sieberts an zu knospen und brachen bald 7277 Blüten auf. Tausende von Besuchern kamen nach Köpenik, nicht allein von Berlin, sondern auch aus weiter Ferne, um dies Wunder anzustauen.“ (Köhne 1882, 38; Orthographie im Original) Das Schloss Köpenick steht auf einer Insel der Dahme, die bereits in frühgeschichtlicher Zeit besiedelt war. Friedrich I. hatte als Kurprinz den niederländischen Architekten Rutger von Langerfeld damit beauftragt, das dort befindliche Jagdschloss zu einem Schloss im barocken Stil zu erweitern.

Zar Peter I. konnte bei seinem Aufenthalt in Berlin 1712 allerdings noch ein weiteres Wunder bestaunen – das im Berliner Schloss von Andreas Schlüter geschaffene Bernsteinzimmer. Der russische Herrscher war davon wohl so angetan, dass der Nachfolger Friedrichs I., Friedrich Wilhelm I., das kostbare Zimmer Peter dem Großen 1717 zum Geschenk machte. Der sparsame Soldatenkönig hatte – im Gegensatz zu seinem Vater – ohnehin keinen Sinn für diese Idee von einem „achten Weltwunder“. Nach dem Tod seines Vaters ließ er die Wandverkleidungen aus Bernstein kurzerhand abbauen und sie im Zeughaus einlagern. Peter der Große hingegen war von dem Geschenk begeistert. An seine Frau schrieb er am 17. November 1717: „Der König schenkte mir ein außerordentlich bedeutendes Geschenk – eine Jacht, die in Potsdam festgemacht liegt, und ein Bernstein-Kabinet, das ich schon lange wünschte.“ (Remy 2003, 49) Im Gegenzug schickte der Zar dem Soldatenkönig fünfundfünfzig sehr hochgewachsene russi-

sche Soldaten, die in dessen Regiment der „Langen Kerls“ aufgenommen wurden. Mit Peter dem Großen begann eine Ära freundschaftlicher Beziehungen zwischen Russland und Preußen, die später auch in dynastischen Verbindungen zum Ausdruck kommen sollten.

### Alexanderplatz – Alexander I.

Am 25. Oktober 1805 kam der 28-jährige Zar Alexander I. in wichtiger Mission nach Berlin: Zusammen mit Friedrich Wilhelm III. suchte er nach Möglichkeiten, die territorialen Expansionsbestrebungen Napoleon Bonapartes einzudämmen. So gelangte er vom Frankfurter Tor zum Berliner Schloss. Am 2. November erfolgte zu Ehren des Zaren die Benennung des Platzes, den er auf seinem Weg zum Schloss passiert hatte, per Kabinettsorder von König Friedrich Wilhelm III. in Alexanderplatz: „S.K. Maj. haben [...] beschlossen, zum immerwährenden Gedächtniß des Besuchs Sr. Russischen Kayserlichen Majestät den Platz vor dem KönigsThore und bey dem Arbeitshause zu Berlin, worüber Seine Majestät der Kayser bey Ihrer Ankunft gefahren, und der bisher noch keinen bestimmten Nahmen hatte, den Nahmen Alexander Platz beyzulegen.“ (Jochheim 2006, 57; Orthographie im Original) Seitdem hat sich zwar die Lage des Platzes und seine Gestaltung verändert. Doch bildet der Alexanderplatz seit mehr als 200 Jahren einen zentralen Verkehrsknotenpunkt mit zahlreichen Warenhäusern, Restaurants, Kinos und Cafés im Osten der Hauptstadt.

Einen Tag nach der Benennung des Platzes nach dem russischen Zaren vereinbarten die beiden Monarchen in der Konvention von Potsdam ein wechselseitiges Beistandsversprechen gegen den französischen Kaiser. Dieses Versprechen wurde allerdings weder in der Drei-Kaiser-Schlacht bei Austerlitz (1805) noch in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt (1806) eingelöst. Gleichwohl war das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm III. und Alexander I. für Preußen von existentieller Bedeutung: Der Zar drängte bei den Verhandlungen um den Frieden in Tilsit (1807) den siegreichen französischen Kaiser dazu, Preußen als Staat zu erhalten. Als die Armeen Alexanders I. schließlich 1813 Napoleon zurückschlugen und die preußischen Truppen in den Befreiungskriegen an der Seite Russlands die Grande Armée bekämpften, wurde der Zar von der preußischen Bevölkerung euphorisch als „Befreier Europas“ gefeiert. In Berlin wurde 1819 ihm zu Ehren eine weitere Örtlichkeit benannt – die vom Alexanderplatz in Rich-

tung Südosten abgehende Straße An der Contrescarpe am Stelzenkrug hieß von nun an Alexanderstraße.

### Nikolskoe – Nikolaus I.

Als der russische Großfürst Nikolaus zusammen mit seiner Frau Charlotte im Oktober 1820 Berlin besuchte, präsentierte ihm sein Schwiegervater Friedrich Wilhelm III. in Wannsee ein im russischen Stil erbautes Blockhaus, das seinen Namen tragen sollte – Nikolskoe, „dem Nikolaus zugeeignet“. Eingeleitet wurde die dynastische Verbindung zwischen dem Bruder des Zaren Alexander I. und der Tochter des preußischen Königs anlässlich der Reise von Nikolaus nach Frankreich im März 1814. Dabei hatte er in Berlin Prinzessin Charlotte kennengelernt. Ein Jahr später erfolgte in Berlin die Verlobung des russisch-preußischen Paares und 1817 fand in Sankt Petersburg die Hochzeit statt. Zuvor war Charlotte zum russisch-orthodoxen Glauben konvertiert und hatte bei der Kommunion den Namen Alexandra Fjodorowna erhalten. Ein Jahr später besuchte Friedrich Wilhelm III. das Paar in Russland. Von dort nahm er Baupläne eines russischen Holzhauses mit zurück nach Berlin und ließ auf einer Anhöhe über der Havel gegenüber der Pfaueninsel das Blockhaus errichten. Als er es beim Besuch von Nikolaus und Alexandra in Berlin im Oktober 1820 vorstellte, erklärte er seiner Tochter: „Siehe das Blockhaus, das dir so gefiel, und in welchem wir froh waren, als ich euch in Petersburg besuchte. Du wünschtest dir damals ein solches Haus und meinstest, man könnte darin ebenso vergnügt sein als in einem Kaiserlichen Palaste. Dies, dein Wort, hab' ich behalten und zum Andenken daran gerade ein solches Haus hier dir zuliebe erbauen lassen. Heute wollen wir es froh einweihen und nach dem dir teuersten Namen soll es heißen für immer: Nikolskoe.“

War die Berliner Bevölkerung aufgrund der preußisch-russischen Waffenbrüderschaft während der Befreiungskriege grundsätzlich positiv gegenüber dem russischen Zarenhaus eingestellt gewesen, so änderte sich diese Haltung nach der Thronbesteigung Nikolaus I. 1825 zusehends. Als dieser 1831 in Polen einmarschierte und die Autonomie des Landes aufheben ließ, galt Russland unter liberalen und demokratisch Gesinnten als „Hort der Despotie“. Entsprechend entwickelte die liberale Öffentlichkeit nach dem Ausbruch der Märzrevolution 1848 in Berlin die Angst, Nikolaus I. könnte mit russischen Truppen in Preußen intervenieren. Die öffentliche Russlandfurcht kommt in dem Satireblatt Berliner Krakehler zum Ausdruck, das in Berlin im Zuge der März-

revolution gegründet worden war. In der Ausgabe vom 22. Juni 1848 wird auf satirische Weise vor dem Einmarsch russischer Truppen in Preußen gewarnt, während sich die Nationalversammlung mit Nebensächlichkeiten beschäftigt. Dabei wird die Warnung Die Russen kommen!!! durch neunmalige Wiederholung und grafische Hervorhebung betont (vgl. Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst 2007, 97). Historisch kamen die russischen Truppen tatsächlich – allerdings nicht zur Niederschlagung der Märzrevolution in Berlin, sondern nach Ungarn, wo Nikolaus I. an der Seite der österreichischen Habsburger die Revolution 1848/49 blutig niederschlug. Galt Alexander I. als Befreier Europas, so ging Nikolaus I. als Gendarm Europas in die Geschichte ein.

### **Friedrich-Wilhelms-Universität / Humboldt-Universität – Michail A. Bakunin**

Seit sich Michail Bakunin an der Moskauer Universität mit der deutschen Philosophie auseinandergesetzt hatte, gab es für den jungen Mann nur ein Ziel: Er wollte nach Berlin und an der Friedrich-Wilhelms-Universität studieren, wo G.W.F. Hegel bis zu seinem Tod die Philosophie des Idealismus geprägt hatte. An den Philosophen Nikolai Stankewitsch schrieb er am 11. Februar 1840: „Ich unternehme nun die allerletzte Anstrengung, nach Berlin zu kommen, ganz gleich wie; ich erhoffe mir davon Erneuerung, die Taufe durch Wasser und Geist, aber ich bin mir nicht sicher, ob es mir gelingt.“ (Grawitz 1999, 71) Mit der finanziellen Unterstützung durch den Philosophen und Publizisten Alexander Herzen gelangte Bakunin schließlich im Sommer 1840 nach Berlin, wo er unweit der Universität in der Dorotheenstraße wohnte. Bakunin studierte zunächst bei dem Philosophen Karl Werder, einem Schüler Hegels. Daneben nahm der spätere anarchistische Revolutionär auch sehr rege am gesellschaftlichen Leben in Berlin teil: Bakunin besuchte regelmäßig die Oper, verkehrte gerne im Café Stehely, einem Treffpunkt der Liberalen, und wurde mit Bettina von Arnim bekannt. Er übersetzte mit Varnhagen von Ense Werke des Dichters Michail Lermontov und stand mit Iwan Turgenew, der sich gleichfalls in Berlin aufhielt, in freundschaftlichem Kontakt.



Michail Bakunin  
Quelle: Wikimedia Commons.

Auf ein Ereignis war der russische Student an der Friedrich-Wilhelms-Universität besonders gespannt: Der 66-jährige Friedrich Schelling war 1841 auf den Lehrstuhl Hegels berufen worden. An seine Familie schreibt Bakunin: „Ihr könnt Euch nicht vorstellen, mit welcher Ungeduld ich Schellings Vorlesungen erwarte. Ich habe ihn den Sommer über viel gelesen und darin so viel Lebensstärke und schöpferisches Denken gefunden, dass ich überzeugt bin, dass er uns noch viele Dinge beibringen kann.“ (Grawitz 1999, 86)

Am 15. November 1841 besuchte Bakunin die Antrittsvorlesung von Schelling an der Berliner Universität. Seine im Anschluss an die Vorlesung verfassten Briefe zeugen von der geistigen Inspiration, die der Philosoph des deutschen Idealismus auf den russischen Studenten ausübte. So war denn Bakunin auch bei dem Fackelzug aktiv beteiligt, den Studenten zum Geburtstag von Schelling im Januar 1842 vor dessen Wohnhaus organisiert hatten. Gleichwohl beschloss Bakunin nach dem Ende des Wintersemesters im April 1842 nach Dresden zu ziehen. Er hatte inzwischen eine geistige Wandlung vollzogen, die er in seiner Beichte an Zar Nikolaus I. beschreibt:

„Ich beschäftige mich wissenschaftlich, vor allem mit der deutschen Metaphysik, deren Studium ich mich fast bis zur Besinnungslosigkeit ergab; ich dachte Tag und Nacht nur in den Hegelschen Kategorien. Im Übrigen aber heilte mich Deutschland selbst von der philosophischen Krankheit, an der es litt; als ich mit den metaphysischen Fragen näher vertraut wurde, überzeugte ich mich ziemlich rasch von der Nichtigkeit und Eitelkeit der ganzen Metaphysik: ich suchte Leben in ihr, aber sie ist langweilig, wirkt tödlich, ich suchte Taten, sie aber ist die absolute Untätigkeit.“ (Grawitz 1999, 87)

Und zur Tat sollte der angehende Revolutionär bald schreiten – er verkehrte in den 1840er Jahren in deutschen und französischen revolutionären Kreisen und nahm eine führende Rolle während des Dresdner Maiaufstandes 1849 wahr, mit dem eine sächsische Republik erkämpft werden sollte. Bakunin wurde verhaftet, war, bis ihm 1861 die Flucht gelang, inhaftiert, beteiligte sich als Anarchist an verschiedenen revolutionären Aktivitäten in Europa, überwarf sich mit Karl Marx in der Ersten Internationalen und gründete deshalb 1872 die anarchistisch geprägte Antiautoritäre Internationale.

### **Königliche Bibliothek / Juristische Fakultät der HU – Wladimir I. Lenin**

Am 14. August 1895 trug sich ein gewisser Wladimir Uljanow in der Königlichen Bibliothek als Leser ein. Der junge Mann, der im Herbst 1917 Weltgeschichte machen sollte, hielt sich von Paris kommend auf seiner Rückreise nach Russland seit Juli in der deutschen Reichshauptstadt auf. In der Königlichen Bibliothek studierte er kommunistische Klassiker, die in den Bibliotheken von Sankt Petersburg nicht zu erhalten waren. Darunter war „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik“ von Karl Marx und Friedrich Engels. Lenin setzte sich in der Königlichen Bibliothek intensiv mit dieser Arbeit auseinander. Die Königliche Bibliothek war im Auftrag Friedrich des Großen von Georg Christian Unger 1775-1780 errichtet worden und hatte sich zu einer der umfänglichsten öffentlichen Bibliotheken in Deutschland entwickelt. Aufgrund ihrer geschwungenen Fassade wird sich im Berliner Volksmund als „Kommode“ bezeichnet.

Doch widmete sich Lenin während seines ersten Berlinaufenthalts nicht nur dem Studium marxistischer Literatur: Wenige Tage nach seiner Ankunft nahm er an einer öffentlichen Versammlung

in Friedrichshain teil, wo der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen zur Agrarpolitik sprach (vgl. Maur 1980, 5 f.) Auch ins Theater ging der russische Revolutionär und besuchte im August 1895 eine Aufführung von Gerhart Hauptmanns sozialkritischem Drama „Die Weber“.

Nach seinen Studien in der Königlichen Bibliothek besuchte Lenin noch elf weitere Male Berlin. Er traf hier mit den Köpfen der Sozialdemokratie zusammen, u.a. mit Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Franz Mehring und Clara Zetkin. Auch Maxim Gorki besuchte Lenin anlässlich eines Berlinbesuchs 1906, wodurch eine Freundschaft zwischen dem Revolutionär und dem Schriftsteller entstand. Der weltgeschichtlich sicherlich folgenreichste Aufenthalt Lenins in Berlin fand im April 1917 statt: Nach dem Sturz des Zaren im Februar 1917 wollte die deutsche Führung Russland nachhaltig politisch destabilisieren, um damit einen Separatfrieden an der Front im Osten zu erreichen. Dazu unterstützte sie die Bolschewiki um Lenin finanziell und ermöglichte ihm sowie 31 weiteren Revolutionären und Familienangehörigen, aus der Schweiz durch Deutschland nach Schweden und schließlich nach Petrograd zu gelangen. Lenins Zug wurde nicht kontrolliert, da er für seinen Wagenteil Exterritorialität ausgehandelt hatte. Am Morgen des 11. April kam der Zug der Bolschewiki am Potsdamer Bahnhof an, wurde über den Ring zum Stettiner Bahnhof (heute Nordbahnhof) gebracht und verließ Berlin am frühen Nachmittag in Richtung Ostsee.

An Lenins Studienaufenthalt in der Königlichen Bibliothek erinnert noch heute ein Rundbogenfenster, das Frank Glaser 1968 mit dem Titel „Lenin in Deutschland“ angefertigt hatte. Das farbige Fenster befindet sich im Großen Lesesaal, wo Lenin gearbeitet hatte und das ihm zu Ehren während der DDR-Zeit in „Leninsaal“ umbenannt worden war. Der russische Revolutionär weist darauf – gedeckt durch Karl Marx und Friedrich Engels – der Arbeiterklasse und den Soldatenräten den Weg und sitzt versunken in seine Studien in der Bibliothek. In der Frankfurter Allee 102 befindet sich eine Gedenktafel an dem Haus, wo Lenin eine sozialdemokratische Versammlung mit Arthur Stadthagen besucht hatte. Schließlich ist in der Zitadelle Spandau der Granit-Kopf des 1991 demontierten Lenin-Denkmal. Das monumentale Denkmal war 1970 auf dem Leninplatz (heute Platz der Vereinten Nationen) in Friedrichshain errichtet worden. 1991 wurde das Denkmal gesprengt, seine Einzelteile wurden in der Seddiner Heide in

Köpenick vergraben. Der Kopf des Denkmals wurde jedoch wieder geborgen und ist seit 2016 in der Zitate Spandau zu sehen.

### **Berliner Schloss – Nikolaus II.**

Es war die Berliner Hochzeit des Jahres 1913 – und auch der russische Zar war mit von der Partie. Prinzessin Viktoria Luise, die einzige Tochter von Kaiser Wilhelm II., wurde mit Ernst August von Cumberland vermählt. Zu den Hochzeitfeierlichkeiten vom 21. bis 24. Mai reiste eine große Zahl fürstlicher Gäste an, darunter der englische König George V. und Zar Nikolaus II. Der Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein aufwändiges Zeremoniell zum Trauungstag am 24. Mai im Berliner Schloss. Zar Nikolaus II. genoss offensichtlich die Huldigungen der Berliner Bevölkerung – an solche spontane, herzliche Begrüßung sei er hier nicht gewohnt, berichtete der deutsche Botschafter aus Sankt Petersburg. Doch die Beifallsbekundungen wurden dem Zar nur von einem kleinen Teil der Bevölkerung entgegengebracht – die Berliner Arbeiterschaft und das liberale Bürgertum standen dem Besuch des russischen Zaren durchaus kritisch gegenüber. Nikolaus II., von Gottes Gnaden Herrscher, Kaiser und Autokrat aller Reußen, war für seinen autokratischen Regierungsstil berüchtigt. Zu politischen Reformen war der Potentat nicht bereit und die politische Opposition im Lande ließ er durch seine Geheimpolizei verfolgen. Entsprechend wurde sein Besuch in Berlin von umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen begleitet: Bereits bei seiner Ankunft im Anhalter Bahnhof waren dieser und der Bahnhofsvorplatz für das allgemeine Publikum gesperrt worden. Die Berliner Polizei arbeitete sehr eng mit der russischen Geheimpolizei zusammen und fing im Vorfeld des Besuchs des Zaren verdächtige Personen bei ihrer Anreise nach Berlin ab. „Während der Feierlichkeiten mischten sich hunderte von russischen »Geheimen« unter das Volk in der Berliner Innenstadt, die allerdings zumeist schon aufgrund ihres auffälligen Äußeren erkannt wurden – aber vermutlich gerade dadurch eine gewisse Abschreckungswirkung auf potenzielle Attentäter ausübten.“ (Holsten/Schönplflug 2016, 63) Trotz der strengen Sicherheitsvorkehrungen kam es zu einer Demonstration gegen den Besuch des Zaren – streng bewacht durch die Polizei protestierten etwa 500 bis 1000 Anarchisten gegen den russischen Autokraten. Für den sozialdemokratischen Vorwärts war der feierlich Empfang von Nikolaus II. ein „Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Kultur“: „Die strengen Absperrungsmaßnah-

men, das Heer der russischen Spitzel, die einträchtig mit der preußischen Polizei zusammenarbeiten, dienen natürlich nicht nur dem »Schutz« des »heißgeliebten« Monarchen. Es soll verhütet werden, daß der Zar erkenne, welches Gefühl das werktätige Berlin dem Unterdrücker seines Volkes entgegen bringt.“ (Holsten/Schönplflug 2016, 66; Orthographie im Original). – Ein gutes Jahr nach den höfischen Feierlichkeiten in Berlin lagen die anwesenden Monarchen als Herrscher ihrer Großmächte miteinander in dem Krieg, der später von Historikern als die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts bezeichnet wurde. Nikolaus II. sollte noch während des Ersten Weltkrieges zur Abdankung gezwungen und im Juli 1918 mit seiner Familie von den Bolschewiki ermordet werden.

### **Paulsborner Straße 93 – Karl Radek**

Am 19. Dezember 1918 tauchte eine der schillerndsten Persönlichkeiten der Novemberrevolution in Berlin auf: Karl Radek, einst Mitglied der polnischen Sozialdemokratie und 1909/10 auch der SPD, hatte Lenin 1917 im Eisenbahnwagen von der Schweiz nach Petrograd begleitet und kam nun mit Ernst Reuter und Werner Rakow als ehemals österreichischer Kriegsgefangener getarnt im Auftrag des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees in die deutsche Hauptstadt. Eingeladen worden waren die Abgesandten Lenins von der USPD zur Teilnahme am Reichsrätekongress. Radek traf sich jedoch mit den führenden Köpfen des Spartakusbundes Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jogiches, August Thalheimer und Paul Levi. Mit ihnen diskutierte er über die Praxis des von den Bolschewiki in Russland ausgeübten Terrors (den er verteidigte) – und vor allem über die Gründung einer neuen revolutionären, kommunistischen Partei in Deutschland. Während Radek für eine Kaderpartei im Sinne Lenins plädierte und dafür die Zustimmung von Liebknecht und Levi erhielt, waren Luxemburg und Jogiches diesbezüglich noch skeptisch. Entschieden werden sollte dies Frage während der Reichskonferenz des Spartakusbundes Ende Dezember in Berlin. Zuvor traf der Emissär der Bolschewiki sich mit dem Führer der IKD, Johann Knief, und beteiligte sich zusammen mit Leo Jogiches an deren Reichskonferenz am 24. Dezember 1918.



Karl Radek

Quelle: Wikimedia Commons.

Radeks Rede bei der Reichskonferenz des Spartakusbundes Ende des Jahres 1918 sorgte in den Presseberichten für großes Aufsehen – und auch behördlicherseits wurde man nun auf den russischen Revolutionär aufmerksam: Graf Brockdorff-Rantzau, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, beantragte am 31. Dezember 1918 beim Rat der Volksbeauftragten die Ausweisung Radeks, da dieser die Auslösung eines Bürgerkriegs plane. Der Abgesandte Lenins tauchte in der Paulsborner Straße 93 unter, wo die Rote Fahne eine Wohnung unterhielt. Hier wurde er am 12. Februar 1919 verhaftet und Oberst Wilhelm Reinhard unterstellt. Dieser ließ ihn in das Zellengefängnis Moabit an der Lehrter Straße verbringen. Zunächst hatte Radek Angst, dass ihn das gleiche Schicksal wie einen Monat zuvor Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ereilen würde. Doch wurde er in Moabit schnell zu einem privilegierten Gefangenen. Bis zu seiner Entlassung im Januar 1920 war es ihm gelungen, im Gefängnis einen „politischen Salon“ einzurichten, zu dessen Besuchern u.a. Walther Rathenau, Präsident der AEG und späterer Reichsau-

ßenminister, zählte. Karl Radek kehrte nach Russland zurück und fiel 1939 dem stalinistischen Terror zum Opfer.

### **Von-der-Heydt-Brücke / Bandlerbrücke – Anastasia (i. e. Anna Anderson)**

Am Abend des 17. Februar 1920 herrschte an der Von-der-Heydt-Brücke (heute Bandlerbrücke) helle Aufregung: Eine junge Frau hatte sich in das eisige Wasser des Landwehrkanals gestürzt. Doch als die Gerettete nach den Umständen ihres Sturzes ins Wasser und nach ihrem Namen befragt wurde, schwieg sie beharrlich. Man brachte sie in das nahe gelegene Elisabethkrankenhaus in der Lützowstraße, wo die Krankenschwestern sie auszogen, trockenrieten und ihr frische Kleidung zur Verfügung stellten. Die junge Frau hatte keinerlei Papiere bei sich, die auf ihre Identität schließen ließen. Da sie sich auch in den kommenden Tagen und Wochen weigerte, gegenüber den Krankenschwestern oder der Polizei Angaben zu ihrer Person oder sonstigen Lebensumständen zu machen, wurde die Unbekannte schließlich in die Irrenanstalt der Stadt Berlin zu Dalldorf (später Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik) überwiesen. Im Aufnahmebefund der Frau heißt es: „Sehr zurückhaltend, weigert sich, Namen, Herkunft, Alter und Beruf zu nennen. Sitzt in trotziger Haltung. Sie will nichts aussagen, habe ihre Gründe dafür; hätte sie etwas aussagen wollen, so hätte sie es bereits gesagt ... Der Arzt solle glauben, was er wolle, sie sage ihm nichts. Auf die Frage, ob sie Stimmen höre, Gestalten sehe, soll sie geantwortet haben: »Sie sind wohl nicht unterrichtet, Herr Doktor.« Den Selbstmordversuch gibt sie zu, lehnt aber eine Begründung oder Erklärung dafür ab.“ (Kurth 1988, 24)

Fast zwei Jahre blieb „Fräulein Unbekannt“ bei ihrer Haltung. Als sie dann ihr Schweigen brach, sorgte das für einen Skandal – die junge Frau behauptete, Anastasia, die jüngste Tochter von Zar Nikolaus II. zu sein. Während ihre Eltern und ihre vier Geschwister in der Nacht zum 17. Juli 1918 von Bolschewiki in Jekaterinburg ermordet wurden, sei sie von Soldaten gerettet worden. Die Geschichte der vorgeblichen Zarentochter sorgte unter den russischen Emigranten in Berlin für großes Aufsehen. Nachdem sie im Mai 1922 aus der Anstalt in Dalldorf entlassen und zur Familie des Baron Arthur von Kleist in die Schöneberger Nettelbeckstraße (heute An der Urania) gezogen war, fanden sich dort vor allem exilierte russische Monarchisten ein. Die monarchistischen Emigranten glaubten der Unbekannten ihre Geschichte und waren von der

Identität als letzter Überlebender der Familie von Zar Nikolaus II. überzeugt. Anna Anderson, wie sich die Unbekannte fortan selbst nannte, blieb zeit ihres Lebens bei ihrer Legende. Erst nach ihrem Tod ergaben DNA-Untersuchungen, dass sie keine Angehörige der Familie Romanow war. Tatsächlich handelte es sich bei der Frau, die in der Winternacht 1920 in den Landwehrkanal sprang, um die aus Westpreußen stammende Fabrikarbeiterin Franziska Schanzkowska, die am 9. März 1920 in Berlin als vermisst gemeldet worden war.

### Köthener Straße 38 – Ilja G. Ehrenburg

Für Ilja Ehrenburg stand fest: „In Europa gibt es nur eine zeitgemäße Stadt – es ist Berlin.“ (Ehrenburg 1982, 46) Was der russische Schriftsteller damit meinte, brachte er in zahlreichen Schriften zum Ausdruck, die im Berliner Malik-Verlag erschienen. Ehrenburg war mit dem Gründer des Malik-Verlags, Wieland Herzfelde, bekannt. Der Verlag hatte seinen Sitz im Erdgeschoss der Köthener Straße 38. In dem Gebäude befindet sich auch heute noch ein Kammermusiksaal, der sogenannte Meistersaal. In Zusammenarbeit mit dem Malik-Verlag wurde Ehrenburg in Deutschland zu einem vielgelesenen Autor der Linken.



Ilja Ehrenburg  
Quelle: Wikimedia Commons.

Ehrenburg nahm nach seiner Ankunft 1921 in Berlin das starke Bemühen der Menschen wahr, trotz der Verheerungen des Ersten Weltkrieges wieder ein geordnetes Leben zu führen: „Im Berlin des Jahres 1921 glaubte man sich von lauter Sinnestäuschungen umgeben. An den Häuserfassaden klebten nach wie vor steinerne Walküren mit dicken Brüsten. Die Fahrstühle waren in Betrieb, aber in den Wohnungen herrschten Hunger und Kälte. Der Schaffner half der Frau Geheimrat beflissen aus dem Wagen. Die Straßenbahnen nahmen ihren alten Weg, aber welchen Weg die Geschichte einschlagen würde, wusste niemand. Die Katastrophe maskierte sich als Ordnung. [...] Den Kuchen buk man aus erfrorenen Kartoffeln. Wie in alten Zeiten wurden Zigarren geraucht, die Berliner nannten sie Havanna und Brasil, obwohl sie aus nikotingetränkten Krautblättern gedreht waren. Alles war ordentlich und wie’s sich gehört, beinahe wie zu Kaisers Zeiten.“ (Urban 2003, 47) Ehrenburg war in den russischen Emigrantenkreisen unterwegs, wo er etwa mit El Lissitzky eine dreisprachige Kunstzeitschrift herausgab, und verkehrte mit deutschen Künstlern wie George Grosz. Darüber hinaus portraitierte er als außenstehender Chronist die politischen Befindlichkeiten in der Reichshauptstadt: „Wie in jeder Stadt, gibt es in Berlin Nationalisten und Internationalisten. Sie wohnen in verschiedenen Vierteln. Der Berliner Westen ist überpatriotisch gesinnt. Doch kommt das keineswegs daher, weil er dem Ruhrgebiet näherliegt. Nein, die westlichen Viertel sind weit entfernt vom Dunst der Fabriken, und darum sind sie von »anständigen Leuten« bewohnt, die »anständigen Leuten« aber reden bekanntlich gern von ihrer Vaterlandsliebe. [...] Die an der Ost- und Nordperipherie Berlins Wohnenden halten sich für »Internationalisten«. Sie spekulieren nicht an der Börse. Sie legen von ihren spärlichen Groschen einige zurück und schicken sie durch die Gewerkschaften den Ruhrgenossen. Manchmal begeben sie sich in fremde Stadtviertel und singen, durch die Straßen des Westens ziehend, die Internationale. Manchmal überschreiten auch die Einwohner des Westens die Grenze – durch Absingen des Deutschlandliedes ärgern sie den Osten.“ (Ehrenburg 1982, 49f.)

Im Dezember 1923 kehrte Ehrenburg nach Moskau zurück. Er hatte sich inzwischen mit den Bolschewiki ausgesöhnt. Im Mai 1933 befanden sich Ehrenburgs Werke unter den Büchern, die von den Nationalsozialisten auf dem heutigen Bebelplatz öffentlich verbrannt wurden.

### Viktoria-Luise-Platz 9 – Nina Berberova

Die 21-jährige Nina Berberova kam am 30. Juni 1922 zusammen mit ihrem 15 Jahre älteren Lebensgefährten Wladislaw F. Chodassewitsch am Bahnhof Zoo an. Sie verkehrte mit ihrem Partner in der russischen Literatenszene und ließ sich von der Berliner Kultur begeistern: Nachdem am 22. September 1922 Arthur Schnitzlers *Der Schleier der Pierrette* in den Kammerspielen des Deutschen Theaters eröffnet worden war, besuchte auch Nina Berberova die Aufführung – und war fasziniert: „Mit ihm [Chodassewitsch; I. J.] teilte ich damals ein Theatererlebnis, das mich wie kein anderes beeindruckt hat: *Der Schleier der Pierrette*, jener Pantomime von Schnitzler, in der Tschabrow mitwirkte. Tschabrow war ein genialer Schauspieler und Mime, anders kann ich es nicht ausdrücken, seine Magie und sein großes, strahlendes Talent waren einzigartig. [...] Noch heute erinnere ich mich an jede Einzelheit dieses sensationellen Spektakels – niemals ist etwas in meinem Gedächtnis so haften geblieben wie dieser Schleier.“ (Berberova 1990, 201)

Das Deutsche Theater war von Eduard Titz errichtet und 1850 als Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater eröffnet worden. Unter der Intendanz von Max Reinhardt erfolgte 1906 die Eröffnung der Kammerspiele des Deutschen Theaters. Doch stieß die Aufführung des Kikimora-Theaters aus Moskau am Deutschen Theater nicht auf ungeteilte Zustimmung.

Für Nina Berberova bedeutete ihre Reise von Petrograd nach Berlin ein Abschied für immer. Sie hatte sich dazu entschlossen, zusammen mit ihrem Lebensgefährten Chodassewitsch dem postrevolutionären Russland aus politischen Gründen den Rücken zu kehren. Und damit hatte sie eine existenzielle Entscheidung getroffen: „Chodassewitsch hatte den Entschluss gefasst, aus Russland auszureisen. Damals konnte er natürlich noch nicht voraussehen, dass es für immer sein würde. [...] Als er seine Wahl für sich und für mich traf, traf er sie so, dass wir zusammenbleiben und überleben konnten. Das heißt, den Terror der dreißiger Jahre überleben, in dem wir beide sehr wahrscheinlich umgekommen wären. Meine Wahl war er, und meine Entscheidung war, mit ihm zu gehen. Heute kann man sagen, dass wir uns gegenseitig gerettet haben.“ (Berberova 1990, 180)



Nina Berberova und Wladislaw F. Chodassewitsch  
Quelle: Wikimedia Commons.

Von November 1922 an wohnten Berberova und Chodassewitsch in Bad Saarow, da hier Maxim Gorki wohnte, um sein Lungenleiden zu kurieren. Als Gorki 1924 nach Sorrent umzog, folgten Berberova und Chodassewitsch ihm auch dahin. 1925 ließen sich Berberova und Chodassewitsch in Paris nieder. Berberova machte sich hier einen Namen als Journalistin und Schriftstellerin. Besondere, auch internationale Aufmerksamkeit erzielte sie mit ihrer 1936 erschienenen Biographie über Pjotr Tschaikowski, die in mehrere Sprachen übersetzt wurde. Schließlich emigrierte sie 1950 in die USA. Dort lehrte Berberova an verschiedenen Universitäten.

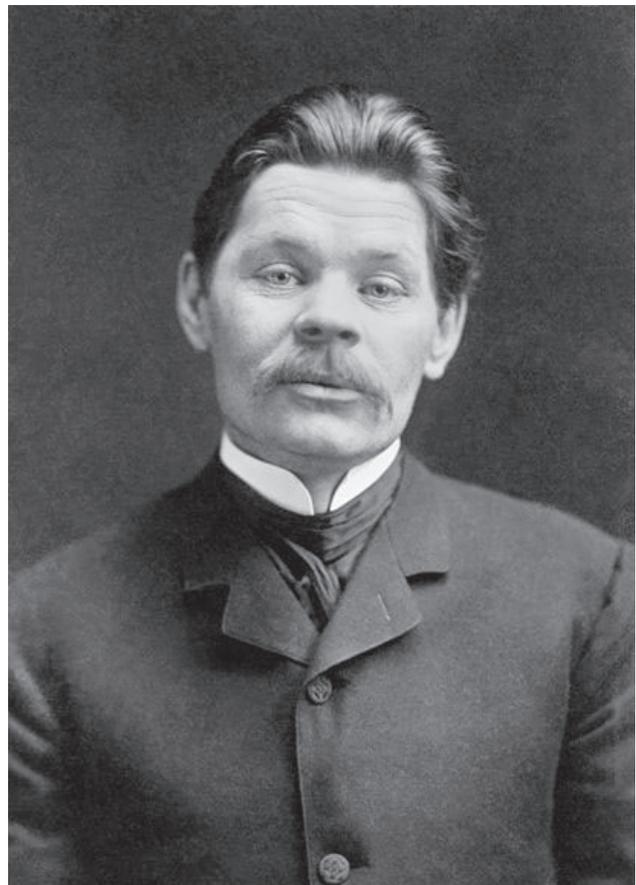
### Augsburger Straße 47 – Maxim Gorki

Als Maxim Gorki am 6. November 1921 am Bahnhof Zoo eintraf, war es nicht das erste Mal, dass der weltbekannte Schriftsteller Berlin besuchte: Gorki, der eigentlich Alexei Maximowitsch Peschkow hieß, war bereits 1906 in der deutschen Hauptstadt gewesen, wo er auch Lenin getroffen hatte. Die beiden blieben bis zum Tod des späteren sowjetischen Regierungschefs freundschaftlich miteinander verbunden. Peschkow hatte sich das Pseudonym Gorki („der Bittere“) zugelegt, um auf die sozialen Missstände in Russland aufmerksam zu machen. Von diesen handelt auch Gorkis Theaterstück *Nachtasyl* von 1902, mit dem er als Schriftsteller durchschlagenden Erfolg hatte. Das Drama hatte im Januar 1903 seine deutsche Uraufführung in Berlin am Deutsche Theater und wurde vom Publikum wie von der Kritik begeistert gefeiert.

Gorki gab sich in jüngeren Jahren gerne als Personifikation des einfachen russischen Bauern, in Kittel und mit längerem Haar. Dieses Bild kam – gepaart mit Gorkis sozialkritischen Schriften – beim internationalen Publikum gut an. Entsprechend enttäuscht war dann allerdings ein norwegischer Journalist, der Gorki in Berlin interviewte und zu der Feststellung kam: „Wo sind die langen Haare, die angeblich bis in die Augen fallen, wo ist der Ledergürtel, wo sind die hohen Stiefel, mit denen er im Zimmer herumstapfen soll, um sie kurz danach nonchalant auf dem Sofa zu platzieren? Stattdessen finde ich einen dezenten englischen Landpfarrer in Slippers vor.“ (Urban 2003, 66)



Maxim Gorki  
Quelle: Wikimedia Commons.



Maxim Gorki  
Quelle: Wikimedia Commons.

### Gleisdreieck – Boris L. Pasternak

Eigentlich wollte Boris Pasternak mit seiner Frau Jewgenia Lourié in Berlin nur einen Zwischenhalt auf dem Weg nach Marburg einlegen, wo er 1912 studiert hatte. Doch aus dem geplanten Besuch der Eltern im Sommer 1922 wurde für den Schriftsteller ein halbjähriger Aufenthalt in der Reichshauptstadt. Eine besondere Faszination ging für Pasternak vom Berliner Großstadtgetriebe aus. Am Gleisdreieck in Kreuzberg, wo sich die U-Bahnlinien U1 und U2 auf zwei Ebenen kreuzen, bündelte sich für den russischen Schriftsteller das umtriebige Aufeinandertreffen von Menschen und ihr Verhältnis zur Technik. In seinem Gedicht vom 30. Januar 1923 heißt es:

#### Gleisdreieck

**Wovon, zum Teufel, existiert der Kauz**

**Der Tag für Tag um kleinen Lohn**

**Das Dachloch überm brüllenden Abgrund gibt**

**Ans potsdamher gehetzte Abendrot?**

**Vors Fenster stellt er Rosen und Reseda**

**Da kilometerlang der Korb sich zieht**

**Wo Schienenlampen sich in Schönheit streiten**

**Mit all dem Schnee, benzinbesprüht.**

**Den Dächern, Essen, den Zarten zur Hand**

**Nicht Dämmerung – Stifte in Schminke getaucht**

**Wohin aus dem Dunkel die U-Bahn bricht**

**Als Knäuel von Gesichtern auf Flügeln des Rauchs.**

(Urban 2003, 163)

Bis 1912 war die Streckenführung am Bahnhof Gleisdreieck tatsächlich in einem Dreieck verlaufen. Nach Unfällen wurde die Anlage mit dem heutigen Streckenverlauf umgebaut. Südlich der U-Bahnstation Gleisdreieck befindet sich – auf dem einstigen Gelände der umfänglichen Gleisfelder und Rangierflächen des Anhalter Bahnhofs und des Potsdamer Bahnhofs – der weitläufige Park am Gleisdreieck.

Pasternaks Aufenthalt in Berlin war zunächst von

einer inneren Unruhe geprägt, die eine Schreibhemmung zur Folge hatte. Dem russischen Autor Boris Saizew gelang es jedoch, dem späteren Nobelpreisträger wieder zu dichterischer Schaffenskraft zu verhelfen. Pasternak verließ Berlin in Richtung Marburg wenige Tage, nachdem er „Gleisdreieck“ verfasst hatte. Seit Mitte der 1930er Jahre durfte der Schriftsteller die Sowjetunion nicht mehr verlassen. Deshalb gelangte sein Werk „Doktor Schiwago“ im Jahre 1956 nur auf Umwegen aus dem Land. Der Roman handelt von den Wirren des Bürgerkriegs nach der Russischen Revolution. 1958 erhielt Pasternak den Literaturnobelpreis. Er musste die Auszeichnung aus politischen Gründen ablehnen.

### Rüdesheimer Straße 3 – Emma Goldman

Berlin wurde für Emma Goldman ein Ort der Zuflucht und der Reflexion: Als die Anarchistin im Mai 1922 in der Reichshauptstadt eintraf, hatte sie eine Odyssee hinter sich und eine herbe politische Enttäuschung zu verarbeiten. Von den USA nach Russland ausgewiesen, hatte Goldman dort von 1920-22 Erfahrungen mit der bolschewistischen Revolution gesammelt – und war als anarchistische Revolutionärin bitter enttäuscht worden.



Emma Goldman  
Quelle: Wikimedia Commons.

Goldman hatte von Petrograd aus miterlebt, wie auf der Petrograd vorgelagerten Insel Kotlin im Finnischen Meerbusen der Aufstand der Matrosen in Kronstadt von den Bolschewiki blutig niedergeschlagen wurde. In Petrograd hatte sich zu Beginn des Jahres 1921 eine Streikbewegung gebildet, die sich für höhere Nahrungsmittelrationen und Brennmaterial einsetzte. Die Behörden lehnten die Forderungen ab und reagierten stattdessen mit Repressionsmaßnahmen wie Verhaftungen. Doch der Streik breitete sich weiter aus. Schließlich solidarisierten sich die Matrosen der Baltischen Flotte in Kronstadt mit den Streikenden. Die Matrosen der Baltischen Flotte gehörten einst zur Vorhut der russischen Revolution 1917. Die Aufständischen brachten ihre politische Haltung in der Kronstädter Iswestija wie folgt auf den Punkt: „Alle Macht den Sowjets und nicht den Parteien.“ (Gietinger 2014, 42) Von den Bolschewiki wurden die Matrosen nach ihrer Solidarisierung mit der Streikbewegung als Konterrevolutionäre betrachtet. Über die gesamte Provinz Petrograd wurde das Kriegsrecht verhängt. Daraufhin versuchten Emma Goldman und ihr Lebensgefährte Alexander Berkman in dem Konflikt zu vermitteln. An den Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung in Petrograd, Grigori Sinowjew, richteten sie und Perkus Petrowski am 5. März 1921 einen Brief und erklärten u.a.: „Die jüngsten Ereignisse zwingen uns Anarchisten zu sprechen und unsere Haltung in der gegenwärtigen Situation zu erklären. Es gärt unter den Arbeitern und Matrosen. Die Gründe dafür verdienen eine ernsthafte Prüfung. Die Arbeiter und Matrosen sind unzufrieden. Sie leiden unter Kälte und Hunger. Gelegenheit zur Diskussion und zur Kritik wird ihnen nicht gegeben. Deshalb gehen sie auf die Straße. [...] Was den Konflikt zwischen Arbeitern und Matrosen und der Sowjetmacht betrifft, so sind wir der Ansicht, dass er nicht mit Waffengewalt, sondern nur durch Verhandlungen zwischen Genossen beigelegt werden kann. [...] Genossen Bolschewiken, überlegt ehe es zu spät ist! Ihr spielt mit dem Feuer. Ihr seid im Begriff, einen Schritt zu tun, der nicht wiedergutmachen ist.“ (Goldman 2010, 804 f.) Doch der Volkskommissar für Kriegswesen, Leo Trotzki, und der Vorsitzende des Petrograder Sowjets, Grigori Sinowjew, hatten längst entschieden, diesen Aufstand gegen die Herrschaft der Bolschewiki blutig niederzuschlagen.

In Berlin fand Goldman die Ruhe, ihre kritischen Gedanken zum Verlauf der Oktoberrevolution in einem Buch niederzuschreiben – 1923 erschien *My Disillusionment in Russia* in den USA. Doch die engagierte Anarchistin veröffentlichte von Berlin aus auch in

Joseph Pultzers Zeitung *New York World* ihre Ansichten zum Sowjetbolschewismus. Die Aufnahme dieser Kritik beschrieb sie ihrem Freund Max Nettlau im August 1922: „Since my articles were written I have been quartered, burnt in oil, lynched, and what not. It would amuse you to read the awful stuff that appeared in the communist press of America.“ (Max Nettlau Papers, IISH) Ähnliche Reaktionen musste Goldman in Berlin erfahren: Als ihr Freund Rudolf Rocker bei einer Veranstaltung von Anarchisten für die Unterstützung politischer Gefangener in Russland sprach, wurde seine Rede von kommunistischen Zwischenrufern unterbrochen. Daraufhin ergriff die begnadete Rednerin Goldman die Initiative, wie sich Rudolf Rockers Sohn Fermin erinnert: „Suddenly this small pudgy woman got up on the podium and gave them hell. She let them have it, and they took it. [...] It was her presence, her voice, it was like someone pouring oil on stormy waters. It made an indelible impression.“ (Wexler 1989, 89)

Im Sommer 1924 verließ Goldman Berlin in Richtung Großbritannien. Wie viele andere europäische und amerikanische Arbeiter und Intellektuelle setzte sie sich 1927 gegen das Todesurteil für die Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti ein. Im Alter von 67 Jahren reiste Goldman 1936 während des spanischen Bürgerkriegs nach Barcelona, um dort für die Anarchisten im internationalen Pressebüro zu arbeiten.

### **Apollo-Theater / Friedrichstraße 218 – Sergei M. Eisenstein**

Am 18. März 1926 reiste der junge sowjetische Filmregisseur Sergei Eisenstein nach Berlin, um bei der Deutschland-Premiere seines Films *Panzerkreuzer Potemkin* anwesend zu sein. Doch die geplante Premiere über Ereignisse der Russischen Revolution von 1905 verzögerte sich: Das Reichswehrministerium hatte erwirkt, dass der Stummfilm von der Filmprüfstelle wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung verboten wurde. Die Revisionsverhandlung vor der Filmoberprüfstelle, bei der auch der einflussreiche Kritiker Alfred Kerr teilnahm, erlaubte schließlich die Aufführung – mit 14 Schnittauflagen. Soldaten der Reichswehr, so die Bestimmung der Heeresleitung, war der Besuch des Films jedoch weiterhin untersagt. Und auch der Regisseur konnte am 29. April 1926 der Premiere im Kreuzberger Apollo-Theater nicht beiwohnen: Sergei Eisenstein waren inzwischen die Devisen ausgegangen und er

hatte am 26. April nach Moskau zurückreisen müssen. Größeren Kinos war die Aufführung von Panzerkreuzer Potemkin zu risikoreich, weshalb sie in dem einstigen Variété-Theater in der Friedrichstraße stattfand. Der Film wurde unterschiedlich aufgenommen. Während die konservative und deutsch-nationale Kritik den Panzerkreuzer Potemkin verriss und als „sowjet-judäische Propaganda“ abtat, war die linke Presse von dem Film begeistert. Auch Alfred Kerr war von „Panzerkreuzer Potemkin“ sehr angetan.



Sergei Eisenstein

Quelle: Wikimedia Commons.

Sergei Eisenstein war bereits wenige Tage nach seiner Ankunft im März 1926 von Berlin tief beeindruckt – und stellte Vergleiche mit Moskau an. Am stärksten beeindruckt war Eisenstein vom Berliner Revuetheater. Der Filmregisseur war mit dem Kameramann von „Panzerkreuzer Potemkin“, Eduard Tisse, nach Berlin gereist. Neben der Teilnahme an der deutschen Erstaufführung des Films wollten sie hier neue Filmtechniken studieren. So besuchten sie die UFA-Ateliers in Tempelhof und Babelsberg. In Staaken kamen Eisenstein und Tisse mit Fritz Lang zusammen, der

dort gerade mit den Dreharbeiten zu „Metropolis“ beschäftigt war. Den Regisseur Friedrich Murnau besuchten sie in Babelsberg, wo er „Faust – eine deutsche Volkssage“ mit Emil Jannings drehte. Eisenstein blieb nach diesem ersten Besuch mit den Berliner Kunstkreisen verbunden und kehrte 1929 nach Berlin zurück, wo er auf Einladung von Hanns Sachs am Psychoanalytischen Institut einen Vortrag über Ausdrucksbewegung hielt, im Transvestiten-Lokal Eldorado in der Motzstraße verkehrte und mit Josef von Sternberg zusammenkam, der gerade den Film „Der blaue Engel“ mit Marlene Dietrich und Emil Jannings drehte. Heute erinnert eine Gedenktafel an die deutsche Erstaufführung von Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ im Apollo-Theater 1926.

### Nestorstraße 22 – Vladimir Nabokov

Der Anlass für Vladimir Nabokov, 1922 seinen Wohnort vom englischen Cambridge nach Berlin zu verlegen, war tragisch: Sein Vater, ein Jurist und liberaler Politiker, war während einer Veranstaltung in der Philharmonie (Bernburger Straße 21-22) von einem Monarchisten erschossen worden. Eigentlich hatte der Anschlag nicht Vladimir D. Nabokov, sondern Pawel N. Miljukow gegolten. Der Politiker hatte sich nach der Februarrevolution 1917 für die konstitutionelle Monarchie eingesetzt und der ersten provisorischen Regierung angehört. Harry Graf Kessler schildert das Geschehen im März 1922 wie folgt: „Abends am Kurfürstendamm im reaktionären russischen Kabarett »Stehaufmännchen«. Extrem moderne Ausstattung und Vorführung: eine ins Kabarett-hafte sublimierte Klage über Altrusslands Untergang, kontrastierend mit dem unbesieglischen Glauben an Russland Zukunft. Die Süße und Leichtigkeit hebt alles Nationalistische ins Menschliche. Mitten hinein platzte schreckenerregend die Nachricht, dass Miljukow und Vladimir Nabokov während eines Vortrages von Miljukow in der Philharmonie ermordet worden seien.“ (Schlögel 1998, 62). Miljukow hatte Dank des Eingreifens von Vladimir D. Nabokov den Anschlag überlebt, während der Retter selbst getötet worden war.

Sein Sohn Vladimir Nabokov hielt sich 15 Jahre in Berlin auf. Im Mai 1923 lernte er auf einem Wohltätigkeitsball des Verbands der russischen Kriegsinvaliden im Tanzpalast Fiametta (Kurfürstendamm 11) die 22-jährige Véra Slonim kennen und lieben. Das Paar heiratete am 15. April 1924 im alten Rathaus Wilmersdorf (vgl. Zimmer 2001, 132). Berlin dien-

te Nabokov als Inspirationsquelle für seine Bücher, doch heimisch, so Dieter E. Zimmer, wurde er in Berlin nie. Über seine Gefühle im Hinblick auf Berlin und seine alte Heimat schrieb er: „Blaue Abende in Berlin, der blühende Kastanienbaum an der Ecke, Verwirrungen, Armut, Liebe, der Mandarinenschimmer frühreifer Ladenbeleuchtungen und eine geradezu physisch schmerzende Sehnsucht nach dem noch frischen Geruch von Russland.“ (Urban 2003, 66)

In der Nestorstraße 22 erinnert eine Gedenktafel an den Wohnort Nabokovs in den Jahren von 1932-1937.

### Russischer Friedhof – Wittestraße 37

Seit dem Besuch Peters des Großen in Berlin zu Beginn des 18. Jahrhunderts entwickelten sich die Beziehungen zwischen Preußen und Russland stetig. Die wachsende russisch-orthodoxe Gemeinde verfügte zwar über eine Gesandtschaftskirche. Doch die in Berlin verstorbenen Russen mussten auf protestantischen Friedhöfen bestattet werden. Deshalb setzte sich der Erzpriester der Botschaft, Alexei P. Malzew (1854-1915), zu Beginn der 1890er Jahre für die Errichtung eines russisch-orthodoxen Friedhofs ein. Malzew hatte zuvor bereits die Bruderschaft des heiligen Fürsten Wladimir gegründet – einen kirchlichen Wohltätigkeitsverein, der sich um verarmte Russen kümmerte, die etwa auf ihrem Weg in die Vereinigten Staaten oder davon zurückkehrend in Berlin gestrandet waren. Mit Unterstützung der Bruderschaft und von Zar Alexander III. konnte Malzew im Oktober 1892 in der damaligen Dalldorfer Heide (heute Ortsteil Wittenau) das Grundstück für einen russisch-orthodoxen Friedhof erwerben. Malzew ließ aus verschiedenen Regionen Russlands tonnenweise Erde mit der Bahn liefern – die Toten sollten in russischer Erde ihre letzte Ruhe finden. Neben der Friedhofsanlage entstand in knapp zwei Jahren nach den Plänen von Albert Bohm die St.-Konstantin-und-Helena-Kirche, die auch als Friedhofskapelle dient. Anlässlich der Grundsteinlegung der Kirche hielt Malzew zwei Jahrzehnte vor Beginn des Ersten Weltkriegs fest: „Reden wir doch zueinander nicht in der Sprache des Hasses, sondern in der Sprache der Liebe. Die Sprache der Liebe wird verstanden von allen Menschen, und wo sie tönt, da gewinnt sie die Herzen, und da können wir hoffen, dass alle Völker mit einem Mund und mit einem Herzen rühmen und loben werden den Namen des göttlichen Stifters der heiligen Kirche.“ (Wendlandt/Koop 1994, 64)

Erzpriester Malzew konnte in der ehemaligen Dalldorfer Heide noch ein weiteres Projekt im Dienste der russischen Gemeinde Berlins verwirklichen: Mit Hilfe der Bruderschaft des heiligen Fürsten Wladimir wurde gegenüber der Friedhofsanlage das nach Alexander III. benannte Kaiser-Alexander-Heim errichtet und 1896 eingeweiht. Hier konnten arbeitslose Russen in hauseigenen Werkstätten – dazu gehörten Schlosserei, Drechslerei, Kerzenzieherei, Buchbinderei und Tischlerei – arbeiten und sich so ihren Lebensunterhalt sichern. Daneben wurden hier eine Bibliothek und ein Museum eingerichtet. 1975 erfolgte der Abriss des Gebäudes, auf dessen Gelände eine Industrieansiedlung entstand.

Der Friedhof in der Wittestraße dient bis heute als einziger ziviler russisch-orthodoxer Friedhof in Berlin. Zu den prominenten Russen, die hier bestattet sind, zählen der Architekt Michail Eisenstein (1867-1921, Vater des Filmregisseurs Sergei Eisenstein), der Agrarreformer Alexander Kriwoschein (1857-1921), der Jurist und Politiker Wladimir D. Nabokov (1870-1922, Vater des Schriftstellers Wladimir Nabokov) und der ehemalige russische Kriegsminister Wladimir Suchomlinow (1848-1926).

### Trautenaustraße 9 – Marina Zwetajewa

Als Marina Zwetajewa am 15. Mai 1922 mit ihrer Tochter Ariadna nach Berlin kam, hatte sie einen schweren Schicksalsschlag hinter sich: Zwei Jahre zuvor war ihre Tochter Irina während der Zeit des Bürgerkriegs in Moskau verhungert. In Berlin bereitete die russische Künstlergemeinschaft Zwetajewa einen schmeichelhaften Empfang, denn sie galt hier als eine berühmte Lyrikerin. Ilja Ehrenburg hatte zuvor die Veröffentlichung von zwei Gedichtbänden von Zwetajewa organisiert (vgl. Razumovsky 1989, 155).

Zwetajewa wohnte zunächst – wie so viele russische Emigranten zu Beginn ihres Exillebens in Berlin – in einer Pension in Wilmersdorf am Prager Platz und dann in der Trautenaustraße 9. Schnell war sie in die Intellektuellen- und Künstlerzirkel integriert, die sich in der Prager Diele an der Ecke von Prager Platz und Trautenaustraße trafen. Dort traf Marina Zwetajewa u. a. mit Ilja Ehrenburg, Nina Berberowa, Wladislaw F. Chodassewitsch, Andrei Bely und Wiktor Schklowski zusammen.



Marina Zwetajewa

Quelle: Wikimedia Commons.

Der Berlin-Aufenthalt von Marina Zwetajewa beschränkte sich auf insgesamt zehn Wochen. In dieser Zeit besuchte sie kein Theater, Konzert oder Museum. Dennoch war der Aufenthalt in Berlin für Zwetajewa aufgrund ihrer hier aufgenommenen künstlerischen und privaten Kontakte von großer Bedeutung. Ihrem Zufluchtsort widmete sie ein Gedicht:

### An Berlin

**Der Regen lullt den bittren Schmerz mir ein.  
Unter dem Dach, auf das die Ströme platschen,  
Schlaf ich. Vom Straßenpflaster tönt herein  
Der Hufe Klang, als wär' es Händeklatschen.  
Du hast begrüßt uns, dann begann der Guss.  
In der Verlassenheit in diesen Fernen  
Des allerschrecklichsten Verwaistseins habt  
Ihr gnädig meiner euch erbarmt, Kasernen.**

(Razumovsky 1989, 161)

In Berlin traf Marina Zwetajewa wieder mit ihrem Mann Sergej Efron zusammen. Er hatte während des russischen Bürgerkriegs auf Seiten der Weißen Armee gekämpft. Mit ihm und ihrer Tochter reiste Zwetajewa von Berlin aus zunächst nach Prag, lebte dann lange in Paris und kehrte schließlich 1939 in die Sowjetunion zurück. Dort wurde sie nach dem Beginn des Unternehmens Barbarossa nach Jelabuga in der Tatarischen Volksrepublik evakuiert. Zwetajewa hatte immer in prekären finanziellen Verhältnissen gelebt. Am 31. August 1941 sah sie für sich keinen anderen Weg mehr und wählte den Freitod.

Marina Zwetajewa gilt heute als eine der größten russischen Dichterinnen des 20. Jahrhunderts. Ihr zu Ehren brachten Slawistik-Studenten und -Lehrende eine Gedenktafel an ihrem Berliner Wohnort in der Trautenaustraße 9 an.

### Anhalter Bahnhof – Wjatscheslaw M. Molotow

Es war ein nasskalter Tag und goss in Strömen, als der sowjetische Außenminister Molotow nach zweitägiger Fahrt in seinem Sonderzug am 12. November 1940 im Anhalter Bahnhof eintraf. Doch obwohl er der ranghöchste sowjetische Politiker war, der Deutschland je während der Herrschaft der Nationalsozialisten besuchte, gab es am Anhalter Bahnhof keinen großen Empfang für ihn. Zu groß waren die ideologischen Gegensätze zwischen den beiden totalitären Diktaturen – trotz des Deutsch-Sowjetische Nichtangriffspaktes von 1939 und seines geheimen Zusatzprotokolls, das die geopolitischen Interessensphären der beiden Machtblöcke definierte. Während des zweitägigen Besuchs von Molotow in der Reichshauptstadt versuchte Hitler die Sowjetunion für ein Bündnis gegen Großbritannien zu gewinnen. Zugleich machte er dem sowjetischen Außenminister das deutsche Interesse an Rumänien und dessen Ölfeldern deutlich. Diese Pläne stießen bei Molotow jedoch auf Ablehnung.

Spätestens nach dem Besuch des sowjetischen Außenministers entschied sich Adolf Hitler endgültig zum Krieg gegen die Sowjetunion. Molotow fiel am 22. Juni 1941 – dem Beginn des Unternehmens Barbarossa – die Aufgabe zu, die Bevölkerung durch eine Radioansprache über den Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion zu informieren. Das Unternehmen Barbarossa kostete 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben, darunter waren neun Millionen Soldaten. Deutschland hatte von 1939 bis 1945 insgesamt sechs bis sieben Millionen Kriegstote zu beklagen.

### Viktoria-Luise-Platz 1 – Liane Berkowitz

Liane Berkowitz wurde am 7. August 1923 in Berlin geboren. Sie war die Tochter des russischen Kapellmeisters Viktor Wasiljew. Nach dem Tod des Vaters heiratete ihre Mutter Henry Berkowitz, der Liane adoptierte. Liane Berkowitz besuchte die Heilsche Abendschule und kam mit dem Widerstandskreis der Roten Kapelle in Kontakt.



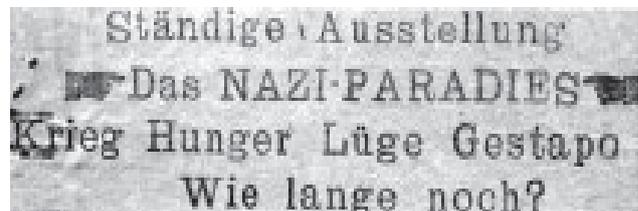
Liane Berkowitz

Quelle: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin;

Bereits kurz nach der Machtübernahme von Adolf Hitler am 30. Januar 1933 hatte sich um das Ehepaar Arvid und Mildred Harnack ein Kreis von Freunden gebildet, der gegen die Nazis opponierte (vgl. Juchler 2017). Dazu zählten der Schriftsteller Adam Kuckhoff und seine Frau Greta, der frühere preußische Kultusminister Adolf Grimme sowie Karl Behrens und Bodo Schlössinger, Schüler von Mildred Harnack am Berliner Abendgymnasium. Aufgrund ihrer Kontakte zur amerikanischen Botschaft konnte sie ihren Schülern im nationalsozialistischen Deutschland nicht zugängliche Informationen, Reden von Franklin D. Roosevelt und Darstellungen über den Spanischen Bürgerkrieg besorgen. Im Verlaufe der Zeit erweiterte sich der Kreis oppositionell Gesinnter um Mildred und Arvid Harnack: Sie kamen mit Libertas und Harro Schulze-Boysen und deren Freundeskreis in Kontakt. Der Oppositionszirkel umfasste bis zu seiner Zerschlagung durch die

Nationalsozialisten etwa 150 Personen verschiedenster Berufsgruppen, unterschiedlicher parteipolitischer Einstellungen und Konfessionen. Die Gruppe verfertigte oppositionelle Flugblätter und lieferte Informationen an die amerikanische Botschaft sowie an die Sowjetunion. So warnten etwa Harnack und Schulze-Boysen den sowjetischen Botschaftssekretär Alexander Korotkow vor dem bevorstehenden Angriff auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“). Doch Josef Stalins Geheimdienstchef Lawrentij Berija nahm diese Warnung nicht ernst. Aufgrund von Funkkontakten des Netzwerkes zur Sowjetunion wurde die Gruppe von den Nationalsozialisten „Rote Kapelle“ genannt – „rot“ bezog sich auf deren linke Haltung und mit „Kapelle“ wurden Funker assoziiert, die wie Pianisten in einer Kapelle spielen.

Der Angriff der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 veranlasste die Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe zu einer Intensivierung ihrer Tätigkeiten gegen das NS-Regime. So wurden Informationen an verschiedene Nachrichtendienste weitergeleitet, zahlreiche Flugblätter gegen den Krieg verteilt und verschickt, programmatische Denkschriften verfasst und eine Zettelklebeaktion gegen die nationalsozialistische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten im Mai 1942 durchgeführt. Der Text der zu Hunderten auf Litfaßsäulen, Hauswände, Bäume, etc. geklebten Zettel lautete: „Ständige Ausstellung: Das NAZI-PARADIES. Krieg – Hunger – Lüge – Gestapo. Wie lange noch?“ Liane Berkowitz beteiligte sich an der Zettelklebeaktion gegen die antisowjetische Propagandaausstellung.



Quelle: Wikipedia.

Nach der Entschlüsselung eines Funkspruches durch die deutsche Spionageabwehr wurden ab Ende August 1942 die Angehörigen der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe sukzessive verhaftet, darunter auch Liane Berkowitz. Die Festnahmen wurden von der „Sonderkommission Rote Kapelle“ des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in der Prinz-Albrecht-Straße 8 geleitet. In der Folge wurden mehr als 200 Personen inhaftiert. Wie viele weitere Angehörige der

Widerstandsgruppe wurde auch Liane Berkowitz vom Reichskriegsgericht am 18. Januar 1943 zum Tode verurteilt. Nachdem sie im Frauenstrafgefängnis in der Barnimstraße am 12. April 1943 ihre Tochter Irene geboren hatte, wurde die 19-jährige Schülerin am 5. August 1943 in Plötzensee hingerichtet. Ein vom Reichskriegsgericht empfohlenes Gnadengesuch wurde von Adolf Hitler persönlich abgelehnt wie Berkowitz' Tochter Irene wurde von der Großmutter betreut und fiel im Oktober 1943 vermutlich, so die Gedenkstätte Deutscher Widerstand, einer NS-Krankenmordaktion im Krankenhaus Eberswalde zum Opfer. Am Viktoria-Luise-Platz 1 ist eine Gedenktafel für Liane Berkowitz angebracht. In Friedenau wurde im Jahre 2000 der Liane-Berkowitz-Platz nach ihr benannt.

### Alt-Friedrichsfelde 1-3 – Nikolai E. Bersarin

Er war ein erfahrener Rotarmist und leitete noch in den letzten Kriegstagen die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens in der kriegsversehrten Hauptstadt ein: Nikolai Bersarin erreichte als Oberkommandierender der 5. Stoßarmee am 21. April 1945 im heutigen Bezirk Marzahn-Hellersdorf die Berliner Stadtgrenze. Am 24. April wurde er von Marschall Georgi Schukow zum Berliner Stadtkommandanten und Befehlshaber der Berliner Garnison ernannt. Damit folgte Schukow einer Tradition der zaristischen Armee, wonach derjenige Befehlshaber, der als erster in eine Stadt einmarschiert, dort als Stadtkommandant eingesetzt wird. Die Kämpfe um zentrale Einrichtungen des Nationalsozialismus wie der Neuen Reichskanzlei und dem Reichssicherheitshauptamt tobten noch, als Bersarin mit seinem Befehl Nr. 1 bereits damit begann, das Leben nach dem Fall der NS-Diktatur von seinem Dienstsitz in Friedrichsfelde aus zu organisieren. Mit diesem Befehl werden die NSDAP sowie ihre Unterorganisationen verboten, die „kommunalen Betriebe wie Kraft- und Wasserwerke, Kanalisation, städtische Verkehrsmittel, [...] alle Heilanstalten, alle Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien haben ihre Arbeit zur Versorgung der Bevölkerung wieder aufzunehmen“, und der „Betrieb von Vergnügungsstätten (Kino, Theater, Zirkus, Stadion), Gottesdienste in den Kirchen, der Betrieb von Restaurants und Gaststätten ist bis 21.00 Uhr Berliner Zeit erlaubt“. (Engel 2007, 49) Bersarin legte damit die Grundlage für die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern. Die Rote Armee selbst, einst von den Nationalsozialisten verteufelt, stellte in ihren Armeeküchen Essen für die Berliner bereit. Wassili Gross-

man, der als Journalist Bersarin begleitete, beschreibt den Alltag in der Stadtkommandantur: „Ein Tag in Bersarins Büro. Die Erschaffung der Welt. Deutsche und immer wieder Deutsche – Bürgermeister, die Direktoren der Berliner Elektrizitätswerke, der Berliner Wasserwerke, der Klärwerke, der U-Bahn, der Straßenbahn, der Gasversorgung, Fabrikanten und weitere Persönlichkeiten. Hier erhalten sie neue Posten. Aus stellvertretenden Direktoren werden Direktoren, aus Leitern von Kommunalbetrieben Chefs auf nationaler Ebene. Füße scharren, Grußworte, es wird geflüstert.“ (Beevor 2007, 414 f.) -

Der frisch eingesetzte Stadtkommandant versuchte auch Problemen aus den eigenen Reihen Herr zu werden – den verbreiteten Diebstählen und Vergewaltigungen durch Rotarmisten. Als Oberkommandierender der 5. Stoßarmee erklärte er etwa am 7. Mai 1945 in seinem Befehl Nr. 180, dass „Plünderungen und Gewalttätigkeiten strikt zu unterbinden“ seien. Da Bersarin alleiniger Stadtkommandant von Berlin war, entschied er zur Vereinfachung seiner Kommunikation mit Moskau, die Berliner Uhren nach Moskauer Zeit umzustellen. Erst nach dem Eintreffen der westlichen Alliierten am 4. Juli 1945 tickten die Uhren in der ehemaligen Reichshauptstadt wieder nach mitteleuropäischer Zeit. Da war Nikolai Bersarin allerdings bereits tot – er verunglückte mit seinem Motorrad am 16. Juni. Weite Teile der Berliner Bevölkerung trauerten um den Stadtkommandanten, dessen Verdienste um die Wiederherstellung des öffentlichen Lebens sie zu schätzen wussten. Der Journalist Erich Kuby urteilte über Bersarins Aktivitäten als Stadtkommandant: „Alles, was man über ihn weiß, vermittelt den Eindruck, dass er sich in den wenigen Wochen seiner Berliner Tätigkeit mit seinem Amt zu identifizieren begann, dass ihm die Leistung wichtiger war als die Ideologie.“ (Kuby 1965, 337) An seiner einstigen Wirkungsstätte in Alt-Friedrichsfelde ist heute eine Gedenktafel in das Straßenpflaster eingelassen und in Friedrichshain ist ein Platz nach ihm benannt. Nikolai Bersarin ist Berliner Ehrenbürger.

### Reichstag – Jewgeni A. Chaldej

Der sowjetische Militärfotograf Jewgeni Chaldej hatte bereits das Vorrücken der Roten Armee auf Belgrad, Budapest und Wien dokumentiert. Doch seine Aufnahmen von der Eroberung des Reichstagsgebäudes durch sowjetische Truppen am 2. Mai 1945 stellten den Höhepunkt seiner Karriere dar – sein Foto von den Rotarmisten, die auf dem Reichstag die sowjeti-

sche Fahne hissen, wurde zur Ikone des Siegs der Sowjetunion über Hitler-Deutschland. Jewgeni Chaldej erinnert sich: „Es war am frühen Morgen des 2. Mai 1945. Ich betrat das Reichstagsgebäude. Überall war schrecklicher Lärm: Russen, Deutsche, alle schrien durcheinander. Es rauschte wie ein Wasserfall: Die Deutschen waren empört, dass die Russen kamen. Die Russen jubelten. Ich ging in meiner Marineuniform hinein. Ein junger sympathischer Soldat kam auf mich zu. Ich hatte eine rote Fahne in der Hand. Er sagte: »Leutnant, dawai, lass uns mit der Fahne aufs Dach klettern«. »Deswegen bin ich ja hier«, sagte ich. Wir gingen los, überall waren die Treppen zerstört. Dann waren wir endlich oben, der Reichstag brannte. Die ganze Hitze und der Rauch zogen in die Kuppel. [...] Wir fanden eine lange Stange. Ich suchte lange nach Kompositionsmöglichkeiten. Erst machte ich ein Foto links, nein, das war nicht gut. Es sollte auch etwas von Berlin zu sehen sein. [...] Ich habe einen ganzen Film verknipst, 36 Bilder.“ (Volland/Krimmer 1994, 64)

Der Militärfotograf hatte seine Kamera, eine Leica III, vor Kriegsbeginn gebraucht gekauft. Noch in der Nacht zum 3. Mai flog Chaldej nach Moskau, wo er seine Fotos in der Nachrichtenagentur TASS entwickelte. Dabei fiel einem Mitarbeiter auf, dass der Rotarmist, der dem Soldaten mit der Fahne assistierte, an jedem Handgelenk eine Uhr trug – ganz offensichtlich Beutestücke. Daraufhin manipulierte Chaldej sein Foto, indem er mit einer Nadel eine Uhr aus dem Negativ auskratzte. Als Chaldej seine Fotos Stalin vorlegte, kam es zu einer weitergehenden Geschichtsfälschung: „Unser Oberbefehlshaber hatte mein Foto und die Liste der Beteiligten auf dem Tisch. Nach langem Überlegen entschied er sich für die Gruppe 5. Die anderen verschwanden in der Anonymität. Ich musste eine Geheimhalteverpflichtung unterschreiben, in der stand, dass ich mit niemandem über diesen Vorgang sprechen durfte. Was das bei Stalin bedeutete, kann sich jeder denken.“ Stalin hatte drei Rotarmisten ausgewählt – zwei waren Russen, einer Georgier wie Stalin selbst. Die Männer waren zwar an der Erstürmung des Reichstags, doch nicht an der Entstehung von Chaldejs Fotos beteiligt gewesen. Erst in den 1990er Jahren wurde bekannt, dass diese aus Propagandagründen statt Alexejev Nicolajev, Abdullhakim Ismailow und Leonid Gorjatschow als „Helden der Sowjetunion“ geehrt worden waren.

Die Fotos von Chaldej waren entstanden, als im Keller des Reichstags noch gekämpft wurde. Eigentlich hatte Stalin vorgesehen, dass dieses Gebäude, das für den sowjetischen Diktator sinnbildlich für die Herrschaft

des Nationalsozialismus stand, zum symbolträchtigen 1. Mai eingenommen wird. Am frühen Morgen des 30. April hatte der Sturm der Rotarmisten auf den Reichstag über den Königsplatz (heute Platz der Republik) begonnen. Doch das Gebäude wurde von einer Mischung aus Matrosen, SS-Angehörigen und Hitlerjungen energisch verteidigt, so dass seine endgültige Einnahme durch die Rote Armee erst am 2. Mai gelang. Für die sowjetische Propaganda wurde die Einnahme des Reichstagsgebäudes zum Symbol ihres Siegs über den Nationalsozialismus. Mit seinem Foto von der sowjetischen Fahne auf den Reichstag schrieb sich Chaldej in die Geschichtsbücher weltweit ein.

### Schulenburgring 2 – Wassili I. Tschuikow

Der 2. Mai 1945 war für Berlin ein historischer Tag. Helmuth Weidling, General der Artillerie und Befehlshaber des Verteidigungsbereichs Berlin, begab sich am frühen Morgen in den Schulenburgring 2. Dorthin, wo unweit des Flughafens Tempelhof der Oberbefehlshaber der 8. Gardearmee, Wassili Tschuikow, seit dem 27. April 1945 seinen Gefechtsstand hatte. Der Befehlshaber von Berlin verhandelte mit dem sowjetischen Generaloberst über die Kapitulation der Stadt. Schließlich unterzeichnete Weidling den entscheidenden Befehl: „Am 30. 4. 1945 hat sich der Führer selbst entleibt und damit uns, die wir ihm Treue geschworen hatten, im Stich gelassen. Auf Befehl des Führers glaubt Ihr noch immer um Berlin kämpfen zu müssen, obwohl der Mangel an schweren Waffen, an Munition und die Gesamtlage den Kampf als sinnlos erscheinen lassen. Jede Stunde, die Ihr weiterkämpft, verlängert die entsetzlichen Leiden der Zivilbevölkerung Berlins und unserer Verwundeten. Jeder, der jetzt noch im Kampf um Berlin fällt, bringt seine Opfer umsonst. Im Einvernehmen mit dem Oberkommando der sowjetischen Truppen fordere ich Euch daher auf, sofort den Kampf einzustellen.“ Zwar trat die Kapitulation ab Mittag in Kraft. Doch viele Einheiten der Deutschen waren nicht über Funk erreichbar, so dass noch den ganzen Tag über vereinzelt gekämpft wurde.

Die Kommandozentrale der 8. Gardearmee befand sich im Erdgeschoss des Hauses Schulenburgring 2. Die Hauswirtin Anni Goebels hatte dazu ihre Wohnung räumen müssen. Das herrschaftliche Wohnhaus war nach Plänen des Architekten Franz Werner 1912 errichtet worden. Hier hatten auch drei jüdische Bürger gewohnt, die während der Herrschaft der Natio-

nalsozialisten deportiert und ermordet wurden. An sie erinnern drei vor dem Haus verlegte Stolpersteine. Auf die Ereignisse am 2. Mai 1945 wird durch eine am Haus angebrachte Informationstafel hingewiesen. Wassili Tschuikow nahm nach dem Zweiten Weltkrieg weitere wichtige Aufgaben in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR wahr. So übertrug der Armeegeneral als Chef der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) am 11. November 1949 in Karlshorst die Verwaltungshoheit an die Behörden der DDR, die am 7. Oktober 1949 gegründet worden war. Tschuikow übte sein Amt als Chef der SKK vier Jahre aus und war in dieser Zeit zugleich Oberkommandierender der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland. Anschließend setzte er seine militärische Karriere in der Sowjetunion fort und war in den 1960er Jahren Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR und Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte der Sowjetischen Armee. Tschuikow wurde auf dem Mamajew-Hügel in Wolgograd – dem ehemaligen Stalingrad – beigesetzt, um deren Verteidigung er sich mit seiner 62. Armee (der späteren 8. Gardarmee) große Verdienste erworben hatte.

### **Neue Reichskanzlei / Informationstafel – Wassili S. Grossman**

Der Schriftsteller und Kriegsberichterstatter Wassili Grossman hatte schon von vielen Fronten des Deutsch-Sowjetischen Krieges berichtet – Moskau, Stalingrad, Kursk. Nachdem die Kämpfe in Berlin am 2. Mai 1945 beendet waren, fuhr er zu Hitlers Neuer Reichskanzlei. Das Bild, das sich ihm in der ehemaligen Machtzentrale der Nationalsozialisten bot, schien surreal: „Die Neue Reichskanzlei. Der monströse Zusammenbruch eines Regimes, seiner Ideologie, seiner Pläne, alles dessen, was es einmal ausmachte. ... Hitler kaputt ... Hitlers Arbeitszimmer. Der Empfangssaal. Die gigantische Eingangshalle, in der ein junger, braun gebrannter Kasache mit hervorstehenden Backenknochen Fahrrad fahren übt und dabei immer wieder hinfällt. Hitlers Sessel und Schreibtisch. Ein riesiger metallener Globus, umgestürzt und verbeult, herabgefallener Stuck, Wandtäfelung und Teppiche – alles liegt durcheinander. Das reine Chaos. Geschenke, Bücher mit Widmungen an den »Führer«, Stempel und vieles andere.“ (Beevor 2007, 419 f.) Adolf Hitler hatte die Neue Reichskanzlei nach den Plänen von Albert Speer 1938/39 im historischen Regierungsviertel mit dem Haupteingang an der Wilhelmstraße und entlang der Voßstraße errichten lassen. Durch seine monumentale Bauweise mit neoklassi-

zistischen Formen sollte die Ideologie des nationalsozialistischen Staates adäquat zum Ausdruck gebracht werden. Hitlers unterirdischer Luftschutzbunker („Führerbunker“) wurde 1943 im Garten der angrenzenden alten Reichskanzlei wesentlich ausgebaut und verstärkt. Das im Krieg nur leicht zerstörte Gebäude der Neuen Reichskanzlei wurde zu Beginn der 1950er Jahre abgetragen. Heute erklärt eine Informationstafel in der Gertrud-Kolmar-Straße/Ecke In den Ministergärten die topografischen Gegebenheiten um die Neue Reichskanzlei und den Führerbunker.

Neben seiner Tätigkeit als Kriegsberichterstatter arbeitete Grossman zusammen mit Ilja Ehrenburg seit 1943 an einem Schwarzbuch über die Vernichtung der sowjetischen Juden durch die Nationalsozialisten. Die Dokumentation erhielt nach dem Krieg auch aufgrund Stalins antisemitischer Einstellung von den sowjetischen Behörden jedoch keine Genehmigung zur Veröffentlichung und konnte erst 1980 in Israel erscheinen. Literarischen Weltruhm erntete Wassili Grossman mit seinem realistischen Epos über den Kampf um Stalingrad „Leben und Schicksal“ – allerdings erst posthum, denn in der Sowjetunion durfte das Meisterwerk nicht veröffentlicht werden.

### **Westfälische Straße 33 – Vera Lourié**

Vera Lourié überstand als Russin und Jüdin unbeschadet die Herrschaft der Nationalsozialisten, den Krieg – und auch den Einmarsch der Roten Armee in Berlin, den sie Anfang Mai 1945 in ihrer Wohnung in der Westfälischen Straße 33 erlebte: „Dann stürmten die Russen die Halenseebrücke. [...] Die Bewohner unseres Hauses schubsten mich im wahrsten Sinne des Wortes jedem Trupp sowjetischer Soldaten, die in unseren Keller kamen, entgegen. Tatsächlich konnte ich ihnen dank meinem Russisch helfen, die Soldaten nahmen niemanden von uns mit und rührten unser Haus nicht an. Zu den deutschen Kindern waren sie freundlich und gaben ihnen Karamellbonbons. Dann sagten die Soldaten, was ist mit unseren Frauen und Schwestern geworden? Ich übersetzte diese Fragen den Deutschen im Keller. Eine Frau sagte zu mir: »Um Gottes Willen, sagen Sie, dass die Ostarbeiter hier gut behandelt wurden!« Ich antwortete ihr: »Lügen werde ich nicht!« Bald darauf ging ich in meine Wohnung nach oben. Ich nahm die schwangere Hausfrau und ihren dreijährigen Sohn mit hinauf. Im Keller fanden Massenvergewaltigungen statt.“ (Lourié 2014, 148 f.)



Vera Lurié, Quelle: Berlinische Galerie, Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur Stiftung Öffentlichen Rechts

Vera Lurié war im Alter von 20 Jahren aus Petrograd nach Berlin als sowjetische Emigrantin gekommen und machte die deutsche Hauptstadt von 1921 an zu ihrer Wahlheimat. Die junge Dichterin bewegte sich in den literarischen und künstlerischen Zirkeln der sowjetischen Emigranten und war mit Andrei Bely, Ilja Ehrenburg, El Lissitzky, Sergei A. Jessenin, Marina I. Zwetajewa, Roman Gul, Wladislaw F. Chodassewitsch und Nina Berberova bekannt. Anders als die meisten Exilrussen verließ die Jüdin mit Beginn der Nazi-Herrschaft jedoch nicht Berlin. Zwar hatte sie für sich eine Arbeitserlaubnis als Dienstmädchen für England bekommen. Doch für ihre Mutter konnte sie kein Affidavit beschaffen. Vera Lurié änderte ihren jüdischen Namen in Lourié und behauptete gegenüber den nationalsozialistischen Behörden, dass sie hugenottischer Abstammung sei. Ihre Mutter wurde trotzdem in das KZ Theresienstadt verbracht, das sie überlebte. Vera Lourié schlug sich mit Russischunterricht durch. Zu ihren Schülern gehörten auch Angehörige der sogenannten Roten Kapelle wie Liane Berkowitz – eine junge Frau, die heimlich Juden unterstützte, an Aktionen der Widerstandsgruppe teilnahm und nach ihrer Verhaftung 1943 in Plötzensee hingerichtet wurde.

Vera Lourié lebte auch nach dem Krieg weiter in ihrer Wilmersdorfer Altbauwohnung, in die sie 1933 eingezogen war. Hier erlebte sie das Ende der Sowjetunion und vermietete Anfang der 1990er Jahre einen Teil ihrer Wohnung an russische Studenten. Die Dichterin verstarb 1998 und wurde auf dem Luisenkirchhof III in Charlottenburg beigesetzt.

### Offizierskasino der Pionierkaserne Karlshorst / Deutsch-Russisches Museum – Georgi Konstantinowitsch Schukow

Als Verteidiger von Moskau und Sieger bei der Schlacht um Stalingrad hatte Marschall Georgi Schukow bereits besondere militärische Triumphe feiern können. Den Höhepunkt seiner militärischen Karriere stellte jedoch die Eroberung Berlins und die Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht im Offizierskasino der Pionierschule in Karlshorst am 8. Mai 1945 dar: Nachdem Generaloberst Alfred Jodl bereits am 7. Mai im französischen Reims die bedingungslose Kapitulation erklärt hatte, kamen am Abend des 8. Mai die Vertreter der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, im Offizierskasino der Pionierkaserne zusammen. Zunächst setzten Marshall Schukow, Luftmarschall Arthur Tedder (Stellvertreter Eisenhowers und britischer Bevollmächtigter), General Carl Spaatz (Repräsentant der USA) und General Jean de Lattre de Tassigny (Repräsentant Frankreichs) ihre Unterschrift unter die Kapitulationsurkunde. Dann erhob sich Schukow und machte den deutschen Vertretern deutlich, wer nun in Deutschland das Sagen hatte: „Wir fordern die deutsche Abordnung auf, die Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen«, sagte er auf Russisch. Der Dolmetscher übersetzte, aber Keitel gab mit einer ungeduldigen Geste zu verstehen, er habe verstanden, und man solle ihm die Papiere vorlegen. Schukow wies jedoch zum Ende des Tisches. »Sagen Sie ihm, er hat dort zu unterschreiben«, forderte er den Dolmetscher auf. Keitel erhob sich und ging an den ihm zugewiesenen Platz. „Nachdem Keitel für Wehrmacht und Heer, Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff für die Luftwaffe sowie Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg für die Marine die Urkunde zur bedingungslosen Kapitulation um 23.01 Uhr MEZ (9. Mai, 00.43 Uhr Moskauer Zeit) unterzeichnet hatte, erklärte Schukow: »Die deutsche Abordnung darf den Saal verlassen.« Der Historiker Antony Beevor beschreibt die Szene im Offizierskasino weiter: „Als die Tür sich hinter den deutschen Generälen geschlossen hatte, war es, als atmeten alle zugleich erleichtert auf. Die Spannung löste sich sofort. Schukow lächelte, ebenso Tedder. Alle begannen lebhaft durcheinander zu reden und schüttelten sich die Hände. Sowjetische Offiziere lagen sich in den Armen. Man feierte fast bis zum Morgengrauen mit Liedern und Tänzen. Marschall Schukow selbst legte unter lautem Jubel seiner Generäle einen Russentanz hin. In der ganzen Stadt

feuerten Offiziere und Soldaten voll überschäumender Freude ihre letzten Patronen in den Nachthimmel. Der Krieg war zu Ende.“ (Beevor 2012, 440)

Das Offizierskasino gehörte zum Gebäudekomplex der Pionierschule der deutschen Wehrmacht, die 1936 in Karlshorst errichtet worden war. Während des Sturms auf Berlin hatte hier der sowjetische Befehlshaber der 5. Stoßarmee, Nikolai Bersarin, sein Hauptquartier aufgeschlagen. Von 1945 bis 1949 befand sich in der ehemaligen Pionierschule die Zentralbehörde der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD). Anschließend bezog der sowjetische In- und Auslandsgeheimdienst KGB hier seinen Sitz. Seit 1995 präsentiert das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst in einer Dauerausstellung das Thema Deutschland und die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941-1945 in der ehemaligen Pionierschule.

Marschall Georgi Schukow war von Juni 1945 bis März 1946 Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSSD) sowie Chef der SMAD und damit Repräsentant der Sowjetunion im Alliierten Kontrollrat. Danach setzte er eine wechselvolle Karriere als Militär und sowjetischer Verteidigungsminister fort. Schukow wird auch im postsowjetischen Russland noch verehrt.

### Literatur

Akademie der Künste (Hrsg.): Eisenstein und Deutschland: Texte, Dokumente, Briefe. Berlin: Henschel, 1998.

Beevor, Antony: Berlin 1945. Das Ende. Berlin: Pantheon, 2012.

Beevor, Antony: Ein Schriftsteller im Krieg. Wassili Grossman und die Rote Armee 1941-1945. Unter Mitarbeit von Luba Vinogradova. München: C. Bertelsmann, 2007.

Berberova, Nina: Ich komme aus St. Petersburg. Düsseldorf: Claassen, 1990.

Bulgakowa, Oksana: Sergej Eisenstein. Eine Biographie. Berlin: PotemkinPress, 1997.

Clark, Christopher: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947. München: Pantheon, 2008.

Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst e.V. (Hrsg.): Unsere Russen, unsere Deutschen. Bilder vom Anderen 1800 bis 2000. Berlin: Ch. Links, 2007.

Ehrenburg, Ilja: Menschen, Jahre, Leben: Memoiren. Bd. 2. Berlin: Verlag Volk und Welt, 1978.

Ehrenburg, Ilja: Visum der Zeit. Leipzig: Reclam, 1982.

Engel, Helmut: Die Genossen waren eben da und die anderen nicht. Kriegsende und Nachkriegszeit im Berliner Südosten. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2007.

Gietinger, Klaus: Die Kommune von Kronstadt. Berlin: Die Buchmacherei, 2014.

Goldman, Emma: Gelebtes Leben. Autobiographie. Hamburg: Edition Nautilus, 2010.

Grawitz, Madeleine: Bakunin. Ein Leben für die Freiheit. Hamburg: Edition Nautilus, 1999.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München: C.H. Beck, 2014.

Holsten, Henning/Schönpflug, Daniel: Widersprüche eines dynastischen Gipfeltreffens im Jahr 1913, in: Ute Daniel/Christian K. Frey (Hrsg.): Die preußisch-welfische Hochzeit 1913: Das dynastische Europa in seinem letzten Friedensjahr. Braunschweig: Appelhaus, 2016, S. 50-68.

Jochheim, Gernot: Der Berliner Alexanderplatz. Berlin: Ch. Links, 2006.

Juchler, Ingo: Mildred Harnack – Mittlerin der amerikanischen Literatur und Widerstandskämpferin, in: Ingo Juchler (Hrsg.): Mildred Harnack und die Rote Kapelle in Berlin. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, 2017.

Köhne, Bernhard von: Berlin, Moskau, St. Petersburg 1649 bis 1763. Ein Beitrag zur Geschichte der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Brandenburg-Preußen und Rußland. Berlin: Mittler, 1882.

Kroll, Frank-Lothar: Familieninteresse oder Staatsräson? Aspekte dynastisch-politischer Beziehungen zwischen Russland und Preußen im 19. Jahrhundert, in: Generaldirektion der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Macht und Freundschaft Berlin - St. Petersburg 1800 – 1860. Leipzig: Koehler & Amelang, 2008, S. 69-79.

Kuby, Erich: Die Russen in Berlin 1945. München/Bern/Wien: Scherz, 1965.

Kurth, Peter: Anastasia, die letzte Zarentochter. Das Geheimnis der Anna Anderson. Bergisch Gladbach: Lübbe, 1988.

Lourié, Vera: Briefe an Dich. Erinnerungen an das russische Berlin. Herausgegeben von Doris Liebermann. Frankfurt/M.: Schöffling & Co., 2014.

Maur, Hans: Lenin in Berlin. Gedenkstätte im Museum für Deutsche Geschichte. Berlin: Museum für Deutsche Geschichte, 1980.

Max Nettlau Papers beim International Institute of Social History (IISH), Amsterdam

Razumovsky, Maria: Marina Zwetajewa. Eine Biographie. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1989.

Remy, Maurice Philip: Mythos Bernsteinzimmer. München: List, 2003.

Sautow, Ivan P. u.a.: Das Bernsteinzimmer. Drei Jahrhunderte Geschichte. Sankt Petersburg : Aurora-Kunstverlag, 2003.

Schlögel, Karl: Berlin Ostbahnhof Europas: Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert. Berlin: Siedler, 1998.

Urban, Thomas: Russische Schriftsteller im Berlin der zwanziger Jahre. Berlin: Nicolai, 2003.

Volland, Ernst/Krimmer, Heinz (Hrsg.): Von Moskau nach Berlin. Bilder des russischen Fotografen Jewgeni Chaldej. Berlin: Nicolai, 1994.

Wendlandt, Wolf-Borwin/Koop, Volker (Hrsg.): Ein Stück Russland in Berlin. Die Russisch-Orthodoxe Gemeinde Reinickendorf. Berlin: Brandenburgisches Verlagshaus, 1994.

Wexler, Alice: Emma Goldman in exile. Boston: Beacon Press, 1989.

Zimmer, Dieter E.: Nabokovs Berlin. Berlin: Nicolai, 2001.



## Schilkin – die unerhörte Geschichte des russischen Wodkas in Berlin

**Moderation: Jürgen Karwelat**

**Gäste: Tochter des Firmengründers Elke Mier, geb. Schilkin, Peter Mier und der Journalist Werner Zedler**

**Montag, 13. November 2017**

Eine deutsch-russische Familiengeschichte stand im Mittelpunkt des Abends. Sergei Apollonowitsch Schilkin, geboren am 27. Dezember 1915 in Sankt Petersburg, ist besonderer Zeuge für die Irrungen und Wirrungen des 20. Jahrhunderts in Europa. Sein Vater war Apollon Fjodorowitsch Schilkin, ein Hoflieferant des Zaren, dessen Spirituosenfabrik im Frühjahr 1919 verstaatlicht wurde. Im März 1921 floh die Familie mit schwedischen Pässen unter falschem Namen vor den Bolschewiken aus Russland. Nizza war das Ziel.

### Veranstaltungsbericht

**Sema Binia (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)**

„Das beste und reinste Wässerchen der Welt: Der Wodka. Zum Wohl.“ Mit diesem ersten Satz aus einem historischen Filmbeitrag begann unsere Veranstaltung, während leere Wodkaflaschen verschiedener Sorten unterm Tisch, in und auf den Bücherregalen sichtbar zum Thema platziert waren.



Die Familiengeschichte der Schilkins in der Berliner Geschichtswerkstatt am 13. November 2018. Foto: Elke Mocker

Eingeladen hatten wir die Tochter des Wodkafabrikanten Sergej Apollonowitsch Schilkin, Frau Mier, geborene Schilkin und den Schwiegersohn, Herrn Mier. Ebenfalls zu Gast war der Journalist Werner Zedler, der seit den 1980er Jahren bis zur Wiedervereini-

gung die Familie blieb, wie so viele Russen, in Berlin hängen. 1932 erhielt die Familie eine Gewerbe-genehmigung zur Spirituosenherstellung. Die Firma überstand die Zeit des Nationalsozialismus und als bedeutendes Einzelunternehmen auch die Untiefen und Klippen der DDR-Planwirtschaft. Sergei Schilkin blieb bis zum Erreichen des Rentenalters im Jahr 1981 Betriebsleiter einer der größten Spirituosenfabriken in der DDR, inzwischen Volkseigener Betrieb. Nach der Wende 1989/90 wagte er den Neustart als privater Unternehmer.

gung als Korrespondent in der DDR bzw. Ost-Berlin gearbeitet hatte und nach der Wende Sergej Apollonowitsch, wie man ihn auch nannte, interviewte. Von der Berliner Geschichtswerkstatt moderierte Jürgen Karwelat die Veranstaltung und Peter Lassau las Auszüge aus der Biografie von Sergej Schilkin „Hoffe, solange du atmest“. Zur Einführung war es ein Absatz über die russische Seele und den russischen Wodka.

Ein wohliges Raunen ging durch den Raum und Herr Mier nahm es als ein Zeichen, aus einem Pappkarton Schilkin-Wodka, der nur für unsere Veranstaltung gedacht war, hervorzuholen. Routiniert drehte er am silbernen Zwiebeltürmchenverschluss und schenkte ein. Für russische Gewohnheiten war unsere Portion zu wenig, für den Anlass sicherlich genug. Die Familie brachte die Rezeptur für diesen Wodka 1921 aus Russland mit nach Deutschland.

Apollon Fjodorowitsch Schilkin war Hoflieferant des Zaren Nikolaus II. und rechte Hand des Generaldirektors der russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Nach einer wohlausgewogenen Rezeptur stellte er den Zarenwodka her. Heutzutage ist die Firma Schilkin der einzige Betrieb, der einen Wodka mit der Bezeichnung Zarenwodka weltweit herstellen darf.

1915 wurde sein Sohn Sergej Schilkin in Sankt Petersburg geboren. Er erinnerte sich an die Einkäufe mit seiner Babuschka oder die Spaziergänge mit dem Vater zum Denkmal Peters des Großen 1928. Eines Tages nahmen ihn seine Babuschka und seine Mutter Natalja auf den Schwarzen Markt am Newski-Prospekt mit. Während seine Mutter mit dem Marktschreier verhandelte, ertönte der Ruf „Kosaki, Kosaki“. Die Mutter packte ihn am Arm und schob ihn in einen Hauseingang. Der kleine Sergej erinnerte sich an plötzlich auftauchende Kosaken – Sankt Petersburger Garden mit ihren goldenen Knöpfen, die an den dunkelgrünen Waffenröcken blinkten.

Seine Eltern waren ausgemachte Monarchisten, die auf das russische Kaiserreich schworen. Der Chef der Westrussischen Dampfschiffahrtsgesellschaft Pjotr Fjodorowitsch verkaufte kurz nach Ausbruch der Revolution die gesamte Flotte in Liverpool. Als rechte Hand des Chefs deponierte Apollon Fjodorowitsch Schilkin einen beträchtlichen Anteil des Erlöses bei der Bank von England und häufte auf diese Weise einiges Vermögen an. Im Frühjahr 1919 wurde allerdings die Fabrik des ehemals zaristischen Hoflieferanten Apollon Fjodorowitsch Schilkin verstaatlicht.

Nach der Russischen Revolution ging die Familie 1921 in die Emigration und gehörte damit zur ersten Welle von Migranten mit über drei Millionen Russen. Das Schicksal führte sie nach Berlin. Aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit hatte die Familie Schilkin in St. Petersburg keine Lebensmittelkarten erhalten. Sie ernährte sich mehr schlecht als recht von Salzhering und Mais. Der vierjährige Sergej Schilkin verlor immer mehr an Gewicht. Er war nahezu dem Hungertod ausgeliefert. Seine Eltern waren froh, dass sie in Berlin in einer vernünftigen Gegend wohnen konnten. Sie zogen nach Berlin in die Karlshorster Güntherstraße 9.

Durch sein kleines Vermögen bei der Bank von England galt Apollon Fjodorowitsch Schilkin dort als ein großer Mann. Die beiden Kinder Sergej und sein Bruder Diman sollten nach dem Willen der Eltern richtige Deutsche werden, auch wenn sie zu Hause bis zum letzten Atemzug der Eltern russisch sprachen. Die erste Sprache, die Sergej Schilkin lernte, war so ein echtes Berlinisch, wie er es später kaum wieder gehört hat. Seinen Vater bezeichnete er später mal als einen ausgemachten Deutschen. Er selbst fühlte sich „...als Deutscher, als Urdeutscher, als Deutscher, der deutscher ist als ein Deutscher“.

Sein Vater Apollon Fjodorowitsch Schilkin war ein Hitleranhänger und erhoffte sich von Hitler, dass Russland vom Bolschewismus befreit werden würde. Er trat einer Freimaurerloge bei mit dem Erfolg, dass er 1932 eine Gewerbe genehmigung zur Spirituosenherstellung bekam. Von seinem letzten Geld, das er noch hatte, kaufte Apollon Fjodorowitsch Schilkin einen Gutshof in Berlin-Kaulsdorf. Gegen die Konkurrenz von 200 Berliner Schnaps- und Likörherstellern konnte er sich jedoch nicht behaupten. Der Plan, in Berlin einen neuen Anfang mit der Gründung eines Spirituosenwarenernehmens zu wagen, ging also schief. Absatz und Produktion stockten. In kürzester Zeit verlor die Familie fast ihr gesamtes Vermögen. Sergej Schilkin wurde ein bettelarmer Fabrikantensohn. Nur durch Näherei-Arbeiten der Mutter konnte sich die Familie die nächsten zehn Jahre über Wasser halten.

1945 wurden alle Betriebe in den Ländern bis zur Oder, die offiziell unter sowjetischer Verwaltung standen, Sequestoren unterstellt. Das kam einer staatlichen Zwangsverwaltung gleich. Alle Vorhaben, alles Kapital mussten Sequestoren gemeldet werden. Der Betrieb bekam eine staatliche Beteiligung. Sergej Apollonowitsch sagte, es fehlte nie an Kapital, und er konnte investieren, ins westliche Ausland exportieren, bekam Devisen und er konnte die Firma technisch auf einen sehr modernen Stand halten. Diese „halbstaatliche“ Beteiligung gab es bis 1972. Nach der vollen Enteignung wurde es sehr viel schwerer.

Da Sergej Schilkin durch sein Studium an der Technischen Universität noch eine zweite Handwerksfirma für Löten und Schweißen im Westberliner Bezirk Steglitz aufbauen konnte, lebten sie in Kaulsdorf in sehr guten Verhältnissen. Frau Mier betonte, dass die Verhältnisse so gut waren, dass sie nie „Ostschuhe“ tragen musste.



Peter Mier, Jürgen Karwelat, Elke Mier geb. Schilkin, Werner Zetler.  
Foto: Elke Mocker

In der Zeit vor dem Mauerbau 1961 hielt Sergej Schilkin auch Kontakte zu den Russen in Karlshorst, um Geschäfte zu machen. Frau Mier erinnerte sich an ein Weihnachtsfest. Alle saßen unterm Weihnachtsbaum, das Festessen war schon beendet, die Familie, Tante und Onkel waren noch da und der Vater Sergej Schilkin kam irgendwann nach Mitternacht, völlig zgedröhnt nach Hause. Da gab's natürlich Krach. „Da war er bei den Russen in Karlshorst. Das sind so ganz persönliche Sachen, die ich noch weiß“, berichtete Frau Mier, die Tochter von Sergej Schilkin.

Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, wieviel Russisches noch in der Familie sei. Frau Mier erzählte, dass sie sich gern an die Geburtstage der Mutter erinnert, auf denen russisch gesungen und gekocht wurde. Den Russisch-Unterricht in der DDR sowie das sozialistische System inklusive der Deutsch-Sowjetischen Bruderfreundschaft allerdings lehnte sie ab. Als Kind hatte sie Überwachung und Hausdurchsuchungen erlebt. Das prägt. Alles, was DDR war, schien ihr suspekt. Herr Mier begründete die Ablehnung alles Russischen auch mit der Situation unmittelbar nach dem Krieg. Insbesondere in Berlin war die Verbindung zum Westen noch sehr stark. Beide, er und seine Frau, besuchten in Westberlin die Schulen, weil sie in Ostberlin keinen Gymnasialplatz bekommen hatten.



Der Journalist Werner Zedler.  
Foto: Elke Mocker

1961 zogen beide nach Westdeutschland in die Stadt Stuttgart. Als sie 1992 nach der Wende nach Berlin zurückkamen, stieg Herr Mier in das Unternehmen ein. Schilkin hatte 1992 in Sankt Petersburg das Joint Venture Schilkin – Berlin – Petersburg gegründet mit der Hoffnung, Schilkin-Wodka insbesondere auch in Russland verkaufen zu können, weil er qualitativ besser war. Der russischen Regierung gefiel diese neue Konkurrenz gar nicht und Schilkin wurde ab 1994 untersagt, Spirituosen mit mehr als 18 Vol.-% herzustellen. Das Unternehmen konnte in Russland nur noch Liköre herstellen, verzeichnete 2014 deutliche Verluste und ging fast pleite. Erst die Entwicklung des Pfefferminzlikörs „Berliner Luft“ brachte dem Unternehmen wieder den finanziellen Erfolg.

Der westdeutsche Journalist Werner Zedler hatte die Firma Schilkin Anfang der 1990er Jahre besucht, um die Geschichte vom alten Sergej Apollowitsch selbst zu hören. Zuerst veränderte der Unternehmer nach der Wende die Kantine mit ihren alten unappetitlichen Töpfen und Geräten. Zu seinen neuen Mitarbeitern sagte er: „Ihr müsst auch was Anständiges essen. Euch verdank ich, dass es den Laden noch gibt.“ Nach der Wende hat Sergej Apollowitsch Weiterbildungsprogramme vom Arbeitsamt in seinem Unternehmen angeboten, um aus DDR-Köchen Spitzenköche zu machen. Daraufhin gab es in der Firmenkantine mitunter Kürbissüppchen mit Safran oder Shrimpspießchen. Die Reaktion der Kollegen: „Chef, ist ja alles ganz schön, aber wir wollen was Anständiges essen.“

Nach dieser sehr persönlichen Schilderung des Journalisten Werner Zedler über die Firma Schilkin haben wir uns der „praktischen“ Seite zugewandt. Herr Mier zeigte uns eine kleine Auswahl seiner Produkte, wie bspw. eine Likörflasche in Form des Fernsehturms. Den Pfefferminzlikör für die Studenten hatte er leider vergessen, verriet uns aber, dass die normale „Berliner Luft“ 18 Vol.-% und die „Berliner Luft“ Strong 40 Vol.-% hat. Daraufhin schenkte er noch von den mitgebrachten Wässerchen nach und die Zungen lösten sich zum Ende der Veranstaltung für das direkte Gespräch mit Frau und Herrn Mier über die russische Philosophie des Wodkas.

Schilkin, Hoffe solange du atmest

1995 verfasste Sergei Appollonowitsch Schilkin seine Memoiren. Zu diesem Zeitpunkt war er 80 Jahre alt und blickte auf ein abwechslungsreiches Leben zwischen Russland und Deutschland, aber auch zwischen Kapitalismus und Sozialismus zurück. Seine Lebenspole: in Russland noch zur Zarenzeit geboren und in der DDR Inhaber eines Privatunternehmens, das Spirituosen herstellte. Den Schilderungen vorangestellt, stellte Apollo Schilkin klar:

„Die Kinder interessiert die Vergangenheit ihrer Eltern erst dann, wenn sie gestorben sind. Ich bedaure, meine Eltern so vieles nicht gefragt zu haben.“

Wir zitieren aus dem 1995 erschienenen Buch „Hoffe solange du atmest“ von Sergei Schilkin und danken seiner Tochter Frau Elke Mier für die Erlaubnis des Abdrucks der Texte in der Verwendung der dort abgedruckten Fotos.

Schilkin, Solange du atmest, 1. Auflage 1995, acts n'facts GmbH, Berlin, 223 Seiten, zahlreiche Fotos.

Kindheit in St. Petersburg

Ich war gerade drei Jahre alt, als sich im Leben unserer Familie so vieles veränderte. Gerade das richtige Alter, um zu „Verstand zu kommen“. Genau das richtige Alter, um mich an einiges zu erinnern. Schlimm sollte es werden. Schlimm und aufregend - doch was wusste ich damals von politischen Zuständen, von Lenin und Trotzki, von Revolution und Zar. Wichtig waren für mich, den dreijährigen Buben, das Spielzeugdampfschiff meines Freundes Jurka, das regelmäßig in den Fluten der Moika versank, das Einkaufen mit Babuschka oder die Spaziergänge mit Vater zum Denkmal Peters des Großen. Und die Pferde, die vor einem schönen Zweispänner die Nüstern blähten. Diese wunderbare Kutsche, die meinen Vater Apollon Fjodorowitsch des morgens zur Arbeit fuhr. Sie hatte ein Klappverdeck, und mein Vater zwirbelte den Schnurrbart, bestieg den feinen Wagen und ließ sich ins Büro der West-Russischen-Dampfschiffahrtsgesellschaft kutschieren. Wir schrieben das Jahr 1918. In unserem Fluss, der Moika, lag plötzlich ein Kanonenboot der russischen Kriegsmarine. Es lag dort, wo mein Freund sonst seinen Blechdampfer sinken ließ; mit dem Bauch nach oben und klemmte zwischen den künstlichen Ufern des Flusses.



Geburtsurkunde von Sergei Appolonowitsch Schilkin

Ich erinnere mich an einen Tag, an dem mich meine Babuschka und Natalja, meine Mutter, auf den Schwarzen Markt am Newski Prospekt mitnahmen. Dort wurde alles verkauft, was man nur irgend brauchen konnte. Der Prospekt wimmelte vor Menschen. Doch während meine Mutter mit einem Marktschreier in Verhandlung war, ertönte plötzlich der Ruf „Kosakij, Kosakij !“. Alles stob auseinander, in die nächsten Hauseingänge hinein. Ein Gewimmel aus flüchtenden, schutzsuchenden Menschen. Meine Mutter griff mich. Sie packte mich am Arm, und schon wurde auch ich in einen Hauseingang gezogen. Plötzlich: Kosaken! Die St. Petersburger Garde.

### Revolution in St. Petersburg

Wir bewohnten fünf Zimmer eines Hauses, dessen Treppenhaus ganz und gar mit Marmor ausgelegt war. Mein Kindermädchen Nanja begleitete uns auf die Datscha nach Rukawowo in Finnland. Doch wie schnell sollte all dies vorbei sein. Die kommenden Veränderungen waren praktisch zu riechen. Sie lagen in der Luft wie ein Regen oder Sturm, deren Aufbrausen man spüren kann. Apollon Fjodorowitsch ging einen Weg, der uns später das Leben retten sollte. Denn kaum war die Revolution im Gange, funkte Pjotr Petrowitsch Zelenow den zehn oder zwölf Schiffen seiner Gesellschaft - sie kreuzten damals auf allen Weltmeeren - und befahl ihnen, sich umgehend im Hafen von Liverpool einzufinden. Wie viele der Schiffe diesen Befehl missachteten, ist mir unbekannt. Bekannt ist mir, dass fast die gesamte Flotte der West-Russischen-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Liverpool verkauft wurde und mein Vater, als rechte Hand des Chefs Zelenow, einen beträchtlichen Anteil des Erlöses bei der Bank von England deponierte. Da Lenin und die Bolschewiki die bürgerliche Klasse als nicht tauglich für die Entwicklung und Durchsetzung des Kommunismus ansahen, somit Tausende verschleppt, schikaniert oder ermordet wurden, rettete uns dieser Deal das Leben. Die aufkommende Inflation 1923 überstanden wir daher schadlos. In einer Zeit, in der Millionen Russen verhungerten und wir wegen unserer Klassenangehörigkeit keine Lebensmittelkarten erhielten, ernährten wir uns mehr schlecht als recht von Salzhering und Mais. Denn schon bald - im Frühjahr 1919 - war die Fabrik des ehemals zaristischen Hoflieferanten Apollon Fjodorowitsch verstaatlicht. Schon bald war er ein Dorn im Auge des „Roten Zaren“ Lenin und seiner Gefolgs-

chaft. Und ich, ein Jüngelchen, zart und schlank, begriff nicht, was da vor sich ging in diesen Tagen, die die Welt bewegten, verlor an Gewicht. Meine Rippen stachen hervor. Mein Gesicht fiel ein. Heute weiß ich, dass ich dem Hungertod ausgeliefert gewesen wäre, hätte nicht mein Vater Apollon die Weitsicht bewiesen, die ihn später noch tausendfach auszeichnen sollte.



Apollo mit Großmutter und Eltern

### Die Familie in Berlin

Nun hatte mein Vater sein Vermögen in Pfund Sterling bereits sicher bei der Bank von England angelegt und musste die Inflation, die in großen Schritten vom Lande Besitz ergriff, nicht fürchten. Doch für meine Tante, die bereits einige Monate eher als wir vor den Bolschewisten nach Berlin flüchtete, war dieser Vertrag wie ein Griff - so bitter es klingt - ins Glück. Alle Reichsangehörigen bekamen - so wurde es wohl in der Nationalversammlung festgelegt - eine finanzielle Wiedergutmachung für Deutsche, deren Angehörige Opfer des Ersten Weltkrieges wurden. Meine Tante hatte einen in Moskau geborenen Deutschen namens Viktor Fischer geheiratet und war somit selbst zur Reichsdeutschen geworden. Dieser Viktor Fischer sollte sich bei Beginn des Ers-

ten Weltkrieges bei der Reichswehr melden. Auch er musste, wie alle Deutschen, der allgemeinen Wehrpflicht Genüge tun. Viele der in Russland lebenden Reichsdeutschen konnten sich nun wahrlich etwas Besseres vorstellen, als für ihr Vaterland, in dem sie ja nicht einmal lebten, in den Krieg zu ziehen. Mein Onkel blieb also in Russland und entzog sich seinem Armeedienst - eine tragische Entscheidung. Denn kurz nach Beginn des Krieges wurden alle Staatsangehörigen des Kriegsgegners verhaftet und in Internierungslager verbannt. Auch meinen Onkel Viktor traf es. Wir wähten ihn in einem Lager nahe Nikolajewsk. Von dort kam er nie wieder. Meine Tante setzte sich mit ihren drei Kindern darauf schnellstens nach Berlin ab. Nur hier versprach sich die völlig mittellos gewordene Frau Schutz vor den Bolschewiken. Als auch unsere Familie in Berlin eintraf, besuchte ich sie einmal mit meiner Mutter in einem Flüchtlingslager in Wünsdorf. Ich war schockiert.



Apollo mit Bruder Dima, 1927



Generalität der West-Russischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, 1914

Seit 1920, also seit fast zwei Jahren, lebte meine einst wohlhabende Tante in einer Barackensiedlung. Jede Familie bewohnte einen kleinen Teil der karg eingerichteten Räume. Das Revier jeder „Mietpartei“ war mit großen Decken notdürftig abgegrenzt. Ein Teil der dort lebenden Frauen - ihre Männer waren fast ausnahmslos in Internierungslagern umgekommen - waren von Geburt an Deutsche, der andere Teil hatte Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit gehehlicht. Das Lager war übertoll - und es war nicht das einzige. Alle warteten auf ihre Abfindung. Erst sehr viel später bekam meine Tante dann das Geld. Es waren etwa 20.000 Reichsmark. Sie kaufte sich ein Häuschen in Berlin-Lichtenrade. Ihre Existenz war gesichert, doch ihren Mann konnte ihr niemand mehr zurückbringen.

### Wodka der russische Beitrag zur Weltkultur

Im Wodka, dem „Wässerchen“, steckt Tiefe und Trost. Wodka streichelt dem Russen das Herz. Seine Seele ist klar und rein - keine Lüge schwimmt darin. In einem Glas Wodka liegt all die zärtliche Melancholie, die dem russischen Volk so eigen ist. Wodka nimmt die Angst und lässt in Vergangenheit und Zukunft schauen. Wodka ist eine russische Philosophie. Dabei liegt sein Geheimnis weniger in ihm selbst als vielmehr in den Geschichten, die sich um ihn ranken. Wodka - so sagen die Verständnislosen - ist nichts weiter als aus Getreide gewonnenes Äthanol, das über Aktivkohle gefiltert wird. Recht haben sie, doch das russische „Wässerchen“ ist mehr. Es ist die genial ins Verhältnis gesetzte, fein filtrierte Mischung aus Getreidesprit und besonders behandeltem Wasser. Die Schöpfung dieses edlen Tropfens haben wir einem Moskauer Kloster zu verdanken. Etwa Mitte des 15. Jahrhunderts kre-

ierten hier findige Mönche den reinen Schnaps. Selbst solch eine Berühmtheit wie Dirnitrij Mendelejew, der Erfinder des Periodensystems der Elemente, leistete seinen Beitrag zur Entwicklung des Wodkas, begründete er doch als erster die Spirit-Wasser-Proportion wissenschaftlich. Auch vor der Politik machte der Vierzigprozentige nicht halt. Von Zar Nikolaus Alexandrowitsch ist - als er sich mit dem Prinzen von Wales über die Qualitäten von

Whisky und Wodka stritt - folgende Definition überliefert „aus flüchtigem Nichts, ins phantastische Aroma ...“. Wodka ist ein urrussischer Beitrag zur Entwicklung der Weltkultur.



Apollos Vater mit einem Geschäftsfreund vor dem Reichstag, 1922

### Geschäfte mit der Roten Armee

Natürlich sprach es sich auch in der russischen Garnison in Wünsdorf herum, dass ich in Alt-Kaulsdorf Wodka destillierte. Schon bald standen Armisten auf meinem Hof. Sie standen plötzlich dort und verlangten nach Wodka. Ich denke, er muss ihnen wohl geschmeckt haben, denn es dauerte nicht lange und ich belieferte die russische Garnison. Ein Umstand, der für meine Firma zum Glücksfall wurde. Die Russen sorgten dafür, dass wir regelmäßige Spritlieferungen erhielten und wir deckten ihren Wodkbedarf ab. Unser Geschäft blühte, denn ihr Durst war enorm. Ich beschäftigte in dieser Zeit immerhin schon 30 Arbeiter. 3000 bis 5000 Flaschen verließen täglich unsere Fabrik. Liköre, Branntwein, Wodka. 5000 Flaschen am Tag hörten sich für damalige Zeiten recht ordentlich an.



VEB Schilkin in den 1970er Jahren

### Späte Begegnung mit der Heimatstadt

Im selben Jahr fuhr ich mit meiner Frau nach St. Petersburg. Diese Stadt, die ja neben Berlin meine Heimatstadt ist, hat mich nie ganz losgelassen. Schon 1987 hatte ich das erste Mal ihren Boden betreten - am 26. Juni, unserem Hochzeitstag. Was gibt es Schöneres für ein Paar, als die Weißen Nächte in der Newa-Stadt erleben zu dürfen? Fast sechzig Jahre nach unserer Flucht kehrte ich also dorthin zurück. Mich hat der Wunsch, noch einmal mein Vaterhaus zu sehen, nie ganz verlassen. Oft stellte ich mir vor, wie ich den Weg von meinem Haus an der Moika zum Newski-Prospekt ging. So, wie ich es damals mit Vater getan hatte. Siebzig Jahre war das jetzt her. Siebzig Jahre zwischen Hoffen und Bangen. Ich war nicht sicher, ob ich meine Heimat noch einmal wiedersehen würde. Die Angst vor Repressalien durch die sowjetischen Behörden hatte mich stets von einem Besuch abgehalten. Ich hatte tatsächlich Angst, dass man mich drüben behalten wollte. Vielleicht unbegründet, aber an dieser Stadt hingen viele meiner Erinnerungen und tausend Schilderungen meiner Eltern. Nicht alle, gerade die, welche mit dem kommunistischen System zusammenhingen, waren positiv. Ich wurde deshalb weder meiner Wehmut nach der Heimat, noch meiner Angst vor dem KGB richtig Herr. Und nun war ich wieder hier, auf der Suche nach meinem Vaterhaus an der Moika. Die Stadt hatte sich auch 1990 kaum verändert. Vieles war noch immer so, wie ich es in meiner Erinnerung stets vor mir gesehen hatte. Die Fassaden waren nicht ganz so ordentlich wie in der Zarenzeit. Autos rumpelten über das alte Kopfsteinpflaster. Die Schlösser an den schweren Eingangstüren zierte - trotz des Kom-

munismus – der frisch vergoldete Zarenadler. Eine Konzession, die man wohl dem Tourismus machte.

Mein Geburtshaus erkannte ich schnell wieder. Es war schon merkwürdig. Mit klopfendem Herzen erklomm ich die Stufen, die zu unserer ehemaligen Wohnung führten und sah durch eines der Treppfenster auf den Hof hinaus. Mein Blick fiel auf mein ehemaliges Kinderzimmer. Die alten Bilder stiegen in mir auf. Ich erinnerte mich, wie ich just in diesem Zimmer drei lange Wochen darniederlag. Der Scharlach hatte mich ans Bett gefesselt. Manchmal, wenn es gar zu langweilig für mich kleinen Steppke geworden war, ging ich ans Fenster, schaute hinaus auf die Straße entlang der Moika und genoss den selben Anblick wie in diesem Moment, in dem mir, siebzig Jahre später, diese Gedanken durch den Kopf schossen. Meine Eltern hatten es nie gern gesehen, wenn ich mit den Kindern, mit Ausnahme des Hausmeistersohnes Jurka, spielen wollte. Genau gesagt erlaubten sie es auch nur ein einziges Mal. Wahrscheinlich zog ich meiner Mutter solange am Rockzipfel, bis sie mich in die ersehnte „Freiheit“ Straße entließ. An eine Hauswand waren kurze Betonröhren, wie man sie für die Kanalisation benutzt, gelehnt. Für uns Kinder war das eine tolle Sache. Was konnte man nicht alles mit ihnen machen. Sie ergaben prima Höhlen und verleiteten zu allerlei Dummheiten. Ich weiß es noch genau, wir spielten Familie und kochten einander, natürlich nur in unserer Fantasie, köstliche Mahlzeiten. Zum großen Teil bestanden diese Leckerbissen aus Sand, Gras und Scherben, die wir zufrieden grunzend verspeisten - wir taten jedenfalls so. Die Verbindung mit den „Straßenkindern“ nahm jedoch ein abruptes Ende. Irgendwie infizierte ich mich und lag kurz darauf mit Scharlach im Bett. Die Fenster des Eckzimmers waren verdunkelt und ich mußte schier endlos warten, bis man mich aus meinem trostlosen Gefängnis entließ und ich genesen war. Manchmal, zu später Stunde, wenn ich erwachte, stieg ich aus dem Bett und beobachtete das Schneetreiben der kalten Nacht. Im Nebenraum auf einem Feldbett lag schlafend mein Vater Apollon. Ganz in der Nähe, um immer bereit zu sein, wenn ich, sein Sohn, nach ihm rief. Dann ging ich hinauf zur Wohnungstür und staunte nicht schlecht. Dort wo früher der Name Schilkin an der Wohnungstür prangte, las ich sieben verschiedene Namen unter sieben verschiedenen Klingeln. Sieben Mietparteien teilten sich also heute unser Heim. Wahrscheinlich wurden Zwischenwände eingebaut. Die Wohnungsnot hatte unglaubliche Ausmaße angenommen.



Apollo mit seiner Frau Erna in den 1990er Jahren

### Russisches Blut in den Adern

Mit der politischen Wende in Russland und meinem Engagement für Dagwino änderte sich auch das Verhältnis meiner Familie zu St. Petersburg, ja zu den Russen überhaupt. Meine beiden Töchter hatten bis dahin eine offene Aversion gegen die Sowjetunion gehegt. Russen setzten sie mit Bolschewiken gleich. Eine Sichtweise, die ich durch die antikommunistische Erziehung durch meine Eltern wenigstens in meiner Jugendzeit teilte. Meine Versuche, ihnen die russische Sprache näherzubringen, erwiesen sich als hoffnungslos. „Hör auf mit dem Quatsch“, waren noch die harmlosesten Abfuhrer, die ich für meine Bemühungen einstecken musste. Doch schlagartig änderten sie ihre Meinung. Elke, die ich auf einer meiner Reisen nach St. Petersburg mitnahm, war von der Stadt und ihren Menschen plötzlich sichtlich beeindruckt. Besonders tief musste sich ihr jedoch eines in die Seele gegraben haben: Die Russen, mit denen wir es auf unserer Reise zu tun hatten, redeten sie nicht mit ihrem deutschen Namen Elke, sondern mit ihrem russischen Zweitnamen Ekaterina an. Ekaterina Sergeiewna, meine Tochter, wurde von den Russen mit einer Herzlichkeit behandelt, die man nur seinesgleichen entgegenbringt. Schlagartig und auf äußerst angenehme Weise wurde sie mit dem russischen Blut, das auch in ihren Adern fließt, konfrontiert.

Es ist eben ein Unterschied von seiner russischen Abstammung nur zu wissen, als sie auch in tiefster Seele zu erfahren. Mittlerweile versteht Elke schon mehr russisch als mir manchmal lieb ist; kommt sie auf Besuch in unser Biesdorfer Haus, wünscht sie sich stets russische Gerichte, die meine Frau auf hervorragende Weise zuzubereiten versteht. Ich selbst habe, obwohl ich mich stets als Deutscher fühlte, ein besonders inniges Verhältnis zur russischen Kunst und Kultur. Mag sein, dass man seine Herkunft und damit sein Interesse für das Leben der eigenen Vorfahren nie ganz verleugnen kann. Nationalgefühle, ob man sie wünscht oder nicht, werden dabei immer eine Rolle spielen. Die Romane eines Puschkin oder Dostojewski berühren mich in ganz besonderer Weise. Auch Tschaikowski wird weiter einer meiner Lieblingskomponisten bleiben. Besonderen Anteil an meiner Wertschätzung für ihn hat seine 1880 komponierte Ouvertüre „Das Jahr 1812“ mit der stets wiederkehrenden Zarenhymne als musikalischem Motiv. Thema ist hier der Befreiungskampf des russischen Volkes gegen die napoleonischen Eroberer: „Gott erhalte den Zaren“.



# „Zwischen Deutschland und der Sowjetunion – Das Schicksal eines kommunistischen Schöneberger Gastwirts“

---

**Moderation: Jürgen Karwelat**

**Gast: Dr. Andreas Bräutigam, Berliner Geschichtswerkstatt e.V.**

**Montag, 11. Dezember 2017, 19.00 Uhr**

Emil Karl Wilhelm Potratz (\* 24. Juli 1888) wuchs in einer Arbeiterfamilie auf. 1910 wurde er Mitglied der SPD und 1914 bei einer verbotenen Antikriegsdemonstration verhaftet. 1917 trat er der gerade gegründeten USPD und schließlich der KPD bei. Ab 1922 betrieb er auf der Schöneberger Roten Insel ein Lokal gleichen Namens, das schon bald Ziel für nationalsozialistische Anschläge wurde. Nach der Machtübernahme der Nazis verfolgt, emigrierte er im Juli 1933 auf Weisung seiner Partei in die Sowjetunion. Dort geriet er im November 1936 in

die stalinistische Verfolgung unter den Emigranten. Zu fünf Jahren Haft verurteilt, wurde er verbannt und 1941 nach Deutschland ausgewiesen. Durch die Gestapo wurde er wieder inhaftiert, verhört, bedroht und drangsaliert. Beim Einrücken der Roten Armee wurde er aufgrund seiner Sprachkenntnisse von dieser in Dienst genommen. Er engagierte sich beim Aufbau des Sozialismus in der DDR. Seine Anerkennung als Opfer des Faschismus erhielt er erst 1957. Die Vorwürfe der stalinistischen Verfolgung wirkten nach.

## **Veranstaltungsbericht**

**Von der Liebe zur Sowjetunion und vom Masochismus deutscher Kommunisten am Beispiel des Schöneberger Kneipenwirts Emil Karl Wilhelm Potratz**

**Peter Lassau (Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)**

Ein leichtes Leben hatte dieser Mann wirklich nicht. Aber weder der Terror der Nationalsozialisten noch Stalins Zwangsarbeitslager konnten seine Prinzipienfestigkeit, sein Stehvermögen und seine Treue zur KPD erschüttern: Anlass für eine engagierte, nachdenkliche Diskussion der ca. 30 Besucher an diesem Abend.

Unser Mitglied Dr. Andreas Bräutigam veranschaulichte dem Publikum kenntnisreich und mit Empathie die verschlungenen Lebenswege eines deutschen Kommunisten der ersten Stunde.

Aufgewachsen als eines von 6 Kindern einer Landarbeiterfamilie in einem kleinen Dorf östlich des Stettiner Haffs, erlernte Emil Potratz das Metallarbeiterhandwerk in einer Gießerei in Stettin. 1906, im Alter von 18 Jahren, trat er dem Metallarbeiterverband bei, arbeitete nach einer 4jährigen Wanderschaft durch Mitteldeutschland, Westfalen und das Rheinland (sicher im wahrsten Sinn eine Erweiterung des Horizonts) von 1910 an als Former in Berliner Eisengießereien. 1910 tritt er in die SPD ein, beteiligt sich 1914 an Antikriegsdemonstrationen, wird verhaftet und für zwei Wochen in Haft genommen. Das hat immerhin den Vorteil, dass er als vaterlandslos gilt und nicht

Frontsoldat werden darf, sondern „nur“ von 1915 an Armierungssoldat, wie andere Leute auch, z.B. Carl v. Ossietzky, Kurt Tucholsky, Rudolf Breitscheid, Karl Liebknecht.

„Aus dem Felde heraus“, wie er schreibt, schließt er sich 1917 der USPD an. 1918 wieder in Berlin, arbeitet er als Former bei der Firma Keiling & Thomas, wird Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied, beteiligt sich aktiv an der Novemberrevolution, z.B. bei der Erstürmung der „Maikäferkaserne“ in der Chausseestraße, mobilisiert die Belegschaft und folgt den Anweisungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Konsequenter geht er diesen Weg weiter mit dem Eintritt in die KPD, sobald diese 1921 die politische Bühne betritt. Er ist Mitbegründer der „proletarischen Hundertschaften“ und später als Kameradschaftsführer aktiv im Rotfrontkämpferbund.

1922 kauft er zusammen mit seinem Schwiegervater ein bürgerliches Lokal in der Sedanstraße 53 (heute Leberstraße 65) in Schöneberg. Das erhält bald den Namen „Zur Roten Insel“ und wird Zentrum und Stützpunkt namhafter proletarischer Organisationen wie dem Rotfrontkämpferbund, der KPD, der Roten Hilfe, des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschland. Hier werden Flugblätter und Aufrufe

gedruckt, hier wird beraten, diskutiert und sicher auch getrunken. (Dass es auch Namensgeber für eine der erfolgreichsten Publikationen der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. werden würde, ahnte am Ende der 20er – Jahre des letzten Jahrhunderts wahrscheinlich keiner der Akteure.)

Nicht verwunderlich, dass ein solches Lokal Angriffsziel für die SA wurde. Dreimal wurde es zwischen 1929 und 1931 von SA - Gruppen überfallen. Dreimal holten sich die Nazis offenbar blutige Nasen trotz ihrer starken Bewaffnung. Zumindes der Überfall vom 10. September 1929 ist in verschiedenen Zeitungen und in einem Ermittlungsbericht der Polizei dokumentiert. „Waffenfund bei Hakenkreuzlern“ titelte der sozialdemokratisch ausgerichtete „Abend“ am 11. September 1929.

Einer wie Potratz lässt sich von all dem nicht einschüchtern. Er ist polizeibekannt, nimmt auch an verbotenen Demonstrationen teil, wird 1932 bei einer Erwerbslosendemonstration auf dem Kaiser – Wilhelm – Platz besinnungslos geschlagen und dann zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er verliert seine Gaststättenkonzession, sein Lokal wird von der Polizei geschlossen. Schöneberg sieht er danach nicht mehr. Nach der Haft, angesichts der NS – Machtergreifung taucht er unter und emigriert auf Weisung der Partei im Juli 1933 in die Sowjetunion. Im ‚gelobten Land‘ arbeitet er von August an in seinem Beruf als Former in einer Maschinenfabrik im Donbass, wird schnell Brigadier, später Meister. In Betrieben kann er über die Zustände in Deutschland berichten, ist voller Enthusiasmus. Als im November auch noch seine Frau und sein Sohn nachkommen, scheint alles gut zu werden.

Die Wende kommt im November 1936 im Rahmen von Stalins „Moskauer Schauprozessen“. Bei einer Urlaubsfahrt nach Moskau wird Emil Potratz auf der Straße verhaftet. Anlass ist wachsendes Misstrauen der stalinistischen Führung gegenüber allen, insbesondere auch gegenüber deutschen Immigranten. Schließlich könnten sich darunter Gestapo-Spitzel, Trotzlisten oder überhaupt „sowjetfeindliche Elemente“ befinden. Schwierig, da nicht in Verdacht zu geraten. Alfred Kuhnt, ein KPD-Genosse, saß auf der Anklagebank als Trotzlistengehilfe, und er war bekannt mit Emil Potratz. Grund genug, diesen in die Mangel zu nehmen. Er wird verhört, immer von einer Dreiergruppe, einer Troika, Spionage wird ihm vorgeworfen. Das dauert. Kein Wunder, dass seine Frau nervös wird,

Angst hat. Sie und ihr Kind leiden jämmerlich an Hunger, der Mann scheint verschwunden zu sein. Sie nimmt Kontakt auf zur Deutschen Botschaft, will zurück nach Berlin. – Für Emil Potratz endet diese Episode in sibirischen Zwangsarbeiterlagern. Dort bleibt er, bis der Hitler-Stalin-Pakt und der damit einhergehende Auslieferungsvertrag bezüglich geflohener Kommunisten ihm im April oder Mai 1941 eine Auslieferung nach Deutschland ‚beschert‘. In den Fängen der Gestapo geht es über Brest-Litowsk oder Minsk nach Berlin. Nach 6 Wochen Gestapo-Haft wird er entlassen und unter Polizeiaufsicht gestellt, arbeitet wieder als Former in einer Leichtmetallgießerei. – Auffällig ist, dass er als Kommunist abweichend von den üblichen NS-Verfahren nicht in einem KZ landet. Offenbar schwankt die Gestapo zwischen Bedrohung und Neugier gegenüber diesem Kandidaten. Man könnte sein Geschick ja auch zu Propagandazwecken gegen die Sowjetunion verwenden. In die nationalsozialistische „Arbeitsfront“ jedenfalls will Emil Potratz nicht eintreten, kommt aber insgesamt relativ glimpflich davon.

Aufgrund seiner Russischkenntnisse findet Potratz nach Kriegsende schnellen Kontakt zur Roten Armee und zu den sowjetischen Verwaltungsorganen. Er macht sich nützlich bei Absprachen der Finanzverwaltung zwischen Armee und deutschen Stellen, will wieder in die KPD und – so muss man es wohl verstehen – zurück in seine politische Heimat. Also stellt er einen Aufnahmeantrag für die im Juni 1945 neu entstehende KPD unter Beifügung eines Lebenslaufs, der so zu einer wichtigen historischen Quelle geworden ist. Seinen Platz in der SBZ und später in der DDR findet er problemlos als Maschinist im Finanzministerium.

Aber Emil Potratz will auch als „Opfer des Faschismus“ anerkannt werden und stellt im Juli 1948 einen entsprechenden Antrag beim Magistrat von Groß-Berlin. Dieser wird im Mai 1949 abschlägig beschieden. Potratz legt Beschwerde ein und erhält im August 1949 eine erneute Ablehnung, die als endgültiger Bescheid deklariert wird.

Interessant die Begründung:

- Er habe Saufgelage organisiert und Kontakte zu den „schlimmsten Elementen“ unterhalten.
- Seine Frau habe nach Deutschland geschrieben, dass es Hunger gäbe und dass sie zurück nach Deutschland wolle.

Alkoholgenuss unter Strafe zu stellen, ist nicht gerade typisch für die russisch/sowjetische Kultur – wie auch immer: Diese Begründung trägt die Handschrift des stalinistischen Geheimdienstes. Für Emil Potratz zweifelsohne eine erneute schmerzhaft Demütigung. Bergauf geht es für Emil Potratz erst wieder nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956. Erneut stellt er unter Bezugnahme auf diesen „Entstalinisierungsparteitag“ einen Antrag auf Anerkennung als VDN (Verfolgter des Naziregimes) und siehe da: Zwei Tage nach Abgabe eines Fragebogens erhält er die Nachricht, das „Kollektiv“ habe beschlossen, ihn als VDN anzuerkennen. Einen Monat später, im August 1957, erhält er auch die entsprechende VDN-Rente.

Danach geht Emil Potratz' Leben sozusagen seinen ruhigen sozialistischen Gang im Schoße der DDR. – Zuverlässig versieht er bis 1966 seinen Dienst als Maschinist am Zerreißwolf beim ZK der SED. 1962 erhält er die Verdienstmedaille der DDR und zu seinem 75. Geburtstag 1963 den „Vaterländischen Verdienstorden“ in Silber. 1973 stirbt er in Berlin-Köpenick.

Wie nicht anders zu erwarten, drehte sich die nachfolgende Diskussion um die Frage, aus welchen Gründen ein Mensch so verbissen an dieser kommunistischen Partei und an der Sowjetunion festhalten konnte. Natürlich gibt es darauf keine endgültige Antwort. Ein paar Anmerkungen dazu aus dem Publikum vom 11. Dezember 2017 seien aber noch angefügt:

- Bei einer Idee zu bleiben und für sie zu kämpfen, ist ehrenhaft.
- Die Lage für Menschen wie Emil Potratz glich einem Dilemma. Kapitalismus konnte/ kann nicht die Alternative sein.
- Natürlich gab es in der KPD Fraktionskämpfe, die z.T. brutal ausgefochten wurden.
- Die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus wird erschwert durch ‚das große Schweigen‘. Schuldige wurden und werden oft gedeckt.
- Der „Glaube“ an Kommunismus und Verheißung einer klassenlosen Gesellschaft hat religiöse Dimensionen. Wie Katholiken trotz Inquisition an ihrem Glauben festhalten, halten Kommunisten trotz Stalinismus an ihrer Idee fest.

## Vortrag

Dr. Andreas Bräutigam (Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)

### Einleitung

Der folgende Beitrag wirft ein ausschnitthaftes, biografisches Schlaglicht auf das deutsch-sowjetische Verhältnis im 20. Jahrhundert. Dabei geht es nicht um ein umfassendes Nachzeichnen dieses Verhältnisses, auch nicht um neue historische Erkenntnisse hierzu, die nicht schon an anderer Stelle fundierter untersucht und publiziert worden wären, sondern um eine exemplarische Veranschaulichung der Verwobenheit von Einzelschicksalen mit dem Lauf der Geschichte.

Auf der einen Seite ist der biografische ein geschichtswerkstattstypischer Ansatz. Auf der anderen Seite können wir uns im vorliegenden Fall nicht auf die „erzählte Geschichte“ der Hauptperson stützen, wir sind ihr nie begegnet oder haben mit ihr sprechen können. Auch nicht mit Verwandten, da wir keine solchen ausfindig machen und kontaktieren konnten. Stattdessen sind wir auf die Sichtung und Auswertung von Dokumenten und Akten angewiesen, in denen aber auch einige biografische Skizzen – Lebensläufe – aus der Feder der Hauptperson enthalten sind.

Eine erste Berührung mit der Geschichte von Emil Potratz erhielt die Berliner Geschichtswerkstatt in den 1980er Jahren im Rahmen ihres großen Ausstellungs- und Buchprojektes zur Schöneberger Roten Insel. Bei ihren Recherchen zur Stadtteilgeschichte der Roten Insel in der Weimarer Republik und im aufkommenden Faschismus tauchte Emil Potratz als Gastwirt eines KPD-Verkehrslokals in der damaligen Sedanstraße 53 – heute Leberstraße 65 – mitten im proletarischen Zentrum der Insel auf.



Leberstraße 65 (ehemals Sedanstraße 53) im April 2014  
Foto: Sonja Miltenberger

53 E. Weinberger, Eigen-  
tümerin (Berlin).  
V. Pollner, Verwalt.  
(Charlottenbg).  
Brelch, P., Ww.  
Eichhoff, A., Arbeit.  
Engel, Arbeit.  
Fabian, S., Kraftw. Führ.  
Freundenberg, U. Schneider.  
Görig, S., Arbeit.  
Holz, B., Arbeit.  
Holzhüter, O., Arbeit.  
Jordan, W., Zust. Angest.  
Jrenschmidt, P., Transp.  
Arb.  
Krabs, J., Handelsm.  
Lehmann, E., Kfm.  
Pleske, E., Reichb. Bedienst.  
Mayke, W., Tischler.  
Moritz, B., Posthelf.  
Müller, H., Lebensmittel.  
Paul, D., Schulhausmstr.  
Piezniak, W., Posthilfs-  
Schaffn.  
Potratz, E., Gastw.  
Kohn, K., Kfm.  
Schulz, C., Glaser.  
Schulz, Ww.  
Stellig, P., Ww.

Bewohner des Hauses Sedanstraße 53.  
Eintrag im Berliner Adressbuch von 1933.

Glaubt man den Eintragungen im Berliner Adressbuch, befand sich die Gaststätte dort von 1925<sup>1</sup> bis 1933<sup>2</sup>.

Während unserer Stadtrundgänge über die Rote Insel berichten wir an dieser Stelle immer von dem proletarischen Milieu des Kiezes während der Weimarer Republik, der linken politischen Einstellung der Bewohner, ihrer Wohnsituation, von der Funktion der Gastwirtschaften als erweiterte Wohnzimmer, als Treff- und Versammlungsorte der Arbeiterparteien – die Gaststätte von Emil Potratz war ein solches „Verkehrslokal“ der KPD – sowie von den Versuchen der nationalsozialistischen SA Ende der Zwanziger / Anfang der Dreißiger Jahre durch Märsche und Überfälle auf die Verkehrslokale die Insel zu erobern. Im September 1929 wurde bei einer solchen Aktion der Nationalsozialisten auch die Gaststätte von Emil Potratz angegriffen, beschossen und verwüstet. Die Geschehnisse dieser Zeit sind ausführlich beschrieben in unserem Buch „Die Rote Insel“<sup>3</sup>.

Hinweise auf den Lebensweg von Emil Potratz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933 fand der Autor bei einer Internetrecherche im Jahre 2014. Demnach ist er Mitte 1933 in die Sowjetunion emigriert und dort 1936 in die stalinschen Verfolgungen unter den deutschen Emigranten geraten. Er wurde verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im April 1941 ist er im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes nach Deutschland ausgeliefert und dort unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Informationen zu seinem weiteren Schicksal lagen zu diesem Zeitpunkt nicht vor. Die damaligen Rechercheergebnisse wurden im Mitgliederrundbrief der Berliner Geschichtswerkstatt veröffentlicht.<sup>4</sup>

Mittlerweile konnten durch einen Hinweis von Bärbel Schindler-Saefkow und Recherchen von Ines Müller weitere Quellen im Landesarchiv Berlin und im Bundesarchiv zu Emil Potratz erschlossen werden. Die Befürchtung, dass er nach seiner Auslieferung

nach Deutschland Opfer der Gestapo wurde, hat sich nicht bewahrheitet.

Neben den bereits bekannten Quellen von 2014 bilden diese neuen Dokumentenfunde die Basis, um im vorliegenden Beitrag Emil Potratz' Lebensweg im „Zeitalter der Extreme“,<sup>5</sup> bis zu seinem Tod 1973 nachzuzeichnen.

### Kaiserreich und erster Weltkrieg

Emil Karl Wilhelm Potratz wird am 24. Juli 1888 in Zoldekow, Kreis Cammin in Pommern geboren.<sup>6</sup> Seine Eltern – Ferdinand Potratz (geboren 1850) und Wilhelmine Potratz (geboren ca. 1852) – sind Landarbeiter. In seinen handschriftlichen Lebensläufen bezeichnet er sie als Tagelöhner. Er ist das jüngste von insgesamt sechs Kindern, hat zwei Schwestern und drei Brüder. Er besucht für acht Jahre die Volksschule.

Nach dem Tod des Vaters im Jahr 1901 beginnt er 1902 mit 14 Jahren seine Lehrzeit als Former in einer Gießerei in Stettin und schließt diese nach 1 ½ Jahren ab. 1906 tritt er in den Metallarbeiterverband ein und begibt sich für einige Zeit auf Wanderschaft durch „Mitteldeutschland, Westfalen und das Rheinland“. 1910 kommt er nach Berlin. Er tritt in die SPD ein und arbeitet in verschiedenen Betrieben (unter anderem bei der Eisengießerei Keiling & Thomas in der Ackerstraße) in seinem Beruf als Former.

1912 heiratet er Friederike Luise Anna Probst (\* 07. Juli 1888 in Halle/Saale). 1913 wird ihre erste Tochter Elisabeth geboren. Die Familie wohnt in Neukölln in der Pannierstraße. Emil Potratz ist ein politisch engagierter Mensch. Bei einer Antikriegsdemonstration zu Beginn des Ersten Weltkrieges am 1. August 1914 wird er in Neukölln verhaftet. Über die Dauer seiner Haft gibt es unterschiedliche Angaben: In seinem politischen Lebenslauf von Juni 1945 spricht er von 4 Monaten.

<sup>1</sup> Vgl. Berliner Adressbuch 1925, Zweiter Band, Viertes Teil, Seite 1529, Spalte 7. Download: [http://digital.zlb.de/viewer/image/10089470\\_1925/6230/](http://digital.zlb.de/viewer/image/10089470_1925/6230/); 02.02.2014.

<sup>2</sup> Vgl. Berliner Adressbuch 1933, Dritter Band, Teil IV, Seite 1536, Spalte 3. Download: [http://digital.zlb.de/viewer/image/10089470\\_1933/5539/](http://digital.zlb.de/viewer/image/10089470_1933/5539/); 02.02.2014.

<sup>3</sup> Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Die Rote Insel. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte. Erweiterte Neuauflage 2008, Reprint der 2. Auflage von 1989 mit einem neuen Vorwort und dem Kapitel „Ein Blick auf die Rote Insel im Jahr 2008“. Berlin 2008.

<sup>4</sup> Vgl. Andreas Bräutigam: Wer war Emil Potratz? Das Schicksal eines kommunistischen Schöneberger Gastwirts. In: Rundbrief der Berliner Geschichtswerkstatt e. V., 01/2014, Seiten 12-17.

<sup>5</sup> Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte im 20. Jahrhundert. München 2012<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Das Kreisgebiet entspricht heute größtenteils dem polnischen Powiat Kamiński in der Woiwodschaft Westpommern an der Ostsee östlich des Stettiner Hafes.

In einer parteiamtlichen Kurzbiografie von 1963 werden zwei Wochen genannt. Emil Potratz erläutert, dass er sich als „Ersatz-Reservist“ am zweiten Mobilmachungstag eigentlich hätte stellen müssen. So aber wurde er als „vaterlandslos“ bzw. „Staatsfeind“ betrachtet und nicht sofort eingezogen. Dieses erfolgt erst im Juli 1915: Als Armierungssoldat<sup>7</sup> kommt er in ein Strafbataillon. Über seine Einsatzorte und Tätigkeiten im Krieg liegen keine Informationen vor. Ebenfalls 1915 wird die zweite Tochter geboren. Die Haltung zur Kriegsfrage war in der SPD seit 1914 umstritten, wobei die Zahl der Kriegsgegner mit zunehmender Kriegsdauer immer weiter zunahm. Am 06. April 1917 gründete sich aus SPD-Mitgliedern, die den Krieg und die von der Parteimehrheit getragene Politik des Burgfriedens ablehnte, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Potratz berichtet, dass er 1917 noch „aus dem Felde“ seinen Übertritt zur USPD bei deren Gründung erklärt. Die oben bereits genannte parteiamtliche Kurzbiografie weist dann für das Jahr 1917 eine 4-monatige Haftzeit wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe aus. In seinen handschriftlichen Lebensläufen erwähnt Potratz davon nichts. 1918 kehrt er nach Berlin zurück. Er arbeitet wieder in seinem alten Betrieb Keiling & Thomas als Former, wird Vertrauensmann und Betriebsratsmitglied und nimmt aktiv an der Novemberrevolution teil. In seinen Lebensläufen betont er, dass sie „als Belegschaft jegliche Anweisung der Arbeiter- und Soldatenräte befolgt“ und „an Demonstrationen und Straßenkämpfen aktiv teilgenommen“<sup>8</sup> hätten. Insbesondere erwähnt er die „Erstürmung der

Maikäferkaserne in der Chausseestraße unter Führung von Otto Ziska“<sup>9</sup> sowie revolutionäre „Straßendemonstrationen unter Führung von Karl Liebknecht und Emil Eichhorn am Reichstag und Alexanderplatz“<sup>10</sup>.

### Weimarer Republik und aufkommender Faschismus

Bei der Vereinigung des linken Flügels der USPD mit der KPD 1921 tritt auch Emil Potratz zur KPD über.

Im gleichen Jahr<sup>11</sup> erwirbt Emil Potratz mit Unterstützung seines Schwiegervaters ein bürgerliches Lokal in der Schöneberger Sedanstraße 53.<sup>12</sup> In seinen handschriftlichen Lebensläufen berichtet Emil Potratz, dass er das Lokal in ein Arbeiter- und Parteilokal umwandelt, in dem alle proletarischen Organisationen tagten. Die geschäftlichen Arbeiten leitet seine Frau. 1925 renoviert er das Lokal, bringt rote Schilder und Losungen an und tauft es „Zur Roten Insel“.<sup>13</sup> Etwa zur gleichen Zeit wird auch sein Sohn Karl geboren. Seine 1915 geborene zweite Tochter Gertrud stirbt 1923.<sup>14</sup>

Die Gegend hatte sich im Laufe der zwanziger Jahre zu einer Hochburg der KPD mit einem entsprechenden proletarischen kulturellem Milieu entwickelt. Mit ihrem weit verzweigten Organisationsnetz und ihren zahlreichen Nebenorganisationen prägte die KPD die politische Öffentlichkeit, wie auch die nachbarschaftlichen und familiären Beziehungen. Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands

<sup>7</sup> Als Armierungssoldaten wurden im Ersten Weltkrieg Soldaten bezeichnet, die nicht aktiv an den Kampfhandlungen „im Feld“ teilnahmen, sondern mit dem Bau, der Instandhaltung und dem Betrieb der Befestigungsanlagen (Armierungen) beschäftigt waren. Oft wurden hierfür Männer eingesetzt, die nicht oder nicht mehr voll feldverwendungsfähig waren.

<sup>8</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>9</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Politischer Lebenslauf, 19.06.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

Die Maikäferkaserne war von 1851 bis 1918 die Kaserne des Garde-Füsilier-Regiments der Preußischen Armee in der Chausseestraße in Berlin. Dieses Regiment wurde auch die Maikäfer genannt, wodurch sich die Bezeichnung auf die Kaserne übertrug. Am 9. November 1918, dem ersten Tag der Novemberrevolution, versuchten Demonstranten ein Kasernentor aufzubrechen. Nachdem es ihnen gelungen war, stürmten sie in den Kasernenhof. Hierbei wurden mehrere Demonstranten erschossen. Otto Ziska war lt. Potratz Obmann von Schwartzkopff, einem Maschinenbauunternehmen in der Chausseestraße.

<sup>10</sup> Ebenda. Gemeint sind hier wahrscheinlich die Demonstrationen am 7. und 8. Dezember 1918, mit denen gegen die gegenrevolutionären Putschereignisse des Vortages (6. Dezember 1918) protestiert werden sollte. Vgl. Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin, München, Zürich, Wien 2017, Seiten 209ff.

<sup>11</sup> Oder 1922. Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>12</sup> Erstmals erwähnt wird Emil Potratz an dieser Adresse im Berliner Adressbuch 1923 (Berliner Adressbuch 1923, Teil IV, Seite 1434, Spalte 5. [https://digital.zlb.de/viewer/image/10089470\\_1923/6211/](https://digital.zlb.de/viewer/image/10089470_1923/6211/)) noch unter der Berufsbezeichnung „Maschinenbau“. Parallel zum Gastronomiebetrieb war er bis 1929 in der Eisengießerei Keiling & Thomas bis zu deren Pleite als Former tätig. Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959. Landesarchiv Berlin C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>13</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Politischer Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>14</sup> Vgl. Fragebogen zum Umtausch der Parteidokumente, 20.11.1970. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

Deutschlands (KJVD) zogen durch die Wohnblocks und Hinterhöfe und sammelten z.B. für die Internationale Arbeiterhilfe (IAH), verkauften Zeitschriften der KPD. Dann gab es immer wieder kleine Demonstrationen durch die Straßen des Wohnviertels oder man sammelte sich auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz zu den großen Demonstrationen, die oft mit einer Kundgebung in der Innenstadt – zum Beispiel im Lustgarten – endeten.

Es war typisch für die Weimarer Zeit, dass sich die Anhänger einer Partei in bestimmten Kneipen trafen, deren Wirte mit der jeweiligen Partei sympathisierten oder selbst Mitglied der Partei waren. In diesen „Verkehrslokalen“ tagten in Hinterzimmern die verschiedenen Gruppen der lokalen Parteiorganisation. Hier konnte man jederzeit Gleichgesinnte finden. Von außen waren manche dieser Lokale mit entsprechenden politischen Plakaten und Transparenten gekennzeichnet.

Emil Potratz' „rote Insel“ in der Sedanstraße, der eigentlichen „roten“ Straße des proletarischen Zentrums der Schöneberger „Roten Insel“, war ein solches Verkehrslokal der KPD: Hier hatte die 11. Abteilung des Roten Frontkämpferbundes (RFB) ihren Stammsitz, fanden die Parteiversammlungen statt, und hier traf sich auch der KJVD und die Rote Hilfe.

„Kannst Dich erinnern, wie wir bei Emil im Hinterzimmer die Zeitung gemacht haben? – Auf diese ganz primitive Art. Da war so 'ne Kiste mit so 'nem Rahmen, mit Gaze drauf, und dann haben wir so 'ne Walze gehabt; und dann musste man jedes Teil nehmen und so drüberzieh'n: So entstanden unsere Betriebszeitungen.“ (Videofilm, Birkholz)

Eine wesentliche Voraussetzung für eine derartige Ausprägung der kommunistisch geprägten polit-

ischen Kultur bildete das sozio-kulturelle Milieu des Kiezes rund um die Sedanstraße. Anders als im „vornehmeren“ Königsweg (heute Naumannstraße), in der viele Beamte, Angestellte und Freiberufler wohnten, lebten die Arbeiterfamilien in zumeist viel zu kleinen und oft auch baulich schlechten Wohnungen eng beieinander. Die geringen Löhne zwangen förmlich dazu, sich wechselseitig zu helfen. Da es allen mehr oder weniger gleich schlecht ging, brauchte auch niemand seine Armut zu verbergen. So entwickelte sich im Laufe der Zeit ein enges, aber weitgehend offenes Netz sozialer Kontakte, das keinen hängen ließ. Durch diese gemeinsamen sozialen Erfahrungen wuchs nachbarschaftliche Solidarität, entwickelten sich vielfältige Formen einer gemeinsamen Bewältigung des Alltages. Dieser soziale Zusammenhalt bildete eine wesentliche Grundlage für politische Aktionen, für eine mehr oder weniger geschlossene politische Kultur (von nachbarschaftlicher Verhinderung von Exmittierungen bis zu gemeinsamen Streiks und den Widerstand gegen die um sich greifende rechtsradikale NS-Bewegung).<sup>15</sup>

Emil Potratz war ein recht aktives Mitglied dieses Milieus. Von 1921 bis 1923 ist er seiner parteiamtlichen Kurzbiografie zufolge Org.-Leiter einer Straßenzelle im Unterbezirk Schöneberg, von 1922 bis 1924 Gruppenleiter der Proletarischen Hundertschaft, von 1925 bis 1929 Kameradschaftsführer des Roten Frontkämpferbundes.<sup>16</sup> Er selbst berichtet, dass er den Roten Frontkämpferbund „mitgründete“<sup>17</sup>: „Bei Gründung des Roten Frontkämpferbundes wurde ich von der Partei beauftragt, dort politisch zu wirken, habe seit Bestehen bis zuletzt immer als Funktionär gearbeitet, alle Umzüge und Straßendemonstrationen geleitet.“<sup>18</sup>

Als die SA Ende der zwanziger Jahre mehrmals versucht, in den roten Kiez der „Insel“ vorzudringen,

<sup>15</sup> Andreas Sander: „Das war 'ne ganz rote Gegend hier ...“ Zur politisch-kulturellen Entwicklung der „Roten Insel“ von 1900 bis 1945. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Rote Insel. Berlin-Schöneberg. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte. Berlin 1987. S. 27-38.

<sup>16</sup> Vgl. Parteiamtliche Kurzbiografie von Emil Potratz, 05. Juli 1963. Bundesarchiv / SAPMO DY 61052.

Die proletarischen Hundertschaften entstanden zur Abwehr der rechtsextremen und faschistischen Bewegungen in den frühen 1920er Jahren. Vor allem aber sollten sie als paramilitärische Einheit eine Rolle beim geplanten revolutionären Umsturz, dem so genannten Deutschen Oktober im Jahre 1923, spielen. In Preußen wurden die Proletarischen Hundertschaften von Innenminister Carl Severing im Mai, in Sachsen am 13. Oktober 1923 verboten. Nach dem Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen wurden die Einheiten entwaffnet und aufgelöst. Die proletarischen Hundertschaften waren indirekt Vorläufer des Roten Frontkämpferbundes (RFB). Dieser wurde Mitte Juli 1924 in Halle/Saale gegründet. Eine Berliner Ortsgruppe folgte am 28. August 1924. Verboten wurde der RFB 1929 nach dem sogenannten „Blutmai“. Als die KPD am 1. Mai 1929 in Berlin trotz polizeilichen Verbotes ihre traditionellen Maikundgebungen durchführte, stellte sich den Demonstranten ein großes Polizeiaufgebot entgegen, um das Verbot durchzusetzen. Daraufhin kam es in ganz Berlin zu blutigen Straßenkämpfen, in deren Verlauf die Polizei in die Menge schoss. Die Unruhen hielten drei Tage an und forderten 33 Tote und 200 Verletzte. In der Folge erließ der sozialdemokratische preußische Minister des Innern am 3. Mai 1929 mit Wirkung zum 6. Mai 1929 das RFB-Verbot.

<sup>17</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>18</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Politischer Lebenslauf, 19.06.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

wagt sie das nur überfallartig in großen Gruppen und schwer bewaffnet, hat aber große Schwierigkeiten hier Fuß zu fassen: Marschierende SA-Kolonnen und fahrende Lastwagen, vollbesetzt mit fahnschwingenden SA-Männern, wurden nicht selten mit Blumentöpfen oder gar mit Salzsäure gefüllten Bierflaschen beworfen.

Am 6. September 1929 vollzieht die SA-Standarte II als Auftakt für einen bis zum 15. September 1929 währenden organisierten Vorstoß auf die „Insel“ und den gesamten Schöneberger Osten einen ersten überfallartigen „Propagandamarsch“ durch die Straßen der „Insel“.

Dieser „Überraschungsangriff“ brachte gleichwohl nicht den von der SA erhofften Erfolg: Statt zur Einschüchterung führt er offensichtlich zu einer starken Mobilisierung der Betroffenen, die zu tagelangen Auseinandersetzungen, Schlägereien und Feuergefechten zwischen SA und Schöneberger Antifaschisten führen. Der zur Standarte II zählende Schöneberger SA-Sturm 9 zählte in den nächsten 10 Tagen 14 Schwer- und Leichtverletzte.<sup>19</sup>

## Die Schießerei in Schöneberg

Sieben Eistierungen

Bei der nächtlichen Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Schöneberg, von der wir bereits im größten Teil der Morgenausgabe berichtet konnten, wurden von der Polizei sieben Personen festgenommen und dem Polizeipräsidium vorgeführt. Die erste Vernehmung erbrachte, daß es sich bei den Zusammenstößen um einen vorbereiteten Ueberfall der Nationalsozialisten auf ein kommunistisches Lokal in der Sedanstraße handelte. Die Angreifer waren von den Ueberfallenen, die in dem Lokal gefesselt hatten, zurückgeschlagen worden. Auf der Verfolgung kam es dann vor dem Hause Hauptstraße 153 zu einem neuen Zusammenstoß, bei dem ein Schuß fiel, durch den, wie berichtet, der Kaufmann Hein schwer verletzt wurde.

Unter den sieben Eistierten befinden sich vier Nationalsozialisten, die noch im Laufe des Tages dem Vernehmungsrichter vorgeführt werden. Nach der Vernehmung wird sich entscheiden, ob gegen sie ein Haftbefehl erlassen wird. Die drei in Haft genommenen Kommunisten werden höchstwahrscheinlich noch heute entlassen werden. Allerdings werden auch sie sich zu verantworten haben, da eine Durchsuchung des kommunistischen Lokals eine große Anzahl von Waffen aller Art, die in Sesseln und im Ofen versteckt lagen, zu Tage gefördert hat.

Vossische Zeitung vom 11. September 1929

# Nazis holen sich blutige Köpfe

## Ueberfall auf ein KPD.-Parteilokal in Schöneberg — Die Arbeiter schlagen die Faschisten zurück — Polizei sucht Waffen bei den angefallenen Proleten

Dienstag abend ereigneten sich gegen 10<sup>15</sup> Uhr nachts wieder planmäßig organisierte Ueberfälle der Nationalsozialisten auf ein Parteilokal der KPD. in Schöneberg, bei dem allerdings die Hitler-Wachposten von den Arbeitern zu Paaren gejagt und mit blutigen Köpfen heimgeschickt wurden.

Die völkischen Banditen überfielen das Parteilokal Poltrug, Sedanstraße, in einer Stärke von 100 Mann. In dem Lokal befanden sich nur insgesamt 9 Gäste, von denen vier Frauen waren. Die Halbkreuzler zertrümmerten mit Pfaffensteinen die Fensterscheiben und demolierten das Lokal. Auf die in den Hausschlür flüchtenden Frauen wurden von den Banditen Schüsse abgegeben. Nur durch einen Zufall wurde bei dieser Schießerei auf die wehrlosen Arbeiterfrauen niemand verletzt. Zwei Arbeiter dagegen wurden durch Steinwürfe verwundet. Die Polizei erschien erst, als die nationalsozialistischen „Selber“ nach vollbrachtem Werk flüchteten; nur fünf wurden auf Verlangen der empöerten Arbeiter festgenommen. Gegen gefesselte Revolver und Dolche jagten davon, daß die Nazis bis an die Zähne bewaffnet waren. Da die Polizei eine sofortige Untersuchung der fünf verhafteten Nationalsozialisten unterließ, entdeckte sie natürlich erst, als die Verhafteten auf der Wache waren, aus dem Boden des Ueberfalllokals eine Maschinengewehrpatrone, eine Tasche mit 17 Patronen, sowie einen Totschlüssel.

Die Nachricht von diesem frechen und fetigen Ueberfall alarmierte die Schöneberger Arbeiter. Was die Polizei unterlassen hatte, wurde jetzt kräftig und auf bolschewistische Art von den Arbeitern nachgeholt.

Eine Gruppe Halbkreuzler, die zu einem anderen Parteilokal marschierte, um die Provoaktionen fortzusetzen, traf auf einen Trupp Arbeiter und wurde von diesen mit blutigen Köpfen

aus dem Bezirk geprügelt. Sie bezogen jedoch Kette, daß ihnen Hören und Sehen verging.

Bei ihrem blutdürstigen Schießen verletzten die Hitler-Banden den Kaufmann A. aus Wilmerdorf schwer.

Bei dem Ueberfall auf den Schießereien nahm sich ebenfalls die SA-Mente Karl Dewald, Gustowitz, 11, Walter Marx, Altdorf, 9, und Jeschner, Gothenstr. 16, hervor!

Während so die Arbeiter sich selbst gegen die Nationalsozialisten verteidigten, postierte sich ein Ueberfallkommando der Nationalsozialisten vor dem Parteilokal Poltrug in der Sedanstraße.

Die Polizei es nicht für notwendig gehalten, die Nationalsozialisten nach Waffen zu durchsuchen, so wurde sie durch die Arbeiter auch anders kann. Jeder das Lokal betretende und verlassende Arbeiter wurden auf das sorgfältigste untersucht, ehe sie das Lokal nur eine Waffe gefunden wurde. Diese Waffe, nämlich ein Revolver, wurde unter gewalttätiger Teilnahme des Lokals eine Durchsuchung vor. Entgegen den Uebermeldungen der bürgerlichen Presse steht fest, daß lediglich eine Schreckschakale im Lokal gefunden wurde.

Die Schöneberger Arbeiter haben mit ihrer Wucht den einzigen Weg zur Bekämpfung des faschistischen Terrors gezeigt. Kluglich, mit schlotternden Knien sind die SA-Mitglieder der Goebbels und Hitler mit blutigen Köpfen nach Hause geschickt worden. Die Geduld des Berliner Proletariats ist erschöpft. Völkischen Rowdies, die mit Dolchen, Schlagstöcken und Revolvern weite Verbrechen seiner Provokationen gegen die Berliner Arbeiter unternehmen wollen, wird gezeigt werden, daß sie sich gründlich verrechnen haben. Verstärkter Ausbau des antifaschistischen Gardes. Rühmlicher Kampf für die Befreiung des Landes des roten Frontkämpferbundes. Das ist die Lösung.

Die Rote Fahne vom 12. September 1929, Seite 3.

19 Andreas Sander, a.a.O.

Der wohl größte SA-Überfall während dieser Zeit fand am 10. September 1929 auf das Lokal von Emil Potratz statt. Der sozialdemokratisch ausgerichtete „Abend“ vom 11. September 1929 beschreibt diesen Überfall unter der Überschrift: „Waffenfund bei Hakenkreuzlern“:

„Ein über hundert Mann starker Zug dieser Hakenkreuzler zog, wie mitgeteilt wird, durch die Bahn- zur Sedanstraße und demolierte dort das Verkehrslokal der Kommunisten, in dem sich jedoch nur wenige Gäste befanden. Die Hitler-Strolche feuerten einige Schüsse in das Innere der Gastwirtschaft ab, ohne jedoch jemand zu treffen. Nachdem sämtliche Scheiben eingeschlagen waren, war der „Rachedurst“ der Jünger vom Hakenkreuz offenbar befriedigt und sie zogen johlend weiter. Der zur Hilfe gerufenen Polizei gelang es, nur wenige der Krakeeler festzustellen. Dieser Überfall war der Auftakt zu den späteren Schlägereien in der Haupt-, Barbarossa- und Gotenstraße, in deren Verlauf dann drei Personen durch Schüsse schwer verletzt wurden.“

Da der Überfall auf das Lokal der Polizei angezeigt wurde, liegt für diesen Fall eine etwas genauere Beschreibung aus dem Ermittlungsbericht der Polizei vor:

„Am 10.9. gegen 22:45 Uhr rotteten sich etwa 50 Personen vor dem kommunistischen Lokal Potratz in Berlin-Schöneberg, Sedanstraße 53, zusammen, in der Absicht, das Lokal zu stürmen. Sie versuchten das Lokal zu betreten, wurden aber von den anwesenden Personen, vorwiegend von Hans H. davon abgehalten. H. ergriff einen Stuhl und trat mit diesem den Angreifern entgegen und drängte diese zurück. Das Lokal wurde geschlossen und die Rolläden heruntergelassen. Darauf bewarf die zusammengerottete Menge (anscheinend N.S.D.A.P.-Personen und Stahlhelmer) das Lokal mit Steinen und beschoss dieses von der Straße aus.“

Direkt nach dem Überfall wurden die Nazis von Anwesenden aus dem Lokal „Potratz“ verfolgt und von diesen und weiteren hinzukommenden Kommunisten an der Sedan-/Ecke Leuthener Straße gestellt. Die NSDAP-Leute scheinen, aufgrund des starken Widerstandes, ziemlich schnell in Richtung Norden abgezogen zu sein, wobei es wohl an mehreren

Stellen zu Schlägereien mit Kommunisten kam. Erst als der Abzug an der Haupt-/Ecke Helmstraße zu einem größeren Krawall mit mindestens drei verletzten Faschisten wurde, griff die Polizei ein. Die Beamten nahmen bei der Verfolgung sieben Nationalsozialisten fest, darunter vier, denen vorgeworfen wurde, sich an dem Überfall auf das Lokal Potratz beteiligt zu haben. Mit welcher Hemmungslosigkeit der Kampf um dieses „rote“ Wohnquartier von der SA geführt wurde, zeigt am deutlichsten die im „Abend“ abgedruckte Liste der in einem Gefangenentransporter aufgefundenen Waffen:

„Sieben Festgenommene, deren politische Zugehörigkeit noch festgestellt werden muss, wurden mit einem Polizeitransportwagen ins Präsidium gebracht. Als die Verhafteten den Wagen verlassen hatten, entdeckten die Polizeibeamten auf dem Fußboden zahlreiche Mordwaffen, deren sich die Rowdies unbemerkt entledigt hatten. Es wurde eine Sauer-Maschinenpistole, ein dazugehöriger Gurt mit 17 Patronen, ein Totschläger, ein Schlagring und zwei starke Dolche gefunden, woraus man ersehen kann, dass jeder dieser Strolche schwer bewaffnet gewesen sein muss.“

Wie die Ermittlungsbehörden zu diesem Zeitpunkt schon wussten, waren alle in dem Fahrzeug beförderten Gefangenen Mitglieder oder Sympathisanten der NSDAP. Die Härte dieses für die Nationalsozialisten typischen und in ähnlicher Weise von ihnen in vielen Berliner Arbeiterwohnquartieren durchgeführten Angriffes hatte in diesem Fall kaum Auswirkungen auf die Ermittlungen. Es wurde kein Versuch unternommen, die Besitzer oder die Herkunft der Waffen zu ermitteln. Andererseits wurde aufgrund der Aussagen dieser SA-Männer noch im Laufe der Nacht das kommunistische Verkehrslokal „Wernicke“ in der Bahnstraße 34 durchsucht, weil es als Fluchttort der KPDler bezeichnet wurde, die für die Verletzungen der Nationalsozialisten verantwortlich gewesen sein sollen. Im Prozess gegen die vier Nazis wurde behutsam und freundlich verhandelt: Keinem der Angeklagten konnte mit Sicherheit eine Teilnahme an dem Überfall nachgewiesen werden. Die Situation war zu unübersichtlich. Da auch der Besitz der in dem Polizeifahrzeug gefundenen Waffen keinem mit Bestimmtheit nachgewiesen werden konnte, gab es keine Schuldsprüche.<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Lutz Birkholz: „Waffenfunde bei Hakenkreuzlern“. Der Kampf um die Straße in den Prozessakten. In: In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.): Die Rote Insel. Berlin-Schöneberg. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte. Berlin 1987. S. 105-109.

In der Chronik der Berlin-Brandenburgischen SA werden diese Ereignisse aus dem September 1929 später – nach der nationalsozialistischen Machtübernahme – wie folgt beschrieben und ohne Umschweife als eigener Angriff bezeichnet, wenn auch die Handlungsdetails zu eigenen Helden- und Märtyrergeschichten verklärt werden:

„Die Standarte II greift Schöneberg an.

An seiner Nordostecke, zwischen den Bahnkörpern der Potsdamer Bahn, der Ringbahn und der Anhalter Bahn zieht sich ein Block hoher, grauer Mietskasernen hin, die „Insel“. Dichtgedrängt fristen hier die Menschen ihr Dasein, das Armut und Not, Entbehrung und Erniedrigung heißt. Hier gibt es nur eine Sehnsucht und Blickrichtung: nach dem roten Umsturz.

Hier liegt der Standort der 11. RFB.-Abteilung, die als erste aller Berliner RFB.-Formationen „in Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um das Vortreiben der Weltrevolution“ von der russischen Sowjet-Regierung eine Fahne verliehen erhielt. Hier dröhnt mindestens zweimal die Woche ihre Schalmeienkapelle durch die Straßen. „Rote Insel“ wird deshalb dieses Stadtviertel genannt.

Hier werden am 6. September die Hakenkreuzfahnen entfaltet. Durch die Sedan- und Gotenstraße klingt zackige Knüppelmusik, singen braune Sturm-Soldaten die Lieder der deutschen Revolution. Dann geht es westwärts weiter über die Grunewaldstraße zum Rudolf-Wilde-Platz.

Die Kommune ist so verblüfft, daß es nur zu kleineren Schlägereien kommt. Aber am Tage darauf setzt ein wütender Terror gegen die Schöneberger SA. ein. In zehn Tagen zählt der junge Sturm 9 vierzehn Schwer- und Leichtverletzte. Harte Woche werden durchlebt. Das Sturmlokal, das kleine Café Schulz in der Mühlenstraße 2, muß auf Drängen des Wirtes verlassen werden und ein neues ist schwer zu finden. Der Sturm zieht von Lokal zu Lokal, meistens in Friedenau, und überall nur einige Tage geduldet.<sup>21</sup>

„Sturm 3 – Steglitz, Sturm 4 – Wilmersdorf und Sturm 9 – Schöneberg beschließen, die „Rote Insel“ einmal gründlich abzukämmen, vor allem dem KPD-Lokal in der Sedanstraße einen „Besuch abzustatten“. Helmut Kühn erzählt: „Das rote Lokal wurde mit einem Steinhaagel überschüttet und dann angegriffen. Doch die Gegner waren anscheinend über den Plan informiert. Eine wüste Schießerei begann. Erst als zwei Neuner auch ihre Schießseisen aus der nahen

Wohnung holten, hörten die Roten auf. Nun drang die SA. ein. Die Roten waren in der Überzahl. Dennoch wurde das Gesindel zusammengeschlagen und die Wirtschaft vollständig zertrümmert.

„Tatüüü, tata!“ Verdammt, das kennen wir. Alles raus, da knallen schon die Schreckschüsse der Polizei. Die Kommune von vorn, die Polizei von hinten. Mucki vom Sturm 9 hat drei Löcher im Kopf. Er wird verhaftet. „Ich habe meine Mütze im Lokal liegen lassen, kann ich mir die noch holen?“ Ja, das könne er. Fort ist Mucki. Im Sturmlokal Hockelmann wird er von Philo und Z. verbunden. Nachher fällt er der Kommune noch einmal in die Hände, die ihn über einen Rinnstein legt und ihm dann die Schienbeine durchtritt.

Auch Ho. wird verhaftet und auf den Flitzer verladen. In einem unbewachten Augenblick springt er ab und verschwindet.

Alle Trupps ziehen nun zu dem roten Rummelplatz am Kleistpark. Unterwegs steht Antifa und ehe sich die drei vorangehenden Sturmführer besinnen können, regnet es Hiebe. Dabei wird He. eine Feile in das Ohr gestoßen bis zum Sehnerv: ein halbes Jahr Krankenhaus und dauernde Schädigung des Nervensystems sind die Folgen. Dafür ist Sprengung des Rummels ein schlechter Trost.

Trotz des Eingreifens der Polizei ist der Kommune der Schreck mächtig in die Glieder gefahren. Wir haben eine Weile Ruhe.“<sup>22</sup>

Im September 1929 ist der Widerstand der „roten Insulaner“ noch entschieden genug, um die SA zu vertreiben. Doch außerhalb der reinen Arbeiterviertel befand sich die Linke gegenüber der SA zunehmend in der Defensive.

Die jugendlichen Aktivisten verfügten anders als die militärisch organisierten SA-Formationen über keine einheitliche und militärische Organisation. Das Bindeglied zwischen den Mitgliedern einer Gruppe war weniger ein formell organisatorisches denn ein persönliches. Man wurde von Bekannten in der Kneipe oder Wohnung rekrutiert, die Befehlslinien liefen über Freundeskreise, das „Schlachtfeld“ war das eigene Wohnviertel. Längst nicht alle Beteiligten waren Mitglieder der KPD oder einer anderen Kampfformation. Die Stärke dieses Organisationsprinzips lag in der Verankerung im Milieu. Gegen die paramilitärischen Angriffe der Nazis und angesichts deren Rückendeckung durch

<sup>21</sup> Julek Karl von Engelbrechten: *Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA. München 1940, Seiten 105-106.*

<sup>22</sup> Julek Karl von Engelbrechten: *Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA. München 1940, Seiten 109-110.*

Polizei und Justiz war man den Nazis außerhalb der „Roten Insel“ hoffnungslos unterlegen.<sup>23</sup>

Emil Potratz berichtet, dass sein Lokal noch zwei weitere Male (1930 und 1931) überfallen, gestürmt und zertrümmert wurde<sup>24</sup> und er selbst bei Demonstrationen wiederholt wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet<sup>25</sup> und verurteilt (Gefängnis und verschiedene hohe Geldstrafen) worden sei.<sup>26</sup> 1931 hätte er eine öffentliche Versammlung der Nazis in der Schöneberger Schlossbrauerei auseinander gejagt.<sup>27</sup> Seit er 1929 infolge der Firmenpleite seine Stelle bei der Eisengießerei Keiling & Thomas verloren hat, ist Emil Potratz Mitglied des Erwerbslosenausschusses Berlin-Schöneberg.<sup>28</sup> 1932 nimmt er an einer verbotenen Erwerbslosendemonstration auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz teil. Als es zu tätlichen Auseinandersetzungen kommt, wird er verhaftet und besinnungslos geschlagen, so dass er erst am nächsten Morgen im Polizeigewahrsam am Alexanderplatz wieder zu sich kommt. Er wird einem

### **Schöneberger Erwerbslose erheben Arbeitsbeschaffungs- Forderungen**

Am 29. April fand eine Versammlung der Schöneberger Erwerbslosen statt. Sie zeichnete sich besonders dadurch aus, daß zahlreiche freigewerkschaftlich und in der SAH. organisierte Erwerbslose dem Ruf des Erwerbslosenausschusses gefolgt waren.

Nach dem Referat des Genossen Kog vom Reichsausschuß der Erwerbslosen wurde gegen nur eine Stimme eine Entschließung angenommen, in der eine Reihe von wirtschaftlichen Forderungen an das Bezirksamt und insbesondere konkrete Arbeitsbeschaffungs-forderungen für den Schöneberger Bezirk aufgestellt werden, für die es jetzt sämtliche Schöneberger Erwerbslosen zum Kampf zu mobilisieren gilt.

Die Rote Fahne vom 4. Mai 1932, Seite 6.

Schnellrichter in Moabit vorgeführt und zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Lichtenberg in der Magdalenenstraße absitzt.<sup>29</sup> „Bei dieser Gelegenheit wurde mir die Schankkonzession entzogen und mein Lokal polizeilich geschlossen.“<sup>30</sup>

Durch seine politischen Aktivitäten und Verhaftungen ist Emil Potratz bei der Polizei bekannt. In einem internen Schreiben der politischen Polizei vom 24. September 1932 wird er als Zellenleiter der Zelle 1102 aufgeführt mit der Bemerkung „früher Sedanstraße wohnh.“<sup>31</sup> Möglicherweise hat er zu diesem Zeitpunkt seine Haftstrafe im Gefängnis Lichtenberg abgesessen, so dass er schon nicht mehr in der Sedanstraße weilte. Im Jahre 1932 stirbt Potratz' Mutter Wilhelmine Potratz, geb. Kolberg (\* 1852).<sup>32</sup>

Nach der Machtübernahme am 30. Januar 1933 war es das oberste Ziel der Nazis, jede Opposition zu unterdrücken und zu zerschlagen. In den von der SA installierten wilden Konzentrationslagern beglichen die SA-Männer ihren alten Rechnungen aus der „Kampfzeit“. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 wurde die SA zur „Hilfspolizei“ in Preußen ernannt und konnte den Terror gegen politische Gegner nun endgültig „von Rechts wegen“ vollziehen.

Auch Emil Potratz wird verfolgt. Er berichtet, dass auf ihn eine Kopfprämie ausgesetzt war. Eines Nachts wird in seine Wohnung eingebrochen und diese durchsucht. Da er nicht da ist, entkommt er „dem Schicksal vieler unserer Genossen“. „Von der Partei wurde mir befohlen, in die Illegalität zu gehen, habe dann 4 Monate hinter Straußberg u. woanders gelebt...“<sup>33</sup>

23 Ulli Meyer: ... Auf dem rechten Auge blind. Aus den politischen Prozessakten vor 1933. In: Bezirksamt Schöneberg von Berlin (Hg.): Leben in Schöneberg/Friedenau 1933-1945. Berlin 1987. S. 102-104.

24 Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

25 Vgl. zum Beispiel Emil Potratz: Maschinenschriftlicher Lebenslauf, 28.07.1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

26 Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, 29.08.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

27 Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Politischer Lebenslauf, 19.06.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

28 Vgl. Parteiamtliche Kurzbiografie von Emil Potratz, 05. Juli 1963. Bundesarchiv / SAPMO DY 61052.

29 Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

30 Vgl. Emil Potratz: Maschinenschriftlicher Lebenslauf, 28.07.1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

31 Vgl. Landesarchiv Berlin, C Rep. 375-01-02 Nr. 7122 Nr. A. 05/03 oder C Rep. 375-01-12 Nr. 7122 Nr. A. 05/03.

32 Vgl. Fragebogen zum Umtausch der Parteidokumente vom 20.11.1970 sowie Fragebogen der SED vom 8.4.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

33 Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

### Emigration, Leben und Verfolgung in der Sowjetunion

Emil Potratz bleibt in der Illegalität bis Juli 1933. Parallel bereitet die Partei seine Emigration vor.<sup>34</sup> Man lässt ihm die Wahl zwischen der Tschechoslowakei, Frankreich und der UdSSR. Er entscheidet sich für die UdSSR. Am 4. Juli 1933 ist es soweit. Er emigriert über die Komintern in die Sowjetunion<sup>35</sup> und kommt zunächst für vier Wochen in Moskau im Emigrantenheim unter. Er berichtet, dass er fast täglich in die großen Betriebe geholt wurde, um der Belegschaft über den Terror der Nazis zu berichten.

Danach ab 1. August 1933<sup>36</sup> kommt er nach Kramatorsk, einem wichtigen Industriezentrum, vor allem des Maschinenbaus, in der Oblast Donezk im Donbass im Osten der Ukraine. Mit Eifer arbeitet er in seinem Beruf als Former, wird Brigadier, später auch Meister. Er wird zudem zum politischen Verbindungsmann zur Gewerkschaft und zur Partei bestimmt. Das ausländische Kollektiv besteht aus ca. 60 Kollegen<sup>37</sup>: Deutsche, Österreicher und Ungarn. „Die meisten waren als Spezialisten im Jahre 1929 nach der UdSSR gekommen.“<sup>38</sup>

Am 7. November 1933 wird Emil Potratz zur Revolutionsfeier nach Moskau delegiert.<sup>39</sup> Im gleichen Monat kommen seine Frau und sein achtjähriger Sohn Karl nach. Die im Jahr 1913 geborene Tochter

Elisabeth bleibt anscheinend in Berlin zurück.<sup>40</sup> Ebenfalls 1933 stirbt sein 1883 geborener Bruder Franz Potratz.<sup>41</sup>

In den Jahren 1923 bis 1932 wurden in der UdSSR mehr als 10.000 ausländische Personen als politische Emigranten aufgenommen, vorwiegend aus Polen, Bulgarien, Lettland, Deutschland und Rumänien. Dabei handelte es sich nicht nur um Mitglieder kommunistischer Parteien. Bei Parteimitgliedern wurde aber vorausgesetzt, dass sie mit Zustimmung der Zentralkomitees ihrer jeweiligen kommunistischen Partei in die Sowjetunion führen. Neben den Politemigranten arbeiteten in der Sowjetunion seit Beginn ihrer staatlichen Existenz auch deutsche KPD-Mitglieder in verschiedenen Institutionen der Komintern und der russischen bolschewistischen Partei.

Zu den politischen Emigranten und Parteiarbeitern kamen seit Ende der zwanziger Jahre die ausländischen Facharbeiter hinzu. 1929 wurde in der UdSSR der Erste Fünfjahrplan verabschiedet, mit dem auch die Industrialisierung forciert wurde. Gerade in diesem Bereich bestand ein spürbarer Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, während sich gleichzeitig die westlichen Industriestaaten in einer schweren Wirtschaftskrise befanden. Mit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte während dieser Zeit lag es für viele Mitglieder der KPD, der KPD Nahestehende, aber auch für gänzlich unpolitische Menschen nahe, in der UdSSR nach

<sup>34</sup> Ohne Pass in die Sowjetunion zu gelangen, war so gut wie unmöglich. Die Internationale Rote Hilfe (IRH) stattete die Emigranten mit gefälschten Papieren aus. Nach ihrer Ankunft in Moskau gaben sie den Pass bei der Komintern ab und erhielten einen neuen Namen, um die Spuren zu verwischen und sich der Verfolgung durch die deutsche Polizei zu entziehen. In der Aufenthaltsgenehmigung wurde dann vermerkt, dass diese ohne den nationalen Pass gültig sei. Die Emigranten aus Deutschland fanden sich also nicht nur in einem neuen sozialen Milieu wieder, sondern nahmen zudem eine neue Identität an und mussten sich an einen neuen Namen gewöhnen. Vgl. Alexander Vatlin: „Was für ein Teufelspack“. Die Deutsche Operation des NKWD in Moskau und im Moskauer Gebiet 1936 bis 1941. Berlin 2013. Seite 82.

<sup>35</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

An anderen Stellen nennt Emil Potratz andere Abreisedaten: Den 9. Juli 1933 (vgl. Emil Potratz: Maschinenschriftlicher Lebenslauf, 28.07.1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157) oder bereits den Juni 1933 (vgl. handschriftlicher Lebenslauf im Fragebogen vom 8.8.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910).

Unter dem Namen „Kramer, Herbert (Potratz)“ – Nr. 429 mit dem 23.06.1934 als Datum der Anerkennung – taucht Emil Potratz auch in der „Liste deutscher Politemigranten in der Sowjetunion aus den Jahren 1925 – 1940“ aus dem Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI) Fond 495 Opis 175 Delo 134 auf. Diese Liste der anerkannten Polit-Emigranten aus Deutschland in den Jahren 1925-1940 ist bei der Komintern am 1. Juli 1940 entstanden, in Russisch geschrieben (einschl. deren Zweit-/Parteinamen) umfasst 1234 fortlaufend nummerierte Namenseinträge. Eine in Kopie vorliegende Liste ist durch Wilhelm Mensing bearbeitet und alphabetisch geordnet worden (Stand: Dezember 2014). Vgl. Wilhelm Mensing: NKWD und Gestapo. Download: <http://www.nkwd-und-gestapo.de/index.html>, 02.12.2017.

<sup>36</sup> Vgl. Maschinenschriftliche Erklärung betr. Aufenthalt in der Sowjetunion, Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>37</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Fragebogen der SED vom 8.4.1959. Landesarchiv Berlin C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>38</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Vgl. Emil Potratz: Maschinenschriftlicher Lebenslauf, 28.07.1948. Anna Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, 14.01.1974. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>41</sup> Vgl. Fragebogen zum Umtausch der Parteidokumente, 20.11.1970. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

Arbeit zu suchen. Ihre Zahl wurde von der deutschen Botschaft mit fünf- bis zehntausend beziffert. Aber schon nach der vorfristigen Beendigung des ersten Fünfjahrplans 1932 ist eine deutliche Abkehr von der Anwerbungspolitik der UdSSR zu bemerken.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde die Sowjetunion für einen großen Teil der dort lebenden Deutschen zum Exilland. Andere, insbesondere KPD-Mitglieder, kamen 1933 – wie Emil Potratz – neu in die UdSSR.<sup>42</sup> In diesem Jahr kamen 35% aller Emigranten in die Sowjetunion aus Deutschland.<sup>43</sup>

In einem Bericht der Kaderabteilung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) vom 24. Januar 1937 wird die Situation der deutschen Politemigranten in der Sowjetunion ausführlich beschrieben. Demnach hielten sich 5.000 bis 6.000 deutsche Kommunisten als Polit- oder Wirtschaftsemigranten zu diesem Zeitpunkt in der Sowjetunion auf. „Davon sind ca. 4.000 Politemigranten. Die Wirtschaftsemigranten kamen bis 1933 in die SU. Ihre Zahl war früher doppelt so hoch, die Hälfte von ihnen ist nach Deutschland zurückgefahren. Der grösste Teil der Politemigranten kam 1933 nach Hitlers Machtübernahme hierher.“<sup>44</sup> Von den ca. 4.000 deutschen Politemigranten wurden 2.600 in die KP der Sowjetunion überführt. Hier wurde früh der Hebel angesetzt und Repressionsmaßnahmen erfolgten ab Herbst 1934.

In einem Bericht für eine spezielle Sitzung im Sekretariat der Komintern kündigte der Leiter der Kaderabteilung der Komintern, Anton Kraevskij (d. i. Wladislaw Stein) im Oktober 1934 eine Säuberung der deutschen Emigration in der Sowjetunion an.<sup>45</sup>

Stalin setzte „Säuberungen“, Repression und Terror permanent als Herrschaftsinstrument ein. Dabei richtete sich sein Apparat nun auch gegen Mitglieder und Funktionäre ausländischer kommunistischer

Parteien, die auf der Flucht vor den Nazis in der Sowjetunion Asyl gefunden hatten und hofften, vor weiteren Nachstellungen und Verfolgungen in Sicherheit zu sein.

„Ziel war es“, so die Historikerin Carola Tischler, „alle Emigranten, deren Verbleib in der Sowjetunion nicht unabdingbar war, aus der UdSSR zu entfernen. Auch Personen, die sich der Partei auf die eine oder andere Art verdächtig gemacht hatten – durch Probleme bei der Alltagsbewältigung, was als mangelnde Loyalität mit dem Land angesehen wurde, oder durch Zugehörigkeit zu früheren fraktionellen Gruppierungen – sollten die UdSSR verlassen.“<sup>46</sup> Die Mehrheit der deutschen Emigranten in der Sowjetunion wurde nun überprüft. Verhaftungen und Ausweisungen betrafen ca. 3.000 der insgesamt 4.000 KPD-Emigranten, das Gros zwischen Oktober 1937 und März 1938.<sup>47</sup>

Im Juli 1934 wurde Genrich Grigorjewitsch Jagoda zum Chef des sowjetischen Geheimdienstes OGPU (russisch für: Vereinigte Staatliche politische Verwaltung), die er bald darauf dem NKWD (russisch für: Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) angliederte. Nach der Ermordung Sergej Kirows, eines engen Vertrauten Stalins, im Dezember 1934, war er in der Anfangsphase der stalinistischen Säuberungen für die Untersuchung des Mordfalls und die Verhaftung und Anklage von Lew Kamenew, Grigori Sinowjew, Iwan Smirnow und Grigori Jewdokimow als Exponenten der „Verschwörung der linken Opposition“ sowie zur Vorbereitung eines ersten Schauprozesses verantwortlich.<sup>48</sup>

Eine erste Verfolgungswelle unter deutschen Kommunisten richtete sich 1934/35 gegen als „Versöhnler“<sup>49</sup> stigmatisierte Parteimitglieder, die als „Rechte“ vom NKWD mit den „Trotzkisten“

<sup>42</sup> Vgl. Carola Tischler: *Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945. Arbeiten zur Geschichte Osteuropas, Band 3, Münster (LIT Verlag) 1996. Seiten 5-7 und Seite 87.*

<sup>43</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929-1943. Seite 366. In: Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Aleksandr Galkin, Hermann Weber (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern - I. Überblick, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918-1943): In: Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2014. Seiten 225-400.*

<sup>44</sup> Vgl. *Materialien der Kaderabteilung des EKKI (Mertens, Müller) über die Situation der deutschen Politemigration in der Sowjetunion, Moskau, 24.1.1937. In: Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Hermann Weber (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern - II. Dokumente (1918-1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen. In: Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2015. Dokument 401, Seiten 1305-1315.*

<sup>45</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus .... a.a.O., Seite 366.*

<sup>46</sup> Vgl. Carola Tischler, a.a.O., Seite 97.

<sup>47</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus .... a.a.O., Seite 367.*

<sup>48</sup> Vgl. Wikipedia: *Genrich Grigorjewitsch Jagoda*, Download vom 12.05.2018.

<sup>49</sup> *Die Versöhnler waren eine innerparteiliche Oppositionsströmung in der KPD während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die für eine Einheitsfrontpolitik mit der SPD gegen die Nazis eintrat und der ab 1928 forcierten ultralinken Linie (Sozialfaschismus-Vorwurf an die SPD) ablehnend gegenüber stand.*

zu einem fiktiven „rechtstrotzkistischen Block“ zusammenkonstruiert wurden.

Mitte 1935 verschärfte der NKWD dann die Verfolgung der „Trotzkisten“. Dabei sollten sämtliche „ehemaligen Trotzkisten“ aufgespürt und liquidiert werden. Die anlaufende Verhaftungswelle diente auch zur Konstruktion angeblicher Mittäter und zur Vorbereitung von „Geständnissen“ für den geplanten ersten Schauprozess gegen das „trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum“, der vom 19. bis 24. August 1936 in Moskau stattfand<sup>50</sup> und mit dem Todesurteil für die 16 Beschuldigten – darunter auch Kamenew, Sinowjew, Smirnow, Jewdokimow – endete.<sup>51</sup>

Von 1936 an erfolgte die Repression gegen die deutschen Kommunisten zielgerichtet nach bestimmten Kriterien. Zunächst wurden die unterschiedlichen Personengruppen definiert und mittels der in der Kaderabteilung verfügbaren Akten beschrieben und charakterisiert, bevor die Verhaftungen einsetzten. Nach den Unterlagen der Kaderabteilung wurden 1935/1936 insgesamt 126 deutsche Kommunisten verhaftet, die in die drei Hauptgruppen „Trotzkisten“ (38), „Verbindung mit Gestapo und deutsches Konsulat“ (50) und „andere sowjetfeindliche Elemente“ (38) unterteilt wurden. Die deutsche Parteiführung, besonders Pieck, zollte den Verhaftungen deutscher Emigranten in der Sowjetunion lebhaften Beifall. In einem Brief an die operative Leitung der KPD forderte er im Juli 1936 die „Ausrottung“ der Ursachen, die „vom Auslande eingeschleppt wurden.“<sup>52</sup>

Am 2. September 1936 legte die Kaderabteilung der Komintern ein Memorandum über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“ vor,

das eine Personencharakteristik von ca. 40 KPD-Mitgliedern als parteiamtliches Sündenregister enthielt.<sup>53</sup>

Darunter befinden sich neben jüdischen Emigranten, die zu den im genannten 1. Moskauer Schauprozess verurteilten KPD-Mitgliedern in „Verbindung“ gebracht wurden (Prinzip der Kontaktschuld), auch die Frauen der in diesem Prozess Verurteilten und Erschossenen.<sup>54</sup> Unter der Nummer 29 taucht ebenfalls Emil Potratz in dieser Liste auf.

29) <b>EMIL POTRATZ (HERBERT KRAMER)</b> [183311] -- a member of the CPG from 1920. Came to the USSR as an émigré in June 1933. He recommended <b>Alfred Kuhn</b> , [18313] known from the trial of the Trotskyist-Zinovievite gang. Here in the USSR, Potratz, who used to be an active CPG worker, has an awful reputation (organization of drinking-bouts, connections with the worst elements among the foreigners). His wife writes to Germany that there is hunger here, and each time repeats that she wants to go back. All this time Potratz has been seeking Soviet citizenship. He works in a foreign bureau of the Novokramatorsky machine-building plant in Donbass.
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Emil Potratz im Komintern-Memorandum vom 02. September 1936. Es handelt sich hier um einen Auszug aus der Internet-Vollveröffentlichung. In der deutschen Übersetzung bei Bayerlein et al. fehlt der zweite Absatz.

Am 4. September 1936 sendete der stellvertretende Leiter der Kaderabteilung Tschernomordik diese Liste an die Personen Dimitroff, Manuiski und Moskwins. In dem Schreiben wird drohend darauf hingewiesen, dass hier nur die typischsten Fälle aufgeführt würden, dass man die Arbeit aber weiterführe und eine bedeutend höhere Anzahl derartiger „Elemente“ festgestellt habe. Dimitroff reagierte auf den Brief mit der handschriftlichen Anweisung: „Überwachen und über die Ergebnisse der Überprüfung der deutschen Emigranten berichten“.

„In seinem Bericht stellt der stellvertretende Leiter der Kaderabteilung zudem fest, dass die „deutsche Vertretung“ beim EKKI unzureichend die in die UdSSR Einreisenden ausgewählt und überprüft habe und zudem nicht die Aufklärung und Untersuchung von „zweifelhaften Elementen“ organisiert habe. In einer Reihe von Fällen habe sie direkte Agenten

<sup>50</sup> Vgl. Alexander Boulerian: *Buchbesprechung. Wie Stalin deutsche Kommunisten verfolgte. Reinhard Müller „Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung“* Hamburg 2001. Download: <http://www.wsws.org/de/articles/2002/03/stal-m01.html>; 01. März 2001.

<sup>51</sup> Vgl. Volkskommissariat für Justizwesen der UdSSR (Hrsg.): *Prozessbericht über die Strafsache des trotzkistisch-sinowjewistischen terroristischen Zentrums. Verhandelt vor dem Militärkollegium des obersten Gerichtshofes der UdSSR vom 19.-24. August 1936. Moskau 1936.* Download: <http://www.stalinwerke.de/mp1936/mp1936.pdf>; 14.03.2014.

<sup>52</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus ... a.a.O., Seite 368 ff.*

<sup>53</sup> Vgl. *Biographische Profile über „Trotzkisten und andere feindliche Elemente in der Emigrantengemeinschaft der deutschen KP“: Memorandum der Kaderabteilung der Komintern, Moskau 2.9.1936.* In: Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Hermann Weber (Hrsg.): *Deutschland, Russland, Komintern - II. Dokumente (1918–1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen.* In: *Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2015. Dokument 391, Seiten 1244-1273.*

*Es handelt sich um ein im Original russisches Dokument. Hier ist es die deutsche Rückübersetzung aus der englischsprachigen Internet-Vollveröffentlichung von William J. Chase.* Download: <http://www.yale.edu/annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm>. Aktuell (2017) ist diese Quelle im Internet unter <http://www.orgonelab.org/Document20.htm> zugänglich. Eine Teilveröffentlichung findet sich in William J. Chase: *Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934-1939.* New Haven, London (Yale University Press) 2001. Seiten 163-177.

<sup>54</sup> Vgl. Reinhard Müller: *Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung.* Hamburg 2001. Seite 138.

<sup>55</sup> Vgl. Reinhard Müller (unter Mitwirkung von Natalija Mussjenko): *„Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934-1938).* In: Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953.* Paderborn, München, Wien, Zürich 2001. Seiten 120-166; hier insbesondere die Seiten 142-143.

Trotzkis und der Gestapo, Provokateure und Spione in die UdSSR“ einreisen lassen, oft nicht einmal die Komintern oder andere Organisationen davon in Kenntnis gesetzt und sich dann auch nicht weiter für sie interessiert.

Angesichts der schlechten Arbeitsorganisation in der deutschen Sektion forderte die Kaderabteilung der Komintern „unverzüglich das zur Verfügung stehende Material über die deutschen Politemigranten bis zu Ende zu prüfen. [...] In der Kommission für Politemigranten über das weitere Schicksal einer jeden der hier aufgeführten Personen zu entscheiden.“<sup>55</sup>

Über Emil Potratz, dem im Bericht in Klammern auch der Name Herbert Kramer zugeordnet wird, wird berichtet, dass er seit 1920 Mitglied der KPD und im Juni 1933 als Emigrant in die UdSSR gekommen sei. Nach dem Muster der Kontaktschuld wird Potratz vorgeworfen, er habe eine Empfehlung für einen Alfred Kuhnt ausgesprochen, der im Zusammenhang mit dem Prozess gegen die „trotzkistisch-sinowjewistische Bande“ – gemeint sind damit die Angeklagten und Verurteilten des ersten Moskauer Schauprozesses – dafür bekannt wurde, dass er Briefe von Trotzki nach Moskau bringen sollte. Alfred Kuhnt sei KPD-Mitglied von 1923 bis 1927, dann aufgrund seiner Teilnahme an den Aktivitäten des „Trotzkistischen Zentrums“ aus der Partei zunächst ausgeschlossen und erneut 1929 in die KPD aufgenommen worden. Er sei 1932 als Emigrant in die UdSSR gekommen und hätte behauptet, er sei beschuldigt, einen Nazi bei einem bewaffneten Zusammenstoß getötet zu haben. In Wirklichkeit sei (der Anlass) aber kein (politischer) Zusammenstoß, sondern ein Saufgelage gewesen.

Über Potratz wird berichtet, dass er weiterhin ein aktiver KPD-Arbeiter sei, aber ein schlechtes Ansehen

hätte, da er Saufgelage organisiere und Kontakte zu den „schlimmsten Elementen“ unter den Ausländern unterhalte. Er arbeite in einem Ausländerbüro der „Novokramatorsky-Maschinenbau-Fabrik“ im Donbass. Die ganze Zeit bemühe er sich um den Erhalt der sowjetischen Staatsbürgerschaft, während seine Frau nach Deutschland schreibe, dass es hier Hunger gäbe, und sie ständig wiederhole, dass sie zurück (nach Deutschland) wolle.<sup>56</sup>

Jagoda wurde am 26. September 1936 durch Nikolai Jeschow als Geheimdienstchef ersetzt, der ihm schon während des Prozesses als Assistent zur Seite gestellt worden war und während dieser Zeit belastendes Material gegen ihn gesammelt hatte.<sup>57</sup>

Am 01. November 1936 bricht Emil Potratz zu einer Urlaubsfahrt nach Moskau auf, um dort einen kranken Genossen zu besuchen. Er wird am 03. oder 05. November auf der Straße verhaftet, zunächst für 6 Tage in der Lubjanka inhaftiert, anschließend für 8 Monate in der Butyrka<sup>58</sup> in Untersuchungshaft gehalten und nach seinen eigenen Angaben während dieser Zeit ca. 33 Male verhört. Die Vorwürfe lauten auf Spionage und faschistische Tätigkeit.<sup>59</sup> Am 10. Juni 1937 erfolgt schließlich die Verurteilung<sup>60</sup>: „Obwohl mir nichts zur Last gelegt werden konnte, wurde ich von einer Dreierkommission zu fünf Jahren Lager verurteilt. Trotz meines Protestes wurde ich mit einem Transport von 12.000 Mann am 30.07.1937 verladen und in die Verbannung nach Kolyma geschickt.“<sup>61</sup>

Der Transport dauert etwa 4 Monate. Potratz wird zunächst als Waldarbeiter eingesetzt. Später arbeitet er auch wieder als Former. Dabei versucht er ohne Erfolg Beschwerden einzulegen. 1938 wird er in ein anderes Lager gebracht und muss dort Gold suchen.

<sup>55</sup> Vgl. Reinhard Müller (unter Mitwirkung von Natalija Mussijenko): „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934-1938). In: Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953. Paderborn, München, Wien, Zürich 2001. Seiten 120-166; hier insbesondere die Seiten 142-143.

<sup>56</sup> [annals/Chase/Documents/doc20chapt4.htm](http://www.orgonelab.org/Document20.htm). Aktuell (2017): <http://www.orgonelab.org/Document20.htm>. In den vermutlich von Mitarbeitern der Yale-Universität an das Dokument angebrachten Fußnoten wird über Alfred Kuhnt (Fußnote lxviii) berichtet, dass er 1936 festgenommen und zum Erschießungstod am 16. August 1937 verurteilt wurde; über Emil Potratz (Fußnote lxxix), dass er, 1888 geboren, von 1912 an Mitglied der SPD und von 1917 an der USPD war. 1920 sei er in die KPD eingetreten und ein Parteiaktiv in der Region Berlin-Südwest (umfasste die Bezirke Schöneberg und Steglitz) gewesen. Am 5. November 1936 sei er in der UdSSR inhaftiert und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, am 12. April 1941 nach Deutschland ausgeliefert und dort unter Polizeiüberwachung gestellt worden.

<sup>57</sup> Vgl. Wikipedia: Genrich Grigorjewitsch Jagoda, Download vom 12.05.2018.

<sup>58</sup> Die Lubjanka ist der inoffizielle Name eines am gleichnamigen Platz in Moskau gelegenen Gebäudes. Von 1920 bis 1991 war es das Hauptquartier, das zentrale Gefängnis und das Archiv des sowjetischen Geheimdienstes. Das Butyrka-Gefängnis ist ebenfalls eine Haftanstalt in Moskau.

<sup>59</sup> Vgl. Diverse Lebensläufe von Emil Potratz: Maschinenschriftliche Erklärung betr. Aufenthalt in der Sowjetunion, Februar 1949. Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157. Außerdem Handschriftlicher Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910. Zum Verhaftungsdatum gibt es unterschiedliche Angaben: Potratz selbst nennt den 3. November 1936, im oben genannten „Memorandum on Trotskyists...“ wird der 5. November genannt.

<sup>60</sup> Vgl. Autorenkollektiv des Institutes für Geschichte der Arbeiterbewegung: In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin (Dietz Verlag Berlin GmbH i.G.) 1991. Seite 174.

<sup>61</sup> Vgl. Emil Potratz: Maschinenschriftliche Erklärung betr. Aufenthalt in der Sowjetunion, Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

Auch dort verlangt er erfolglos eine Revision seines Urteils oder die Vorlage eines Beweises für eine strafbare Handlung.<sup>62</sup>

Die Verfolgung und Repression in der Sowjetunion ging derweil weiter. Vom 23. bis 30. Januar 1937 fand der vorbereitete 2. Moskauer Schauprozess statt („Prozess des antisowjetischen trotzkistischen Zentrums“). Sehr eindringlich kommt die Tragödie des unerklärten Krieges Stalins gegen eigene Landsleute und Ausländer, besonders gegen deutsche Kommunisten, Politemigranten und Russlanddeutsche in einem Bericht des Leiters der Kaderabteilung der deutschen Vertretung in der Komintern, Paul Jäkel („Dietrich“), vom 29. April 1938 zum Ausdruck. Dem Bericht zufolge gab es Anfang 1937 noch ca. 1.300 Parteimitglieder, die ihre Beiträge in der deutschen Vertretung entrichteten, im Frühjahr 1938 taten dies nur noch 378 Personen, dazu 17, von denen man nicht wusste, ob sie noch lebten. Sollten die Verhaftungen in dem Umfang weitergehen, würde, wie Jäkel weiter schrieb, innerhalb von drei Monaten kein deutsches Parteimitglied mehr übrig bleiben. Unter den Frauen der Verschwundenen häuften sich derweil Selbstmorde und der Hunger nehme zu, von dem auch Kinder betroffen seien. Täglich gingen erschütternde Briefe ein, einige Frauen hätten versucht, sich aus dem Fenster der deutschen Vertretung in Moskau zu stürzen. Gertrude Taube soll vorgehabt haben, ihr Kind vor eine Straßenbahn zu werfen und sich dann selbst umzubringen.

Die Verschärfung des Terrors gegen ausländische Kommunisten und „verdächtige“ Ausländer erfolgte parallel zur Ausweitung des Massenterrors in der Sowjetunion im ersten Halbjahr 1937. Bis Mitte des Jahres verschmolzen die unterschiedlichen Zielrichtungen der Repression in einer sich beschleunigenden Spiralbewegung des „großen Terrors“<sup>63</sup>. Auch die antideutsche Ausrichtung wurde verschärft; zwischen deutschen Emigranten, Komintern-Mitarbeitern, deutschen Kommunisten,

deutschen Arbeitern und Russlanddeutschen wurden Verhältnisse und Netzwerke konstruiert. Die neue Verhaftungswelle gegen deutsche Kommunisten rollte ab März/April 1937.

Am 23. Mai 1937 beschloss das Politbüro der KPdSU, alle aus der Partei ausgeschlossenen „Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten, Schljapnikow-Anhänger und [Mitglieder] anderer antisowjetischer Formierungen (...) aus Moskau, Leningrad und Kiev administrativ in nichtindustrielle Bezirke der [Sowjet-] Union auszusiedeln und zur Ansiedlung an bestimmte Ortschaften zu binden.“ Auch sollten „alle Familien derjenigen Trotzkisten, Sinowjewisten, Rechten, Dezisten und Teilnehmer anderer antisowjetischer terroristischer und Spionageorganisationen, die erschossen oder zu Haftstrafen von 5 Jahren und höher verurteilt wurden“, aus den drei Großstädten in die nicht-industrielle Peripherie verbannt werden.<sup>64</sup>

Am 25. Juli 1937 folgte der operativer Befehl des sowjetischen Volkskommissars für innere Angelegenheiten über Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion, mit dem die Verfolgung auf alle (antifaschistischen) Deutschen als vermeintliche Werkzeuge des deutschen Generalstabs und der Gestapo gestartet wurde. Der Befehl erfolgte als Ausführung einer auf einen kleinen Zettel gekritzelt Anweisung Stalins, die dem Politbüroprotokoll der Sitzung vom 20.7.1937 beigelegt war und im Moskauer Präsidentenarchiv überliefert ist: „Alle Deutschen in unseren Rüstungsbetrieben, halb-militärischen und Chemiewerken, in Elektrokraftwerken und auf Baustellen in allen Gebieten sind alle zu verhaften“. Dies war der Anfang der sog. „Deutsche Operation“ des NKWD. Die Verhaftungen begannen in der Nacht vom 29.7.1937 auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion. Insgesamt wurden in diesem Rahmen 1937 und 1938 69.000–73.000 Deutsche verurteilt.<sup>65</sup>

<sup>62</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959*. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

*Die Kolyma ist ein Strom im russischen Föderationskreis Ferner Osten in Sibirien und mündet in die Ostsibirische See, ein Randmeer des Arktischen Ozeans. Insbesondere an den Oberlauf-Ufern der Kolyma und in den dortigen Gebirgen – Kolyma- und Tscherskigebirge – befanden sich bis 1987 Arbeitslager. Die Lager wurden in der Zeit der Stalinschen Repressionen in der Sowjetunion ab den 1930er-Jahren im System der Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager (Gulag) errichtet. Das Kolymagebiet war eine der Regionen des Landes mit der größten Anzahl von Lagern und zugleich mit den schwierigsten Bedingungen. Die Häftlinge wurden vorrangig bei der Förderung von Gold und anderen Bodenschätzen, wie Uran oder Zinn, sowohl im Tagebau als auch unter Tage eingesetzt.*

<sup>63</sup> Als *Großer Terror, Große Säuberung oder Jeschowschtschina* wird die von Herbst 1936 bis Ende 1938 durch die Organe des Innenministeriums der UdSSR (NKWD) unter Leitung von Nikolai Jeschow durchgeführte Verfolgungskampagne bezeichnet.

<sup>64</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus ... a.a.O., Seite 370-372.*

<sup>65</sup> *Operativer Befehl des sowjetischen Volkskommissars für innere Angelegenheiten über Spionage- und Diversionstätigkeit seitens des deutschen Generalstabs und der Gestapo in der Sowjetunion (Dok. 418 und Fußnote 331).* In: Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Aleksandr Galkin, Hermann Weber (Hrsg.): *Deutschland, Russland, Komintern - II. Dokumente (1918-1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen.* In: *Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts* 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2015. Seiten 1386-1388.

1937 fährt Anna Potratz zusammen mit ihrem 12-jährigen Sohn Karl nach Berlin „zu Besuch ihrer Tochter Elisabeth“.<sup>66</sup> Ob sie zu diesem Zeitpunkt das genaue Schicksal ihres Mannes – sprich seine Verurteilung und Verbannung – kennt oder ob sie von seinem Tod ausgeht, ist den vorhandenen Quellen nicht zu entnehmen. Es ist aber anzunehmen, dass es sich nicht nur um einen Besuch handelt, sondern dass sie die Absicht hat, ganz nach Berlin zurückzukehren.

Bereits im März 1937 wurde Jagoda verhaftet. Nachdem er monatelang unter Anleitung seines Nachfolgers Jeschow brutal gefoltert worden war, gehörte er zu neben Rykov, Bucharin, Krestinskij, Rakovskij, Ivanov zu den Hauptangeklagten des **dritten Moskauer Schauprozesses** vom 2. bis 13. März 1938 gegen einen angeblichen „Block der Rechten und Trotzkisten“.<sup>67</sup> Jagoda wurde von seinen Mitangeklagten abgesondert gefangen gehalten. Auch das gegen ihn verhängte Todesurteil wurde getrennt von den anderen Angeklagten in der Lubjanka vollstreckt, weshalb weder der 15. März sicher als sein Todesdatum gelten kann noch etwas über den Verbleib des Leichnams bekannt ist.<sup>68</sup>

Noch im Frühjahr 1938 konstruierte das NKWD ein weiteres Komplott gegen deutsche Kommunisten, Emigranten u. a. m.. Als Grundlage diente hierbei die fingierte Zeugenaussage eines NKWD-Mitarbeiters über eine angebliche Verschwörung deutscher Jugendlicher in der Sowjetunion unter dem Namen „Hitlerjugend“. In der Folge wurden ca. 70 weitere Personen verhaftet, zumeist Kinder von deutschen Emigranten, Facharbeitern u. a. Die Stimmung unter den deutschen Kommunisten in der Sowjetunion schilderte die Frau des verhafteten Kaderreferenten der KPD, Georg Brückmann, Ella Henrion, die sich in einem Brief an Stalin wandte: „Jetzt ist die Stimmung unter den deutschen Genossen so: Sie stehen den vielen Verhaftungen völlig ratlos gegenüber. Sie sagen: Es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, daß alle Verschiedenen wirklich Spione, Konterrevolutionäre usw. sind. (...) Ganz offen sagen die Genossen: Es gibt keinen Zweifel, wir kommen alle dran“.<sup>69</sup> Auch die Verfolgungen von Nationalitäten bzw.

nationalen Minderheiten in der Sowjetunion wurden fortgesetzt. Durch einen Beschluss des Politbüros der KP der Sowjetunion vom 26. Mai 1938 wurden die am 31. Januar 1938 beschlossenen (blutigen) Säuberungen unter den nichtrussischen nationalen Gruppen (sowohl Ausländern als auch Sowjetbürgern) unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Spionage-Diversions-Kontingente“ noch einmal bis zum 1. August 1938 verlängert, einschließlich der Deutschen. Trotz Beendigung des Massenterrors wurde der selektive Terror unvermindert fortgesetzt.

Am 24. November 1938 nahm das Politbüro den „freiwilligen“ Rücktritt Nikolai Iwanowitsch Jeschows von seinem Posten als Volkskommissar für Inneres an. Der gefürchtete NKWD-Chef wurde von Lawrentij Berija abgelöst, nach seiner Verhaftung im Februar 1940 zum Tode verurteilt und im Keller des Butyrka-Gefängnisses erschossen.<sup>70</sup>

Mit Berijas Machtübernahme als Volkskommissar des Inneren (NKWD) am 25. November 1938 endete die Phase des „Großen Terrors“. Gleichwohl setzte auch er die Säuberungen und den staatlich organisierten Terror fort.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 („Nichtangriffsvertrag“) bzw. 29. September 1939 („Grenz- und Freundschaftsvertrag“) mit den jeweiligen geheimen Zusatzprotokollen zur Aufteilung Ostmitteleuropas war ein Schlag ins Gesicht der kommunistischen Bewegung und zwang sie zum Unfassbaren: Zur Absage an Antifaschismus, Internationalismus und Solidarität. Nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen am 01. September 1939, das Stalin und Hitler sich wie eine Beute teilten, erklärte die Komintern den „französisch-englischen Imperialismus“ zum Hauptfeind. Die gleichgeschalteten Kommunistischen Parteien waren nun aufgerufen, das Bündnis zwischen Sowjetunion und Deutschland als neu entstandenes globales Lager des Weltfriedens gegen den kriegstreibenden „französisch-englischen Imperialismus“ zu verteidigen. Hitler war nicht mehr der Feind, das Bündnis war nicht zu kritisieren oder etwa in Frage zu stellen. Wer dieser Linie nicht folgte, galt als „Konterrevolutionär“ und „Feind des Friedens“.<sup>71</sup>

<sup>66</sup> Vgl. Anna Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf*, 14.01.1974. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>67</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus* .... a.a.O., Seite 374.

<sup>68</sup> Vgl. Wikipedia: *Genrich Grigorjewitsch Jagoda*, Download vom 12.05.2018.

<sup>69</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus* .... a.a.O., Seite 375.

<sup>70</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus* .... a.a.O., Seite 376.

<sup>71</sup> Vgl. Bernhard H. Bayerlein: *Deutscher Kommunismus* .... a.a.O., Seite 386-387.

Im Zuge dieses deutsch-sowjetischen Bündnisses kam es neben rohstoff- und militärtechnischem Austausch auf Wunsch des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) auch zur Auslieferung von in die Sowjetunion entkommenen deutschen Kommunisten. Die entsprechende Vereinbarung wurde im Februar 1940 in Moskau besiegelt.

Der NKWD-Chef Lawrentij P. Berija, der in der Folgezeit 200 entbehrliche Genossen nach Berlin in eine für sie höchst ungewisse, wenig Positives verheißende Zukunft überstellen ließ – darunter auch Emil Potratz, kommentierte diesen Handel mit der zynischen Bemerkung, diese Genossen hätten ihre „Solidarität mit der Klassengemeinschaft“ erfüllt.<sup>72</sup>

Im Februar 1941 – also nach ca. dreieinhalb Jahren Lagerhaft – wird Emil Potratz von Kolyma nach Moskau zurückgebracht und wieder in die Butyrka eingeliefert. Am 12. April 1941 fällt eine Sondersitzung den Ausweisungsbeschluss.<sup>73</sup> Nach 2 Monaten Haft erklärt ihm der NKWD, dass er nach Deutschland ausgewiesen werde. Seinem Einspruch, doch in ein anderes Land gebracht zu werden, wird nicht statt gegeben. Am 1. oder 2. Mai wird er mit weiteren Gefangenen – zwei Österreicher und eine Polin mit Kind – an die Gestapo ausgeliefert.<sup>74</sup> In mehreren seiner Lebensläufe schreibt Emil Potratz, dass er nach der Auslieferung an die Gestapo nach Minsk gekommen, dort verhört und neun Tagen später nach Berlin gebracht worden sei. Diese Aussage erscheint insofern nicht plausibel, als dass Minsk im Mai 1941 noch sowjetisches Gebiet war. Bei dem Lebenslauf von 1959 ist denn auch an dieser Stelle ein handschriftliches Fragezeichen eines Lesenden vermerkt. Wahrscheinlich ist diese Unklarheit die Ursache dafür, dass Emil Potratz nach Aktendurchsicht<sup>75</sup> – vielleicht im Zusammenhang mit einer der üblichen Überprüfungen in der DDR – erneut zu einer Stellungnahme zu seiner Ausweisung aus der SU und zur Übergabe an die deutschen Grenzposten aufgefordert wird. Diese erbringt er im

Juli 1963:

„Nachdem meine Bitte, mich nicht in das faschistische Deutschland auszuweisen, abgelehnt worden war, wurde ich zusammen mit zwei österreichischen und zwei polnischen Genossen an die ehemalige Demarkationslinie bei Brest-Litowsk gebracht und dort in der Mitte eines Brückenübergangs am 1. Mai 1941 von der sowjetischen Bewachung den deutschen Grenzposten ausgeliefert, wobei auch schriftliche Unterlagen übergeben wurden. Die deutschen Posten waren Gestapoleute in Uniform, sie lieferten uns im Gestapo-Gefängnis ab.“<sup>76</sup>

Kurz nach Emil Potratz' Auslieferung überfällt Deutschland am 22. Juni 1941 die Sowjetunion. Die kommunistische Bewegung muss sich erneut um 180 Grad wenden. Hitler und das faschistische Deutschland sind wieder der Hauptfeind. Ebenfalls 1941 stirbt Emil Potratz 1870 geborener Bruder Wilhelm.<sup>77</sup>

### In der Hand der Nationalsozialisten

In Berlin wird Emil Potratz erst bei der Gestapo in der Prinz-Abrecht-Straße, dann am Alexanderplatz inhaftiert. Es folgen sechs bis acht Wochen harter täglicher Verhöre zwischen Angst und Zuversicht. Dabei werden ihm wechselweise Verbrechen vorgeworfen sowie Konzentrationslager und Hinrichtung angedroht. Dann wieder wird er über die Umstände seiner Emigration, zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Sowjetunion und seiner dortigen Lagerhaft und Behandlung befragt. Die Nazis wollen seine Erfahrungen zu antisowjetischer Agitation nutzen, ihm sogar einen Schriftsteller zur Verfügung stellen, um entsprechende Propaganda-Broschüren zu produzieren. Dafür stellen sie ihm Freiheit und ein „gutes Leben“ in Aussicht. Er erhält tageweise Bedenkzeit. Emil Potratz übersteht tapfer und standhaft diese Belastung, bekennt sich seinen späteren Lebensläufen zufolge weiter zu seiner

<sup>72</sup> Vgl. Peter-Ferdinand Koch: *Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise*. Salzburg 2011. Seite 87. In der entsprechenden Fußnote wird auch der Facharbeiter Emil Potratz als einer der Ausgelieferten genannt.

<sup>73</sup> Vgl. Autorenkollektiv des Institutes für Geschichte der Arbeiterbewegung: *In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR*. Berlin (Dietz Verlag Berlin GmbH i.G.) 1991. Seite 174.

<sup>74</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957*. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157. Vgl. auch Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959*. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>75</sup> Vgl. Vermerk über eine Aktendurchsicht zum Genossen Emil Potratz, 11.12.1961. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>76</sup> Vgl. Emil Potratz: *Stellungnahme zu meiner Ausweisung aus der SU und Übergabe an die deutschen Grenzposten Mai 1941*. Berlin, 05.07.1963. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>77</sup> Vgl. Fragebogen zum Umtausch der Parteidokumente, 20.11.1970. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

antifaschistischen Überzeugung. Nach ca. zwei Monaten endet die Qual und Emil wird aus der Haft entlassen, für zwei Jahre aber unter Polizeiaufsicht gestellt.<sup>78</sup> Nach seiner Entlassung wird er durch die Gestapo bei der Leichtmetallgießerei Walter Koch, Berlin-Britz, Späthstraße als Former zur Arbeit eingesetzt. Der Betrieb muss der Gestapo täglich über ihn berichten. Trotz aller dieser Umstände habe er im Kreise der Kollegen und im Betrieb ganz offen gegen die Nazis und ihre Politik Stellung genommen. Er wohnt zwischen 1941 und 1943 zunächst in der Lange Straße in Berlin Ost (Friedrichshain), ab 1943 dann in Berlin-Baumschulenweg, Kieholzstraße.<sup>79</sup> Nach einer gewissen Einschränkung der Polizeiaufsicht soll er gezwungen werden, in die Arbeitsfront einzutreten. Seine Ablehnung steigert sich bis zur Arbeitsverweigerung. Er muss wieder zur Gestapo, bleibt aber fest bis ihm schließlich nach mehreren Tagen das zu Unrecht abgezogene Geld zurückgezahlt wird.<sup>80</sup> Er bleibt im Betrieb bis dieser bei Kriegsende 1945 durch Bomben zerstört und die Belegschaft arbeitslos wird.<sup>81</sup>

### Kriegsende, Nachkrieg und Leben in der DDR

Am 08.05.1945 endet der Zweite Weltkrieg. Emil Potratz schreibt: „Beim Einrücken der Roten Armee wurde ich gleich mitgenommen, weil ich die Sprache beherrschte. Nach Rücksprache mit der Leitung wurde mit mir vereinbart, längere Zeit bei ihr zu bleiben, und habe gemeinsam mit Rotgardisten im Baumschulenweg die bekannten Nazis geholt, dann die Aufräumarbeiten durchgeführt zirka 4 Wochen. Wurde dann als Straßenobmann eingesetzt, habe die Arbeit 5 Jahre ehrenamtlich durchgeführt. Wie das Ministerium der Finanzen organisiert wurde, wurde ich der Verbindungsmann der Finanzen zur Kommandantur in Karlshorst bis das Ministerium selbstständig wurde.“<sup>82</sup>

Augenscheinlich ist Emil Potratz nach der Befreiung vom Faschismus schnell wieder politisch aktiv. Mit dem Befehl Nummer zwei der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 wird in der sowjetisch besetzten Zone die politische Betätigung antifaschistisch-demokratischer Parteien und freier Gewerkschaften wieder zugelassen. Nur einen Tag später am 11. Juni 1945 folgt der Gründungsauftrag der KPD, weitere vier Tage später am 15. Juni 1945 der der SPD.<sup>83</sup>

Am 19. Juni 1945 erstellt Emil Potratz einen zweiseitigen handschriftlichen „Politischen Lebenslauf“ – sehr wahrscheinlich im Hinblick auf seinen geplanten erneuten Parteieintritt, in dem er seine politischen Aktivitäten seit seinem Eintritt in den Metallarbeiterverband im Jahre 1906 detailreich beschreibt. Er schildert auch seine Emigration und sein Wirken in der Sowjetunion und versucht die dortigen Erlebnisse vorsichtig einzuordnen: „... nach 4 Monaten Illegalität emigrierte ich nach der Sowjetunion, habe dort im Interesse des Staates wirtschaftlich und politisch gearbeitet. Im Jahre 1936 dort verhaftet, auf Grund des Aufstiegs der Nazis in Deutschland und die vielen politischen Prozesse in Russland, siehe Sinowjew, Bucharin, Radek, Jagoda, Jewschow usw., nach 8 Monaten Untersuchungshaft wurde ich ohne Beweise zu 5 Jahren Zwangsarbeit nach dem hohen Norden verurteilt. 1941 nach Deutschland ausgewiesen, sofort als Gefangener erklärt, nach Berlin transportiert, zur Gestapo gebracht, mit Konzentrationslager (bedroht); die Gestapo wollte mit allen Mitteln meine Verschickung in Russland hier politisch auswerten, was ich energisch ablehnte, erklärte nur Arbeit, Schlafen und Essen käme für mich in Frage, stand 2 Jahre hier unter politischer Aufsicht, habe aber trotz(dem) meiner Verschickung in Russland hier gegen die Nazis, soweit ich konnte dieselben bekämpft, im Betrieb und wo ich Gelegenheit hatte.“ Abschließend gibt Emil Potratz einen Namen

<sup>78</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157. Vgl. auch Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.*

<sup>79</sup> Vgl. Fragebogen zum Umtausch der Parteidokumente, 20.11.1970. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>80</sup> Vgl. Emil Potratz: *Betr. Tätigkeit von 1941 bis 1945, Berlin, Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.*

<sup>81</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf ohne Datum, wahrscheinlich zugehörig zum Fragebogen der SED vom 08.04.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.*

<sup>82</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.*

<sup>83</sup> Vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters: *Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009. Seite 18-22.*

und „viele Schöneberger und Friedenauer Genossen“ als Zeugen für seine frühere politische Tätigkeit an.<sup>84</sup>

Auffällig an Potratz' Ausführungen ist das Herausstellen seiner positiven Aktivitäten auf der einen Seite – sein wirtschaftliches und politisches Arbeiten im Interesse der Sowjetunion sowie sein Widerstand gegen die Nazis – auf der anderen Seite das Vermeiden jeglicher Anklagen an die sowjetische Seite: Seine Verhaftung 1936 begründet er mit dem Aufkommen der Nazis in Deutschland und stellt die politischen Prozesse in Moskau damit in Zusammenhang. Sei-

ne Verbannung und Lagerhaft umschreibt er euphemistisch „Verschickung“ „in den hohen Norden“, erklärt aber, dass dieses „ohne Beweise“ geschah. Nur einmal rutscht ihm das Wort „Zwangsarbeit“ heraus.

Am 08. August 1945 tritt Emil Potratz erneut der KPD bei.<sup>85</sup> Im zugehörigen Fragebogen mit gleichem Datum macht er die analogen biografischen Angaben und ergänzt etwas energischer: „Bemerke hierzu meine Untersuchung wurde ohne Belastungsangaben nicht zuende geführt, (ich) aber trotz der hochpolitischen Geschehnisse doch verschickt.“<sup>86</sup>

Politischer Lebenslauf (Kommunistischer Fragebogen) d. 19. 6. 1945

geborene Jan Tormentberaf, 1906 trat ich den Deutschen Metallarbeiterverband ein, 1910 der Sozialdemokratie in Berlin f. l. bei, 1. August 1919 organisierten wir in Mücheln die Antikriegs Demonstration, wurde dabei verhaftet u. inhaftiert, 1915 wurde ich Soldat, 1918 erklärte ich meine Felde aus meinen beitriff zur U. S. P. nach Beendigung des Krieges zog ich nach Berlin. Mitte habe dort immer als Funkkronar gearbeitet, im Betrieb immer als so. Frauemann nahm aktiver an den damaligen revolutionären Demonstrationen theil, z. B. erstürmung der Eisenkäufer Karre in der Chausseestra. unter Führung von Otto Zinke, damaliger re. Obmann von Schwanenplatz organisierten die damaligen Straßendemonstrationen unter Führung Carl. Lieb. Knecht, u. Emil Githorn, damaligen Polizeiresidenten von Berlin am Reichstag. in Alexanderplatz. 1921 kaufte ich in Schöneberg durch meinen Schwiegervater ein bürgeliches Restaurant machte dort sofort ein Parteilokal nach 1921 auf den Vereinigungs Parteitag in Halle trat ich der vereinigten Kommunistischen Partei bei. Habe von da an immer bis zuletzt die Linie der Partei eingehalten u. aktiv mit gearbeitet. 1925 veranvierte ich mein Lokal auf eigene Faust um 700 rote Thaler u. kaufte es Pol. Partei. Karl. Kram. Scharf mit der Polizei in Konflikt setzte mich aber durch. Bei gründung der ersten Frontkämpferbundes habe seit bestehen bis zuletzt immer als Funktionär gearbeitet alle Vorzüge in Straßendemonstrationen geleitet. Bei entstehung der Terrorzeit wurde zum 1. kammal d. 1929 mein Lokal der Stadt überfallen u. es wurde u. verwundet, gab zum größten theil. Nazi.

Erste Seite des handschriftlichen politischen Lebenslaufs von Emil Potratz vom 19. Juni 1945 (Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910).

<sup>84</sup> Emil Potratz: Handschriftlicher Politischer Lebenslauf, 19.06.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>85</sup> Aufnahmeschein der Kommunistischen Partei Deutschlands mit Unterschrift von Emil Potratz vom 08.08.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>86</sup> Fragebogen mit Lebenslaufangaben mit Unterschrift von Emil Potratz vom 08.08.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

In einem weiteren Lebenslauf vom 29. August 1945 betont Emil erneut seine Loyalität zur kommunistischen Bewegung bzw. zur Sowjetunion: „Beim Einrücken der Roten Armee stellte ich mich sofort zur Verfügung, habe gemeinsam mit der Roten Armee, weil ich die Sprache etwas beherrsche, die ersten 8 Tage mit dem Kommandanten (in) unserem Bezirk alle Anordnungen für die Zivilbevölkerung und für die Reinigung durchgeführt. Auch war ich mit einer der ersten, der sich zum Aufbau unseres Bezirks und Verwaltungsapparats bis zum heutigen Tag geschaffen habe und weiter, soweit ich in der Lage dazu bin, helfen werde.“<sup>87</sup>

Zum 01. September 1945 wird Emil Potratz von der Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone übernommen und eingestellt.<sup>88</sup> Er arbeitet zunächst als Verbindungsmann und Kurier zur sowjetischen Kommandantur in Karlshorst.

Mit der Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone beim Vereinigungskongress am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin<sup>89</sup> wird auch Emil Potratz Mitglied der neu gegründeten SED.

Gut ein Jahr nach ihrer gesamtdeutschen Gründung (15. bis 17. März 1947) füllt Emil Potratz am 10. Juni 1948 den Aufnahmeantrag in die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) aus<sup>90</sup> und stellt im Juli 1948 beim Magistrat von Gross-Berlin, Abteilung für Sozialwesen, Hauptamt „Opfer des Faschismus“ einen Antrag auf Anerkennung als Opfer des Faschismus. Er legt einen einseitigen maschinenschriftlichen Lebenslauf bei, in dem er seinen politischen Werdegang mit den bekannten Stationen beschreibt. Dabei erwähnt er – sicher bewusst – seine Inhaftierung und Verbannung in der Sowjetunion zwischen 1936 und 1941 nicht, wohl aber seine Auslieferung an die Gestapo 1941, die folgende Gefängnishaft, die Verhöre und die

polizeiliche Überwachung. Trotzdem habe er im Kreise seiner Bekannten und Freunde sowie auch auf der Arbeitsstelle „immer offen gegen die Nazis Stellung genommen und sich nach Möglichkeit an der Widerstandsbewegung beteiligt“. Er endet: „Nach dem Zusammenbruch bin ich sofort wieder Mitglied der KPD geworden und habe mich tatkräftig an dem Wiederaufbau beteiligt als Strassenobmann. Seit August 1945 bin ich bei der jetzigen Hauptverwaltung der Finanzen tätig und als Betriebsrat für das gewerbliche Personal gewählt.“ Im genannten Fragebogen nennt er drei Personen, die als Bürgen mit Unterschrift versichern, dass ihnen Emil Potratz „als echter Antifaschist bekannt ist.“<sup>91</sup> Am 10. Oktober 1948 holt Potratz ein zusätzliches schriftliches Leumundszeugnis zwecks Anerkennung als Opfer des Faschismus bei früheren Schöneberger Genossen ein: Fünf Personen aus der Hohenfriedbergstraße, der Gustav-Müller-Straße, der Leberstraße und der Geßlerstraße „bestätigen voll und ganz die in seinem Lebenslauf gemachten Angaben vom Jahre 1922 bis zur Machtergreifung. Der Genosse Potratz wurde auf Grund seiner Aktivität von den Nazis nach ihrer Machtergreifung fieberhaft gesucht und verfolgt, so daß seine Emigrierung eine Notwendigkeit wurde. Über die folgende Zeit können von hier aus keine Angaben gemacht werden.“<sup>92</sup>

Wie dem in der genannten Akte enthaltenen Schriftverkehr zu entnehmen ist, beginnt die Bürokratie zu arbeiten und holt ihrerseits Erkundigungen über Emil Potratz ein.

Dieses augenscheinlich auch gründlich, zumal im gleichen Monat – am 29. Juli 1948 – der Parteivorstand der SED den Beschluss „Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ fasst und damit auch hier systematische Parteisäuberungen startet.<sup>93</sup> Im gleichen Jahr noch wurde die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED etabliert, die sich mit den disziplinarischen Verstößen der SED-Mitglieder zu beschäftigten hatte und bald

<sup>87</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf*, 29.08.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>88</sup> Vgl. Schreiben der Personalabteilung der Deutschen Finanzverwaltung in der sowjetisch Besatzungszone an Emil Potratz vom 25.09.1945 sowie Schreiben des Präsidenten der Deutschen Finanzverwaltung in der sowjetisch Besatzungszone an Emil Potratz vom 31.10.1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>89</sup> Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, a.a.O., Seite 35.

<sup>90</sup> Vgl. Aufnahmeantrag in die Berliner VVN, ausgefüllt und unterschrieben von Emil Potratz am 10.06.1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>91</sup> Vgl. Magistrat der Stadt Berlin, Abteilung für Sozialwesen, Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“, Fragebogen, maschinenschriftlich ausgefüllt und unterschrieben von Emil Potratz am 28. Juli 1948 in Verbindung mit einem einseitigen maschinenschriftlichen Lebenslauf von Juli 1948, unterschrieben von Emil Potratz am 28.07.1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>92</sup> Vgl. Handschriftliches Bestätigungsschreiben, Berlin-Schöneberg den 10. Oktober 1948, unterzeichnet von fünf Personen. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>93</sup> Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, a.a.O., Seite 83.

in allen Ländern bzw. Bezirken und Kreisen ein straff organisiertes Netz von Kommissionen hatte. Die Repressionen (Stigmatisierung, Verfolgung, Verurteilung, ja Tötung wahrhaft oder mutmaßlich Andersdenkender) dienten der Machterhaltung der Parteidiktatur und einer sich konstituierenden Führungsschicht. Die Parteisäuberungen waren, auch wenn sie unter den Gegebenheiten der Nachkriegszeit und der besonderen politischen Situation im geteilten Deutschland nicht die blutigen Ausmaße wie in der UdSSR erlangten, Mittel zum Ausschluss unbequemer Opponenten wie Erziehung der gesamten Mitgliedschaft der SED. Andersdenkende wurden als Opportunisten und Revisionisten, Sozialdemokraten, Versöhner, Trotzlisten, Kosmopoliten, Kapitulant, Dogmatiker, Sektierer oder Agenten diffamiert, isoliert, aus der SED ausgeschlossen und zum Teil strafrechtlich verfolgt.<sup>94</sup>

So gelangt Emil Potratz ein weiteres Mal in die zermürbenden Mühlen politischen Misstrauens und der Stigmatisierung, wenn ihm ein Parteiausschluss auch erspart bleibt. Seine Inhaftierung in der Sowjetunion bleibt in dem Anerkennungsverfahren als OdF nicht lange verborgen, sondern kommt schnell zur Sprache und wirkt nach. Im Oktober 1948 wird er vor einen Prüfungsausschuss der VVN-Baumschulenweg zu seinem Antrag auf Anerkennung als OdF geladen. Die Vernehmung verläuft nicht in Potratz Sinne. Am 12. Oktober 1948 berichtet der Vorstand der VVN-Baumschulenweg an den übergeordneten Bezirksausschuss OdF von Berlin-Treptow reserviert über das Ergebnis der Befragung: „Vorgeladen erscheint der Obige und gibt zur Sache selbst an, dass er nicht in der Lage war, die in seinem Fragebogen benannten Zeugen außer Noack zur Vernehmung mitzubringen. Er selbst ist während der Systemzeit nicht verfolgt worden, musste aber, weil er in Schöneberg sehr bekannt war, im März 1933 in die SU emigrieren. Unterlagen hierfür sind nicht zu

beschaffen. Er hat auch zugeben müssen, in der SU von 1936 – 1941 inhaftiert gewesen und im gleichen Jahr von den Russen mit den ordnungsgemäßen Papieren der Gestapo ausgeliefert worden zu sein. Von der Gestapo wurde er lediglich 14 Tage festgehalten und dann wieder freigelassen. Bei der Fragwürdigkeit des OdF Noack haben wir von einer Zeugenvernehmung Abstand genommen, zumal nach den eigenen Bekundungen des Antragstellers Noack ihn nur als Kind, also in der frühesten Jugend, kannte. Der Prüfungsausschuss konnte sich nicht entschließen, den Antrag zu befürworten und hat ihn einstimmig abgelehnt, zumal eine Bestrafung während der Systemzeit hier nicht erfolgt ist.“<sup>95</sup>

Der genannte Bezirksausschuss OdF Berlin-Treptow duckt sich weg, überlässt mit einem kurzen Schreiben am 30. Oktober 1948 die Entscheidung dem Hauptausschuss und reicht die Akte Potratz an das Hauptamt zurück.<sup>96</sup>

Das Hauptamt holt im Januar 1949 weitere Erkundigungen zu Potratz politischer Tätigkeit nach 1933, zu seiner Inhaftierung in der Sowjetunion und zu seiner illegalen Tätigkeit nach seiner Rückkehr von dort ein. Es schreibt die von Potratz genannten Bürgen und einen weiteren Zeugen an und erbittet auch von Emil Potratz erneut „nähere Angaben über Ihre organisierte illegale Tätigkeit – Gruppenarbeit – während der Jahre 1941-45 und Benennung von mindestens drei Bürgen darüber desgl. in welcher Gruppe diese Arbeit stattfand. Außerdem wollen Sie uns die näheren Umstände Ihrer Inhaftierung in der UdSSR mitteilen und Zeugen, die Ihre Angaben bestätigen können, benennen.“<sup>97</sup>

Potratz liefert die gewünschten Angaben am 3. Februar 1949 nach, nennt viele Namen, liefert weitere Bürgschaftsunterschriften und erläutert, dass er auf Grund der über ihn verhängten Polizeiaufsicht ab 1941 einer bestimmten Gruppe und Organisation

<sup>94</sup> in der UdSSR. In: *UTOPIE kreativ*. Heft 85/86 (November/ Dezember) 1997. Seiten 146.

*Aus den von der SED-Führung 1950 dekretierten Verhaltensweisen für Parteimitglieder: »3. Wenn etwas geschieht, was du nicht verstehst, wenn du einen Fehler gemacht hast, ein schlechtes Gefühl über eine deiner Handlungen hast – gehe zur Partei. Sie hat für vieles Verständnis, wenn sie weiß, du bist ehrlich und verschweigst ihr nichts. 4. Der verdient nicht den Namen eines Genossen, der vor der Partei etwas verbirgt, ihr die Aufklärung verweigert, die Auffindung der schwachen und faulen Stellen erschwert. 5. ... Es darf nichts »Unerklärliches« geben, das wir auf sich beruhen lassen, statt es zu untersuchen. 6. Dabei müssen wir berücksichtigen, daß sich der Feind in erster Linie auf schwankende, kleinbürgerliche Elemente konzentriert und sie auszunutzen versucht, auf Mitglieder, die schon einmal von der Parteilinie abgewichen sind oder parteifeindlichen Gruppen angehört haben, auf ehemalige Trotzlisten, Fraktionäre, rechte Opportunisten, linke Sektierer, besonders wenn sie längere Zeit in westlichen Ländern gelebt haben.« Das ZK der SED zur Verbindung von Funktionären der SED mit amerikanischen Agenten, in: *Neues Deutschland*, 1. September 1950, Seite 5.*

<sup>95</sup> Vgl. Schreiben des Vorstandes der VVN-Baumschulenweg an den Bezirksausschuss OdF Berlin-Treptow, 12. Oktober 1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>96</sup> Vgl. Schreiben des Bezirksausschuss Treptow an das Hauptamt „Opfer des Faschismus“, Berlin W.8, 30. Oktober 1948. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>97</sup> Vgl. Schreiben an Emil Potratz vom 21. Januar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

nicht angehören konnte.<sup>98</sup> Parallel dazu trifft ein weiteres die Angaben von Potratz bestätigendes Schreiben eines von ihm genannten Bürgen ein.<sup>99</sup>

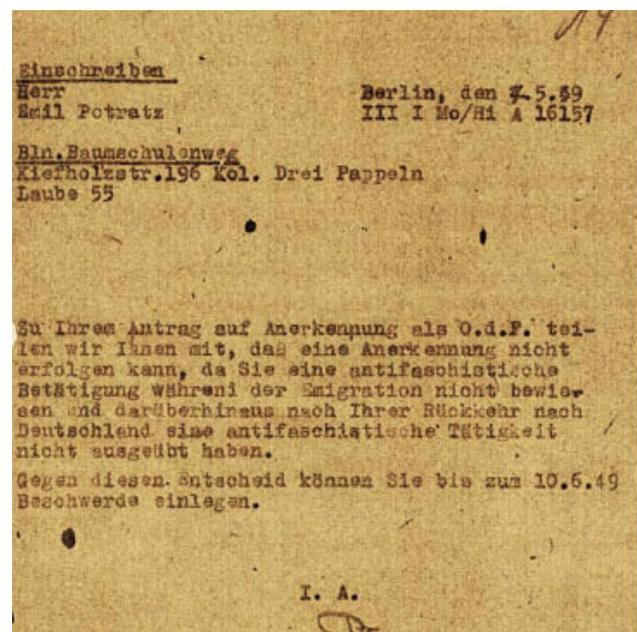
Es meldet sich aber auch ein vom Hauptamt schriftlich befragter Zeuge am 31. Januar 1949 persönlich im Amt und teilt mit, „dass er über Potratz nach 1933 keine Auskünfte geben kann. Vom Hörensagen weiss er, dass sich die Ehefrau des P. zwecks Rückkehr an die deutsche Botschaft gewandt haben soll. Seine Inhaftierung in der UdSSR soll mit zu vielem Alkoholgenuss zusammenhängen.“<sup>100</sup>

Entgegen aller anderen positiven Beleumdungen erhält diese nur mündlich gegebene Darstellung für das Amt besonderes Gewicht. Es lässt nicht locker und bittet Emil Potratz am 1. März 1949 erneut um Mitteilung, „aus welchen Gründen sie nach Deutschland zurückkehrten und über welchen Instanzenweg dies ermöglicht wurde.“<sup>101</sup> Potratz antwortet ein paar Tage später und erläutert nochmals die Umstände seiner am 2. Mai 1941 erfolgten Rückkehr aus der UdSSR nach Deutschland: „Nachdem ich ca. 4 Jahre als Verbannter auf der Insel Koloma zugebracht hatte, wurde ich nach Moskau in das Botyrke-Gefängnis gebracht, wo ich 2 Monate verblieb. Ende April 1941 wurde mir erklärt, daß ich nach dem faschistischen Deutschland ausgewiesen würde. Eine Begründung hierfür wurde mir nicht gegeben. Ich wurde als Gefangener bei Brest-Litowsk ausgeliefert und wurde in Deutschland als Gefangener in Empfang genommen. Ich hoffe, daß die Angaben nunmehr genügen. Weiteres bitte ich meinem Antrage zu entnehmen.“<sup>102</sup> Dem Schreiben ist offensichtlich eine zunehmende Zermürbung von Emil Potratz anzumerken.

Nach der Antwort kommt das Amt in einem internen Vermerk am 05. Mai 1949 zu einer ablehnenden Bewertung: „Potratz stellt einen Antrag auf Anerkennung als O.d.F. mit der Begründung, aus politischen Gründen emigriert zu sein. P. wurde im Jahre 1941 aus der SU ausgewiesen. Nach seinen eigenen Angaben ... schreibt er, daß er etwa 4 Jahre als Verbannter auf der Insel Koloma

zugebracht hat. Der Emigrant Henschel, der P. aus der Sowjetunion kennt, behauptet, daß derselbe wegen zu vielem Alkoholgenuss inhaftiert worden sei. ... Darüberhinaus soll sich die Ehefrau des P. an die Deutsche Botschaft zwecks Rückreise gewandt haben. Potratz behauptet zwar, daß er nach seiner Rückkehr nach Deutschland mehrmals verhaftet worden sei, jedoch erscheinen diese Angaben sehr unglaubhaft, da P. sofort nach der Rückkehr von der Gestapo entlassen wurde. Üblicherweise wurden die politischen Rückkehrer über längere Zeit in ein KZ gesteckt. Da während der Emigration von P. eine antifaschistische Betätigung innerhalb einer antifaschistischen Organisation nicht bewiesen und darüber hinaus eine illegale Tätigkeit nach der Rückkehr aus der SU nicht ausgeübt wurde, muß der Antrag abgelehnt werden.“<sup>103</sup>

Mit der Begründung, dass „Sie eine antifaschistische Betätigung während der Emigration nicht bewiesen und darüberhinaus nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland eine antifaschistische Tätigkeit nicht ausgeübt haben“ erhält Emil Potratz am 07. Mai 1949 die Ablehnung seines Antrages.<sup>104</sup>



Ablehnungsschreiben auf Emil Potratz' Antrag auf Anerkennung als Opfer des Faschismus (OdF) (Landesarchiv Berlin: C Rep. 1180-01 Nr. 16157)

<sup>98</sup> Vgl. Schreiben von Emil Potratz an den Magistrat von Berlin, Hauptamt Opfer des Faschismus, Berlin, 03. Februar 1949 mit zwei Erklärungen: Emil Potratz: Maschinenschriftliche Erklärung betr. Aufenthalt in der Sowjetunion, Februar 1949. Sowie Emil Potratz: Maschinenschriftliche Erklärung betr. Tätigkeit von 1941-1945, Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>99</sup> Vgl. Schreiben von Hermann Freder, Berlin, 03. Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>100</sup> Vgl. Aktennotiz vom 28. Februar 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>101</sup> Vgl. Schreiben an Emil Potratz vom 1. März 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>102</sup> Vgl. Schreiben von Emil Potratz an den Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung Sozialwesen, Hauptamt „Opfer des Faschismus“, Berlin W8, 07. März 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>103</sup> Vgl. Vermerk vom 05. Mai 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>104</sup> Vgl. Ablehnungsschreiben an Emil Potratz vom 07. Mai 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

Gegen diesen Bescheid legt Potratz am 2. Juni 1949 Beschwerde ein und liefert weitere Details seiner Tätigkeit als Argumente für seine antifaschistische Loyalität und deutet sogar seine zustimmenden Stellungnahmen zu den Moskauer Schauprozessen in den Dreißiger Jahren an. Er schreibt: „Ich bin am 9.6.1933 nach der SU emigriert und als Former in der Fabrik Stalin (Kramatorskaja) tätig gewesen. Bald nach meiner Ankunft wurde ich Leiter des ausländischen Kollektivs, das aus 62 Ausländern bestand. Im November des gleichen Jahres wurde ich zu den November-Feierlichkeiten nach Moskau delegiert. Im Jahre 1934 habe ich während der großen Prozesse in der Sowjetunion als deutscher Vertreter die Stellungnahme des ausländischen Kollektivs wiederholt vertreten. Im Jahre 1935 hat das ausländische Kollektiv die Naturalisierung abgelehnt und es ergaben sich daraus Differenzen, die aber in dem inneren Bereich nicht dazu führten, daß die Beziehungen zu der Partei und zur Gewerkschaft gelöst wurden. Im November 1936, während einer Urlaubsreise nach Moskau, wurde ich unter Verdacht der Spionage verhaftet, was damals bei Ausländern sehr häufig vorkam. Und im Jahre 1937 von einer Dreier-Kommission zu mehreren Jahren Lagerhaft verurteilt.“ Er nennt Namen von Zeugen, die über seine politische Tätigkeit während der Emigration Auskunft geben können, und fährt fort: „Im Jahre 1941 kam ich dann als Austauschgefangener zurück und habe hier den Versuch unternommen, mit den früheren Genossen wieder in Beziehung zu kommen. Unter Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln habe ich mit dem Genossen Karl Horn Fühlung aufgenommen. Da ich unter laufender Beobachtung der Gestapo stand, war es unmöglich, eine starke illegale Arbeit zu leisten. Die angegebenen Leumundszeugen werden bekunden können, daß ich nach meiner Rückkehr bei jeder Gelegenheit meine Einstellung gegen die Nazis überall zu erkennen gegeben habe.“<sup>105</sup>

Die Einlassung und Zeugen reichen dem Amt nicht aus. In einem internen Vermerk an den Beschwerdeausschuss wird darauf hingewiesen, dass die von Potratz benannten Zeugen nicht als

Emigranten anerkannt sind und daher als Zeugen nicht befragt wurden. Auch wird erneut auf die Auskunft des Genossen Henschel verwiesen, Potratz soll „aufgrund seines starken Alkoholgenusses inhaftiert worden sein.“<sup>106</sup>

Am 15. August 1949 findet die Sitzung des Beschwerdeausschusses O.d.F. im Hauptamt „Opfer des Faschismus“ statt, um sich mit dem Fall Potratz abschließend zu befassen. Emil Potratz wird zu dieser Sitzung am gleichen Tag per Einschreiben eingeladen. Aller Wahrscheinlichkeit nach erreicht ihn das Einschreiben gar nicht, da er urlaubsbedingt nicht in Berlin weilt. Seine Frau teilt dieses dem Amt per Brief bereits am 11. August 1949 mit. Dieser Brief erreicht das Amt jedoch erst am 16. August (Eingangsstempel), einen Tag nach der Sitzung.<sup>107</sup> Entsprechend ist im Sitzungsprotokoll vermerkt: „Da der Beschwerdeführer trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht zum Termin erschienen ist, wird in Abwesenheit verhandelt. ... Die Beschwerde wird nach Lage der Akten zurückgewiesen. Gründe: Der Beschwerdeführer, der vor 1933 einer antifaschistischen Partei angehörte, begab sich im Juli 1933 in die Sowjetunion. Er wurde dort 1936 verhaftet und 1941 nach Deutschland ausgewiesen. Beim Grenzübergang nahm ihn die Gestapo in Haft, entliess ihn jedoch nach zwei Wochen wieder. Nach dem vorliegenden Sachverhalt sind die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Opfer des Faschismus nicht erfüllt. Der Beschwerdeführer hat eine antifaschistische Arbeit in der Sowjetunion nicht geleistet und sich auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland nicht illegal gegen das Nazi-Regime betätigt. Die Beschwerde war daher zurückzuweisen, und zwar nach Lage der Akten, da der Beschwerdeführer trotz ordnungsgemäßer Ladung nicht zum Termin erschienen ist.“<sup>108</sup>

Emil Potratz erhält den Ablehnungsbescheid mit Einschreiben vom 27. August 1949, wobei die Entscheidung als endgültig bezeichnet wird und er gebeten wird, „von Weiterem abzusehen...“<sup>109</sup>

<sup>105</sup> Vgl. Schreiben von Emil Potratz an das Hauptamt Opfer des Faschismus beim Magistrat Groß Berlin vom 02. Juni 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>106</sup> Vgl. Interner Vermerk an den Beschwerdeausschuss vom 20. Juni 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>107</sup> Vgl. Einladungs-Einschreiben des Magistrats von Groß-Berlin, Der Oberbürgermeister, Hauptamt „Opfer des Faschismus“ an Emil Potratz, 15. August 1945. Schreiben von Frieda Potratz an Dr. Toeplitz, Vorsitzender des Beschwerdeausschusses vom 11. August 1945. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>108</sup> Vgl. Protokoll über die 25. Sitzung des Beschwerde-Ausschusses O.d.F. am Montag, den 15. August 1949 im Hauptamt „Opfer des Faschismus“, Punkt 4 der Tagesordnung. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>109</sup> Ablehnungs-Einschreiben an Emil Potratz vom 27. August 1949. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

Augenscheinlich folgt Emil dieser „Bitte“ und ergibt sich in sein Schicksal. Aufgrund seiner Parteidisziplin und -loyalität akzeptiert er die Entscheidung und erträgt auch wiederholte persönliche Verletzungen.

Am 7. Oktober 1949 erfolgt die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, nachdem am 23. Mai 1949 bereits die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde. Die Deutsche Teilung ist damit vollzogen. Emil Potratz, der seit September 1945 in der Zentralfinanzverwaltung in der sowjetischen Besatzungszone eingestellt ist, wird zum 1. Januar 1950 als Hilfssachbearbeiter in das sich konstituierende Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik übernommen.<sup>110</sup> Er füllt am 10. Februar 1950 einen ausführlichen Personalbogen mit Angaben zur beruflichen und gesellschaftlichen Entwicklung aus.<sup>111</sup> Am 27. Februar 1950 wird der Weiterbeschäftigung von Emil Potratz auch von der Hauptabteilung Personal des Ministeriums des Innern der DDR zugestimmt.<sup>112</sup> Augenscheinlich hat es hier noch einmal eine Überprüfung gegeben.



Porträtbild von Emil Potratz auf dem Personalbogen vom 10. Februar 1950 (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)



Später zusätzlich angebrachtes Porträtbildung von Emil Potratz auf dem Personalbogen vom 10. Februar 1950 (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)

Die folgenden Jahre verlaufen für Emil anscheinend ruhig, obwohl die Zeit turbulent ist. Er übersteht unbeschadet den am 26./27. Oktober 1950 gefassten Beschluss des ZK der SED zur „Überprüfung der

Parteimitglieder und Kandidaten sowie Umtausch der Parteidokumente“<sup>113</sup>, der vom 15. Januar bis 30. September 1951 durchgeführt wurde. In dieser Zeit verlor die SED durch Austritt, Ausschluss, Streichung und sogenannte statistische Bereinigungen 249.523 Mitglieder und 71.879 Kandidaten. Ende des Jahres wurde dann festgestellt, dass die Partei innerhalb eines Jahres – zwischen Dezember 1950 und Dezember 1951 – rund 20 Prozent weniger Mitglieder hatte.<sup>114</sup> In Folge des Slánsky-Prozesses vom 20. bis 27. November 1952 in Prag<sup>115</sup> und als Ergebnis wiederholter sowjetischer Aufforderung bereitete die SED-Führung einen eigenen Schauprozess vor. Zu diesem kam es jedoch nicht mehr. Das geplante politische Tribunal gegen Paul Merker und andere wurde durch den Tod Stalins am 05. März 1953, die darauffolgenden politischen Veränderungen in der Sowjetunion sowie durch den Aufstand vom 17. Juni 1953 verhindert.<sup>116</sup>

Beria wurde vor dem Obersten Gericht der Sowjetunion wegen Spionage zum Nutzen Großbritanniens in den 1920er Jahren und des Versuchs der Beseitigung der Sowjetmacht angeklagt. In dem geheim geführten Prozess wurde am 23. Dezember 1953 das Todesurteil ausgesprochen und noch am selben Tage durch Erschießen vollstreckt.

1953 nahmen die Parteisäuberungen in der DDR schließlich ein Ende. Im Ergebnis war es der SED-Führung gelungen, den Anpassungs- und Disziplinierungsdruck auf die Funktionäre und Mitglieder beträchtlich zu erhöhen. Die Art und Weise, wie die Säuberungen durchgeführt worden waren, steckte den ideologischen und politischen Rahmen ab, in welchem sich künftig Erörterungen über die Politik der SED zu bewegen hatten. Auf jeden Versuch, diesen Rahmen zu sprengen, folgten Maßregelungen. Die Parteisäuberungen trugen zur Verinnerlichung von autoritären Denkschemata bei einer ganzen Generation von Parteimitgliedern bei, die über Jahrzehnte hinweg als ideologisches Erbe fortwirkten<sup>117</sup>

<sup>110</sup> Vgl. Schreiben des Ministeriums der Finanzen der DDR an Emil Potratz vom 11.01.1950. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>111</sup> Vgl. Vgl. Personalbogen Emil Karl Wilhelm Potratz vom 10.02.1950. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>112</sup> Vgl. Schreiben der Hauptabteilung Personal des Ministeriums des Innern der DDR an das Ministerium der Finanzen, Personalabteilung vom 27.02.1950. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>113</sup> Kaderpolitik in der SED (1948-1953). In: Hermann Weber, Ulrich Mählert (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953. Paderborn, München, Wien, Zürich 2001. Seiten 351-457. Hier: Seite 403.

<sup>114</sup> Vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, a.a.O., Seite 90.

<sup>115</sup> Rudolf Slánský, Generalsekretär der KSČ, sowie 13 andere führende Parteimitglieder, wurden der Teilnahme an einer trotzkistisch-titoistisch-zionistischen Verschwörung angeklagt und verurteilt. Elf der Angeklagten, darunter Rudolf Slánský, wurden am 3. Dezember im Gefängnis Pankrác in Prag gehängt, drei erhielten eine lebenslange Freiheitsstrafe.

<sup>116</sup> Vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, a.a.O., Seite 91.

<sup>117</sup> Ebenda.

In diesen Jahren geht Emil Potratz unauffällig und diszipliniert seiner Arbeit nach. Er macht hunderte von Aufbauschichten<sup>118</sup>, erhält dafür vom Betriebsaufbaukomitee für das Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 im März des Jahres eine Prämie<sup>119</sup>, engagiert sich in der Partei und im Wohnbezirk.<sup>120</sup> 1954 macht er einen beruflichen Aufstieg. Er übernimmt im Ministerium der Finanzen die Planstelle eines Maschinisten für die Verkollerung. Ihm wird attestiert, dass er die für diese Tätigkeit notwendigen Voraussetzungen mitbringt, „insbesondere die notwendige Vertraulichkeit. Da sich der Koll. Potratz seit seiner Zugehörigkeit zur Abteilung in allen Situationen und auf jedem Arbeitsplatz als fleissig, zuverlässig und besonders gesellschaftlich aktiv gezeigt hat, schlägt die Abteilung vor, ihm auch für die besondere Verantwortung, die er in der Verkollerung zu tragen hat, zu seiner Gehaltsgruppe VII noch 2 Leistungsstufen zu gewähren.“<sup>121</sup>

Ebenfalls 1954 (oder 1955) heiratet die Tochter Elisabeth und zieht nach Westberlin.<sup>122</sup>

Nach einer entsprechenden Verpflichtungserklärung darf Emil Potratz die Westsektoren Berlins nicht mehr betreten<sup>123</sup>, so dass nur noch umgekehrte Besuche möglich sind.

Vom 14.02. bis zum 25.02.1956 fand der XX. Parteitag der KPdSU statt. Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow machte auf dem ersten Parteitag nach Stalins Tod mit einer fünfstündigen Geheimrede einige von Stalins Verbrechen, vor allem die „Säuberungen“ der 1930er Jahre an kommunistischen Parteimitgliedern, bekannt und verurteilte sie. Er versucht die KPdSU so auf eine Entstalinisierung vorzubereiten und Handlungsspielraum für eine vorsichtige Reformpolitik zu gewinnen.

Die Verunsicherung darüber, wie es nach den Enthüllungen des XX. Parteitages in der DDR weitergehen sollte, war in der gesamten Partei zunächst groß. Die SED-Führung war in gewohnter

Weise darum bemüht, keine „Fehlerdiskussion“ zuzulassen<sup>124</sup> und das Problem der deutschen Opfer des Stalinschen Terrors aus der Öffentlichkeit fernzuhalten. Es wurde beschlossen, über die Rehabilitierung von KPD-Mitgliedern, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auf dem Wege der Einzelfallprüfung zu entscheiden. Auf der 28. ZK-Tagung der SED vom 27. Bis 29. Juli 1956 wurde die neue Linie verkündet: „Die Kommission hat dem Politbüro vorgeschlagen, die ZPKK zu beauftragen, die Rehabilitierung von Genossen, die in der Sowjetunion verhaftet waren, auch wenn sie nicht mehr am Leben sein sollten, zu prüfen und zu entscheiden. Diese Maßnahme, die von besonderer Bedeutung ist, ergibt sich aus den Feststellungen des ZK der KPdSU über die verbrecherischen Umtriebe der Berija-Bande in der Sowjetunion. Bereits vor dem XX. Parteitag wurde begonnen, aus der Sowjetunion zurückkehrende ehemalige Mitglieder der KPD, die unschuldig in Prozesse verwickelt, respektive administrativ behandelt waren, voll zu rehabilitieren und ihre Mitgliedschaft in der Partei wiederherzustellen. Es ist eine selbstverständliche Pflicht, die Ehre der inzwischen verstorbenen und nicht zurückgekehrten Funktionäre und Parteimitglieder der KPD, die ebenfalls in solche Prozesse verwickelt waren, wiederherzustellen. ... Gegenüber den Genossen, die die Partei rehabilitiert hat, ist ein genossenschaftliches Verhalten an den Tag zu legen, ohne jede Voreingenommenheit.“

Eine öffentliche Thematisierung der Schicksale deutscher Emigranten und Spezialisten sowie deren Angehöriger hat die Parteiführung unter Ulbricht aber auch in der Folgezeit verhindert.<sup>125</sup> Ebenso die Frage nach der eigenen fragwürdigen Rolle von Parteiführung, Komintern und KPdSU in der Zeit der Säuberungen.

Am 17. Juli 1957 ergreift Emil Potratz noch einmal die Initiative, um seine Anerkennung als Verfolgter des Naziregimes zu erreichen. Er schreibt an die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission der SED:

<sup>118</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957.* Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>119</sup> Vgl. Schreiben des Betriebsaufbaukomitees für das Nationale Aufbauprogramm Berlin 1952 an Emil Potratz, 23.03.1952.

<sup>120</sup> Vgl. Emil Potratz: *Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum, nach 1953, vermutlich im Zusammenhang mit seiner erneuten Antragstellung als Opfer des Faschismus im Juli 1957.* Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>121</sup> Vgl. Ministerium der Finanzen, *Allgemeine Verwaltung: Antrag auf Umgruppierung für Koll. Potratz.* 3.11.1954. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>122</sup> *Beurteilung von Emil Potratz „Tätig am Zerreißwolf“*, 10.4.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>123</sup> *Verpflichtungserklärung von Emil Potratz*, 15.6.1955. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>124</sup> Vgl. Andreas Malycha, Peter Jochen Winters, a.a.O., Seite 126-127.

<sup>125</sup> Vgl. Meinhard Stark: *Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR.* In: *UTOPIE kreativ.* Heft 85/86 (November/Dezember) 1997. Seiten 146-157. Hier insbesondere Seite 154-156.

„Werte Genossen! Wie Euch sicher bekannt ist, bin ich 1933 auf Veranlassung der Komintern (...) nach der Sowjetunion emigriert und wurde dort 1936 verhaftet, 1941 aus der Sowjetunion ausgewiesen und der Gestapo übergeben. Es liegt mir daran, von Euch eine Bestätigung zu erhalten, daß diese Haft in der Sowjetunion mit meinem Verhalten als klassenbewußter Genosse nichts zu tun hat und nach den Aufklärungen durch den 20. Parteitag der KPdSU diese Angelegenheit als bereinigt angesehen werden kann....“<sup>126</sup>

Gleichzeitig schreibt er an die VDN-Dienststelle des Magistrats von Groß-Berlin: „Nachdem durch den 20. Parteitag das Schicksal vieler deutscher Genossen, die in der Sowjetunion 1933 und später emigriert waren, eine Rechtfertigung erhalten hat und diese Rechtfertigung auch für meine Person gilt, bitte ich darum, daß meine Anerkennung als VdN nochmals überprüft wird. Ich habe mich an die ZPKK der Partei gewandt mit der Bitte, euch eine dementsprechende Bestätigung zu geben.

Ich wiederhole noch einmal, daß ich 1933 nicht auf eigene Faust emigriert bin, sondern im Auftrage der Komintern, weil auf mich eine Fachprämie von 1000,- DM ausgesetzt war. ... Ich wiederhole auch nochmals, daß ich als Verfolgter einmal vier Monate und nach meiner Ausweisung aus der Sowjetunion etwa zwei Monate in einem Untersuchungsverfahren festgehalten war und dann zwei Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt wurde. Bis zu meiner Verhaftung in der Sowjetunion habe ich auch dort politische Arbeit geleistet. Ich war Verbindungsmann zur sowjetischen Gewerkschaft und zur KPdSU. Daß ich meine Pflicht als einfacher Genosse getan habe, mag daraus hervorgehen, daß anlässlich der Parteiüberprüfung 1951 meine Angelegenheit auf einer Zentralen Prüfungskommission genau überprüft worden ist und ich meine seit 1910 bestehende Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei niemals verloren habe.

Ich wäre deswegen sehr dankbar, wenn nach der Erledigung der Sache bei der ZPKK meine

Angelegenheit nochmals überprüft wird.“<sup>127</sup>

Dann geht alles recht schnell und geschmeidig: In einem internen Vermerk der VDN-Dienststelle wird notiert, daß Potratz am 26. August 1957 wegen seiner Angelegenheit als VdN vorsprach. „Da er angab, vor 14 Tagen mit der Genossin Geffke vom ZK über seine Angelegenheit Rücksprache gehalten zu haben und dass diese ihm gesagt habe, das sich im ZK Unterlagen befinden, die nachweisen, dass P. auf Beschluss der Partei im Jahre 1930 emigriert ist, setzte sich der Sachbearbeiter mit der Genossin G. in Verbindung. Diese bestätigte telefonisch die von P. gemachten Angaben. Demnach ist die Rechtsgrundlage für die Anerkennung als VdN gemäss § 1/8 der VO gegeben. Der Sachbearbeiter ist der Meinung, dass die Angelegenheit des Antrages auf Anerkennung als OdF im Jahre 1949 in Bezug auf Anerkennung als VdN nicht endgültig sein kann. Es ist daher nicht notwendig, die Angelegenheit nochmals vor dem Beschwerde-Ausschuss behandeln zu lassen. P. erhält einen Fragebogen ausgehändigt und die Angelegenheit wird im Kollektiv geklärt.“<sup>128</sup>

Noch am gleichen Tag füllt Emil den Fragebogen aus.<sup>129</sup> Er erhält seinen VdN-Ausweis mit der Nummer 10415 am 28. August 1957.<sup>130</sup> Einem weiteren internen Vermerk der VDN-Dienststelle vom 30. August 1947 ist zu entnehmen, dass das Kollektiv einstimmig beschloss, Potratz als VdN anzuerkennen. Er mußte auf Weisung der Partei im Jahre 1933 emigrieren, sei auch heute gesellschaftlich tätig und sein Dokument weise aus, dass er seit 1910 politisch organisiert sei.<sup>131</sup> Alles Informationen, die bereits 1949 bekannt waren. Seine Inhaftierung in der Sowjetunion spielt in der Argumentation keine Rolle mehr. Am 10. September 1957 erhält Potratz auch den Bescheid über die ihm rückwirkend ab 1. August 1957 zusätzlich gewährte VdN-Rente.<sup>132</sup>

1958 wird Emil Potratz mit Ehrungen überhäuft: Neben Glückwünschen zum 70. Geburtstag vom

<sup>126</sup> Schreiben von Emil Potratz an die Zentrale Partei-Kontroll-Kommission, 17.7.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>127</sup> Schreiben von Emil Potratz an die VDN-Dienststelle des Magistrats von Groß-Berlin, 17.7.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>128</sup> Vgl. Interner Vermerk der VDN-Dienststelle: „Am 26.8.57 sprach Potratz wegen seiner Anerkennung als VdN bei uns vor.“, 26.8.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>129</sup> Vgl. Fragebogen des Magistrats von Groß-Berlin, Abt. Arbeit und Gesundheitswesen, Hauptsozialamt, Ref. VdN, ausgefüllt und unterschrieben von Emil Potratz am 26.8.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>130</sup> Quittung zum Erhalt des VdN-Ausweises Nr. 10415, 28.8.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>131</sup> Vgl. Interner Vermerk der VDN-Dienststelle vom 30.8.1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>132</sup> Vgl. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirksvorstand Groß Berlin, Verwaltung der Sozialversicherung (VAB), Sektor Leistungen, Renten – VdN: Rentenbescheid Emil Potratz. 10. September 1957. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

Minister der Finanzen<sup>133</sup> erhält er im September die „Medaille für Kämpfer gegen den Faschismus 1933-1945“<sup>134</sup>, im November anlässlich des 40. Jahrestages für seinen aktiven Kampf in der Novemberrevolution die Medaille „Kämpfer gegen Reaktion 1918-1923“<sup>135</sup>.

Ende Oktober 1958 endet im beiderseitigen Einvernehmen seine Tätigkeit im Ministerium der Finanzen.<sup>136</sup> Er wechselt zum technischen Apparat des ZK der SED und wird Maschinist am Zerreißwolf. Wahrscheinlich anlässlich dieses Wechsels füllt er am 8. April 1959 wieder einen Fragenbogen – diesmal direkt der SED – aus und legt diesem mit knapp vier Seiten seinen wohl ausführlichsten handschriftlichen Lebenslauf bei. Dieser wirkt so, als wolle Emil noch einmal umfassend Rechenschaft über sein politisches Leben ablegen. Deutlich kann man aber auch seine Verletzungen aus der Vergangenheit spüren, wenn er am Ende schreibt: „...Über meine Emigration will ich noch mitteilen, dass meine Anerkennung als Opfer des Faschismus 1945 fast über ein Jahr gedauert hat, weil es mir keiner geglaubt hat, erst nach dem 20. Parteitag der KPdSU wurde meine Anerkennung ausgesprochen.“<sup>137</sup>

Anlässlich des 13. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1962 wird Emil Potratz mit der „Verdienstmedaille der DDR“ ausgezeichnet. In der Begründung heißt es: „Trotz seines hohen Alters leistet er eine vorbildliche Arbeit. Auf Grund seiner jahrzehntelangen Parteiverbundenheit wurde er verantwortlich für die Verkollerung eingesetzt. Diese Aufgabe führt er gewissenhaft durch. Genosse Potratz leistet eine große Erziehungsarbeit mit den technischen Kräften und den parteilosen Kollegen im Heizkraftwerk und in den Werkstätten. Er hat wesentlich zur Weiterentwicklung und Festigung der sozialistischen Brigade beigetragen. Seine hohe Arbeitsmoral zeigt sich auch darin, daß er überall dort zugreift wo es erforderlich ist und durch sein Beispiel die sozialistische Gemeinschaftsarbeit organisiert.“

Genosse Potratz ist ein aktives Mitglied der Grundorganisation 33, übermittelt allen Mitgliedern

seine reichen Partei- und Lebenserfahrungen und trägt damit entscheidend zur Verbesserung der Parteierziehungsarbeit bei.“<sup>138</sup>

Im darauffolgenden Jahr erhält er den „Vaterländischen Verdienstorden in Silber“.<sup>139</sup>

In der vorbereitenden Beurteilung wird sein Leben nochmals ausführlich gewürdigt: „Der Genosse Emil Potratz ist seit seiner Übernahme aus dem Ministerium für Finanzen, wo er die gleiche vertrauliche Arbeit leistete, als Maschinist am Zerreißwolf und der Verpackung des Altpapiers tätig. In diesen Aufgaben zeigt er trotz seines Alters hervorragende Leistungen. In seinem gesamten Verhalten, seiner hohen Arbeitsmoral, steten Hilfsbereitschaft und hohem Verantwortungsbewußtsein ist er allen Mitarbeitern das Vorbild des sozialistischen Menschen unserer Zeit.“

Genosse Potratz ist seit 1906 Mitglied der Gewerkschaft und gehört seit 1910 der Partei an. In seinem aktiven politischen Leben verkörpert er die revolutionäre Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, in deren Perioden er immer den richtigen Weg ging. Von der USPD schloß er sich der KPD an, nahm aktiv an den Kämpfen von 1918 bis 1923 teil und verteidigte stets zuverlässig und einsatzbereit die Partei in den Selbstschutzorganen, der Proletarischen Hundertschaften und dem Roten Frontkämpferbund. Von den Faschisten bedroht, ging er auf Weisung der Partei 1933 in die Emigration nach der Sowjetunion, wurde infolge damaliger Verhältnisse 1937 verhaftet und 1941, kurz vor dem Überfall auf die SU, nach Nazideutschland ausgewiesen. Seine Treue zur Partei konnte ihn auch dadurch nicht schwankend machen. Mit der Befreiung durch die Sowjetarmee stand er wieder in der ersten Reihe der unermüdlichen Kämpfer für den Sieg des Sozialismus.

Im Leben der Grundorganisation sowie in der gesellschaftlichen Arbeit seines Wohngebiets verwirklicht er vorbildlich die Beschlüsse der Partei. Als Leitungsmitglied der GO und in anderen Funktionen erfüllt er aktiv seine Aufgaben und vermittelt dabei überzeugend seine reichen Partei- und Lebenserfahrungen.

<sup>133</sup> Vgl. Glückwunschsreiben des Ministers der Finanzen an Emil Potratz, 24. Juli 1958. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>134</sup> Vermerk, 14.9.1958. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>135</sup> Handschriftlicher Vermerk, 15.11.1958. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>136</sup> Aufhebungsvertrag zwischen dem Ministerium der Finanzen, Kaderabteilung und Emil Potratz, 12.11.1958. Ministerium der Finanzen, Technische Abteilung: Beurteilung des Koll. Potratz. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>137</sup> Vgl. Emil Potratz: Handschriftlicher Lebenslauf, ohne Datum. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Fragebogen der SED vom 8.4.1959. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>138</sup> Vgl. Begründung, 30.8.1962. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>139</sup> Vgl. Protokoll des Sekretariats des ZK der SED, Nr. 38/63, Sitzung am 16. Juli 1963: 12. Auszeichnung des Genossen Emil Potratz mit dem „Vaterländischen Verdienstorden“ in Silber“ und zugehörige Nebendokumente Bundesarchiv SAPMO DY 30 / 5378, DY 61052, DY 30 / 56574.

In Würdigung seines langen, treuen und kämpferischen Lebens für den Sieg des Sozialismus schlägt die Grundorganisation vor, den Genossen Emil Potratz anlässlich seines 75-jährigen Geburtstages mit den „Vaterländischen Verdienstorden“ in Silber auszuzeichnen.<sup>140</sup>

Wenn auch in der Beurteilung die äußerst fragwürdige Rolle von KPdSU, Komintern, KPD in den dreißiger Jahren und SED in der Nachkriegszeit ausgeblendet und mit dem euphemistischen Hinweis auf die „damaligen Verhältnisse“ verdeckt werden, scheint Emil Potratz aber in seiner Persönlichkeit doch treffend beschrieben zu sein. Im August 1966 scheidet er aus Altersgründen – er ist zu diesem Zeitpunkt 78 Jahre alt – und wegen seines Gesundheitszustandes aus dem Arbeitsverhältnis aus.<sup>141</sup>



Porträtbild von Emil Potratz aus dem Mitgliedsbuch der SED, ausgestellt am 12. Dezember 1960 (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)

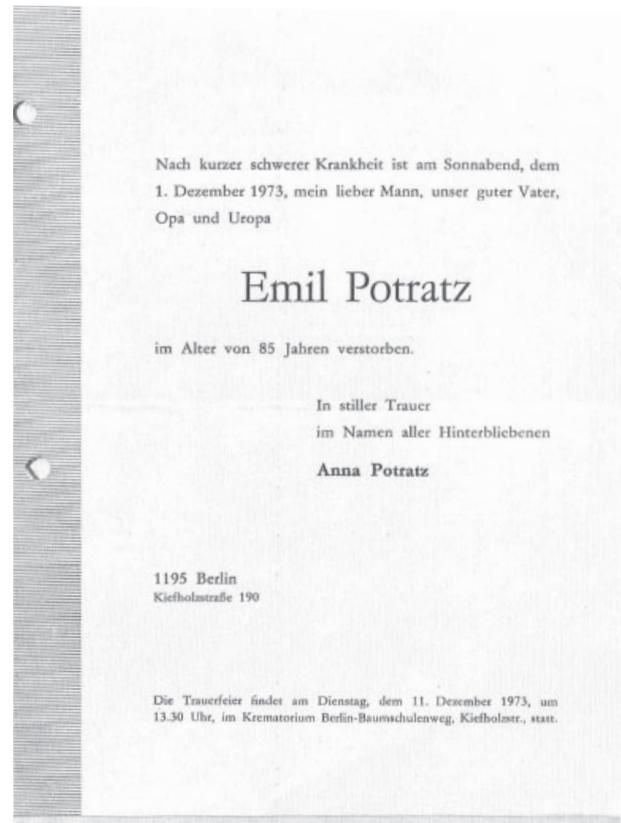


Porträtbild von Emil Potratz auf dem Fragebogen für Mitglieder zum Umtausch der Parteidokumente der SED von August / November 1970 (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)

Zu seinem 80. Geburtstag übermittelt ihm die Kreisleitung der SED Treptow die herzlichsten Glückwünsche<sup>142</sup>, ebenso zu seinem 60. jährigem Parteijubiläum.<sup>143</sup> Emil Potratz stirbt am 1. Dezember 1973<sup>144</sup> und wird auf dem Friedhof Baumschulenweg begraben. Seine Frau Anna folgt ihm am 9. Juli 1975 nach.<sup>145</sup>



Porträtbild von Emil Potratz ohne Datum (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)



Traueranzeige Emil Potratz (Landesarchiv Berlin, C Rep 902-02-02 Nr. 910)

<sup>140</sup> Vgl. Beurteilung der Grundorganisation 33 für Emil Potratz, 5. Juli 1963. Bundesarchiv SAPMO DY 61052 und Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>141</sup> Vgl. Aufhebungsvertrag vom 08.08.1966. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>142</sup> Vgl. Schreiben der Kreisleitung Treptow der SED vom 24.07.1968. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>143</sup> Vgl. Schreiben der Kreisleitung Treptow der SED vom 21.04.1970. Landesarchiv Berlin, C Rep. 902-02-02 Nr. 910.

<sup>144</sup> Vgl. Sterbeurkunde, Standesamt Köpenick, Nr. 1805/1973, Emil Karl Wilhelm Potratz, 5. Dezember 1973. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

<sup>145</sup> Vgl. Sterbeurkunde, Standesamt Köpenick, Nr. 466/1975, Friederike Luise Anna Potratz, geb. Probst, 10. Juli 1975. Landesarchiv Berlin, C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157.

## Literatur

### Bücher

Autorenkollektiv des Institutes für Geschichte der Arbeiterbewegung: In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Berlin (Dietz Verlag Berlin GmbH i.G.) 1991.

Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Aleksandr Galkin, Hermann Weber (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern - I. Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943): In: Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2014.

Als frei zugängliches e-book: <https://www.degruyter.com/view/product/186108>

Bernhard H. Bayerlein, Jakov Drabkin, Hermann Weber (Hrsg.): Deutschland, Russland, Komintern - II. Dokumente (1918–1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen. In: Archive des Kommunismus - Pfade des XX. Jahrhunderts 5, Berlin/ Boston: de Gruyter 2015.

Als frei zugängliches e-book: <https://www.degruyter.com/viewbooktoc/product/212875>

Berliner Geschichtswerkstatt (Hrsg.): Die Rote Insel. Bruchstücke zu einer Stadtgeschichte. Erweiterte Neuauflage 2008, Reprint der 2. Auflage von 1989 mit einem neuen Vorwort und dem Kapitel „Ein Blick auf die Rote Insel im Jahr 2008“. Berlin 2008.

William J. Chase: Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934-1939. New Haven, London (Yale University Press) 2001.

Julek Karl von Engelbrechten: Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA. München 1940<sup>2</sup>.

Peter-Ferdinand Koch: Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise. Salzburg 2011.

Andreas Malycha, Peter Jochen Winters: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei. München 2009.

Wolfgang Niess: Die Revolution von 1918/19. Der wahre Beginn unserer Demokratie. Berlin, München, Zürich, Wien 2017.

Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung. Hamburg 2001.

Carola Tischler: Flucht in die Verfolgung. Deutsche Emigranten im sowjetischen Exil 1933 bis 1945. Arbeiten zur Geschichte Osteuropas, Band 3, Münster (LIT Verlag) 1996.

Alexander Vatlin: „Was für ein Teufelspack“ Die deutsche Operation des NKWD in Moskau und im Moskauer Gebiet 1936 bis 1941. Berlin 2013.

Hermann Weber, Ulrich Mähler (Hrsg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953. Paderborn, München, Wien, Zürich 2001.

### Zeitschriftenartikel

Andreas Bräutigam: Wer war Emil Potratz? Das Schicksal eines kommunistischen Schöneberger Gastwirts. In: Rundbrief der Berliner Geschichtswerkstatt e.V., 01/2014, Seiten 12-17.

Meinhard Stark: Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR. In: UTOPIE kreativ. Heft 85/86 (November/ Dezember) 1997. Seiten 146-157.

### Archivalien

Bundesarchiv

SAPMO  
DY 30 / 5378  
DY 61052  
DY 30 / 56574

### Landesarchiv Berlin

C Rep. 375-01-02 Nr. 7122 Nr. A. 05/03 oder C Rep. 375-01-12 Nr. 7122 Nr. A. 05/03.

Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Abteilung IX/11, NS-Sondersammlung – Teil Berlin: Polizei, Gendarmerie, Feldgendarmerie. Politische Polizei.-

Verfolgung der Tätigkeit der KPD.- Polizeiliche Ermittlungs- und V-Mann-Berichte. Emil Potratz. C Rep. 902-02-02 Nr. 910  
Bezirksleitung Berlin der SED, Bezirksparteiarchiv – Personenakten. Personenakte Potratz, Emil (\*24.07.1888, †01.12.1973), Widerstandskämpfer gegen den Faschismus.

C Rep. 1180-01 Nr. 16157 oder C Rep. 118-01 Nr. 16157  
Hauptausschuss Opfer des Faschismus (OdF)/Referat Verfolgte des Naziregimes (VdN). Versorgungsakte Emil Potratz (\*24.07.1888).

### Internet-Quellen

Wilhelm Mensing: NKWD und Gestapo. <http://www.nkwd-und-gestapo.de/index.html>.  
Stand: Juli 2017.

Staatsbibliothek zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz: Digitalisierte Zeitungstitel: <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/>

- Die rote Fahne [Elektronische Ressource] Zentralorgan der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/24352111/>
- Vossische Zeitung [Elektronische Ressource] Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen. Berlin (Ullstein). <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27112366/>
- Berliner Volkszeitung [Elektronische Ressource] : BVZ; Organ für jedermann aus dem Volke. Berlin (Deutscher Verlag). <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/list/title/zdb/27971740/>

Berliner Zentral- und Landesbibliothek Berlin: Berliner Adressbücher der Jahre 1799 bis 1943: <https://www.zlb.de/besondere-angebote/berliner-adressbuecher.html>

### Weiterführende Literatur

Andreas Petersen: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris. Wiesbaden 2012.

Wladislaw Hedeler, Inge Münz-Koenen (Hg.): „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“ Deutsche Hitlergegner als Opfer des Stalinterrors. Familienschicksale 1933 – 1956. Katalog zur Ausstellung. Berlin 2013.

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 2012<sup>11</sup>.

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1955. Diverse Neuauflagen.

Wolfgang Leonhard: Spurensuche. 40 Jahre nach die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 1992.

Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biografisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2008<sup>2</sup>.

Hermann Weber, Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Supplement zum biographischen Handbuch 1918 bis 1945. Berlin 2013.



**Moderation: Dr. Elke Mocker**

**Gast: Dr. Cord Pagenstecher, Historiker**

**Montag, 22. Januar 2018**

Als sich ein Scheitern des „Blitzkrieges“ gegen die Sowjetunion abzeichnete, wurde im Spätherbst 1941 der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter in der deutschen Industrie und Landwirtschaft genehmigt. Im Zuge dieses sog. „Russeneinsatzes“ wurden von Ende 1941 bis zum Spätsommer 1944 fast 630.000 sowjetische Kriegsgefangene und 2,8 Millionen zivile Arbeitskräfte nach Deutschland gebracht. In Berlin lebten im Jahr 1943 etwa 15.000 sowjetische Zwangsarbeiter\*innen. Die deutsche Wirtschaftspolitik wollte mit dem Einsatz dieser Arbeitskräfte ein Maximum an Arbeitsleistung bei minimalem Kostenaufwand erreichen. Diese Politik wirkte sich vor

allem auf die sowjetischen Zivilarbeiter\*innen aus; über 50 Prozent waren junge Frauen im Alter von 17 bis 22 Jahren. Sie waren durch besondere Abzeichen („OST“) gekennzeichnet und in ihrer Lebensführung restriktiven Vorschriften unterworfen. Wie sich dies in der Praxis auswirkte, soll anhand von drei biografischen Interviews mit Ostarbeiter\*innen aus dem Online-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945“ dargestellt werden. Thematisiert werden dabei der Alltag während der Zwangsarbeit sowie die Handlungsspielräume und Selbstbehauptungsstrategien der Zwangsarbeiter\*innen.

### **Veranstaltungsbericht:**

**Andreas Bräutigam (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)**

Die Zahlen übersteigen unsere Vorstellungskraft: 500.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter an ca. 3.000 nachgewiesenen Adressen und Lagern allein in Berlin, 13,5 Mio in Deutschland und 20 Mio, wenn man die von Deutschland im 2. Weltkrieg besetzten Gebiete noch mit dazu nimmt. So viele Menschen haben die Nazis aus den von ihnen unterjochten Ländern rekrutiert und verschleppt, um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern. Die eigene männliche Bevölkerung war ja in der deutschen Wehrmacht, um genau diese Unterjochung zu vollziehen.

Diese Zahlen nannte Dr. Cord Pagenstecher – seit 1994 Mitglied in der Projektgruppe Zwangsarbeit der Berliner Geschichtswerkstatt und heute als Historiker an der FU Berlin mit der Digitalisierung und Aufbereitung von Zwangsarbeiter-Interviews für Unterrichtszwecke beschäftigt – auf der vierten Veranstaltung unserer Reihe zur komplizierten Beziehung von Berlin und Russland seit der Oktoberrevolution. Mit vielen Fakten illustrierte er dem interessierten, 25-köpfigen Publikum die Dimension der mit der Zwangsarbeit verbundenen Ausgrenzung und Ausbeutung.

Ca. 20 % aller Arbeitskräfte in Berlin waren Zwangsarbeiter: Zivile, Kriegsgefangene, KZ-Häftlinge und jüdische Berliner und Berlinerinnen im geschlossenen Arbeitseinsatz. „Fast jeder Berliner hatte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als Nachbarn oder Arbeitskollege“, so seine zusammenfassende Aussage. Begriffe wie „Fremdarbeiter“ oder „Ausländer“ waren die üblichen Bezeichnungen. Dabei wurde sehr wohl differenziert und es bildete sich in der deutschen Bevölkerung bei der Betrachtung der fremdländischen Menschen eine Hierarchie entsprechend des Wohlstandes in den Herkunftsländern heraus: Je ärmer das Herkunftsland als desto minderwertiger wurden die Menschen betrachtet. Hier fand sich die



Referent Dr. Cord Pagenstecher, Jürgen Karwelat  
Foto: Elke Mocker

rassistische NS-Ideologie mit der abschätzigen Lesart in der deutschen Bevölkerung harmonisch zusammen und es kam mitunter zu Bevölkerungsprotesten, wenn Zwangsarbeiterlager in der Nachbarschaft eingerichtet wurden. Übliche Alltagsdiskriminierungen wie abgrenzende Reichsbahn-Dienstanweisungen zum Transport von Zwangsarbeitern in der S-Bahn, Prügel sowie abschätzige Beschreibungen von Fremdarbeiterinnen („Russensweiber“) im Stadtbild konnten mit Dokumenten und Interviewsequenzen aus der Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt zur Zwangsarbeit illustriert werden. Auch diskriminierende amtliche Vorschriften und Erlasse waren üblich, wie zum Beispiel die verpflichtende Kennzeichnung „OST“ auf der Bekleidung der aus Osteuropa stammenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Die Unterbringung erfolgte in der Regel in Lagern und anderen Stätten. Ein Blick ins Berliner Adressbuch der Jahre 1943/44 weist den Barackenbau als eine florierende Branche aus.

Während die deutsche Wehrmacht ihre sowjetischen Kriegsgefangenen anfangs in ihren Gefangenenlagern noch dem Hungertod überließ, kam später im Zuge des „Russeneinsatzes“ bis 1944 eine große Anzahl sowjetischer Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen nach Deutschland und auch nach Berlin. Ca. 50 % davon waren Frauen. Sie wurden für Arbeiten in der Rüstungsindustrie, bei städtischen Einrichtungen, Bezirksämtern, der BVG, der Stadtreinigung, Handwerksbetrieben und als Haushaltshilfen in Familien eingesetzt. Ohne ihre Tätigkeit wären die Versorgung der Berliner Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der „Volksgemeinschaft“ wohl schon bald zusammengebrochen. Für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bedeutete das 12-stündige Arbeitsschichten und wenig Freizeit. Selbst in dieser leisteten sie noch Arbeit, etwa als Putzhilfe bei Privatpersonen.



Interessierte Zuhörerschaft am Abend des 22. Januar 2018 in der Berliner Geschichtswerkstatt, Foto: Janna Wacker-Frydrych

Gleichwohl kam es in dieser kurzen Freizeit auch zu Liebesbeziehungen unter den ausländischen

Menschen verschiedener Nationalität, was sich für die sowjetischen Frauen später fatal auswirkte. Sie wurden nach der Befreiung durch die sowjetischen Behörden der Kollaboration bezichtigt, was sich als gefährlich für Leib und Leben herausstellte.

Obwohl es sich in der Regel um junge, kräftige Menschen zwischen 17 und 22 Jahren handelte, führte die langjährige schwere Arbeit, die Mangelernährung und unzureichende Hygiene in den Lagern und Unterbringungsstätten zu einem schnellen Verlust der Gesundheit, zu Tuberkulose-Erkrankungen und Tod. Sobald Erkrankungen die Arbeitsfähigkeit der Menschen beeinträchtigten, schickten die Betriebe die ihnen durch die Arbeitsämter zugewiesenen Fremdarbeiter retour, um nicht mit den Kosten für Behandlung, Genesung oder Bestattung belastet zu werden. Die erkrankten Menschen wurden dann in spezielle Krankenhäuser verfrachtet. Bekannt sind das Durchgangs- und Sterbelager Blankenfelde im Norden und das Ausländerkrankenhaus Mahlow im Süden von Berlin. Im Lager Blankenfelde starben 400, im Lager Mahlow 1.500 sowjetische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen.

Auch der nach Deutschland zurückkommende Bombenkrieg forderte nicht nur deutsche Opfer. Allein in Berlin geht man von ca. 30.000 Bombentoten aus, von denen geschätzt etwa ein Fünftel ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen waren. Fluchten von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern waren wohl ein Massenphänomen und endeten für die wiedergefassten Personen in noch restriktiver geführten Arbeitserziehungslagern. Auch ihre Hinrichtung für Bagatellen wie den Diebstahl von ein paar Kohlrüben waren üblich, wie ein entsprechender Erschießungsbericht aus dem Reichsbahnlager Halensee – dieses befand sich auf dem Gelände der heutigen ATU-Filiale an der Halenseestraße in Wilmersdorf – belegt.

Die von den Nazis während des Krieges erzwungene Arbeitsleistung und sonstige Behandlung von sowjetischen Bürgern in Berlin und Deutschland ist sicher eine Hypothek und verständliche Ursache für eine als kompliziert empfundene Beziehung zwischen den beiden Nationen.

Die durch das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schönevide geplante Erstellung eines Gedenkbuches für die in Berlin während des Krieges und der NS-Zwangsarbeit gestorbenen Ausländer steht noch aus.

## Vortrag

**Dr. Cord Pagenstecher, Historiker, Mitglied der Berliner Geschichtswerkstatt e. V., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Center für Digitale Systeme, Mitautor bzw. Mitherausgeber der Publikationen „Zwangsarbeit in Berlin. Archivrecherchen, Nachweissuche und Entschädigung“ (2008) sowie „Erinnern an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt“ (2013)**

## Sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin

*Das, was wir erlebt haben, wird man nie vergessen, und wie kann man es vergessen, wenn es auf der Arbeitskarte den Stempel „Sklave“ gab. Das war eine furchtbare Zeit. In Köpenick habe ich gearbeitet, wurde mit einem Schäferhund zur Arbeit geführt.<sup>1</sup>*

Ein wichtiges Kapitel der russischen Geschichte Berlins ist die Zwangsarbeit von über 100.000 Männern und Frauen aus der Sowjetunion im Verlauf des Zweiten Weltkriegs. Das nationalsozialistische Regime bezeichnete sie als „Ostarbeiter“ und unterwarf sie einer besonders menschenverachtenden Diskriminierung und Ausbeutung. Von der Geschichtsschreibung und staatlichen Erinnerungskultur in Deutschland und Russland lange Zeit vernachlässigt, haben sich die Erfahrungen von Verschleppung und Zwangsarbeit in der Reichshauptstadt tief in die Erinnerungen der Betroffenen und ihrer Familien eingegraben. Im Stalinismus als Verräter stigmatisiert, konnten die zurückgekehrten „Ostarbeiter“ erst nach dem Ende des Kommunismus ihre Erinnerungen aufschreiben oder in Interviews darüber berichten.

Die Berliner Geschichtswerkstatt hat in den späten 1990er Jahren zahlreiche dieser Berichte gesammelt und seither in Publikationen<sup>2</sup> und Online-Archiven<sup>3</sup> zugänglich gemacht. Gemeinsam mit Initiativen wie der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial setzte sich die Geschichtswerkstatt für eine wenigstens symbolische Entschädigung der Betroffenen ein<sup>4</sup>; zudem initiierte sie Erinnerungsorte wie das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide.<sup>5</sup> Darüber hinaus wurde in den Jahren 2012 bis 2014 eine Zeitzeugen-App für Smartphones entwickelt, die den User anhand von Zeitzeugen-Erinnerungen durch das Berlin der nationalsozialistischen Zwangsarbeit führt.<sup>6</sup> Im Mittelpunkt der Fuß-, Rad- und S-Bahn-Touren stehen Selbstzeugnisse ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter:

<sup>1</sup> Michail Kudasch, *Mit einem Schäferhund zur Arbeit geführt*, in: *Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt* Durch die Stadt der Lager, Station 3 Eine Art Unterwelt.

<sup>2</sup> *Zwangsarbeit in Berlin 1940-1945. Erinnerungsberichte aus Polen, Weißrußland und der Ukraine*, hrsg. von der Berliner Geschichtswerkstatt, Erfurt 2000. Cord Pagenstecher, *Privatfotos ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter - eine Quellensammlung und ihre Forschungsrelevanz*, in: *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption*, hrsg. v. Winfried Meyer und Klaus Neitmann, Potsdam 2001, S. 223 – 246. Czerwiakowski, Ewa und Wenzel, Gisela, *Das Schicksal der polnischen Sklaven- und Zwangsarbeiter aus Łódź*, in: *Plato, Alexander von / Leh, Almut / Thonfeld, Christoph (Hrsg.), Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien 2008, S. 80-90.

<sup>3</sup> Interview-Archiv „Zwangsarbeit 1939-1945. Erinnerungen und Geschichte“, Teilsammlung „Polen – BGW Berlin“, [www.zwangsarbeit-archiv.de/sammlung/teilsammlungen/polen-bgw-berlin](http://www.zwangsarbeit-archiv.de/sammlung/teilsammlungen/polen-bgw-berlin). Das digitale Archiv der Zeitzeugenberichte des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit, [www.dz-ns-zwangsarbeit.de/zeitzeugenarchiv](http://www.dz-ns-zwangsarbeit.de/zeitzeugenarchiv).

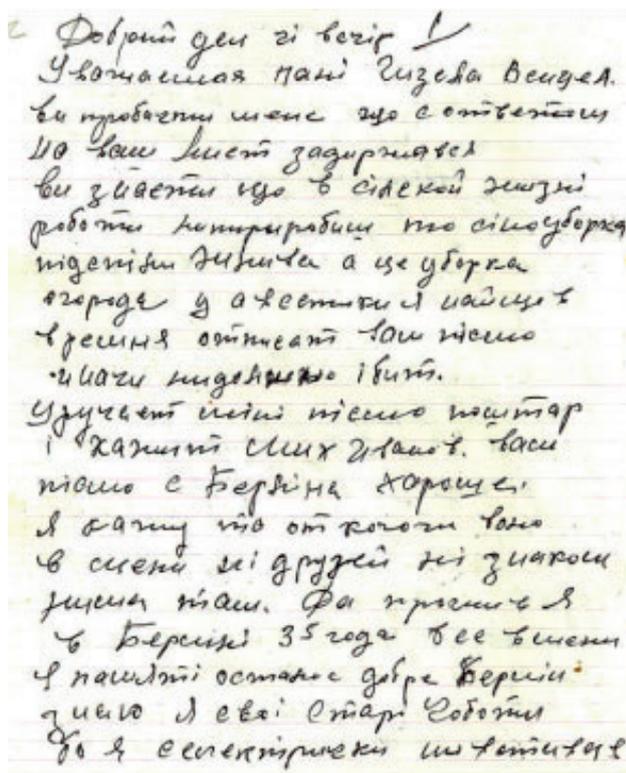
<sup>4</sup> Cord Pagenstecher, Bernhard Bremberger, Gisela Wenzel, *Zwangsarbeit in Berlin. Archivrecherchen, Nachweissuche und Entschädigung*, Berlin 2008.

<sup>5</sup> „NS-Lager entdeckt“. *Zwangsarbeiterlager Schöneweide wird historischer Lernort*, hrsg. v. Förderverein für ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide e. V., Berlin 2006

<sup>6</sup> *Zwangsarbeit. Die Zeitzeugen-App der Berliner Geschichtswerkstatt*, [www.berliner-geschichtswerkstatt.de/app.html](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/app.html) (in Folgenden: App). Vgl. Ewa Czerwiakowski, Thomas Irmer, Cord Pagenstecher, *Digitale Spurensuche und mobiles Lernen im öffentlichen Raum. Die Zeitzeugen-App zur NS-Zwangsarbeit in Berlin*, in: *Erinnern an Zwangsarbeit. Zeitzeugen-Interviews in der digitalen Welt*, Berlin: Metropol 2013, S. 267-272.

Bei jeder Station sind kurze Ausschnitte aus Video- und Audiointerviews oder aus niedergeschriebenen und von einem Sprecher vorgetragenen Berichten abrufbar, ergänzt um persönliche Bilder, Dokumente und Erinnerungsstücke.

Dieser Beitrag beruht im Wesentlichen auf einer Auswahl der in der App genutzten Quellen, die hier in Textform – statt als Audio- oder Video-Datei – zitiert werden.<sup>7</sup> In dieser collagehaften Form sollen Geschichte und Erinnerung der sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Berlin ausschnitthaft präsentiert werden. Um die Erinnerungsberichte mit einer Spurensuche vor Ort zu verbinden, müssen App und Touren aufs Smartphone heruntergeladen werden. Für eine ausführliche Darstellung sei auf andere Publikationen mit weiteren Quellenangaben verwiesen.<sup>8</sup>



Mit einem Schäferhund zur Arbeit geführt. Eingesprochener Erinnerungsbericht von Michail Kodasch, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 3 Eine Art Unterwelt.

### Dimensionen

Rund eine halbe Million Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter lebten im Verlauf des Zweiten Weltkriegs in der Reichshauptstadt und Rüstungsschmiede Berlin: Über 380.000 zivile Arbeitskräfte, über 70.000 Kriegsgefangene des Stalag III D, rund 10.000 Häftlinge in Außenlagern des KZ Sachsenhausen und über 20.000 jüdische Berlinerinnen und Berliner.

Die Zahl der zivilen, also von Arbeitsamt und Firmen kontrollierten Verschleppten stieg von 140.000 (1941) auf mehr als 380.000 (1943). Im August 1944 lag ihr Anteil an allen Beschäftigten in Berlin bei 20 %, also etwas unter dem Reichsdurchschnitt von 26,5 %, da die beiden am stärksten auf Ausländer gestützten Wirtschaftsbereiche, Landwirtschaft und Bergbau, hier kaum eine Rolle spielten.

Wie in ganz Deutschland, waren auch in Berlin die Sowjetunion, Frankreich und Polen die wichtigsten Herkunftsländer. Das Übergewicht von verarbeitender Industrie und Dienstleistungen bewirkte aber, dass die Berliner Betriebe mehr westeuropäische Fachkräfte und weniger „Ostarbeiter“ einsetzten als im Reichsdurchschnitt: Im September 1944 kamen 103.095 zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion (27,5 %).<sup>9</sup> Der Anteil der Menschen aus Westeuropa lag mit einem guten Drittel fast doppelt so hoch wie im gesamten Reich, der Anteil der „Ostarbeiter“ etwa zehn Prozentpunkte niedriger. Frauen stellten über die Hälfte aller sowjetischen Zivilarbeiter, aber nur eine Minderheit der Franzosen.<sup>10</sup>

Zu den Zivilarbeitskräften kamen rund 70.000 Kriegsgefangene, die im Kriegsverlauf in Berlin unter Kontrolle der Wehrmacht eingesetzt wurden. Die fluktuierende Belegung des Berliner Kriegsgefangenenlagers Stalag III D und seiner mindestens 120 Arbeitskommandos schwankte um die 30.000 Mann. Die 15.000 bis 18.000 Franzosen bildeten dabei die größte Gruppe, die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen stieg von 4.000 (1942) auf knapp 12.000 (1944). Die überwiegende Mehrheit der gefangen genommenen Rotarmisten war bereits 1941 in Obhut der Wehrmacht verhungert.

<sup>7</sup> Alle Materialien und Erinnerungsberichte werden nach ihrer Publikation in der App zitiert; für die originalen Quellenangaben wird auf die App verwiesen.

<sup>8</sup> Marc Buggeln, Cord Pagenstecher, Zwangsarbeit, in: Berlin 1933-1945, hg. v. Michael Wildt und Christoph Kreuzmüller, München: Siedler 2013, S. 127-142.

<sup>9</sup> Helmut Bräutigam, Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, in: Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen (Hg.), Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945, Berlin 2003, S. 17-62, 32f.

<sup>10</sup> Camille Fauroux, Les travailleuses civiles de France. Des femmes dans la production de guerre de l'Allemagne national-socialiste (1940-1945), Paris: Dissertation EHESS-Ecole des hautes études en sciences sociales 2016.

Daneben wurden in den Berliner KZ-Außenlagern rund 10.000 Häftlinge aus Sachsenhausen und Ravensbrück eingesetzt, gut die Hälfte davon Frauen. Der Anteil sowjetischer Häftlinge ist unklar, dürfte aber etwa ein Fünftel betragen haben.

Wie diese Zahlen zeigen, ist der hier verwendete Begriff „Zwangsarbeiter“ ein analytischer Oberbegriff, der sehr unterschiedliche Statuskategorien und damit verschiedene Lebensverhältnisse umfasst. Er ist sowohl dem verharmlosenden „Fremdarbeiter“ der früheren Nachkriegsliteratur als auch dem skandalisierenden „Skavenarbeiter“ der Entschädigungsdebatte vorzuziehen.<sup>11</sup> In den zeitgenössischen Quellen ist in der Regel von „Ausländern“ die Rede, in Bezug auf sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor allem von „Ostarbeitern“ oder „Russen“, auch wenn die Mehrzahl der „Ostarbeiter“ aus der Ukraine stammte.



„Ostarbeiter“-Abzeichen, in: App, Opfer und Täter, Station 8 Die Zentrale des Terrors

### Ankunft im Durchgangslager

Die Masse der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter kam nach Berlin als zivile Arbeitskräfte über ein Durchgangslager des Arbeitsamtes. Wenn die Verschleppten in Berlin ankamen, kannten sie bereits den vor allem in Osteuropa mit Ausplünderung und Mord verbundenen Terror der deutschen Besatzung. Nur ein kleiner Teil von ihnen war mehr oder weniger freiwillig, nicht selten aufgrund der ökonomischen Not, den Werbekampagnen der mit der Wehrmacht einmarschierten deutschen Arbeitsämter gefolgt.

Die meisten Ausländerinnen und Ausländer wurden durch einen individuellen Verpflichtungsbescheid, eine dem Heimatdorf vorgegebene Arbeitskräfte-Quote oder eine brutale Razzia zur Arbeit im Reich gezwungen. Nach tagelanger Fahrt im Güterwaggon kamen sie erschöpft und ausgehungert in Berlin an. Wichtigster Verteilungsknoten war das im September 1942 fertiggestellte Durchgangslager des Landesamtes Brandenburg Berlin-Wilhelmshagen. Dort wurden die Menschen „den Betriebsführern zugewiesen, photographiert, daktyloskopiert und mit Arbeitskarten ausgestattet. Ferner erhalten sie dort die Kennzeichen.“<sup>12</sup> Dann folgte die von den Neuankömmlingen als Sklavenmarkt empfundene Verteilung auf die Betriebe auf dem Appellplatz. Mehrere Dutzend Sowjetmenschen erlebten allerdings nicht einmal die Verteilung zu ihrer Einsatzstelle, sondern starben direkt in Wilhelmshagen an Fleckfieber oder „Herzschwäche“, wie es in den Gräberlisten des Zwangsarbeiter-Friedhofs Hohenschönhausen heißt.

Eine – in diesem Fall polnische – Zwangsarbeiterin berichtete der Geschichtswerkstatt 1997 über das Durchgangslager Wilhelmshagen:

*In der Nacht erreichen wir endlich das Ziel. Wir steigen aus, gehen in eine Baracke hinein. Hölzerne Etagenpritschen ohne Strohsäcke, aber sauber. Wir legen uns hin, immer noch in denselben Kleidern, so wie wir*

<sup>11</sup> Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa, 1939-1945*, Stuttgart, München 2001, S. 10ff. Kurze Definitionen in Angela Martin, Cord Pagenstecher, *Zwangsarbeit 1939-1945. Zeitzeugen-Interviews für den Unterricht. Lehrerheft: Informationstexte – Aufgabenvorschläge – Arbeitsblätter*, Berlin 2010, S. 10. Zum Sklaven-Begriff Cord Pagenstecher, „We were treated like slaves.“ Remembering forced labor for Nazi Germany, in: Gesa Mackenthun, Raphael Hörmann (Hg.), *Human Bondage in the Cultural Contact Zone. Transdisciplinary Perspectives on Slavery and Its Discourses*, Münster 2010, S. 275-291. Marc Buggeln, *Were Concentration Camp Prisoners Slaves? The Possibilities and Limits of Comparative History and Global Historical Perspectives*, in: *International Review of Social History* 53 (2008), S. 101-29.

<sup>12</sup> Amtliche Nachrichten des Polizeipräsidenten von Berlin, 20.4.1942, nach Claus-Dieter Sprink, *Das System der Durchgangslager für ausländische Arbeitskräfte im Berliner Raum*, in: *Arbeitskreis Berliner Regionalmuseen* (Hg.), *Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945*, Berlin 2003, S. 74-82, 76.

gekommen sind. Wir befinden uns in Wilhelmshagen bei Berlin. Zum Frühstück: eine Portion Brot und ein Becher schwarzen Malzkaffee. Dann Fotos in einem Automaten. Auf den ausgestellten Papieren Fingerabdrücke, von der linken und von der rechten Hand. Dieses Dokument ist die Arbeitskarte. Es ist der 22. November 1942. Jusia und ich halten zusammen, neben uns lauter unbekannte Gesichter. Bald kommt der „Käufer“; es ist ein Vertreter der Fabrik, in der wir arbeiten sollen. Er sucht sich zig junge Frauen aus und behält unsere Papiere. Dann führt er uns zur S-Bahn-Station. Nach etwa einer Viertelstunde Fahrt steigen wir an der Station Adlershof aus. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite gibt es Baracken, unsere neue Unterkunft.<sup>13</sup>

### Saallager und Barackenlager

Lager waren eine so charakteristische Einrichtung des Dritten Reiches, dass das Wort „Lager“ Eingang in zahlreiche europäische Sprachen fand. Berlin war im Zweiten Weltkrieg eine Stadt der Lager, wie der französische Zwangsarbeiter, Karikaturist und Schriftsteller François Cavanna in seinem autobiographischen Roman „Das Lied der Baba“ schreibt:

*Zu jener Zeit war Berlin mit Holzbaracken nur so überzogen. In jeder noch so kleinen Lücke der Riesenstadt hatten sich Fluchten brauner, teerpappegedeckter Fichtenholzquader eingeknistet. Groß-Berlin, das heißt Berlin mit seinen Außenbezirken, bildet ein einziges Lager, ein meilenweites Lager, das sich zwischen den festen Bauten, den Denkmälern, den Bürohäusern, den Bahnhöfen, den Fabriken hinkrümelt. [...] Hoch droben im S-Bahn-Wagen überfliegst du ein Lager nach dem andern. Von dort oben sehn sie alle gleich aus, auf triste Art und Weise gleich. Leichte, schnell abzubauen, in Serie gefertigte Baracken, nach „Blocks“ aufgeteilt, Schlackenwege, hohe Bretterzäune, obendrauf ringsherum Stacheldraht, zwei weißgestrichene Baracken rechts und links vom Eingang: die des Lagerführers und die Krankenstube.<sup>14</sup>*

Die Zwangsarbeiterlager waren im Allgemeinen rein funktionale, häufig improvisierte Unterbringungen. An mindestens 3.000 – möglicherweise auch über 10.000 – Adressen in Berlin wurden nachweislich

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter untergebracht.<sup>15</sup> Dazu zählten große Barackenkomplexe ebenso wie Saallager in Restaurants und Schulen, Dachböden und Kohlenkeller in Wohnhäusern. Die in der heutigen Sophie-Scholl-Schule in Schöneberg untergebrachten ukrainischen Familien bauten für Philipp Holzmann den Fernmeldebunker in der Pallasstraße. Im heutigen Mehringdamm waren unter den Hausnummern 20, 22, 25, 27, 28, 33, 43, 51, 57, 64 und 84, also quasi in jedem zweiten Haus, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verschiedener Firmen und Nationen untergebracht.<sup>16</sup>

In den Außenbezirken dominierten große Barackenareale. Firmen und Behörden unterhielten große Lagerbauabteilungen. Zu den größten Berliner Lagern gehörte das Ostarbeiterlager am Adlershofer Adlergestell (2.900 Plätze), das vor allem von der Reichsbahn genutzt wurde. Zu Beginn des „Ostarbeiter“-Einsatzes im Jahr 1942 übertrug der nun zum Rüstungsminister ernannte Albert Speer seiner eigenen Behörde, dem Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt (GBI), die Aufgabe, für die Unterbringung der nun massenhaft nach Berlin geholten Sowjetmenschen zu sorgen. Die „Lagerbauaktion 1942“ wurde GBI-intern auch „Sonderaktion 100.000 Russen“ genannt.

### Die Allgegenwart der Zwangsarbeit

Die flächendeckende Verteilung der Einsatz- und Unterbringungsorte zeigt, dass die Zwangsarbeit mehr noch als andere nationalsozialistische Massenverbrechen vor aller Augen stattfand. Fast jeder Berliner hatte einen Zwangsarbeiter als Nachbarn oder Arbeitskollegen. Die wenigsten nahmen aber Notiz von den „Fremdvölkischen“ in ihrer Stadt, wie François Cavanna notiert:

*Von nahem unterscheidet man Nuancen, obwohl die Berliner, die an den Zäunen entlang gehen, kaum Unterschiede bemerken und sich im Übrigen auch einen Dreck darum scheren. La kerre gross malhère, doch Krieg ist eben Krieg, nicht wahr. Die blassen Kanaken oder stämmigen Kolchosbauern, die man da reingep-*

<sup>13</sup> Kasimiera Kosonowska, *Skavenmarkt Wilhelmshagen*, in: *App, Opfer und Täter, Station 10 Das Arbeitsamt*.

<sup>14</sup> François Cavanna, *Im S-Bahn-Wagen ...*, in: *App, Durch die Stadt der Lager, Station 2 Im S-Bahn-Wagen*.

<sup>15</sup> Cord Pagenstecher, *Lagerlisten und Erinnerungsberichte. Neue Quellen zur Topografie und ärztlichen Betreuung der Berliner Zwangsarbeiterlager*, in: *Medizin und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Einsatz und Behandlung von „Ausländern“ im Gesundheitswesen*, hg. v. Andreas Frewer und Günther Siedbürger, Frankfurt/New York 2004, S. 91-107.

<sup>16</sup> Kreuzberg-Museum, *Zwangsarbeit in Friedrichshain und Kreuzberg 1938 – 1945*, [http://www.kreuzbergmuseum.de/zwangsarbeit/zwangs\\_frkr/mehring.htm](http://www.kreuzbergmuseum.de/zwangsarbeit/zwangs_frkr/mehring.htm).

fercht hat, sind ihnen zuwider und machen ihnen ein bisschen Angst – es sind ja so viele –, aber dass sie da sind, ist ein greifbarer Beweis für den Sieg, ihr Anblick eine eklatante Bestätigung für die Überlegenheit der Rasse, ihrer Kraft, ihrer Schönheit, ihrer Kultur. In den erhebenden Tagen der rasant wie Autorennen abschnurrenden Blitzkriege hatte der Strom der unterworfenen Horden in die ruhmreiche Stadt ihre Freude noch genährt. Der Sieg war also nicht nur eine Siegesmeldung in der Zeitung. Er war da, sichtbar, greifbar. Die Sklaven waren die berauschenden Früchte des Sieges.<sup>17</sup>

Manche Berliner protestierten gegen die Einrichtung eines Ausländerlagers in ihrem Wohngebiet und die, so ein Anwohner im März 1942, damit drohende „Überflutung der Gegend durch herumlungernde Ausländer“.<sup>18</sup>

Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren auf ihren langen täglichen Arbeitswegen ebenso unübersehbar wie in den Fabriken und Lagern. Mit einem Sonderfahrplan regelte die Reichsbahndirektion Berlin im Juli 1944 den S-Bahn-Transport von russischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen durch Berlin:

*Betrifft: Beförderung von russischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen. [...] Hinfahrt an Werktagen. Lichterfelde Süd ab 6.57 Uhr: Einsteigen von Kriegsgefangenen aus dem Lager Großbeeren [...], Lichterfelde Ost 7.02: Aussteigen von 30 Kriegsgefangenen. Priesterweg 7:08: Aussteigen von 40 Kriegsgefangenen [...] und Weiterfahrt nach Marienfelde. Papestraße 7:11: Aussteigen von 30 Kriegsgefangenen für Signalwerkstätte, Anhalter Bahnhof 7:17: Aussteigen von 100 Kriegsgefangenen für Güterabfertigung Anhalter Güterbahnhof, Potsdamer Platz an 7:19: Kehranlage. [...] Die Sonderzüge verkehren als Vollzüge und sind als „Sonderzug“ zu beschildern. Die Sonderzüge sind auf allen Bahnhöfen mit dem Richtungsschild „Nicht einsteigen“ anzukündigen. Russische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene dürfen nur in der 3. Wagenklasse befördert werden. Die Sonderzüge sind nach Beendigung der Fahrt zu reinigen. [...] Bei den zur Weiterbeförderung angegebenen Regelzügen wird jeweils nur das letzte Abteil „für Reisende mit Traglasten“ freigegeben. [...] Potsdamer Platz ab 7:31, Feuerbachstraße 7:43: Aussteigen von*

*100 Kriegsgefangenen für Güterbahnhof Steglitz, Lichterfelde West ab 7:49: Aussteigen von 25 Kriegsgefangenen für Güterbahnhof Lichterfelde West, Zehlendorf Mitte 7:54: Aussteigen von 35 Kriegsgefangenen für Güterbahnhof Zehlendorf, Wannsee an 8:03 Kehranlage.<sup>19</sup>*

Ihre zwischen Neugier, rassistischer Überheblichkeit und Zukunftsangst changierende Wahrnehmung notiert die dem Widerstand nahe stehende Journalistin Ursula von Kardorff am 30. November 1944 in ihrem Tagebuch:

*Der Bahnhof Friedrichstraße mit seinen breiten Treppen, die in eine Art Unterwelt führen, gilt als bombensicher. Dort ist es so, wie ich mir Shanghai vorstelle. Zerlumpte malerische Gestalten in wattierten Jacken mit den hohen Backenknochen der Slawen, dazwischen hellblonde Dänen und Norweger, kokett aufgemachte Französinen, Polen mit Hassblicken, fahle, frierende Italiener – ein Völkergemisch, wie es wohl noch nie in einer deutschen Stadt zu sehen war. Fast ausschließlich Ausländer sind da unten, Deutsch hört man kaum. Die meisten wurden in Rüstungsbetrieben zwangsverpflichtet. Zwölf Millionen Fremdarbeiter gibt es in Deutschland.<sup>20</sup>*

Nicht zur Volksgemeinschaft gehörend, waren die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter doch ein Teil der alltäglichen Berliner Kriegsgesellschaft. Die Vielzahl einschlägiger, wenn auch verstreuter Quellenbestände unterschiedlichster Behörden und Unternehmen belegt, wie viele Menschen beruflich mit dem Ausländereinsatz zu tun hatten. Firmenchefs, Lagerführer und Vorarbeiter, aber auch Ministerialräte und Sachbearbeiterinnen, Polizisten und Krankenschwestern hatten in ihrem Verhalten gewisse, verschieden große Handlungsspielräume. Wie sie diese nutzten, war im nationalsozialistischen „Volks“- „Klassen“- und „Rassen“-Staat von wirtschaftlicher Effizienz, rassistischer Ideologie oder persönlichem Vorteilsstreben bestimmt, aber auch von solidarischem Mitgefühl oder dem bloßen Festhalten an bewährten Verwaltungsroutinen. Viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichten von konkreten Hilfsleistungen wie dem Zustecken von Nahrungsmitteln. Andererseits gingen die meisten Verhaftungen

<sup>17</sup> François Cavanna, *Die Sklaven*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 11, Das Lager in Schönevide*.

<sup>18</sup> Bundesarchiv R 4606, 2094, Bl. 28-29.

<sup>19</sup> Schnellbrief der Reichsbahndirektion Berlin an alle Bahnhöfe, 3. Juli 1944, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 1, Juden, Hunde und Traglasten*.

<sup>20</sup> Ursula von Kardorff, *Ein deutscher Blick*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 3 Eine Art Unterwelt*.

und Bestrafungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern auf Anzeigen von Meistern und Lagerführern, aber auch auf Denunziationen von unbeteiligten Nachbarinnen oder Passanten zurück.

### Die Rassenhierarchie

Die Unterdrückung der ausländischen Arbeitskräfte war in sich wiederum mehrfach abgestuft. Nord- und Westeuropäer standen am oberen, Osteuropäer, Juden und Roma am unteren Ende der nationalsozialistischen Rassenhierarchie. Die – durch die Besserstellung von verbündeten Nationen nur geringfügig modifizierte – rassistische Diskriminierungsskala entsprach ziemlich genau dem Wohlstandsniveau der Herkunftsländer und griff damit populäre Abneigungen gegen Menschen aus armen Ländern auf. Insbesondere die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren jederzeit willkürlichen Mishandlungen ausgeliefert. Einen solchen Fall schildert die in Schöneweide eingesetzte Raissa Stepiko:

*Ins Lager mussten wir um 18.00 Uhr zurück, aber 1944 wurde Berlin Tag und Nacht sehr stark bombardiert. Unterwegs hat mich ein Luftangriff erwischt, und es ging schon auf den Abend zu. Während des Luftangriffs fahren die S-Bahn-Züge nicht, und ich schaffte es nicht, rechtzeitig zurückzukommen. Aber verspätet hatte ich mich lediglich einige Minuten! Ich näherte mich dem Lager und sah den Lagerkommandanten zusammen mit einem Polizisten breitbeinig am Eingangshäuschen stehen. Als ich an ihnen vorbeiging, fragte mich der Kommandant, warum ich mich verspätet habe. Ich antwortete, dass die S-Bahn nicht fuhr. Daraufhin schlug mich der Kommandant mit voller Kraft mit der Faust ins Gesicht. Ich sah Sterne vor den Augen, konnte mich aber auf den Beinen halten. Schwankend entfernte ich mich, ging aber nicht in meine Baracke, sondern in die, in der Französischen und Polinnen lebten, weil sie näher am Eingang lag. Das kränkte mich so sehr, dass ich einen Kloß im Hals hatte und mir aus den Augen Tränen rollten. Im Gedanken wünschte ich diesem Faschisten, mal die Beleidigungen und Erniedrigungen zu erleben, die ich durchmachen musste.<sup>21</sup>*

Rechtlich unterlagen die Menschen aus der Sowjetunion (im NS-Jargon „Ostarbeiter“) den diskriminierenden „Ostarbeiter-Erlassen“ vom 20.

Februar 1942, die den „Polenerlassen“ vom März 1940 nachgestaltet worden waren.<sup>22</sup> Sie durften ihre Lager – zumindest anfangs – nur zur Arbeit verlassen und mussten entsprechende Kennzeichen („OST“) jederzeit sichtbar auf der Brust tragen:

*Wir durften nicht ins Kino, wir durften auch keine öffentlichen Einrichtungen besuchen. Wir mussten die Nummer und „OST“ angeklebt, angeheftet oder angehängt tragen, damit alle wissen, mit wem sie es zu tun haben. Doch wir deckten das immer zu, damit es nicht zu sehen war.<sup>23</sup>*

Die „Ostarbeiter-Erlasse“ sollten den effektiven Arbeitseinsatz im Reich trotz der befürchteten (rasse-)politischen Gefahren ermöglichen. Die umfassenden Vorschriften regulierten nicht nur die Arbeitswelt, sondern zielten auf die völlige Abschottung und Unterdrückung; verboten war sogar der Besitz von Fahrrädern und Fotoapparaten. Jeder Verdacht auf Widersetzlichkeit oder „Bummelei“ konnte sofort zur Vorladung bei der Gestapo und zur Einweisung in ein Arbeitserziehungslager führen.

### Zwangsarbeit in Rüstungsindustrie, Kommune und Privathaushalt

Die Berliner Wirtschaft stieg eher zögernd in den Ausländereinsatz ein: Nicht nur wegen der in den Arbeitseinsatz gezwungenen jüdischen Berlinerinnen und Berliner gab es zunächst noch ausreichend deutsche Arbeitskräfte, für die nicht erst Unterbringungsplätze geschaffen werden mussten. Auch hatte die Gestapo Sicherheitsbedenken gegen das Herinholen von Ausländern in die Reichshauptstadt.

Nachdem die Firmen in der ersten Kriegshälfte noch gehofft hatten, ihre zur Wehrmacht eingezogenen Stammebelegschaften bald zurückzubekommen, bemühten sie sich ab 1942 aktiv um die Zuweisung von immer mehr ausländischen Arbeitskräften, um damit Rüstungsaufträge übernehmen zu können und so an dem von Albert Speer organisierten Wirtschaftsboom teilzuhaben. Ohne Zwangsarbeit hätten die meisten Fabriken schließen müssen, mit Zwangsarbeit konnten sie ihre Produktionskapazitäten erheblich ausbauen. 1942 betonte Siemens-Direktor Hanns Benkert auf einer internen Tagung,

<sup>21</sup> Raissa Stepiko, *Mit der Faust ins Gesicht*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 10 Mit der Faust ins Gesicht*.

<sup>22</sup> Ewa Czerwiakowski, Cord Pagenstecher, *Vor 75 Jahren: Die Polen-Erlasse. Ein zentrales Instrument nationalsozialistischer Ausgrenzungs- und Ausbeutungspolitik*, in: *Zeitgeschichte-online*, April 2015, URL: <http://zeitgeschichte-online.de/geschichtskultur/vor-75-jahren-die-polen-erlasse>.

<sup>23</sup> Sinaida Baschlai, *Die „Ostarbeiter“-Erlasse*, in: App, *Opfer und Täter, Station 8 Die Zentrale des Terrors*.

der Ausländereinsatz sei „keine augenblickliche Angelegenheit, sondern wir werden sie als Dauereinrichtung aufziehen müssen.“<sup>24</sup> Der Ausländereinsatz hatte bereits eine Nachkriegsperspektive gewonnen. Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mussten in langen Tag- und Nachtschichten erschöpfende Arbeit in der Produktion leisten, so etwa die bei den Weser-Flugzeugwerken auf dem Flughafen Tempelhof eingesetzte Polin Stanisława Michałowska:

*Man brachte uns nach Berlin, wo man uns Arbeit in der Flugzeugfabrik im Stadtbezirk Tempelhof zuteilte [...]. Die Arbeit begann um 7 Uhr früh und endete je nach Bedarf der Fabrik, d.h. ich arbeitete 8, 12, 24 oder 36 Stunden lang. Meine Arbeit bestand in den abschließenden Tätigkeiten bei der Herstellung von Flugzeugen, besonders bei den Rädern oder Luftschrauben. Die Entlohnung betrug im ersten Jahr 50 Mark im Monat, später bekam ich überhaupt nichts mehr. Der Leiter der Halle, in der ich arbeitete, war ein aggressiver Mensch, der die Arbeiter oft schlug, ein Mensch, vor dem alle Angst hatten, und doch blieb man völlig hilflos gegenüber seiner schlimmen Einstellung.<sup>25</sup>*

Hinzu kamen lange Arbeitswege, wie die bei der Reichsbahn eingesetzte Nadeshda Zyganok berichtet:

*Morgens früh bekamen wir Holzpantinen und mussten los an die Arbeit! Wir wurden in Gruppen von 20 Menschen von einer sehr bösen Aufseherin zum Werk geführt. Ich erinnere mich daran, dass die Holzpantinen zu groß waren und ich mir die Füße aufgerieben habe und deshalb ein wenig hinter der Kolonne zurückgeblieben bin. Da hat sie mich mit der Peitsche geschlagen, und ich kam sehr verweint an meinem Arbeitsplatz an.<sup>26</sup>*

Ohne Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wären nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch die Versorgung der Berliner – und damit wohl auch die „Volksgemeinschaft“ – rasch zusammengebrochen. Städtische Werke und Bezirksämter nutzten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter: Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) berichtete dem Arbeitsamt über die „vielen Ostarbeiterkinder bei uns“.<sup>27</sup> Der Bezirk Wilmersdorf betrieb ein eigenes Zwangs-

arbeiterlager in der Wilhelmsau.<sup>28</sup> Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren auch bei kleinen Handels- und Handwerksbetrieben beschäftigt. Die Kreuzberger Weinhandlung Robert Boos beschäftigte ein Dutzend Ostarbeiter; der Ukrainer Roman F. arbeitete als Heizergehilfe im Hotel Adlon.

In Berlin waren besonders viele sowjetische Zwangsarbeiterinnen als Dienstmädchen beschäftigt. Viele leitende Angestellte von Unternehmen und NS-Bürokratie nutzten ihre Beziehungen, um ihren Ehefrauen eine Haushaltshilfe zu besorgen. In einem Erlass vom 10.9.1942 hatte SS-Führer Heinrich Himmler bestimmt:

**Zurück** **Zeitzeugen**

**Sinaida B.**

1914: geboren in Belgorod, Russisches Reich

1916: Umzug nach Charkow, Schulbesuch und Studium, Arbeit als Ingenieurin bei „Giprokoks“

1942: Verschleppung nach Berlin, Zwangsarbeit bei der Kosmetik-Firma Schwarzkopf in Berlin-Tempelhof und später als Dienstmädchen bei einer baltendeutschen Familie in Berlin-Steglitz

1943: Evakuierung der Familie samt Haushaltshilfe nach Hessen. Zwangsarbeit in einer Bäckerei in Schönstadt bei Marburg

Sommer 1944: Zwangsarbeit in der

Übersicht Touren Geschichte **Zeitzeugen** Mehr

Kurzbiografie von Sinaida Baschlai, in: App, Zeitzeugen

<sup>24</sup> Vorträge der ZW-Tagung am 7. und 8. Dezember 1942 über Ausländer-Einsatz (Nur für den Dienstgebrauch), o.O. o.J. (1942), Landesarchiv Berlin, Bibl. 05/0258, S. 101.

<sup>25</sup> Stanisława Michałowska aus Polen, in: App, Zwangsarbeit war überall, Station 11 Barackenstadt auf dem Flughafen.

<sup>26</sup> Nadeshda Zyganok, Mir waren die Pantinen zu groß, in: App, Zwangsarbeit war überall, Station 4 Hand und Fuß

<sup>27</sup> Landesarchiv Berlin, A Rep. 242 Nr. 92: Todesfallmeldungen beim Arbeitsamt Mitte, o. Bl.

<sup>28</sup> Zur vorläufigen Gedenktafeleinweihung vgl.: [www.berliner-geschichtswerkstatt.de/news-reader/items/sa-9122017-um-11-uhr-symbolische-tafelanbringung-zwangsarbeiterlager-wilhelmsau-40.html](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/news-reader/items/sa-9122017-um-11-uhr-symbolische-tafelanbringung-zwangsarbeiterlager-wilhelmsau-40.html).

Die Anwerbeposten der Arbeitsverwaltung werben Ostarbeiterinnen im Alter von 15 bis 35 Jahren an, die für den Einsatz im städtischen oder ländlichen Haushalt geeignet erscheinen und deren Erscheinungsbild dem rassischen Bild des deutschen Volkes möglichst nahe kommt. [...] Bei stets gerechter, aber straffer Behandlung der Ostarbeiterin ist seitens der deutschen Familie stets der gebotene Abstand zu wahren. [...] Ein Anspruch auf Freizeit besteht nicht. Die Ostarbeiterinnen dürfen sich grundsätzlich außerhalb des Hauses nur bewegen, um Angelegenheiten des Haushalts zu erledigen. [...] Der Besuch von Gaststätten, Lichtspiel- oder sonstigen Theatern und ähnlicher für Deutsche und ausländische Arbeiter vorgesehenen Einrichtungen oder Veranstaltungen ist verboten. Desgleichen ist der Kirchenbesuch untersagt. Der Haushaltsvorstand bzw. die Hausfrau hat auf die Einhaltung dieser Bestimmungen hinzuwirken. [...] Das Verbot des Geschlechtsverkehrs und die Notwendigkeit der Abschiebung Schwangerer wird besonders betont.<sup>29</sup>

Die aus Charkow nach Berlin verschleppte Ingenieurin Sinaida Baschlai wurde zunächst bei der Kosmetikfirma Schwarzkopf eingesetzt, kam dann aber als Haushaltshilfe in eine Villa am Stadtpark in Steglitz. Ihre Herrin behandelte sie klassenbewusst, aber nicht schlecht:

*Sie war die Herrin, ich ihr Dienstmädchen. Ich arbeitete den ganzen Tag, und sie konnte sich ans Klavier setzen. Sie dachte, wenn sie spielt, während ich arbeite, würde ich eine bessere Laune bekommen. Sie spielte für mich die ‚Mondscheinsonate‘, und ich putzte die Fenster.<sup>30</sup>*

### Repression und Widerstehen

Alle ausländischen Arbeitskräfte wurden sorgfältig registriert und durch einen rassistisch-bürokratischen Repressions- und Kontrollapparat aus Polizei, Wehrmacht, Arbeitsamt, Werkschutz und SS streng überwacht.

Die Überwachung und Verfolgung der Ausländer wurde in den letzten Kriegsjahren das Haupttätigkeitsfeld der Polizeidienststellen. Bei den regelmäßigen Bahnfahndungen wurden im Juli 1943 allein im Bereich der Berliner Kripo in den Fernzügen 1040 Arbeitsvertragsbrüchige und geflohene Kriegsgefangene festgenommen.<sup>31</sup> Alexandra A. berichtet von ihrer Verhaftung:

*Wir sind geflüchtet. Wir setzten uns in den Zug und fuhren los. Als wir in Berlin ankamen, sahen wir, dass ein Polizist bereits auf uns wartete. Diesmal gab es kein Entkommen, er nahm uns fest, und wir fuhren weiter. Während ich mit ihm sprach, war Nadja weg, verschwunden. Ja, sie war ein flinkes Mädchen. Und er fuhr mit mir mit der S-Bahn vom Alexanderplatz zur nächsten Haltestelle – Börse [heute: Hackescher Markt]. Und als wir aus der S-Bahn ausstiegen, sah ich mich um und erblickte das Schild „Polizei“. Also wollte er mich dorthin bringen. Er winkte mir nur und ging – ich blieb bei der Polizei sitzen. Einen Tag und eine Nacht saß ich dort. Alle legten sich auf den Boden schlafen. Sie haben gut aufgepasst – eine Flucht wäre unmöglich gewesen. Die Fenster waren gepanzert, und die Türen – verriegelt. Polizei ist Polizei. Und nach diesen 24 Stunden – solange hatten sie mich gequält und verprügelt – wurde ich in ein Straflager geschickt. Wie es hieß, weiß ich nicht mehr. Für 56 Tage – das war die Strafe.<sup>32</sup>*



Spionageverdacht. Auszug aus Audio-Interview mit Alexandra A., in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 8 Befreiung und Misstrauen.

Flüchtige Ausländer sowie festgenommene „Ostarbeiter“ und Polen wurden meist nicht der Justiz, sondern der Gestapo zugeführt. Bei der Stapoleitstelle Berlin war das Referat IV D 3 für Ausländer zuständig. Nach Bombenangriffen im November 1943 zog es aus der von Alexandra A. beschriebenen Burgstraße in die Oranienburger Straße. Neben den improvisierten Hafträumen im Keller des ehemaligen jüdischen Gemeindezentrums wurde ab Februar 1944 auch das ehemalige jüdische Altersheim in der Großen Ham-

<sup>29</sup> Heinrich Himmler, Einsatz in Privathaushalten, in: App, Zwangsarbeit war überall, Station 5 Zwangsarbeit im Kinderzimmer.

<sup>30</sup> Sinaida Baschlai, Die Mondscheinsonate, in: App, Zwangsarbeit war überall, Station 5 Zwangsarbeit im Kinderzimmer.

<sup>31</sup> Kriminalpolizei-Leitstelle Berlin, Bericht über Stand und Bewegung der Kriminalität im Juni 1943, 19. Juli 1943, S. 22, Bundesarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZB 6249 (jetzt Landesarchiv Berlin).

<sup>32</sup> Alexandra A., Mit der S-Bahn zur Gestapo, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 4 Bei der Gestapo.

burger Straße als Haftlager für ausländische Arbeitsverweigerer genutzt.<sup>33</sup> Je nach Kapazität und Bedarf wurden die Insassen hier festgehalten, in ein Arbeitserziehungs- oder Konzentrationslager eingewiesen oder wieder freigelassen. Raissa Stepiko wurde in das Arbeitserziehungslager Fehrbellin eingewiesen:

*Nach zwei Tagen hat man mich mit einer Gruppe solcher Flüchtlinge, wie ich selbst einer war, in ein Straflager unweit von Berlin geschickt. Wo es sich genau befand, weiß ich nicht, weil es niemanden gab, den ich fragen konnte und an den Lagertoren gab es keine Aufschrift. Das Leben und die Umstände hatten uns das Schweigen beigebracht. In diesem Lager waren wir keine Menschen, sondern wandelnde Schatten. Alle hatten eine Nummer, die Namen kannten wir nicht, wir hatten Angst miteinander zu sprechen, weil wir nicht wussten, wie das enden konnte. Ich bekam die Nummer 518. Das Lager war mit einem Metallzaun eingezäunt mit Stacheldraht obendrauf. An jeder Ecke des Lagers stand ein Wachturm und Soldaten mit Maschinenpistolen darauf. Für das ganze Leben ist mir das Straflager in Erinnerung geblieben.<sup>34</sup>*

Olga S. dagegen wurde vom Polizeigefängnis am Alexanderplatz aus in das Konzentrationslager Ravensbrück transportiert:

*Sie brachten uns also in dieses Gefängnis, und dort fanden die Verhöre statt. Da gehen Menschen rein, und werden alle durch die Tür raus geworfen. Ich dachte, um Gottes willen, was ist das für eine Höllenmaschine, warum werden da ständig Leute rausgeworfen. Dann kam ich an die Reihe. Ich komme rein, der Offizier, so ein glänzender mit glänzenden Stiefeln mit einer Gerte, sie betonte das. Nun, ich sage ihm den Familiennamen, den Vatersnamen gibt es bei ihnen ja nicht. Olga, Geburtsjahr, und dann sagt er: „Glaube?“ Und ich sage, „orthodox“. Er packt mich am Kragen. „Du bist nicht orthodox, Mensch, du bist Kommunist“. Was der mir für einen Hieb auf den Hintern verpasst hat. Ja so war das, darum wurden alle so rausgeworfen. Also konnte ich meine Neugier voll und ganz befriedigen, und wurde genauso rausgeworfen wie alle anderen. Und wie lange sind wir dort geblieben? Eine, zwei Wochen, wahrscheinlich, an diesem Alexanderplatz. Dann brachte man uns ins Konzentrationslager Ravensbrück.*

*Ich wusste das natürlich nicht, keiner sagte uns etwas, wo man uns hinbringt und was das ist.<sup>35</sup>*

### Freizeit und Überleben

Die wenigen nach der oft 12-stündigen Arbeitsschicht verbleibenden Stunden Freizeit nutzten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zunächst, um ihr Überleben zu sichern. Die Weißrussin Galina Wertaschonok berichtete der Geschichtswerkstatt: „Auf der Brust hatte jeder ‚OST‘, ohne das konnte man nicht hinaus in die Stadt. In der Freizeit gingen wir in die Stadt, wir halfen der deutschen Bevölkerung im Haushalt. Ich ging zu einer Deutschen, ich putzte, wusch, und die Frau gab mir dafür Mittagessen.“<sup>36</sup> Damit konnten sich auch ärmere Berliner ein Dienstmädchen oder einen Bauarbeiter ins Haus holen – wortwörtlich für ein Butterbrot.

Der durch zahlreiche Sonderabzüge reduzierte Lohn<sup>37</sup> erlaubte keine großen Unternehmungen. Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gingen in Lokale mit markenfreiem Essen oder besuchten die Schwarzmärkte:

### Auf dem Schwarzmarkt

**S** Alexanderplatz, an der Weltzeituhr



### Auf dem Schwarzmarkt



Audio  
Erinnerungsbericht der ehemaligen „Ostarbeiterin“ Raissa Stepiko, 1998

Auf dem Schwarzmarkt, Station Alexanderplatz mit Bericht von Raissa Stepiko, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 5 Auf dem Schwarzmarkt.

<sup>33</sup> Vgl. Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Arbeitserziehungslager Fehrbellin. Zwangsarbeiterinnen im Straflager der Gestapo, Potsdam 2004, S. 96.

<sup>34</sup> Raissa Stepiko, Arbeitserziehungslager Fehrbellin, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 4 Bei der Gestapo.

<sup>35</sup> Olga S., Verhör im Polizeigefängnis, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 6 Im Polizeigefängnis.

<sup>36</sup> Galina Wertaschonok, Archiv BGW, zwa.br.ost 330, teilabgedruckt in Berliner Geschichtswerkstatt, Zwangsarbeit, S. 117.

<sup>37</sup> Exemplarisch detailliert bei Rainer Götz, Sklavenlohn. Zur Entlohnung der sogenannten Ostarbeiter, in: Erich Schuppan (Hg.), Sklave in euren Händen. Zwangsarbeit in Kirche und Diakonie Berlin-Brandenburg, Berlin 2003, S. 84-94.

*Irgendwann am Sonntag fuhr ich zum Alexanderplatz, um auf dem Markt einen Laib Brot zu kaufen. Die Männer haben manchmal Brotmarken gekauft. Meistens haben Franzosen oder Polen sie verkauft. Der Markt – das war eine große Menge Menschen unterschiedlichster Nationalität, die damals zeitweilig in Berlin lebten. Er befand sich in einer Quergasse ganz nahe am Alexanderplatz.<sup>38</sup>*

Auch im Lager fielen zusätzliche Arbeiten an, wie die Polin Maria Andrzejewska berichtet:

*Wir arbeiteten in der Firma Dr. Klaus Gettwart Technische Fabrik, Berlin SO 16, in der Köpenicker Straße 50. Die Arbeit dauerte 12 Stunden täglich. Samstags acht Stunden, aber fast an jedem Samstag mussten wir die Matratzen „entwanzen“. Dies geschah unter Bewachung von unserer Aufseherin, die oft die Wendung „du Polenschwein“ gebrauchte. In der Freizeit besichtigten wir oft Berlin: Wir sahen uns den Zoo an, den Botanischen Garten, der sehr schön war, dann die anderen Parks und Bezirke. Der Eintritt ins Kino und in andere Vergnügungsstätten war für die Polen verboten. Kontakte zu deutschen Familien gab es nicht, da es streng bestraft wurde.<sup>39</sup>*

Viele männliche Zwangsarbeiter spielten Karten. Vor allem die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen trafen sich oft und sangen russische oder ukrainische Lieder. Die Polin Barbara M. erinnert sich:

*Wir hatten unser „P“, und sie „OST“. Ich ging oft zu den Ukrainerinnen, so dass meine polnischen Kameradinnen etwas spotteten: Ja, bald wirst Du auch das „OST“ tragen. Aber das sind doch Menschen wie wir, und sie waren so herzlich. Ich erinnere mich, wie sie im Sommer, wenn es draußen schön war, sich am Kanal mit ihren weißen Kopftüchern setzten und sangen. Sie konnten einen halben Tag singen. Ihre Lieder waren so schön! So wehmütig. Auch sie hatten Sehnsucht, und linderten mit diesen Liedern diese Sehnsucht.<sup>40</sup>*

In der Zeitzeugen-App singt die sowjetische Zwangsarbeiterin Tetjana B. 60 Jahre später nochmals eines der damaligen Lieder mit dem Titel „Bitterschwer ist mein Los“.<sup>41</sup> Viele junge Menschen verliebten sich – meist in Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der eigenen oder anderer

Nationen. Nicht nur François Cavanna beschreibt eine bewegende Liebesgeschichte zwischen einem Franzosen und einer Ukrainerin in einem Treptower Lager.<sup>42</sup> Alexandra A. berichtet von einer Beziehung zu einem holländischen Zwangsarbeiter:

*Ich hatte einen Bekannten aus Holland. Ein sehr anständiger Junge, so ruhig und still. Er sagte immer: „Wenn der Krieg aus ist, gehen wir nach Holland.“ Ich wollte nach Hause. Wir haben uns in der Nähe von einem Fotografen kennengelernt. Irgendwo habe ich ein Foto von ihm. Er ließ sich vor mir fotografieren, ich nach ihm. Und als ich fertig war und rausging, stand er da und wartete auf mich: „Na, dann zeig mir mal das Foto“, begann er. Ich habe es ihm dann gezeigt. Und er dazu: „Lass uns die Fotos tauschen.“ Wir haben über alles Mögliche geredet, haben uns ein paar Mal getroffen. Naja, später sind wir zusammen einige Male ins Kino gegangen und haben angefangen zu träumen. Ich fragte ihn: „Willst du nach Hause?“ „Ja.“ „Ich auch. Nur nach Hause.“<sup>43</sup>*

Liebesbeziehungen zu Deutschen waren gefährlich, für Osteuropäer sogar lebensgefährlich. Beziehungen innerhalb der einzelnen Ausländergruppen waren dagegen laut Gestapo erlaubt; in Johannisthal wurde sogar eine Bordellbaracke speziell für Zwangsarbeiter eingerichtet.

Liebesbeziehungen mit nichtsowjetischen Männern konnten für sowjetische Zwangsarbeiterinnen auch nach der Befreiung gefährlich werden. Zusätzlich zu dem allgemeinen Kollaborationsverdacht der stalinistischen Sowjetunion gegenüber den „Ostarbeitern“ wurden die 1945 aus Deutschland zurückkehrenden Frauen besonders misstrauisch angesehen. Alexandra A. berichtet aus einem von der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichteten Filtrierlager für befreite „Ostarbeiter“:

*Die Leute kamen aus ganz Deutschland, aus dem amerikanischen Sektor kamen alle in dieses Lager, bekamen dort Papiere, und von dort aus wurde man dann weiter geschickt. Es wurde überprüft, ob man als Spion gearbeitet hatte, alle Arbeitsstellen wurden überprüft, dann wurde man weggeschickt. [...] Einige von uns ... Es gab eine Pronina – sie hatte einen österreichischen Geliebten gehabt. Die hat man viel kontrolliert, angebe-*

<sup>38</sup> Raissa Stepiko, *Auf dem Schwarzmarkt*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 5 Auf dem Schwarzmarkt*.

<sup>39</sup> Maria Andrzejewska, *Polen vor dem Brandenburger Tor*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 1 Pferdchen, tragt mich nach Hause!*

<sup>40</sup> Barbara M., *Ich ging oft zu den Ukrainerinnen*, in: App, *Zwangsarbeit war überall, Station 8 Baracken im Park*.

<sup>41</sup> Tetjana B., *Bitterschwer ist mein Los*, in: App, *Zwangsarbeit war überall, Station 8 Baracken im Park*.

<sup>42</sup> François Cavanna, *Das Lied der Baba, Berlin/Weimar 1988 (orig.: Les Russkoffs, Paris 1979)*.

<sup>43</sup> Alexandra A., *Liebe und Heimweh*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 8, Befreiung und Misstrauen*.

lich als Übersetzerin, da sie sehr gut deutsch konnte. Wegen dieses Österreichers hängte man ihr etwas an: Sie sei Spionin gewesen.<sup>44</sup>

### Krankheit und Sterben

Die überwiegend jungen und aufgrund der medizinischen Auswahl in den Durchgangslagern auch überdurchschnittlich gesunden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bekamen durch die schwere Arbeit, die unzureichende Ernährung und schlechte Hygiene zahlreiche Krankheiten. Die vitaminlose Kost verursachte schwere Mangelerscheinungen. Ein Neuköllner Oberarzt machte sich das zunutze, indem er in einem Ostarbeiterlager Medikamententests zu Zahnfleischerkrankungen durchführte.<sup>45</sup> Am gefährlichsten waren Tuberkulose und Typhus, die in den überbelegten und verlausten Barackenlagern grassierten.

In der Behandlung der erkrankten Ausländerinnen und Ausländer zeigte sich, wann die Ausgrenzung aus der „Volksgemeinschaft“ lebensgefährlich wurde. Städtische Krankenhäuser behandelten – den wenigen überlieferten Krankenakten zufolge – Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Regel vergleichsweise korrekt. Auch niedergelassene Ärzte scheinen sie, wenn sie denn zur Behandlung angenommen wurden, einem professionellen Ethos folgend kuriert zu haben. Die von den Betrieben beschäftigten Werksärzte und Lagersanitäter sahen in den erkrankten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern dagegen häufig Simulanten, die zur Arbeit gezwungen werden mussten.

Gar nicht mehr arbeitsfähige Schwerkranke wurden zur Kostenersparnis an das Arbeitsamt zurückgegeben und damit dem Tod ausgeliefert. Die „Ostarbeiterin“ Tanja Beljawska etwa wurde „am 31.7.44 wegen offener Lungentuberkulose“ von den Weser Flugzeugwerken „entlassen und dem Durchgangslager Blankenfelde zugeführt, da sie nicht mehr einsatzfähig war.“ Dort starb sie einige Wochen später.<sup>46</sup> Dieses bei dem Dorf Blankenfelde im Norden von Pankow eingerichtete Lager des Arbeitsamts war ein Sterbelager für sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Mindestens 400 Menschen starben hier an nicht behandelten Krankheiten.

Andere kamen ins Ausländerkrankenhaus Mahlow, das das Hauptgesundheitsamt 1942 am südlichen Stadtrand eingerichtet hatte. Der Transport der mehrheitlich sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Mahlow – in offenen Lkw und für alle Anwohner sichtbar – bedeutete häufig ein Todesurteil: Rund 1500 Menschen, darunter knapp 400 Frauen und 65 Kinder, überlebten die miserable Behandlung und Versorgung nicht.<sup>47</sup>

Manche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die psychisch krank (geworden) waren, wurden in Krankenanstalten ermordet. So war eine zunächst in die Heilanstalt Wittenau eingewiesene Ostarbeiterin, wie die Berliner Firma dem Arbeitsamt meldete, „am 8.7.1944 infolge gehäufte epileptischer Krampfanfälle in der Landeskrankenanstalt Meseritz-Obrawalde verstorben.“<sup>48</sup> Andere Ausländer wurden direkt im Lager getötet, so am Ostersonntag 1942 in einem Ostarbeiterlager der Reichsbahn:

*Reichsbahnlager Berlin-Halensee, Halenseestraße. Erschießungen von drei Ostarbeitern am 1. Osterfeiertag 1942 Vorgang: Infolge vollkommen unzureichender Ernährung entwendeten am 1. Osterfeiertag 3 Mann die halb im freien lagernden Kohlrüben und Kartoffeln, zwecks eigener Ernährung. Einer wurde dabei gefaßt. Der Vorfall wurde sofort der Lagerpolizei gemeldet. Um die Mittagsstunde wurde die gesamte Ostarbeiterschaft zum Antreten befohlen. Die übrigen zwei Täter sollten sich melden und taten es auch nach kurzem Zögern. Daraufhin wurde die befohlene Erschießungsstrafe vorgelesen. Die drei Arbeiter mußten das ihnen zur Verfügung gestellte Eigentum, Töpfe, Decken öffentlich abliefern. Darauf wurden von den an der Erschießung beteiligten Lagerschutzmännern die Waffen vor den angetretenen Arbeitern geladen und die drei Angeklagten hinter die Baracke geführt, um den Vorgang der Sicht von der Straße zu entziehen. Es wurde den drei Verurteilten befohlen, entlang der Baracke zu laufen. Sie weigerten sich und wurden auf der Stelle erschossen. Die übrigen Ostarbeiter mußten auf Anordnung an den Erschossenen vorbeigehen und diese sich ansehen. Wer sich weigerte, wurde mit Gummiknüppeln verprügelt. Bei der Erschießung erhielt*

<sup>44</sup> Alexandra A., Spionageverdacht, in: App, Durch die Stadt der Lager, Station 8 Befreiung und Misstrauen.

<sup>45</sup> Vgl. P. Rössing, Die Beziehungen des Nicotinsäureamids zu Schleimhauterkrankungen im Bereich der Mundhöhle, in: Klinische Wochenschrift, 23 Jg., Nr. 31/39 (August/September 1944), S. 330-331.

<sup>46</sup> Tanja Beljawska, Nicht mehr Arbeitsfähig, in: App, Zwangsarbeit war überall, Station 11 Barackenstadt auf dem Flughafen.

<sup>47</sup> Vgl. Bernhard Bremberger, Frank Hummeltenberg, Manfred Stürzbecher, Das Ausländerkrankenhaus Mahlow, in: „Ausländereinsatz“ und Gesundheitswesen im „Dritten Reich“. Historische und ethische Probleme der Medizin 1938–1945, hg. v. Andreas Frewer, Günther Siedbürger, Bernhard Bremberger, Stuttgart 2007, S. 221-272.

<sup>48</sup> Landesarchiv Berlin, A Rep 242 Nr. 92 Todesfallmeldungen beim Arbeitsamt Mitte 1943-1944, o. Bl.

einer der Angeklagten nur eine Halswunde und schleppte sich zu seiner Baracke, wo er sich unter seinem Bett zu verstecken suchte. Er wurde jedoch geprügelt und an den Beinen herausgeschleppt und durch mehrere Schüsse und Kolbenhiebe getötet. Die Kleidung der Erschossenen lag noch zwei Tage lang mit Blut besudelt im Innern des Lagers.<sup>49</sup>

Den Bombenangriffen waren die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter noch wehrloser ausgesetzt als die deutsche Bevölkerung, da sie meist keinen Zugang zu Bunkern oder Luftschutzkellern hatten. Die Holzbaracken waren ebenso brandgefährdet wie die Lager in Dachgeschossen und Ausflugslokalen. Die meisten Zwangsarbeiterlager hatten lediglich einen notdürftig bedeckten Splitterschutzgraben. Die Bombenangriffe gehörten zu den schrecklichsten, in allen Erinnerungsberichten erwähnten Erfahrungen der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Forschung und Öffentlichkeit haben den Luftkrieg und seine deutschen Opfer in den letzten Jahren viel diskutiert, den Anteil der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter an den Bombentoten aber oft ignoriert. Die Bombenangriffe auf Berlin forderten insgesamt knapp 30.000 Tote, darunter eine bislang unbekannte Zahl von Ausländern. Nach unvollständigen Meldungen einiger Bezirke stellten Ausländerinnen und Ausländer Anfang 1944 etwa ein Fünftel der „durch Feindeinwirkung“ Verstorbenen.<sup>50</sup>

### Volksgemeinschaft und Tod

Noch über den Tod hinaus wirkten die Abgrenzungsmechanismen der rassistisch konstruierten „Volksgemeinschaft“: Verstorbene Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden meist auf speziellen Ausländerfriedhöfen begraben, so auf dem Sankt-Hedwigs-Friedhof IV in Hohenschönhausen, dem Parkfriedhof Marzahn und dem – vom Bezirk Wilmersdorf, aber vor allem vom Ausländerkrankenhaus Mahlow genutzten – Waldfriedhof Güterfelde. Während westeuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der Regel eine angemessene Bestattung gewährt wurde, sollten die rassistisch minderwertigen Menschen aus Osteuropa auf ein-

fachstmögliche Weise und ohne namentliche Nennung begraben werden, auch wenn sich das OKW um die reziproke Behandlung deutscher Gefallener in Feindesland sorgte. Die Habseligkeiten von „sonderbehandelten Ostarbeitern“ wurden von der Vermögensverwertung des Oberfinanzpräsidenten an die Berliner verkauft.<sup>51</sup> Ein Lichtenberger Krankenhaus teilte dem Arbeitsamt mit, die Leiche eines an „Ernährungsstörung, Lungenentz., Kreislaufschwäche“ verstorbenen russischen Kindes bleibe „zu wissenschaftl. Zwecken im Krankenhaus“.<sup>52</sup> Ein Gedenkbuch für die in Berlin zu Tode gebrachten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter steht noch aus.

Gleichzeitig hätten die Berliner Volksgenossen ohne den Einsatz von Zwangsarbeitern längst nicht mehr ordentlich bestattet werden können. Über 30 Berliner Kirchengemeinden beschäftigten sowjetische Friedhofsarbeiter, die in einem gemeinsam betriebenen Lager auf einem Neuköllner Friedhof untergebracht wurden. Wasyl Kudrenko hat in seinem Tagebuch eindrücklich die Zwangsarbeit als Totengräber beschrieben:

*Ein Hallo dem neuen Jahr 1944 [...] Ich arbeite hier schon seit 1942. Ich sehe nicht die geringste Chance, nach Hause zurückzukehren. Am Anfang hatte ich nur mit einigen Monaten Aufenthalt gerechnet. Es vergehen Tage, Monate und Jahre, seit ich mein Zuhause verlassen habe. [...] Montag, der 3. Januar 1944: Es ist Zeit aufzustehen. Nein, ich will nicht zur Arbeit! Es regnet. Nach dem Frühstück fahre ich mit meinem Kameraden zu unserem Friedhof. Die Arbeiter sind noch nicht da. Wir begrüßen unseren Meister. Er spricht mit jemandem am Telefon. Alle Fensterscheiben in seinem Haus sind zerschlagen. Wir arbeiten ohne ihn, wir heben Gräber aus für die Trauerfeiern, die morgen stattfinden sollen. Es ist 17.00 Uhr, Feierabend. Wir fahren nach Hause, essen Abendbrot und warten auf den Luftalarm. Es gibt keine Bombardierung. Ich schlafe gut und ruhig. Ich träume von meinem Vater, meiner Mutti und meinem Brüderchen. Als ich aufwache, ist keiner von ihnen da ... Ich gehe frühstücken. Der Arbeitstag beginnt.<sup>53</sup>*

<sup>49</sup> Gotthold Starke, *Im Lager Halensee erschossen*, in: App, *Durch die Stadt der Lager, Station 7: Russeneinsatz bei der Reichsbahn*.

<sup>50</sup> Nach den offenbar unvollständigen Meldungen der städtischen Friedhöfe z. B. in Wilmersdorf bis März 1944 495 Deutsche und 122 Ausländer, Landesarchiv Berlin, A Rep. 009 Nr. 31452 *Nachweisung der durch Feindeinwirkung getöteten Zivilpersonen, Stand 1.4.1944 und 1.10.1944*.

<sup>51</sup> Ein Polizeirat kaufte am 14.12.1944 vier Pullover: Landesarchiv Berlin, A Rep. 092 Nr. 29020 (jetzt BLHA).

<sup>52</sup> Landesarchiv Berlin, A Rep. 242 Nr. 92: *Todesfallmeldungen beim Arbeitsamt Mitte*, o. Bl.

<sup>53</sup> Wasyl Kudrenko, *Aus dem Tagebuch*, in: App, *Zwangsarbeit war überall, Station 12: Das Friedhofslager*.

**Moderation: Peter Jahn**

**Gäste: Christine Titel und Eckard Matthes**

**Montag, 12. Februar 2018**

Wenn von „Berliner Studenten“ die Rede ist, sind zwei sehr unterschiedliche Gruppen bezeichnet: Zum einen Studenten aus Berlin-Ost, vor allem der Humboldt-Universität, die seit den 1950er Jahren in großer Zahl – in der Regel für ein ganzes Studium – an viele Hochschulorte der Sowjetunion zum „großen Bruder“ abgeordnet wurden. Zum anderen eine kleine Zahl von Studenten der Freien Universität Berlin (West) vorrangig aus Osteuropa-Studiengängen, die seit 1969 für ein Jahr an der Leningrader Universität studierten und forschten. So groß die Unterschiede waren, war beiden Gruppen gemeinsam, dass sie

jenseits der ideologisch hochaufgeladenen Klischees über die Sowjetunion – „Reich des Bösen“ hier und „Bannerträger des Fortschritts“ dort – und jenseits des Studentenmilieus von Hörsaal und Wohnheim in der realen Alltagswelt einer fremden Gesellschaft lebten. Diese Alltagswelt unterschied sich merklich von beiden Klischeebildern. Als Zeitzeugen sollen sowohl „Westberliner“ wie auch „Ostberliner“ ehemalige Studenten interviewt werden. Bei den Ostberliner Studenten soll besonders die Entwicklung zwischen den 1950er und den 1980er Jahren beleuchtet werden.

### Veranstaltungsbericht

Jürgen Karwelat (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)



Von links nach rechts: Eckhard Matthes, Peter Jahn, Dr. Christine Titel.  
Foto: Bodo Förster

### Fürs Leben geprägt

Eins hatten die drei ehemaligen Studenten aus Ost- und Westberlin gemeinsam: Ihr Moskau- bzw. Leningradaufenthalt war für alle drei die entscheidende Weichenstellung für ihren Lebensweg. Dr. Christine Titel gab an, dass ihr Aufenthalt für sie eine große Bereicherung gewesen sei. Die Kontakte von damals hielten bis heute, drei ihrer russischen Freundinnen hießen Lena, daher hat ihre Tochter ebenfalls diesen Namen bekommen. Eckard Matthes erklärte, dass der Aufenthalt sein gesamtes Berufsleben an der Universität geprägt habe. Ohne den

Aufenthalt in Leningrad wäre sein Leben völlig anders verlaufen, der Kontakt nach Russland sei nie abgebrochen. Und bei Peter Jahn, dem Moderator des Abends, liegt es auf der Hand. Er war langjähriger Leiter des deutsch-russischen Museums in Karlshorst.



Blick ins PublikumFoto: Elke Mocker

Am Abend hatten sich erneut etwa 35 Menschen eingefunden, um zu hören, wie Ost- und Westberliner Studenten und Studentinnen ihren Russlandaufenthalt gesehen und empfunden haben. Zu Gast waren Dr. Christine Titel, Biologin, die ab 1978 fünf Jahre in Moskau studierte, und Eckard Matthes, der zusammen mit Peter Jahn 1969/70 in Leningrad als „Aufbaustudent“ Literaturwissenschaften studierte.

Die Gäste kamen damals aus einer geteilten Stadt und aus zwei politischen Systemen. Die beiden Westler galten als echte Exoten, war doch ein Studienaufenthalt eines Westberliners in Leningrad ähnlich ungewöhnlich wie eine Studienreise nach Papua-Neuguinea. Auf der anderen Seite wurden allein aus Ostberlin pro Jahr 50 Studenten in die Sowjetunion geschickt, aus der ganzen DDR etwa 300, so dass im Laufe der 40 Jahre DDR 10.000 bis 12.000 ostdeutsche Studierende in der Sowjetunion studiert hatten. Ost- und Westberliner machten ähnliche Erfahrungen. So betonten sie die unvoreingenommene Herzlichkeit, mit der sie begrüßt wurden, obwohl der Krieg, den Deutschland über die Sowjetunion gebracht hatte, gerade erst einmal 25 Jahre zurücklag, als Matthes und Jahn nach Leningrad kamen. Eckard Matthes hob besonders hervor, dass sie in einer Zeit des Umbruchs nach Russland gekommen seien. Ihr Studienbeginn war der 1. Oktober 1969. Wenige Wochen zuvor war in der Bundesrepublik Deutschland der Bundestag gewählt worden und am 21. Oktober 1969 wurde Willy Brandt erster sozialdemokratischer Bundeskanzler. Gut ein halbes Jahr später wurde der Moskauer Vertrag geschlossen, mit dem die Entspannungspolitik der neuen sozialliberalen Regierung begann.

Matthes und Jahn waren in Leningrad in einem Wohnheim mit anderen Stipendiaten in Zwei- und Vierbettzimmer untergebracht. Im Sommer 1970, einer Zeit der Politisierung, hatten auch die Studenten aus der Sowjetunion keine Angst, politische Themen anzusprechen. Matthes hob das kollegiale Verhältnis zu seinem russischen Mentor hervor, der Wert darauf legte, mit seinem Vornamen angesprochen zu werden und ihm riet, möglichst viel zu reisen, um das Land kennenzulernen. Die dazu nötigen Reiseanträge würde er alle unterzeichnen. Das liberale Klima ging so weit, dass die Deutschen auf die Ereignisse in Kaliningrad, früher Königsberg, angesprochen wurden. Russische Intellektuelle kritisierten den Abriss des von den Deutschen errichteten Stadtschlusses und fragten die beiden deutschen Studenten nach ihrer Meinung zu dieser Kulturzerstörung im ehemaligen deutschen Osten.

Christine Titel war als Nachrückerin in das Vorbereitungsjahr nach Halle gekommen. Dort befand sich die „Arbeiter- und Bauernfakultät“, die auf den Studienaufenthalt vorbereiten sollte. Natürlich musste man gute Leistungen in seinem Fach bringen, allerdings auch einen „festen Klassenstandpunkt“ haben und „gesellschaftliche Arbeit“ nachweisen. Titel schaffte das, ohne Mitglied der SED zu sein. Sie kam nach Moskau, ohne eine besondere Vorstellung vom

Land zu haben, obwohl im Vorbereitungsjahr natürlich dieses optimistische Bild vermittelt worden war: Die Sowjetunion ist auf dem Weg der Industrialisierung schon sehr weit gekommen, das weite Land wird erschlossen. Man ist schon auf dem Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus. Diese Vorstellungen entsprachen offenkundig aber nicht der Realität. In der Sowjetunion herrschte auch Armut. Für Christine Titel war dies ein gewisser Kulturschock, der aber durch die „russische Seele“ aufgefangen wurde, die die ärmlichen Lebensverhältnisse relativiert hat. Was sie verwunderte: Ihre russischen Mitstudenten und Mitstudentinnen waren unpolitisch. Heute führt sie das auf das allgemeine politische Klima der Stagnation am Ende der Breschnew-Ära zurück. Das politische System der Sowjetunion war zu diesem Zeitpunkt schon in der Krise, die 1990/91 zum Ende der Sowjetunion führte. Einen Unterschied zwischen den Ost- und Westberliner Studierenden schilderte Christine Titel noch: Die Studierenden aus der DDR hatten ihr politisches System von zu Hause mitgebracht. Es gab regelmäßige Treffen, die von der FDJ organisiert waren. Diese Treffen dienten der ideologisch korrekten Ausrichtung der Auslandsstudierenden. Sinnlos vertane Zeit, meinte sie.



Von links nach rechts: Eckhard Matthes, Peter Jahn, Dr. Christine Titel, Jürgen Karwelat, Foto: Bodo Förster

Recht bald gab es an diesem Werkstattabend engagierte Beiträge aus dem Publikum. Eine Reihe der Erschienenen gab sich als ehemalige Berliner Studenten in der Sowjetunion zu erkennen. Die politische Zurückhaltung der sowjetischen Mitstudenten wurde zum Teil damit erklärt, dass sich in praktisch jeder Studentengruppe auch Zuträger zum Geheimdienst befanden. Der Tenor der Beiträge aus dem Publikum war dagegen insgesamt positiv. Zum Teil wurde hervorgehoben, dass es etwas ganz Besonderes war, an einer Moskauer Universität zu studieren, wo Nobel-

preisträger lehrten, mit denen man unkompliziert Kontakt aufnehmen konnte. Das hatte den Charakter von Weltläufigkeit. Christine Titel lobte die sehr solide Ausbildung, bei der aber ein strikter Plan einzuhalten war, was einen „Acht-Stunden-Tag“ bedeutete. Trotzdem war aber noch genug Zeit, um andere Menschen kennenzulernen, in die Oper oder ins Kino zu gehen. Viele unternahmen sogar Reisen, z.B. in den Kaukasus, ohne sich an die Regeln zu halten, nämlich die dafür notwendigen Genehmigungen einzuholen. Ein ehemaliger Student aus dem Publikum schilderte sein herzliches Verhältnis zu den russischen Gastgebern. Während seines Aufenthalts seien ihm die Menschen ohne Vorurteile begegnet. Er habe während seiner Studienzeit in Moskau eine Ersatzmutter gehabt, die als Übersetzerin bei den Nürnberger Prozessen gearbeitet habe. Trotz dieses beim Prozess erworbenen Wissens um die Verbrechen der Deutschen habe sie alles geliebt, was deutsch sei.

Das Essen bei ihr sei wunderbar gewesen. Ein anderer Gast aus dem Publikum zitierte den bekannten Satz aus Russland „Wir lieben die Deutschen und hassen die Faschisten“.

Was bleibt als Fazit dieses Abends? Die kollektive Erinnerung an die Verbindung von Berlin nach Russland ist natürlich bei den Ostberlinern allein aufgrund der Zahl der in Russland Studierenden weitaus größer als bei den Westberlinern. Die Erinnerungen sind bei vielen noch sehr präsent und die Erfahrungen haben vielfach das gesamte Leben geprägt.

Und schließlich: Neben der offiziellen Begegnung hat es immer eine besondere Beziehung unter den Menschen im Alltagsleben gegeben. Die Deutschen waren von der „russischen Seele“ beeindruckt, mit der fremden Menschen begegnet wird und auch schwere Krisen überwunden werden.

## Beiträge

Zusammengestellt von Jürgen Karwelat

**Dr. Christine Titel, Jahrgang 1960, geborene Borsdorf, Diplom-Biologin, besuchte in Berlin die Schule und machte 1977 Abitur an der Martin-Luther-Universität Halle (Saale), Arbeiter- und Bauern-Fakultät „Walter Ulbricht“, dem Institut zur Vorbereitung auf das Auslandsstudium.**

Von 1978 bis 1984 studierte sie an der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität an der Biologischen Fakultät, mit der Spezialisierung Pflanzenphysiologie. Diplomarbeit am Institut für Pflanzenphysiologie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Danach Studium an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort Promotion 1989. Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Anstellungen an der Humboldt-Universität bis zum Jahr 2000. Seit 2001 ist

sie selbständig tätig. Sie ist Inhaberin einer Agentur für Veranstaltungsorganisation und Kommunikation für die Wissenschaft (con gressa GmbH, Berlin).

Dr. Christine Titel, eine der Gesprächspartnerinnen des Abends, stellte einige ihrer Dokumente im Zusammenhang ihres Studienaufenthaltes in Moskau zur Verfügung



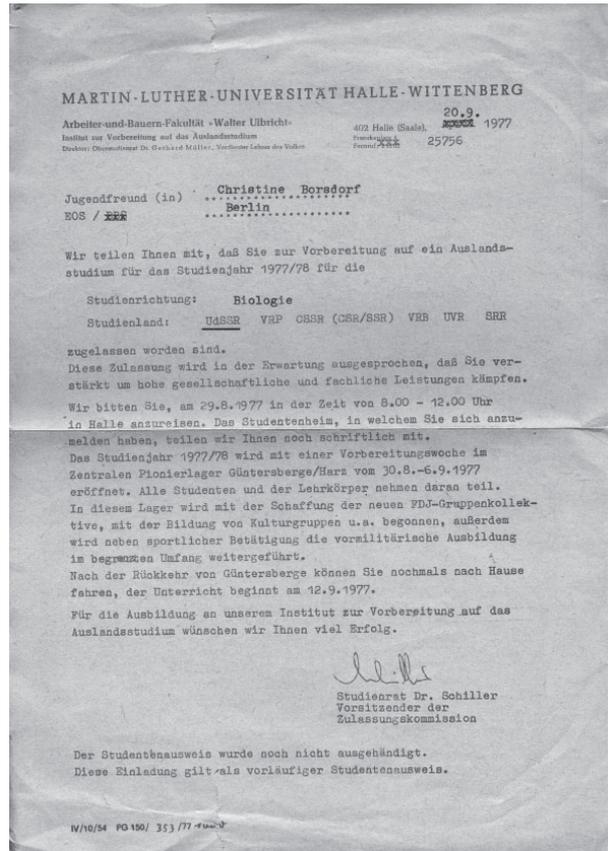
Laborpraktikum am Lehrstuhl für Pflanzenphysiologie der Biologischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität. Die DDR-Studentin Christine Titel mit ihren sowjetischen Kommilitonen Lena und Alexander im Jahr 1982 (im Vordergrund links eine Lehrkraft des Lehrstuhls). Foto privat



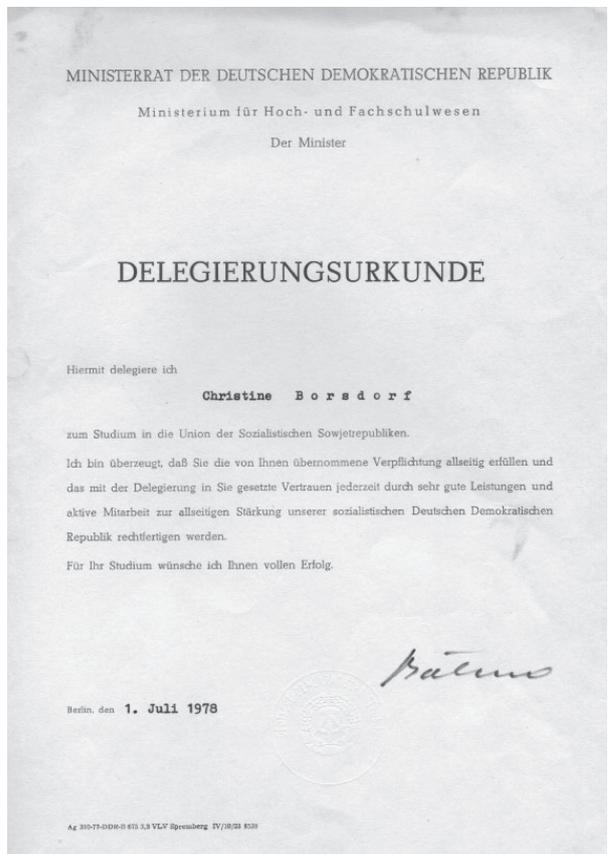
Laborpraktikum am Lehrstuhl für Pflanzenphysiologie der Biologischen Fakultät der Moskauer Lomonossow-Universität. Die DDR-Studentin Christine Titel im Jahr 1982. Foto privat



Russisches Diplom von Christine Borsdorf



Zulassung zur Arbeiter- und Bauernfakultät zur Vorbereitung auf das Auslandsstudium



Delegierungsurkunde von Christine Borsdorf

### „Russland kann man nur glauben“

Helmut Kinne, Jahrgang 1932, Dipl. Ing. für Eisenhüttenkunde und Studiendirektor, studierte von 1959 bis 1962 an der Moskauer Hochschule für Stähle und Legierungen, zuerst in der Form eines Zusatzstudiums, dann als „Aspirant“ zur Erstellung einer wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Stahlerzeugung. Nach einer Ausbildung als Thomasstahlwerker in der Maxhütte Unterwellenborn (1951-1952) und einem Auslandsstudium an der Metallurgischen Hochschule (1952-1957) in Dnepropetrowsk/heute Dnipro (Ukraine) arbeitete er im Stahl- und Walzwerk Brandenburg als Schichtleiter (1957-1959). 1963 wurde er zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Volkswirtschaftsrats der DDR berufen. 1972 bis 1978 Direktor der Ingenieurschule für Walz- und Hüttenwerktechnik in Riesa. 1978 bis 1990 arbeitete Helmut Kinne im Ministerium für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, gleichzeitig internationale Zusammenarbeit im RGW auf dem Gebiet der Werkstoffe, seit 1990 im Ruhestand, verschiedene Einsätze als Experte im Rahmen des Senior Experten Service (SES), Bonn.



Helmut Kinne im Jahr 1962, Foto privat

Dem Auslandsaufenthalt ging ein Vorbereitungssemester in Halle voraus. Im September 1959 kam Kinne mit drei weiteren Metallurgiestudenten nach Moskau. Sie wurden im verhältnismäßig komfortablen neuen Wohnheim der Hochschule für Erdöl untergebracht, in dem weitere 15-20 Studenten aus der DDR und Studenten aus anderen Ländern wohnten. Seine „Aspirantur“, die die Studienzeit erheblich verlängerte, beschreibt Kinne folgendermaßen:

„Das bedeutete, durch die Lösung eines wissenschaftlichen Problems einen Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft und zur Gestaltung des ge-

sellschaftlichen Systems des Sozialismus zu leisten, die moderne wissenschaftliche Arbeitsmethodik zu beherrschen und sich Kenntnisse der sozialistischen Wissenschaftsorganisation anzueignen.“

Voll des Lobes für seine sowjetischen Professoren, sowohl in fachlicher Hinsicht, als auch im menschlichen Umgang, übt Kinne Kritik an den unzulänglichen technischen Voraussetzungen an der Hochschule, an der wissenschaftliche Experimente schon an einfachen Dingen wie Dichtungen und Reglern scheitern konnten. Dem Glasbläser schob er ab und zu eine Flasche Wodka zu, damit dieser ihm die fehlenden Gläser herstellte. „Das war gängige Praxis.“ Ersatzteile besorgte er sich zuweilen aus der DDR. Außerdem herrschte Bürokratie und ein ausgeprägtes System von Geheimhaltungsvorschriften für die angeblich rüstungsrelevante Forschung. Andererseits zeigt sich Kinne außerordentlich beeindruckt von dem kulturellen Niveau seiner Mitstudenten, die sich für Kunst, Literatur, Theater und Tanz interessierten.

Dies schildert er folgendermaßen:

„Ich unterhielt mich häufig mit den Laboranten und mit A. G. Swjaschin. Auf dem Tisch befand sich Bier, Brot, Wurst und Zwiebeln. Die Gespräche drehten sich um das Leben und was man zum Leben braucht. Wir einigten uns, das es eigentlich nicht viel sein muss: ein wenig Glück, Entwicklung eigener Fähigkeiten, einen Platz im Leben, ein wenig Anerkennung, viel Liebe geben und nehmen und vor allem Gemeinschaft. Die russische Seele sagte mir seit meinem Studium in Dnepropetrowsk sehr zu: Die Fähigkeit der Russen zum Tanzen, Lachen, Singen und Trinken imponierte mir sowie ihre erstaunliche Gastfreundschaft. Gleichzeitig lehnte ich ihren Langmut ab und den Zustand ihrer sanitären Einrichtungen.“



Mitstudenten vor dem Studentenwohnheim der Erdölhochschule, Leninprospekt Moskau 1960, Foto privat

Das überzeugte SED-Mitglied fasst seinen Moskauaufenthalt wie folgt zusammen:

„Ich denke oft an die schönen Studienjahre in Dnepropetrowsk und die Aspirantur in Moskau zurück. Für meine Lehrer und Freunde in der UdSSR bestand die Wahrheit immer im Aufbau des Kommunismus. Diese Wahrheit erklärten sie mit einer eigenen und besonderen Entwicklung. Sie vollzog sich in der Gegenwart, weniger in der Vergangenheit oder Zukunft, mehr aus dem Glauben und dem Gefühl heraus als aus dem Verstand. Ähnlich klingen die Worte von Fjodor Tjuschew (1803-1873), Absolvent der Moskauer Universität, als er Rußland mit den Worten charakterisierte:

„Der Russen Land, ein eigen Land, von ganz besonderer Natur. Nicht zu erfassen mit Verstand, an Rußland kann man glauben nur.

Gefühle hält kein Damm zurück. Jedoch um Wahrheit zu ergründen,  
Reicht nicht der Glaube nur allein – Verstehen muß man Rußlands Sein!“

Nach 39 Monaten Aufenthalt in Moskau kehrte Helmut Kinne am 1. Dezember 1962 in die DDR zurück. Später war er an entscheidender Stelle am Aufbau des Kaltwalzwerks in Eisenhüttenstadt beteiligt.

### **Die Zitate und Fotos wurden entnommen:**

Helmut Kinne, Erinnerungen: Flucht nach Moskau 1959-1962, unveröffentlichtes Manuskript.

### **Literatur:**

Кинне, Гельмут «Днепропетровский Металлургический Институт. Воспоминания немецкого студента 1952-1957» (Dnepropetrowsker Metallurgische Hochschule. Erinnerungen eines Deutschen Studenten 1952-1957) «Філософія, культура, життя. Міжвузівський збірник наукових праць, випуск 5, «Наука і освіта» Дніпропетровськ – 1999. (Erinnerungen eines deutschen Studenten in Dnepropetrowsk)

Kinne, Helmut „Die Flucht nach Moskau“, S. 82-100, in; Autorenkollektiv „Unsere Jahre am MISiS. Erinnerungen“ 2010, Verlagshaus MISiS Moskau, 138 Seiten, (Bücherreihe „MISiS und Zeit“), ISBN 978-5-87623-365-3.

## „Wolnodumstvo“ – Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts Freigeisterei an der Moskauer Lomonossow-Universität.

Von Gerd Kaiser

**Gerd Kaiser, Historiker und Publizist, geboren 1933, war einer der ersten DDR-Studenten an der Moskauer Lomonossow-Universität. Er studierte dort in der Zeit von 1951 bis 1956 das Fach Geschichte. In der DDR war Kaiser dann von 1956 bis 1968 bei der Nationalen Volksarmee, danach bis 1991 beim Deutschen Fernsehfunk (soziologische Forschungs- und Programmarbeit). Seitdem Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie zur deutschen Militärgeschichte im 20. Jahrhundert.**

Die Zeit des Studienaufenthalts von Kaiser war durch den Tod von Stalin und die folgenden inneren Kämpfe der KPdSU zur Entstalinisierung geprägt. Davon blieb die Universität und blieben auch die Auslandsstudenten nicht unberührt. Gerd Kaiser schildert mit Sachkenntnis die internen Auseinandersetzungen, die häufig zur Verbannung der betroffenen Wissenschaftler führten.

Der Aufenthalt in Moskau hat Gerhard Kaiser für den Rest seines Lebens geprägt. Damals geschlossene Freundschaften haben sich in die nächsten Familiengenerationen fortgesetzt. Seine Moskauer Erlebnisse hat Gerhard Kaiser in dem Buch „Arbeit hat bitt`re Wurzeln, aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslandsstudiums deutscher Studenten“, 2.Auflage Berlin. 2010, 187 Seiten, zusammengefasst.

Der Blick, mehr als ein halbes Jahrhundert zurück, erinnert an Geschehnisse meiner Studienzeit. 1951 nahm ich, Jahrgang 1933, seinerzeit einer der ersten und zugleich der jüngste DDR-Auslandsstudent, mein Studium an der Fakultät für Geschichte der traditionsreichen Moskauer Lomonossow-Universität auf. 1956 schloss ich ab.

Eine Kette vielfältiger und differenzierter innen- wie außenpolitischer Geschehnisse in den 50er Jahren leitete, begleitet und gefolgt von personellen Veränderungen, tiefgreifende politische, wirtschaftliche und soziale Erosionsprozesse ein. Diese führten letztendlich zur Auflösung des GULag-Systems der Hauptverwaltung Lager in der UdSSR, sowie der nationalen Metastasen des Lagersystems und des Lagerdenkens. Die Menetekel der 50er Jahre, 1953 (u. a. in Workuta und in der DDR) und 1956 (u. a. im Juni in Poznan und landesweit im „polnischen

Oktober“ sowie im Spätherbst in Ungarn) blieben unverstanden, wurden weitgehend negiert. Wenige Jahrzehnte später folgten der völlige Zusammenbruch und der vollständige Auseinanderfall des Lagers, ein wohl nicht zufällig mehrdeutiger Begriff.

Die massenhaften Entlassungen im „kalten Sommer“ 1953 aus den Lagern von der Kolyma über Workuta bis Karaganda und darüber hinaus, waren selbst in Moskau für die Auslandsstudenten unübersehbar. Zu den 1.3 Mio „Früh“- Entlassenen, zudiktierte acht oder zehn Jahre Lagerhaft galten als „Kinderzeiten“, kamen 1954/55 nochmals weitere knapp 200.000 entlassene Häftlinge. Sie tauchten nicht nur in den Hinterhöfen und im Umland der Hauptstadt Moskau auf, etwa in den Vorortzügen, sondern auch im Vorhof der alten Universität, gegenüber vom Kreml. Neben den abgerissenen ehemaligen Häftlingen gehörten im ersten Nachkriegsjahrzehnt auch noch beinamputierte Kriegsinvaliden zum Straßenbild. Mitte der 50-er Jahre erbaten sich die Kriegsverehrten in der Regel eine „Trjoschka“, das damalige Drei-Rubel-Scheinchen. Das Straßenbild prägten außerdem, und noch für viele weitere Jahre, die Leute vom Land, die zum Brot- und Zwiebackeinkauf u.a. nach Moskau kamen. Den weitesten mir bekannten Einkaufsweg legte mehrmals im Jahr ein Mann aus dem Ural zurück.

All dies passte nicht ins vorgezeichnete oder gestanzte Bild vom hehren Sowjetland, mit dem die meisten der Auslandsstudenten nach Moskau oder Leningrad kamen (andere Städte waren anfangs für DDR-Studenten „gesperrt“). Wer sehen wollte, sah jedoch auf Schritt und Tritt auch diese traurig-rauhe Wirklichkeit.

Von den Massenstreiks und Unruhen in der DDR Mitte Juni 1953 erfuhren wir Auslandsstudenten

ten zuerst allein von Fred Oelßner Genaueres, der 1950-1958 dem Politbüro der SED angehörte. Er sprach über seine Erfahrungen im DDR-Chemiebezirk, aus dem er stammte, und dabei auch über seine Gespräche mit Streikenden. Fred Oelßner hatten wir DDR-Auslandsstudenten das unvergleichlich hohe Stipendium von 800 Rubeln monatlich zu verdanken, für die von uns nichts anderes, als fleißig und gründlich zu studieren verlangt wurde.

Zu Anbeginn des Jahres 1956 machte, ab 03.45 Uhr, in der Nacht nach Abschluss des 20. Parteitages, lange vor Tagesanbruch, ein Abgesandter Nikita Chruschtschows die seinerzeitige SED-Delegation mit dem sogenannten Geheimreferat bekannt. Daraufhin erhielt Karl Schirdewan, einer der Begleiter Walter Ulbrichts, den salbungsvollen Ratschlag: „Du kannst ja ruhig sagen, dass er (gemeint war Stalin) kein Klassiker war.“ Vor uns Studenten aus der DDR zeigte Walter Ulbricht sich im großen Hörsaal Nr. 1 auf den Leninbergen, es bot anderthalb Tausend Studenten Platz, deutlich enerviert. Auf die direkte Frage des Jurastudenten Hans Bär antwortete er gereizt, was er noch oftmals wiederholen würde: „Bei uns gab es keinen Personenkult“. Warum die DDR bis Mitte 1956 21.000 Häftlinge vor Ablauf ihrer Haftzeiten entließ, blieb sein ureigenes staatsmännisches Geheimnis.

In diesem Auditorium Nr. 1 wurden seit 1954 von sowjetischer Seite für Auslandsstudenten ab und an wichtige Parteibeschlüsse vollständig oder teilweise in größerem oder kleinerem Rahmen verlesen, nunmehr (kurze Zeit später nach Ulbrichts referierendem Kurzvortrag), auch größere Originale der Parteitagsrede Nikita Chruschtschows.

Unter vier Augen war auch von Anatoli („Tolja“) Tschernajew, Absolvent der Historischen Fakultät, Genaueres über Nikita Chruschtschows Referat zum „Personenkult“ zu hören. Tolja war nach Kriegsteilnahme und Verwundung wieder an die Fakultät zurückgekehrt, promovierte und gehörte 1950-1958 zum Lehrstuhl für neue und neueste Geschichte, wo ich ihn kennenlernte. Später war er Mitglied des ZK der KPdSU.



„Zu Füßen“ von Michail Lomonossow im Vorhof der „Alten Universität“ (von links nach rechts): Gerhard Falk (Jur. Fak.), Lothar Rüster (Jur. Fak.), Galina Iwanowna (Dozentin, Sprachlehrerin Russisch), Gerd Kaiser (Hist. Fak), Wolfgang Bradter (Phil. Fak) 1953), Foto privat

Mein Blick auf den Anbeginn der vielschichtigen evolutionären Prozesse in den 50er Jahren an der MGU (Moskauer Lomonossow-Universität) fasst lediglich einen schmalen Ausschnitt ins Auge. Das 1948 beschlossene Bauprogramm verwirklichend, errichtete der Sowjetstaat am damaligen Stadtrand, auf den ursprünglichen Sperlings-, nunmehr Lenin-, inzwischen wieder Sperlingsbergen, eine großzügige Anlage für die MGU. Am Vormittag des 1. September 1953 erfolgte die Übergabe des ersten Bauabschnittes an die internationale Studentenschaft und den Lehrkörper. Hier studierten neben sowjetischen Studenten (nicht vergessen werden sollte: Jeder ausländische Student bedeutete einen Studienplatz weniger für ein Landeskind!) auch Studenten aus weiteren Staaten, seit Anfang der 50er Jahre auch aus der VR China und aus der DDR.

In der Erinnerung an die Studienzeit dominieren bei mir, wie bei den meisten Absolventen, das hohe Niveau der wissenschaftlichen Ausbildung und Lehre, die durchweg freundschaftliche Aufnahme und das kameradschaftliche Miteinander unter, in den ersten

Studienjahren, spartanischen Bedingungen. Die Prüfung „auf engstem Raum“, bis letztendlich alle Studenten auf den Leninbergen in den neuen Anlagen der traditionsreichen Universität ein eigenes Zimmer mit Bad bewohnen konnten, bestanden die DDR-Studenten bis auf seltene Ausnahmen. Bereits hier und in dieser Zeit entstanden Freundschaften, die sich über Jahrzehnte und bis in die jüngste Gegenwart bewährten, bei meiner Familie inzwischen seit drei Generationen.

Das Studentenwohnheim Stromynka der Moskauer Universität bot von alters her, nachdem es als zaristische Kaserne ausgedient hatte, jeweils einigen tausend Studenten eine spartanische Unterkunft. Ihrer internationalen Belegung wegen galt die Stromynka umgangssprachlich-selbstironisch als „tjurma narodow“ (Völkergefängnis). Hier wohnte auch der Jurastudent Michail Gorbatschow (letzter Generalsekretär der KPdSU und letzter Staatspräsident der UdSSR) in seinem ersten Studienjahr mit knapp zwei Dutzend Studenten in einem Zimmer. In meinem ersten Studienjahr 1951/52 war Nikolai („Kolja“) Obuschenkow mein „Starosta“, mein Zimmerältester. Wir wohnten, deutlich mehr als ein Dutzend Studenten, gemeinsam in einem Zimmer mit Blick auf den begrünten Innenhof der ursprünglich alten Kaserne. Mir stand wie allen Mitbewohnern ein Feldbett, Matratze und Bettzeug zu, meine bescheidenen Habseligkeiten hatten ihren Platz im Koffer unterm Feldbett. Bücher, die zur Hand sein mussten, standen auf einer der Stellagen, die dicken Wintermäntel, von uns DDR-Studenten despektierlich „gos-pal' to“ oder auch „gos-meschok“, „Staats-Sack“ genannt, hingen auf einem Kleiderständer in einer Ecke.

Nach dem Umzug auf die Leninberge bezog ich ein Einzelzimmer, erreichte fußläufig die vielfältigen sozialen und wissenschaftlichen Einrichtungen auf dem neuen Universitätsgelände, wo sich auch die Wohnung meines verehrten Lehrers Prof. Ilja Sawitsch Galkin befand, der in den schweren Kriegs- und frühen Nachkriegsjahren Rektor der MGU gewesen war, und in dessen Familie ich freundschaftlich aufgenommen wurde, ein Kontakt, der mit Ilja Sawitschs Tochter Tatjana bis in die Gegenwart reicht.

Kolja Obuschenkow blieb auch während der langen Semesterferien im Wohnheim, um seine Eltern zu entlasten, die über ein nur schmales Auskommen verfügten. Neben ihm gehörten Leonid (Ljowa) Krasnopewzew und Nikolai (Kolja) Pokrowski, zu den Köpfen der aufrührerischen Studentenschaft an der Historischen Fakultät der MGU. Ljowa Krasnopew-

zew skizzierte die Situation „an unserer (...) und auch an anderen Fakultäten“ Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre: „Immer mehr Studenten (begannen) sich auf die unterschiedlichste Art und Weise vom Bolschewismus zu lösen, so auch unser Studiengang der Jahre 1947-1952“. Vor allem nach den letzten Veröffentlichungen Stalins zur Sprachwissenschaft und zur Ökonomie überschritten die Freigeister die „historische Trennlinie“. Die Geschehnisse seit 1953 waren Anstoß genug, sich auch schriftlich zu artikulieren. Krasnopewzew war in jener Zeit Mitverfasser von zwei knappen Schriften, sie entstanden 1953/54, und alleiniger Autor einer dritten Schrift, die er 1955/56 verfasste. Nachdem die Staatstrauer im Frühjahr 1953 vorbei war, erklärten größere Gruppen sowjetischer Studenten, überwiegend an den naturwissenschaftlichen Fakultäten, die bisher der KPdSU bzw. dem Komsomol angehört hatten, ihre Mitgliedschaft für beendet. Das hatte es massenhaft bisher nicht gegeben. Nach einer Serie von gezielten Gesprächen, organisiert von der aufgeschreckten Partei, nahmen die meisten von ihnen ihren Austritt wieder zurück. Allerdings „verloren“ nunmehr zahlreiche Mitglieder ihre Ausweise. Als Zeichen des „Tauwetters“ nach Stalins Tod verlangten nicht nur einzelne sondern mehr oder weniger große Studentengruppen, die Aufgabe des Dogmatismus und eine umfassendere Wissensvermittlung. Die sich über Monate hinziehenden Auseinandersetzungen führten dazu, dass noch in der ersten Hälfte der 50er Jahre eine Gruppe dieser Studenten sich mit einem Brief an das ZK der KPdSU wandte, in dem der Zustand an der MGU kritisch dargestellt und Veränderungen verlangt wurden. Eine Woche vor dem Brief hatte sich der Kernwissenschaftler Lew Landau mit aufmüpfigen Studenten der Physik im Wohnheim in der Stromynka getroffen. Sie berieten über die Lage an der Fakultät. Kernphysiker wie Kapiza, Leontewitsch u. a. unterstützten Landau. Sie verließen ebenso wie dieser die Universität, ihre Studenten unterrichteten sie nunmehr zeitweise an ihren Arbeitsstätten bzw. unter dem Schutzschild der Kernforschung. Der war unantastbar. Die Fakultät antwortete, indem sie die Stundenzahl für Physikstudenten in „ML“, „PolÖk“, „DiaMat“ und „HistMat“ erhöhte. In den Jahren ab 1953/54 taten sich einige polnische Studenten der MGU in einem satirisch gemeintem „Verband alter Bolschewiki“ zusammen, in den aufgenommen zu werden, ich die Ehre hatte. Da der namensgebende Verband, 1922 gegründet und im Zuge der Stalinisierung am 2. August 1935 aufgelöst, ein Großteil seiner Mitglieder politisch verfolgt und z. T. erschossen worden war, blieb die „Wieder“- bzw. „Wider“- Auferstehung nicht unbe-

merkt und schon gar nicht ungerügt... Auseinandersetzungen begannen Anfang 1956, ähnlich wie an der Fakultät für Physik, um die Qualität von Lehre und Forschung u. a. an der Biologischen Fakultät. Hier ging es gegen Scharlatane wie Lyssenko und dessen Anhänger, um die Anerkennung moderner Forschungen, vertreten von Genetikern wie Nikolai Dubinin und Nikolai Timofejew-Ressowski. Letzterer – aus der Lagerhaft geholt – konnte in einem Forschungsinstitut der sowjetischen Kernforschung seine Arbeit als Genetiker und Biophysiker fortsetzen.

Seit Frühjahr 1956 trafen sich, so die Erinnerung von Kolja Obuschenkow, acht bis zehn Nachwuchswissenschaftler der Fakultät zu Diskussionsrunden. Im Frühjahr 1956 versetzte ein Studentenstreik nicht nur das Wohnheim in der Stromynka in Aufruhr. Er begann, nachdem Studenten am 21. Mai einige Kilogramm verdorbener Sardel'ki (eine Art Bockwürste) im Angebot des Speisesaals entdeckt hatten. Nach russischer Tradition der „gorochewyje bunty“ (Kinogänger seien an den Film „Panzerkreuzer Potjomkin“ erinnert!) riefen Studenten, unter ihnen vorneweg Historiker, zu einem mehrtägigen Boykott des Speisesaals auf. Daraufhin qualifizierte die Universitätsparteileitung, unterstützt von den Kreis- und der Stadtparteileitungen Moskaus, den Boykott als „kleinbürgerliche Unmoral, Anarchie und politische Unreife von Seiten einer Gruppe Studenten des Wohnheims in der Stromynka“ ab.

Das Studienjahr 1957 begann wie es 1956 geendet hatte, mit politischen Auseinandersetzungen der Studentenschaft der Historischen Fakultät. Ausgangspunkt war u. a. ein „kapustnik“, ein selbstgestaltetes satirisches Programm, begleitet von einfachem Imbiss und gemeinschaftlichem Umtrunk. Die Agitbrigade der Studenten der Fakultät, zurückgekehrt von der Erntehilfe bei der Neulanderschließung in Sibirien, verlachte in ihrem Programm Bürokratismus, Formalismus im Komsomol, die Oberflächlichkeit junger Wissenschaftler in der Lehre und die Überheblichkeit von „Beststudenten“. Die Kritisierten beschwerten sich bei der Parteiorganisation der Fakultät, verlangten die Mitwirkenden des Abends „zur Verantwortung“ zu ziehen. Das war Anlass für eine Sitzung der Parteileitung „Zum Zustand der ideologisch-politischen Arbeit an der Historischen Fakultät“. Jurij Saprykin, Parteisekretär der Fakultät, wehrte die Kritik rundum ab, bezog sich dabei auf die politischen Auseinandersetzungen 1956 an der Fakultät „bei denen es (...) zu einer Reihe politisch falscher Auftritte von Studenten kam, fallweise an-

tisowjetische Flugblätter verteilt wurden“. Namentlich wurden als „Rädelsführer“ der politischen Opposition die Absolventen der Fakultät und nunmehr Aspiranten bzw. Nachwuchslehrkräfte wie Nikolai Pokrowski und Nikolai Obuschenkow sowie Leonid Krasnopewzew und weitere, aktive Teilnehmer am Boykott der Mensa im Wohnheim genannt. Die politischen Auseinandersetzungen an der Historischen Fakultät setzten sich auch 1958 fort. Juri Saprykin bezeichnete im Herbst 1957 und Februar 1958 den „Kampf gegen den Revisionismus als eine der Hauptaufgaben der ideologisch-erzieherischen Arbeit“.

Obwohl nicht zur Gruppierung der „Volnodumzy“ gehörend, wurden, weil sie im Zuge der Zeit nach neuen Ansätzen in Forschung und Lehre suchten, einige Historikerinnen und Historiker der Historischen Fakultät aus ihren Wahlfunktionen in der KPdSU verdrängt. Das betraf u. a. die Dozentinnen Irina Beljawschaja (Sie forschte und lehrte zur Geschichte Polens) und Karolina Misiano (Sie forschte zur Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung Italiens), deren Vater Francesco, auf dem Weg ins revolutionäre Russland, sich in Berlin an den Kämpfen der Novemberrevolution 1918 beteiligt hatte. Mit seiner Familie in die UdSSR übersiedelt, scheute er sich nicht, z. B. kulturelle Geschehnisse anders zu beurteilen als Stalin. Erneut gemäßregelt wurde auch der Dozent Naum Sastenker, dessen Spezialseminar zur Geschichte der Ideen des Sozialismus ich besuchte. In den 30er Jahren war er im Ural inhaftiert gewesen, forschte und lehrte danach jedoch an der MGU.

Nachdem sich seit Frühjahr 1956 Studenten und Nachwuchswissenschaftler zu Diskussionsrunden trafen, blieben deren Aktivitäten nicht unbeobachtet. Beteiligt waren sowohl der KGB als auch das Justizwesen. Die Zuspitzungen mündeten in einen politischen Strafprozess: Zehn Studenten und Aspiranten sowie Absolventen wurden angeklagt und abgeurteilt. Die Strafjustiz richtete sich jedoch vor allem gegen die führenden Köpfe der aufrührerischen Nachwuchswissenschaftler Nikolai (Kolja) Obuschenkow, Nikolai (Kolja) Pokrowski und Leonid (Ljowa) Krasnopewzew.

Obuschenkows Arbeitsgebiet waren die kommunistische und die Arbeiterbewegung in Deutschland und in Italien sowie die gesellschaftlichen Entwicklungen in Polen, Ungarn und Jugoslawien, aus dem seit 1954 erstmals wieder Nachwuchswissenschaftler an die MGU kamen.



Kremlbesichtigung 1955, nachdem dieser zugänglich wurde. Unter der „Zar Puschkin“ (nie genutzt) von links nach rechts: Fredi Sumpf, Ulla Plener, Hans Haubold, Gerd Kaiser, Hans Bach, Heinz Deutschland, Gerda Weinberger (alle Historische Fakultät der Lomonossow-Universität), Foto aus: Gerd Kaiser, Arbeit hat bittere Wurzel..aber süße Frucht, Seite 84.

Ljowa Krasnopewzew stellte bei einer der Zusammenkünfte fest, dass Obuschenkow und Pokrowski „am weitesten bei der Überwindung dogmatischer Schlagworte in der Geschichtswissenschaft gekommen waren...“. Obuschenkows Fazit: „Wir stellten uns bewusst gegen das System von Proizwol/Willkür und Nasilija/Gewalt“. Die wesentlichen Elemente unseres Wirkens waren: „Wir trafen uns, diskutierten und wirkten illegal.“ Das von Krasnopewzew und mir verfasste Flugblatt vom Sommer 1957, wir unterzeichneten es als „Verband der Patrioten“, richtete sich gegen die „Stalinschtschina“ (obwohl wir den Begriff nicht benutzten) und dessen frühere Helfershelfer (zu denen Chruschtschow gehörte). Wir forderten: eine Stärkung der Rolle der Sowjets, traten für Massendiskussionen und -bewegungen ein. Obuschenkow und Pokrowski waren in ihren Urteilen über die Geschehnisse, Krasnopewzew zufolge, am weitesten vorangekommen.

Im Zusammenwirken der beiden Assistenten und

des Aspiranten der Historischen Fakultät entstand ein Flugblatt mit folgenden Forderungen: 1. Nationale und Parteidiskussion zur Lage. 2. Einberufung eines außerordentlichen Parteitages und Säuberung der Partei. 3. Gericht über Stalins Helfershelfer. 4. Aufhebung der 58er Strafparagrafen. 5. Bildung von Arbeiterräten mit dem Recht die Betriebsleitungen zu verändern. 6. Stärkung der Rolle der Sowjets.

Laut Kolja Obuschenkow war dieses Flugblatt „unser einziges Grundsatzdokument“ und für die Strafverfolgung „ein gefundenes Fressen“. „Verhaftet wurden wir, ohne Hast, zwischen 12. August und 12. September 1957. Einer nach dem anderen, am hellichten Tage.“

Die drei politisch und strafrechtlich Verfolgten, auf die ich mich hier kurz konzentriere, waren durch ihr Studium und weitere wissenschaftliche Arbeit an der Historischen Fakultät ein Jahrzehnt lang mit der Universität verbunden und der Fakultät „dafür dankbar, dass sie uns zu denen gemacht hat, die wir wurden“.

Nikolai (Kolja) Pokrowski, Jg. 1930, hatte 1952 die Historische Fakultät mit Auszeichnung absolviert. 1955 promovierte er mit einer quellenkundlichen Arbeit zum Feudaleigentum in Russland im 14.-16. Jahrhundert. 1957 wegen „Zugehörigkeit zu einer oppositionellen Gruppe“ inhaftiert und 1958 zu sechs Jahren verurteilt, kam er bis 1963 aus der Moskauer Lubjanka in Lager Mordowiens, wurde 1989 rehabilitiert und ist seit Anfang der 90er Jahre Mitglied der Akademie der Wissenschaften Russlands und Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen.

Leonid (Ljowa) Krasnopewzew, Absolvent und Aspirant am Lehrstuhl Geschichte der KPdSU der Historischen Fakultät, erhielt im gleichen Verfahren 10 Jahre ITL (Ispravitelny Trudowoj Lager/Arbeits- und Besserungslager), die er wie der Vorgenannte und der Nachfolgende vom ersten bis zum letzten Tag im Lager verbrachte. Nach Lagerzeit und Verbannung arbeitete er als Kustos des Museums der russländischen Mäzene und Wohltäter in Moskau. Ein von ihm verfasstes Memorandum (1955/56) -es blieb in seinen Strafakten erhalten- dokumentiert seine schrittweise Überwindung des Marxismus.

Nikolai Obuschenkow (Kolja), Jg. 1930, nach Haft und Verbannung wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften Russlands, war nach fünfjährigem Studium, ich lernte

ihn, wie erwähnt, als meinen Zimmergenossen, in meinem ersten, seinem letzten Studienjahr 1951/52 näher kennen, ab 1952 Aspirant von Ilja Sawitsch (bei dem ich meine Diplomarbeit über den Kapp-Putsch 1920 schrieb) und Rachel Awerbuch. 1955 verteidigte er seine Dissertation über Deutschland im Ersten Weltkrieg. Beim Studium der staatsmonopolistischen Schritte Deutschlands im Ersten Weltkrieg, gelangte er zu der Auffassung, dass die damaligen Entscheidungen der kaiserlichen Regierung Deutschlands zur Grundlage für Lenins Sozialismusmodell der Jahre 1918-1921 geworden waren, das „Modell einer ökonomischen, sozialen und politischen Diktatur“.

Kolja wurde im gleichen Verfahren wie sein Namensvetter Pokrowski zu sechs Jahren ITL verurteilt. Er verbrachte sie ab April/Mai 1958 im Dubrowlag. Damit sollte er, wie seine Gesinnungsgenossen „für ewig“ aus dem wissenschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Er erhielt jedoch von seinem Lehrer Ilja Sawitsch Galkin wichtige wissenschaftliche Neuer-scheinungen zugesandt. Ähnlich verfahren weitere Wissenschaftler nicht nur der Historischen Fakultät, die ihren verurteilten und verbannten Studenten Publikationen zukommen ließen, um ihnen einen Zugang zum wissenschaftlichen Leben zu erhalten. Seinen Lehrern und Mitstudenten dankte Kolja Obuschen-kow dafür, dass sie „meine Familie jahrelang unter-stützt“ haben. Seine Frau folgte ihm nach russischer Tradition in die Verbannung, denn Obuschenkow und Pokrowski blieben nach den ihnen zugemesse-nen Jahren im ITL aus Moskau verbannt.

„Mein erstes Verhör begann“, so Krasnopewzew, „um 12.00 Uhr mittags und endete am folgenden Tag um 05.00 Uhr in der Frühe“.

Obuschenkow: „Der Text des Urteils und die meis-ten der Materialien in den 20 Bänden unserer „delo“/ unseres Verfahrens enthalten wenig zum Verständnis unserer Verfolgung, weil das meiste verfälscht worden ist“. Wie Kolja Obuschenkow im Nachhinein feststell-te: „Ein ausgewogenes System an Ansichten hatten wir nicht. Wir suchten, wir verstanden auch, dass unsere tagtägliche Arbeit nichts mit der Theorie des Marxismus-Leninismus zu tun hat. (. .) Wir lösten uns vom alten System, verstanden die Notwendigkeit eines neuen, das wir aber nicht in der Lage waren aus-zuarbeiten. 1956 ist für mich das entscheidende Jahr.“

Das Menetekel des Jahres 1956 war nicht verstanden worden, ist jedoch nicht zu übersehen.

### Literaturauswahl

Vitali Afiany: 20. S`ezd. In: gazeta.ru. 26.2.2016.

Fotodokumentation. N. Pokrowski u.a. In: „Istorit-scheski archiv“ . H. 4. 2010. S. 37.

Wladislaw Hedeler/Horst Hennig (Hrsg.): Schwarze Pyramiden, rote Sklaven. Der Streik in Workuta im Sommer 1953. Leipzig. 2007.

Gerd Kaiser: Arbeit hat bitt`re Wurzeln, aber süße Frucht. Reflexionen über die Anfänge des Auslands-studiums deutscher Studenten. Berlin. 2010. (2. Aufl.)

Ders.: Russlandfahrer. Aus dem Wald in die Welt. Tes-sin. 2000. WAGE-Verlag.

„My schli navstretschu vetru i sud`be...“ Vospomi-nanija, stichi i pis`ma istorikov MGU – utschastni-kov Velikoj Otetschestvennoj Voinny. (Stürmen und dem Schicksal entgegen. Erinnerungen, Gedichte und Briefe von Historikern der MGU, Teilnehmern am GVK.). Moskva. 2009.

Igor Orlik: „Nasch kurs. Istfak MGU v 1947-1952“. (Unser Studiengang. 1947-1952). In: „Novaja i Novej-schaja Istorija“. H. 6. 2002

Jevgenija Taranowa: „Vol`nodumstvo“ v MGU. Do-kumental`noje povestvovanije po Protokolam part-koma. 1951-1959. („Freigeisterei“ an der MGU. Nach Protokollen der Parteileitung). In: „Istotschnik“. H. 3. 2002. S. 84-96.

Vlast` i Intelligenzija. „Delo“ molodych istorikow. (Macht und Intellektuelle. Das „Verfahren“ gegen jun-ge Historiker. 1957-1958) In: „Voprosy istorii“. H. 4. 1994. S. 106-135.

# Der Untergang eines Imperiums – Die letzten Tage der Sowjetunion, ein Augenzeugenbericht

---

**Moderation: Peter Lassau**

**Gast: Elfie Siegl, Journalistin, seit 1981 bis heute in Moskau akkreditiert**

**Montag, 12. März 2018**

Von Breschnew über Gorbatschow bis Jelzin vollzog sich in der UdSSR ein dramatischer Wechsel. – Als deutsche Korrespondentin erlebte Elfie Siegl aus nächster Nähe die politischen Kämpfe, die Wechselbäder zwischen Glasnost, Perestroika einerseits und Pressezensur, Angst vor Veränderung andererseits. Ein Blick hinter die Kulissen der Nachrichtenbeschaf-

fung zeigt auf, mit welchen Widrigkeiten es Journalisten bei der Wahrheitssuche zu tun haben und welcher Mittel sie sich bedienen können, um den Dingen auf den Grund zu gehen. Elfie Siegl war von 1981 bis 1992 für den Rias und die FR in Moskau akkreditiert, dann bis Sommer 2003 für die FAZ. Seitdem arbeitet sie – immer noch akkreditiert – als freie Korrespondentin.

## Veranstaltungsbericht

**Peter Lassau (Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)**

**Aus dem Leben einer Korrespondentin in Moskau**

**Neben der Sprachbeherrschung braucht man: Mut, gute Nerven, gute Beziehungen und Instinkt für politische Entwicklungen**

Einen eindrucksvollen Einblick in ihre Tätigkeit als Korrespondentin in Moskau gab Elfie Siegl am 12. März 2018 den ca. 30 Zuhörer\*innen in unserem Laden.

Seit 1981 ist die Journalistin in Moskau akkreditiert und hat so hautnah die dramatischen Veränderungen in aufgewühlten und aufwühlenden Zeiten miterlebt.

Wie kompliziert journalistische Arbeit dort sein kann, wurde ihr gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit deutlich:

Erst mit Tränen der Verzweiflung und mit der Drohung, ihre Akkreditierung zu zerreißen und

an das Außenministerium zurückzuschicken, erreichte sie, dass ihr eine Wohnung zugewiesen wurde. Immerhin wurde das mit einem Glas Cognac mit dem zuständigen 'Beamten' besiegelt.

Die Nachrichtenbeschaffung erfolgte zumeist über ungewöhnliche Wege: Wichtig waren zuverlässige Quellen, 'gut unterrichtete Kreise' also, auf die sich dann Nachrichtensendungen berufen. Wolodja, ein russischer Journalist, war das für Elfie Siegl. Mit seiner Hilfe wurde ihr z.B. schneller als anderen Journalisten klar, wer Breschnews Nachfolger werden würde. Dazu wurde nämlich traditionsgemäß derjenige erkoren, der die Beerdigungszeremonie eines verstorbenen Kremlchefs leitete. (Der Verfasser weiß nicht, ob diese Idee ihre Wurzeln in der Zarenzeit hat.) Dass das so ist und wer das in diesem Fall war, wusste Wolodja. Dem brachte die Weitergabe dieser Information eine ernste Verwarnung ein, und so wurde schnell deutlich, dass das Telefon in einem totalitären Staat nicht das geeignete Kommunikationsmedium ist. Es plaudert sich auch viel besser bei Spaziergängen.

Ein guter Instinkt ist es, der Vorteile bei der Nachrichtenermittlung verschafft. So ist es ein unauffälliger Straßenpassant, der den Hinweis auf ein 'privates



Elfie Siegl, Foto: Elke Mocker

Begräbnis' gibt, bei dem sich die alte Partielite der Breschnew-Zeit einfindet. Zu Grabe getragen wurde ein ehemaliger Minister, der Selbstmord begangen hatte, nachdem er wegen Amtsmissbrauchs und Korruption von Andropow entlassen worden war.

Von großer Bedeutung ist es auch, umlaufende Gerüchte richtig einzuschätzen. Dass Jelzin mit seinem Auftritt im Auditorium der Parteihochschule des Jugendverbandes Komsomol wieder die politische Bühne betreten würde, konnte niemand mit Sicherheit vorhersagen, ahnen konnte man es schon.



Elfie Siegl auf dem Podium des Moskauer Presseklubs der Bertelsmann-Stiftung, Foto privat

Instinkt, Insiderwissen, Gespür für politische Entwicklungen alleine garantieren den Erfolg nicht. Dazu kommen müssen offenbar Courage, Geistesgegenwart und gute Nerven. Diese Tugenden verhalfen Elfie Siegl z.B. dazu, an der besagten Veranstaltung Jelzins teilzunehmen, obwohl der Veranstaltungsort für Ausländer eigentlich tabu war.

Auch ist es sicher nicht jedermanns Sache, mit einem VW-Käfer in eine Panzerkolonne einzubiegen und sich von ihr nach Hause begleiten zu lassen. Will man schnell sein und die heimische Redaktion unmittelbar vom Gang der Dinge unterrichten, kann es freilich sein, dass man (hier besser frau) davor nicht zurückschreckt. So jedenfalls Elfie Siegl, als 1991 Moskauer Bürger mit Boris Jelzin an der Spitze und Journalisten den zum Putsch kommandierten Panzern vor dem Weißen Haus, dem Moskauer Regierungssitz, gegenüberstanden.

Dies markierte den Schlussteil des Vortrags: Die demütigende Entmachtung Gorbatschows und das Ende der Sowjetunion. Klar, dass der überwiegende Teil der Zuhörer\*Innen auf Gorbis Seite

stand, schließlich verdanken die Deutschen maßgeblich ihm ihre Einigung. Aber man muss, denke ich, nicht ein Fan Gorbatschows sein, um Jelzins Umgang mit ihm nach dem Sieg über die Putschisten als schnöde und unangemessen zu empfinden.

Wie auch immer: In der anschließenden Runde ging es um Ursachen für die Niederlage Gorbatschows, die Lage der Menschen in der Ära Gorbatschow und Jelzin.

Klar wurde, dass Gorbatschow im Westen deutlich positiver beurteilt wird als im eigenen Land. Vor allem in Russland, aber auch in anderen Sowjetrepubliken wurde wahrgenommen, dass die Lebenslage sich unter ihm verschlechterte, die Versorgung der Bevölkerung gestört war, während Reformen angekündigt wurden, die keinen schnellen Erfolg brachten. Mit manchen Entscheidungen – so das Gefühl mächtiger Gruppen – verletzte Gorbatschow die nationalen Gefühle der Sowjetrepubliken. Inwieweit der Kollaps des Systems einem ruinösen Rüstungswettlauf geschuldet ist – entsprechend der US-amerikanischen Strategie – inwieweit seine inneren Widersprüche und die Unfähigkeit zu rechtzeitigen Reformen das Ende der Sowjetunion herbeiführten, konnte freilich an diesem Abend nicht geklärt werden. Zurückgewiesen wurden aber Verschwörungstheorien, die in dem bösen langen Arm des CIA die Grundsuppe allen Übels erkannt hatten.

Bedauerlich, dass mit Gorbatschow beginnend und erst recht unter Jelzin sich eine Schicht von zwielichtigen Oligarchen herausbildete, die vor allem an die Rohstoffproduktion und die Schwerindustrie andockte. Bedauerlich auch, dass diese Kreise in London, aber auch in Berlin z.B. als Immobilienspekulanten, Fußballverein-Aufkäufer etc. die dunkelste Seite einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung repräsentieren und uns keine andere Reaktion einfällt, als darüber zu lamentieren.

Eine Zuhörer\*in erzählte von ihrer eigenen Erinnerung an die erste große Bewegung gegen Gorbatschow, die entstand, als der in Kasachstan den einheimischen Republikvorsitzenden durch einen russischen ersetzen ließ – Kunajew durch Kobin. Damals demonstrierten Studenten und es gab Rufe nach der Ablösung Gorbatschows.

Ich finde, dies belegt, dass nicht nur die EU durch aufkeimenden Nationalismus gefährdet ist. Dies scheint ein weltweites Problem zu sein, und es ist zu hoffen, dass es nicht eines weiteren großen Krieges bedarf, um der Menschheit eine nachhaltige, aber möglicherweise tödliche Lektion zu erteilen.

## Vortrag

### Ines Müller und Peter Lassau

Bei dem folgenden Text handelt es sich um eine ausführliche Zusammenfassung des Vortrags von Elfie Siegl.

### Im VW-Käfer mitten in einer Panzerkolonne

Es war sicher das spektakulärste Erlebnis, von dem Elfie Siegl am 12. März den ca. 30 Zuhörern in unserem Laden berichtete. Was war geschehen? – Während Gorbatschow auf der Krim weilte, versuchten 'konservative Kräfte' der sowjetischen Nomenklatura im Jahr 1991 mit einem Militärputsch die Regierung Gorbatschow zu stürzen. Ziel ihrer Aktion war das 'Weiße Haus', der Regierungssitz der UDSSR. Vor Ort, also mitten im Geschehen, unerschrockene Journalisten, darunter auch Elfie Siegl. Schnelligkeit ist in diesem Beruf entscheidend. Die heimatliche Redaktion muss fix über die Ereignisse in Moskau informiert werden. Also schwang sich die Korrespondentin in ihren VW-Käfer, um zu ihrer Wohnung zu gelangen und einen Bericht zu senden. Ein scheinbar hoffnungsloses Unterfangen, denn auf der Straße dorthin rollten endlose Panzerkolonnen. Couragiert und kurzentschlossen fädelt Elfie Siegl ihren Käfer in die Kolonne ein und fuhr inmitten des Pulks unbeschadet und 'sicher' an ihren Zielort.

Das einzige Abenteuer, das die Berliner Korrespondentin in der Sowjetunion und in Russland zu bestehen hatte, war es nicht.

Bereits der Beginn ihrer Tätigkeit in Moskau machte deutlich, dass hier ungewöhnliche Ideen und Einfälle vonnöten waren, um zum Erfolg zu kommen: Die erste Hürde bestand darin, eine Wohnung zu finden. Weder Besuche noch Telefonanrufe bei der UPDK, der zuständigen Dienstleistungsbehörde, noch das Angebot einer Flasche schottischen Whiskey (das war wohl zu wenig) konnten helfen. Erfolg hatten schließlich "Heulen und Zähneklappern" und die Ankündigung, die Akkreditierung als ständige Moskauer Korrespondentin zu zerreißen und dem sowjetischen Außenministerium zurückzugeben.

Der Chef der Wohnungsabteilung tröstete sie schließlich mit einem ordentlichen Cognac und empfahl ihr, die Nerven zu schonen, die brauche sie noch

genug. Kurz darauf hatte sie eine Wohnung im Stadtzentrum, nicht weit entfernt vom Roten Platz.

Bevor Breschnew stirbt, in Moskau als Korrespondentin zu arbeiten und den erwarteten Umbruch danach zu erleben, war Elfie Siegl's Antrieb. Ihr Wunsch sollte in Erfüllung gehen. Sie erlebte am 7. November 1982 ihre erste Militärparade zu Ehren der Oktoberrevolution auf dem Roten Platz, erzählt sie - Breschnew seine letzte. Regen und eisiger Wind herrschten. Das Überleben der Alte nicht, hörte sie einen der ausländischen Gäste sagen, und tatsächlich: Drei Tage später verstarb Breschnew. Überraschend und fremd die Art und Weise, wie eine solche Nachricht verbreitet wurde: Das Staatsfernsehen änderte sein Programm. Statt einer beliebten Schlagersendung spielte ein Orchester in Schwarz Tschaikowskij, ohne Erklärung, welchen Grund diese Programmänderung hatte. Es war klar, dass irgendwas passiert war. Aber was? Gewohnt, zwischen den Zeilen zu lesen, erkannte die Bevölkerung jedoch schnell, was Sache war. Mit Freunden trank Elfie Siegl teuren Krimsekt. Keiner wagte, offen auszusprechen, was der Anlass dafür war. Man trank auf eine bessere Zukunft, aber erst am nächsten Morgen kam die Gewissheit, dass Breschnew nicht mehr lebte und dass damit eine 17 Jahre dauernde "Zeit der Stagnation" zu Ende gehen könnte. Unklar war, wer der Nachfolger sein würde, wie z.B. auch die Nachfolge Putins noch nicht geregelt ist, fügte die Korrespondentin ihren Ausführungen hinzu. Es gab aber die Tradition, dass immer der Leiter der Beerdigungskommission der nächste KPdSU-Generalsekretär und Vorsitzende des Obersten Sowjets wurde. Und wer das sein würde, erfuhr Elfie Siegl unmittelbar nach der TASS-Meldung vom Tod des Kremlchefs per Telefon von einem vertrauten russischen Kollegen. So hatte sie – mit Vorsprung vor den Kollegen – die Möglichkeit per Telex Leonid Andropow als den neuen Mann anzukündigen und ein Portrait von ihm nach Berlin zu senden.

Zwar wurde Wolodja, ihr Informant, daraufhin verwahrt und verpflichtet, nie mehr am Telefon solche Interna weiterzugeben, aber er blieb ihr gewogen und war weiter ihre Informationsquelle, allerdings nicht mehr über das Telefon, sondern z.B. bei gemeinsamen Spaziergängen.

Andropow vermittelte das Bild eines Mannes, der dem Land gut getan hätte. Aber schon kurze Zeit nach Amtsantritt erfasste ihn eine letztlich tödliche Nierenerkrankung. Die letzten Monate seiner nur ein Jahr währenden Amtszeit regierte er vom Bett aus. Gorbatschow sagte später über Andropow, er habe Erwartungen geweckt, dass endlich gegen Stagnation, Korruption und Schlendrian vorgegangen werde.



Juri Andropow, August 1983

Unklar war zunächst, wer der Nachfolger werden würde, bis Tschernenko als Vorsitzender der Beerdigungskommission in Erscheinung trat. Es folgten weitere Monate der Stagnation und Agonie, einer bleiernen Zeit, die Tschernenko schließlich nach nur einem Jahr Amtszeit durch seinen Tod beendete.

Aufschlussreich für den Zustand der SU in dieser Zeit und die Positionierung widerstreitender Kräfte ist eine Beerdigung, von der Elfie Siegl durch einen geheimen Tipp unterrichtet wurde. Interessant schon, wie westliche Korrespondenten an solche Informationen gelangen konnten: Ein Straßenpassant hatte einen westlich gekleideten Menschen, einen Lehrer an der deutschen Schule, gefragt, ob er Ausländer sei. Als der das bejahte, raunte ihm der Moskowiter ins Ohr, ein früherer Minister, der Selbstmord begangen habe, werde nachmittags auf dem Waganskij - Friedhof begraben. Er solle das an ausländische Korrespondenten weitergeben, damit die Welt erfahre, wer da gestorben sei.

Mitte Dezember bei klirrendem Frost begab sich die Korrespondentin zusammen mit einem Kollegen zu besagtem Friedhof. Zwei Milizionäre am Friedhofseingang und einer auf dem Friedhofsgelände, ausgestattet mit Walky-Talkys, einige Männer mit schwarzen Pelzmützen, elegant gekleidete Damen mit Blumengebinden bildeten die Kulisse. Eine ältere Friedhofsangestellte hatte die beiden darüber informiert, dass tatsächlich die Beerdigung einer hochgestellten Persönlichkeit stattfinden werde. Es handelte sich um den vormaligen Innenminister Schtschokow. Der war von Andropow wegen Korruption und Amtsmissbrauch geschasst worden, nachdem er sich illegal gleich mehrere Westautos beschafft hatte. Nach einer Stunde belebte sich die Friedhofs - Kulisse, als zwei Busse eintrafen. Die aussteigenden 200 Akteure bildeten einen Trauerzug: in kostbare Fell- und Pelzmäntel gekleidete Damen, Herren mit schwarzen Aktenköfferchen, unter ihnen auch Breschnjews Tochter Galina und sein Sohn Jurij. Diese Versammlung alter Kräfte wahrte den Privatcharakter der Beerdigung.

### Gorbatschow

Nicht überraschend, dass mit Gorbatschow, dem Nachfolger Tschernenkos, nicht nur für die westlichen Korrespondenten eine spannende und abwechslungsreiche Zeit begann:

Fast täglich passierte etwas Neues. Neue Zeitungen entstanden, die Presse durfte freier berichten, eine Abrechnung mit dem Stalinismus kündigte sich an, alte Größen wie z.B. Bucharin, der unter dem Vorwurf der Spionage 1937 erschossen worden war, wurden rehabilitiert. Im Fernsehen konnte man plötzlich Diskussionen zu historischen Themen und über die soziale Frage verfolgen, neue Vereine und gesellschaftliche Organisationen entstanden, informelle Gruppen, wie z.B. die noch heute bekannte Initiative 'Memorial', deren erstes Projekt darin bestand, ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus zu errichten. (Am 30. Oktober 2017 wurde tatsächlich ein solches Denkmal eingeweiht.)

Für die Korrespondenten der internationalen Presse verbesserten sich die Arbeitsbedingungen. Sie konnten nun 'überall' hinreisen. Wladiwostok, Murmansk, zuvor gesperrte Gebiete waren nicht mehr tabu, auch nicht Interviews mit allen möglichen Leuten.

Bald jedoch zeigte sich die Gefahr, die diese neue Freiheit für das System mit sich brachte:

Eine Demonstration von Krimtataren auf dem Roten Platz forderte ein Rückkehrrecht auf die Krim. Dies war das erste Anzeichen für immer mächtiger werdende Unabhängigkeitsbestrebungen und zunehmende Nationalitätenkonflikte, so, als hätte man das Ventil eines Dampfdruckkessels leicht geöffnet. Dies betraf vor allem die baltischen Staaten, die Ukraine, die Kaukasusregion (vor allem Georgien), Aserbaidschan, Armenien.

Die Abrüstungsbemühungen Gorbatschows waren sozusagen 'alternativlos', konnten aber nicht mehr eine bedrohliche Wirtschaftskrise abmildern, die maßgeblich eine Folge des Rüstungswettlaufs mit dem Westen war. Es fehlte an Lebensmitteln, ein Engpass, der nicht durch gegenseitige Hilfe und Selbstversorgung aus den Datschengärten ausgeglichen werden konnte.

Die Hilfe von westlichen Organisationen, um die Gorbatschow gebeten hatte, wurde kaum freundlich aufgenommen. Wie konnte es sein, dass die Sowjetunion die Deutschen, die sie in einem mörderischen Krieg besiegt hatte, um Hilfe bat? – Wirkliche Wirtschaftsreformen gab es nicht, stattdessen nahmen die Anfeindungen gegen Gorbatschow zu.

Dazu kamen äußere Ereignisse, die den Staat vor riesige Belastungen stellten:

Die Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 hatte nicht nur gravierende materielle Folgen, sie machte auch deutlich, wie unbeweglich und menschenverachtend der Staat mit seinen Bürgern umging: So erfolgte noch kurz nach dem Super – GAU mit großem Pomp die Maidemonstration in Kiew. Ein verheerendes Erdbeben 1988 in Armenien mit über 20.000 Opfern veranlasste Gorbatschow mitten im Kalten Krieg Westeuropäer und US-Amerikaner um Hilfe zu ersuchen, die auch gewährt wurde.

Weiter war die gesamte Gorbatschow-Ära davon geprägt, dass es in Regierung und Parteiführung mächtige Gegenspieler gab, z.B. den Außenminister Gromyko.

### Der Putsch vom August 1991

Zum Verhängnis wurde dem russischen Politiker, dem die deutsche Wiedervereinigung zu verdanken ist, letztendlich die Brisanz des Nationalitätenproblems, die er vielleicht unterschätzt hatte. Als strikter Gegner der Loslösung einzelner Republiken aus dem Staatsverband hatte er geplant, seinen Urlaub

auf der Krim am 21. August 1991 zu unterbrechen, nach Moskau zu reisen und mit den Chefs mehrerer Sowjetrepubliken einen Unionsvertrag abzuschließen, der die Macht des Zentrums erheblich eingeschränkt hätte zugunsten der Republiken. – Angesichts der Gesamtlage wohl ein kluger Kompromiss.

Elfie Siegl hatte das Wochenende vor dem Putsch noch bei Freunden auf einer Datscha verbracht. Aber sie war unruhig, hatte ein Gefühl, als würden die Dinge bald in Bewegung geraten. – Instinktsicher wies sie ihre Redaktion deshalb darauf hin, dass die alte Parteielite womöglich diesen Vertrag unter allen Umständen verhindern würde, und eilte voller Vorahnungen nach Moskau. Ihr Instinkt hatte sie nicht getrogen: Getragene Musik im Fernsehen, diesmal 'Schwanensee', deuteten am 19. August auf große Ereignisse hin. Schließlich ließ der Vizepräsident Gennadij Janajew über Funk und die amtliche Nachrichtenagentur TASS verkünden, er übernehme aufgrund der Unfähigkeit Gorbatschows infolge gesundheitlicher Probleme ab sofort die Präsidentschaft. Im Land sei der Ausnahmezustand verhängt und ein Staatskomitee lenke jetzt die Geschicke des Landes. Drahtzieher des Komitees waren neben Janajew der Innenminister Boris Pugo und der KGB-Chef Wladimir Krjutschkow. Drei Tage verblieben ihnen, um mit Gorbatschows Politik abzurechnen: Das Land sei unregierbar geworden, Gorbatschow verantwortlich für Nationalitätenkonflikte und deren Folgen und für den wirtschaftlichen Niedergang. Scharf verurteilt wurde Gorbatschows Hilfeersuchen an das westliche Ausland. Das Land leide unter der unversöhnlichen Auseinandersetzung um Gesetze zwischen Zentralgewalt und Republiken. Nach drei Tagen war dieser Putsch kläglich gescheitert, und ein neuer starker Mann betrat die politische Bühne:

### Boris Jelzin

Ein gutes Beispiel für die verschlungenen Wege der Nachrichtenbeschaffung und die Vorteile eines feinen Gespürs zeigte Elfie Siegl an der Person Boris Jelzins:

Nach einer steilen Karriere, die ihn zum Moskauer Parteichef und Kandidaten für das Politbüro führte, verlor er Anfang 1988 seine Ämter. Vorangegangen war der Versuch, die Privilegien der Nomenklatura zu schleifen, den Sumpf dieser Mafia trocken zu legen, Verschiebung von knappen Lebensmitteln zu verhindern. Als Radikalreformer war Jelzin dadurch auch mit Gorbatschow in Kon-

flikt geraten und seither lediglich 1. Stellvertreter der Vorsitzender der staatlichen Baubehörde.

Anfang 1989 verbreitete sich das Gerücht, Jelzin wolle wieder aktiv in das politische Geschehen eingreifen und auf einer Veranstaltung in der Parteihochschule des Jugendverbandes Komsomol sprechen. Eine geschlossene Veranstaltung, Ausländer waren nicht erwünscht und eigentlich für sie tabu. Die Pfortnerin, eine ältere Frau, ließ sich von Elfie Siegls gemurmeltem Hinweis auf eine persönliche Einladung bluffen, und ohne Ausweiskontrolle konnte die Journalistin in Begleitung eines deutschen Historikers die mit ca.800 Menschen überfüllte Aula betreten. Mit einer Tätigkeit als Vize-Bauminister und 80 % Papierkram, so machte Jelzin zu Beginn deutlich, könne er sich nicht abfinden. Er sei gewohnt mit Menschen zu arbeiten,

Über drei Stunden beantwortete er Fragen aus dem Publikum, erklärte sein Scheitern damit, dass er den Einfluss der Moskauer Mafia unterschätzt habe. Viele Zuhörer wollten wissen, wie es in ihrer Heimat um die Privilegien der Partielite stehe. Zwar seien die Sonderzuteilungen an Lebensmitteln abgeschafft, doch es gebe schon wieder Ansätze zu neuer Ungerechtigkeit: Die Nomenklatura könne Sonderbestellungen aufgeben. Er werde sich wieder politisch engagieren, verkündigte Jelzin, so gehöre er der Gruppe "Memorial" an, die ein Denkmal für die Stalinopfer in Moskau errichten wolle. Auf Solschenizyn angesprochen, der doch ebenfalls in der 'Memorial-Gruppe' mitarbeite, erklärte Jelzin, dieser sei ein begabter Autor, habe im übrigen seine Mitarbeit inzwischen abgesagt mit der Begründung, seine Aufarbeitung des Stalinismus sei mit dem 'Archipel Gulag' erfolgt. Darüber, dass Solschenizyn auch gegen Lenin sei, könne man streiten, nach Jelzins persönlicher Meinung sollten aber alle Bücher Solschenizyns 'bei uns' gedruckt werden. Es ist nicht überraschend, dass ein Mann mit solcher Ausstrahlung und offensichtlicher Entschlossenheit, ein den Menschen zugewandter Politiker, nach seinem Parteiaustritt im Juli 1990 im Juni 1991 zum Präsidenten der Russischen Republik gewählt wurde. Als solcher war er durch den Putschversuch der alten Kräfte genauso gefährdet wie Gorbatschow. Jelzin war es, der sich an die Spitze der Putschgegner stellte, der den zivilen Widerstand der Moskowiter entzündete und es erreichte, dass die eingesetzten Elitedivisionen am Ende die Fronten wechselten und sich nicht dazu hergaben, auf das Weiße Haus zu schießen. Dorthin hatte Jelzin sich begeben und die Journalisten aus aller Welt aufgefordert, auch dort zu bleiben. Fotos dieser aufregenden Ereignisse gingen um die

Welt und bescherten unserer Referentin, wie zu Anfang dieses Berichts beschrieben, eine unvergessliche Autofahrt inmitten einer russischen Panzerkolonne.

Das 'Staatskomitee' der Putschisten verarbeitete die klägliche Niederlage auf landestypische Weise: Es gab noch eine Pressekonferenz, auf der die Mitglieder betrunken erschienen, mehrere Putschisten erschossen sich, u.a. der Innenminister.

Gorbatschow wurde zunächst mit seiner Familie an seinem Urlaubsort auf der Krim festgesetzt, nach Ende des Putsches nach Moskau geholt. Nun aber bestimmte Jelzin den Gang der Dinge

Statt zu einem neuen Unionsvertrag kam es zur Lösung der baltischen Staaten und der südlichen Sowjetrepubliken. Unter Auflösung der UdSSR entstand ein Bund mit der Ukraine und mit Belarus, die GUS. Seine letzte Fernsehrede als Kremlchef hielt Gorbatschow bereits als machtloser Mann: Zuvor war ihm das Präsidenten-Telefon abgestellt worden, er hatte das letzte Dekret Jelzins unterschrieben, das ihn als Oberbefehlshaber der Armee absetzte, und den "atomaren Knopf", den Code für den Einsatz von Nuklearwaffen an Jelzin abgegeben. Unmittelbar nach der Fernsehrede wurde die rote Fahne mit Hammer und Sichel über dem Kreml heruntergezogen und durch die weiß-rot-blaue Fahne Russlands ersetzt.

Ein Weltreich hatte aufgehört zu existieren.

# Russisches Leben in Berlin – ein Rundgang durch Charlottengrad

**Führung: Prof. Dr. Ingo Juchler, Politikwissenschaftler und Germanist**

**Rundgang am 28. April 2018**

In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte sich der Berliner Westen zu einer geistigen Ersatzhauptstadt der russischsprachigen Welt. In dieser kurzen Blütezeit entstanden unzählige russische Theater, Kabarets, Restaurants, Verlage und Geschäfte. „Es war eine Stadt in der Stadt; hier entstand das in der russischen Geschichte nahezu singuläre, künstliche Modell eines intensiven intellektuellen und kulturellen Lebens außerhalb Russlands, mitten in der deutschen Haupt-

stadt der Zwanziger Jahre.“ (Natan Federowski, 1978) Der Rundgang wird zwischen Wittenbergplatz, Prager Platz und S-Bahnhof Halensee Orte streifen, an denen russische Schriftsteller\*innen, Künstler\*innen und Geschäftsleute gelebt haben, die ihre Eindrücke aus jener Zeit schriftlich hinterlassen haben, sei es in literarischen Werken, Briefen oder anderen Selbstzeugnissen.

## Veranstaltungsbericht

**Sonja Miltenberger (Berliner Geschichtswerkstatt e.V.)**



Ingo Juchler (Mitte) am Beginn des Rundgangs, Foto: Peter Lassau

Mit dem Rundgang am Ende unserer Veranstaltungsreihe schließt sich der Kreis zu unserer Auftaktveranstaltung: Das Russische Leben im Westen Berlins der 1920er Jahre. Der Titel - ein Rundgang durch Charlottengrad – irritierte ein wenig, ging es doch ausschließlich durch Schöneberg und Wilmersdorf. Den Nicht-Berlinern unter den zahlreichen Gästen war dies ziemlich schnurz, denn Berlin ist Berlin! Aber gerade in den Zwanzigern war Berlin, so wie wir es heute kennen, ein noch sehr junger Zusammenschluss von verschiedensten umliegenden Städten und Gemeinden. Erst seit 1920 gehörten Schöneberg, Wilmersdorf und Charlottenburg zu Berlin. Und Charlottenburg, damals auch liebevoll Charlottengrad genannt, ist der Ort gewesen, an dem man sah und gesehen wurde; hier wurde ausgestellt, gespielt,

gesungen, verlegt, getrunken, geredet und debattiert. Hier trafen sich Künstler\*innen aller Couleur, Wissenschaftler, Unternehmer, Politiker, Verfolgte und Gestrandete. Als Wohngegend aber waren dann doch die etwas ruhigeren und oftmals auch bezahlbareren Gegenden im westlichen Schöneberg und nördlichen Wilmersdorf bevorzugt.

Und – immerhin gehörte der Ausgangspunkt unseres Rundgangs, der Wittenbergplatz, vor 1938 tatsächlich zu Charlottenburg. So, das wäre also geklärt.



Auf dem Wittenbergplatz, Foto: Peter Lassau

Die Strecke verlief vom Wittenbergplatz über die Bayreuther Straße zum Viktoria-Luise-Platz, weiter zum Prager Platz, Trautenaustraße, Düsseldorfer Straße, Paulsborner Straße und endete schließlich in der Nestorstraße unweit des Kurfürstendamms, westlich des Lehniner Platzes.

Das Wetter spielte mit und am Ende der zweieinhalbstündigen Tour ahnte auch der letzte Nicht-Berliner, det Berlin janz schön groß is.

An neun Orten erzählte Prof. Ingo Juchler von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nach Berlin kamen; manche nur für kurze Zeit, andere gar bis zu ihrem Lebendende, wie zum Beispiel die Dichterin Vera Lurié, die bis 1998 in der Westfälischen

Straße 33 wohnte. Ganz in der Nähe, in der Nestorstraße 22, lebte Vladimir Nabokov. Marina Zwetajewa, heute wird sie als die bedeutendste russische Dichterin des 20. Jahrhunderts gefeiert, hatte es von ihrer Wohnung in der Trautenaustraße 9 nicht weit zum Prager Platz. In der dortigen Prager Diele, einem damals bekannten Treffpunkt russischer Intellektueller, traf sie unter anderem Andrej Belyj und Ilja Ehrenburg.

### Von Klein-Petersburg nach Charlottengrad

**Zusammenfassung: Peter Lassau (Berliner Geschichtswerkstatt e. V.)**

Weit war der Weg von Klein-Petersburg nach Charlottengrad, der ca. 30 Interessierte am 28. April auf die Spuren des russischen Berlins der 1920er Jahre führte. Vorneweg, drahtig, gut zu Fuß und glänzend vorbereitet, Professor Juchler.

Dem Anlass angemessen war unser Treffpunkt vor dem U-Bahnhof Wittenbergplatz. Von dort hatte man bei wunderbarem Sommerwetter einen freien Blick auf das KaDeWe, so, wie es sich dem Betrachter in den 1920er Jahren dargeboten haben könnte. Ein nobles Kaufhaus. Seine Kundschaft damals, in der Zeit der Inflation: Hauptsächlich Russen, Besitzer von Devisen, die bis zur Einführung der Rentenmark im Jahre 1923 sehr gut mit der rasenden Entwertung der deutschen Reichsmark zurechtgekommen waren.



Wittenbergplatz, 1927,

Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

Weiter führte uns der Weg über den Prager Platz zum Viktoria-Luise-Platz. Dutzende von russischen Geschäften, von Kaufläden über Kanzleien bis zu russischen Verlagen hatten hier einst eine Parallelwelt gebildet. Wilde Diskussionen, Kabale, Intrigen, Liebesdramen, heftige Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Community hatten sich hier abgepielt, zum Teil absurde Geschichten.

In der Nettelbeckstraße, nahe bei der Urania hatte Anna Anderson bei der Familie des Barons Arthur v. Kleist Aufnahme gefunden. Eine erstaunliche Karriere war es, die diese junge Frau in die Schlagzeilen der Berliner Presse geführt hatte, die ansonsten wenig Notiz von den Berliner Russen nahm. Franziska Schanzkowska, wie sie eigentlich hieß, eine westpreußische Fabrikarbeiterin, war nämlich im Februar 1920 aus dem Landwehrkanal gerettet worden, nannte sich Anna Anderson und behauptete bis zu ihrem Tod hartnäckig, sie sei Anastasia, die jüngste Zarentochter, und sie sei auf abenteuerliche Weise den Bolschewiken entkommen. Das glaubten ihr nicht nur viele Exilanten allzu gern. Erst Jahre nach ihrem Tod konnte in den 1990er Jahren ihre wahre Identität durch eine Genanalyse geklärt werden. Fürwahr eine geniale Anpassung und individuelle Nutzung der Widersprüche der Zeit.



Kleiststraße Ecke Lutherstraße und Nettelbeckstraße, 1904

Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

Ein Großteil der Gebäude, in denen sich all diese Dinge abgespielt hatten, ist den Kriegswirren zum Opfer gefallen, etliche sind aber noch erhalten, und auf einige, an die uns unser Rundgang führte, sei hingewiesen:

## Trautenaustraße 9

“Trautenu-Haus” oder “Russen-Haus” nannten die Emigranten die ‘Pension Elisabeth Schmidt’, die sich in den 1920er Jahren in diesem Haus unweit des Prager Platzes befand. – Hier wohnte etwa drei Monate lang die bekannte Lyrikerin Marina Zwetajewa. Diese Dichterin liebte Deutschland, hatte eine deutschstämmige Mutter und sprach perfekt Deutsch. Mehrere Monate hatte sie vor dem 1. Weltkrieg in Berlin verbracht. Sie litt besonders unter dem Krieg zwischen Deutschland und Russland. In den Wirren der Revolution war die jüngste ihrer beiden Töchter in Moskau verhungert. Bereits damals galt die Zwetajewa als große Lyrikerin. Ilja Ehrenburg hatte dafür gesorgt, dass ihre neuesten Gedichte gedruckt und in den russischen Buchhandlungen angeboten wurden. So bereitete ihr das ‘russische Berlin’ um Nollendorfplatz und Prager Platz einen großartigen Empfang. Schnell fasste sie Fuß in dieser Szene,

Das Haus wurde im 2. Weltkrieg nur geringfügig beschädigt, sodass es auch heutigen Besuchern noch so erscheint wie vor fast 100 Jahren z.B. der Zwetajewa, Andrej Bely, Ilja Ehrenburg, Boris Pasternak, Vladimir Nabokov, kurz: der Prominenz des russischen Berlin.



Prager Platz Ecke Trautenaustraße, 1920er Jahre,  
Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

Ilja Ehrenburg, eine der schillerndsten Figuren unter ihnen, beschrieb das Nachkriegs-Berlin als eine Stadt, die nach außen hin ein Stadtbild wie zu ‘Kaisers Zeiten’ bewahrte, hinter den Kulissen aber marode und arm war – ein krampfhafter Versuch, die Ordnung aufrecht zu erhalten. – Im Westen der Stadt, so seine Beobachtung, ging es ‘überpatriotisch’ zu, im Osten hingegen ‘internationalistisch’. Entsprechend zögen hin und wieder Gruppen aus dem Westen mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in die östlichen Regionen der Stadt, während umgekehrt östliche Stadtbewohner mit der ‘Internationale’ den Westteil provozierten. – Beliebt waren Ehrenburgs Bücher bei der

deutschen Linken. Viele der Werke landeten bei der NS-Bücherverbrennung 1933 in den Flammen.

## Viktoria-Luise-Platz 1

Hier wurde im August 1923 Liane Berkowitz als Tochter des russischen Konzertmeisters Victor Wasiljew geboren. Die Wasiljews waren kurz vorher aus der Sowjetunion nach Berlin geflohen. Nach dem Tod des Vaters heiratete die Mutter Henry Berkowitz, der Liane adoptierte. Über die ‘Heilsche Abendschule’ (heute Silbermannschule) kam sie unter anderen in Kontakt mit Mildred Harnack, die dort Englischunterricht gab. Eine Verbindung zur ‘Roten Kapelle’ war hergestellt:

Mit Aufklebern wandte sich die Rote Kapelle im Mai 1942 gegen die Ausstellung “Das Sowjetparadies” der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Maßgeblich war Liane Berkowitz daran beteiligt. Im August 1943 wurde sie in Plötzensee hingerichtet.

## Viktoria-Luise-Platz 9

Im Jahr 1922 befand sich dort die Pension Crampe. In ihr fanden Unterkunft Nina Berberowa und Wladislaw Chodassewitsch, ein Paar, das sich alsbald in der russischen Berliner Kulturszene bemerkbar machte. Sie als umschwärmte Schönheit und kluge Partnerin, er als offenbar hässlicher, aber ehrgeiziger und von Gorki protegierter Lyriker. Marina Zwetajewa, eine der erfolgreichsten russischen Lyrikerinnen der Zeit, nannte ihn hingegen in einem Brief “spitz-böse und mickrig-böse, (...) eine Wespe oder eine Lanzette, jedenfalls etwas insektenartig-medizinisches, ein Giftzwerg” (Urban, S 150). Ein Beleg für die Lebhaftigkeit innerhalb der russischen Community dieser Jahre. 1931 trennte sich das Paar. Chodassewitsch starb im Juni 1939 in einer Klinik bei Paris, Nina Berberowa überstand die deutsche Besetzung Frankreichs, siedelte 1950 in die USA über, wo sie im Alter von 92 Jahren als erfolgreiche Professorin für russische Literatur im Jahr 1993 in Philadelphia starb. Ihre Tagebücher aus den 1920er Jahren sind bedeutende Quellen für die Geschichte des russischen Berlins.

## Rüdesheimer-Straße 3

Hier fand vom Mai 1922 bis 1924 Emma Goldman Zuflucht. Geboren in Litauen, als Kind lange Jahre bei der deutschen Großmutter in Königsberg, war sie mit 17 Jahren in die USA ausgewandert. Als anarchistische Feministin und Pazifistin machte sich die ‘rote Emma’ bald einen Namen. 1919 wurde sie von den USA nach

Russland ausgewiesen. Zum Bruch mit den Bolschewiken kam es, als diese unter Führung Trotzki den Aufstand der Kronstädter Matrosen blutig niederschlugen. Mit 67 Jahren schloss sie sich den anarchistischen Kämpfern im spanischen Bürgerkrieg an, arbeitete in deren internationalem Pressebüro in Barcelona.



Rüdeshheimer Straße, um 1925,  
Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

### Paulsborner-Straße 93

Wer kennt diesen Mann?, fragt Prof. Juchler und deutet auf die Abbildung eines bärtigen jungen Mannes mit wildem Haar, runder Brille und listig-frechem Gesichtsausdruck, lässig bekleidet mit einer praktischen Uniformjacke. – Mein Einwurf, das sei Fritz Teufel, wird sofort von einem aufmerksamen Zuhörer korrigiert. Kann ja auch wirklich nicht sein. Es handelte sich um Karl Radek,



Paulsborner Straße, um 1910,  
Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

Mitglied der polnischen Sozialdemokratie und der SPD, Begleiter Lenins im Eisenbahnwaggon von der Schweiz nach Petersburg. Zusammen mit Ernst Reuter war er als Abgesandter der Bolschewiki im Dezember 1918 zum Reichsrätekongress nach Berlin gekommen und in diesem Haus untergetaucht, in dem die Rote Fahne eine Wohnung unterhielt. Nach seiner Verhaftung war zu befürchten, es könne ihn ein ähnliches Schicksal ereilen wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Radek war ein besseres Los beschieden. Im Gefängnis Moabit hatte er u.a. prominenten Besuch von Walther Rathenau. Offenbar kündigte sich

dessen Ostpolitik an, deren Ziel ein Ausgleich mit der Sowjetunion war, wie er im Rapallo-Vertrag von 1922 dann auch erfolgte. So wurde Radek 1920 mit allen Ehren aus der Haft entlassen.

### Nestorstraße 22

Von 1932 bis 1937 hatte Vladimir Nabokov, der Dichter der 'Lolita', hier gewohnt. Eigentlich hatte er nicht vor, nach Berlin überzusiedeln. Der Mord an seinem Vater im Jahr 1922 hatte ihn dazu bewogen. Dieser war bei dem Versuch, einen Anschlag auf Miljukow zu verhindern, getötet worden. Miljukow hatte sich bei einer politischen Veranstaltung für eine konstitutionelle Monarchie in Russland eingesetzt. Glücklicherweise soll Nabokov in Berlin nie gewesen sein, aber zumindest verliebte er sich, heiratete 1924 und blieb immerhin 15 Jahre in Berlin.

### Westfälische Straße 33

Länger als Nabokov hielt es von den hier genannten russischen Menschen nur Vera Lourié in unserer Stadt aus. Als jüdisch-russische Emigrantin war sie Anfang der 1920er Jahre nach Berlin gekommen. Die junge Dichterin war bekannt mit den Größen der russischen Bohème und bewegte sich sicher in den entsprechenden literarischen Zirkeln. Sie weigerte sich, 1933 Deutschland, ihre Wahlheimat, zu verlassen, änderte ihren Namen vom jüdischen Lur'e in Lourié und behauptete, sie habe hugenottische Vorfahren. Diese Frau überlebte die NS-Zeit in ihrer Altbauwohnung in Wilmersdorf, half den Hausbewohnern und schützte viele Frauen durch ihre Russischkenntnisse beim Einmarsch der Roten Armee. Nach 1990 vermietete sie bis zu ihrem Tod im Jahr 1998 einen Teil ihrer Wohnung an russische Studenten.



Henriettenplatz Ecke Kurfürstendamm und Westfälische Straße, um 1917, Quelle: Museum Charlottenburg-Wilmersdorf, Archiv

Nach diesem versöhnlichen Ende unseres (Rund-)Gangs, viele hielten ihn für einen Marsch, zog es einige in das nächstgelegene Café am Ku'damm zu Kaffee und Kuchen. Ein Fußbad hatte das Etablissement leider nicht im Sortiment.

## Nachwort

In den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts entstand in Berlin der Begriff der "Beziehungskiste", die manche jungen Leute gerade "zu loofen" hatten. Gemeint waren damit die Unwägbarkeiten in einer Liebesbeziehung. Soll man sich trennen, soll man zusammenbleiben? – Auf jeden Fall kostete die Klärung solcher Angelegenheiten viel Zeit, Energie, genaue Befragung von Herz und Verstand und sicher auch 'Vergangenheitsbewältigung' der Genese einer Partnerschaft und Ehrlichkeit. Kurz: Solche Dinge waren und sind kompliziert.

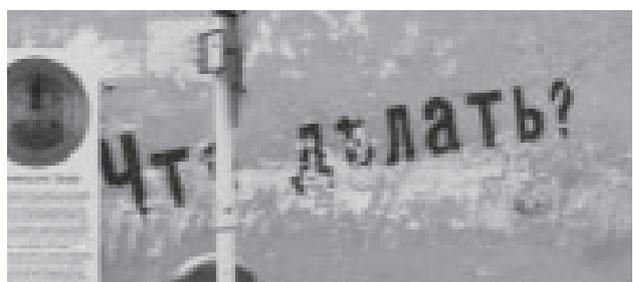
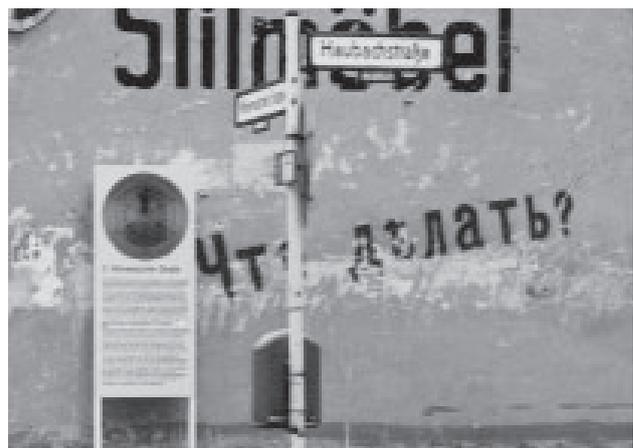
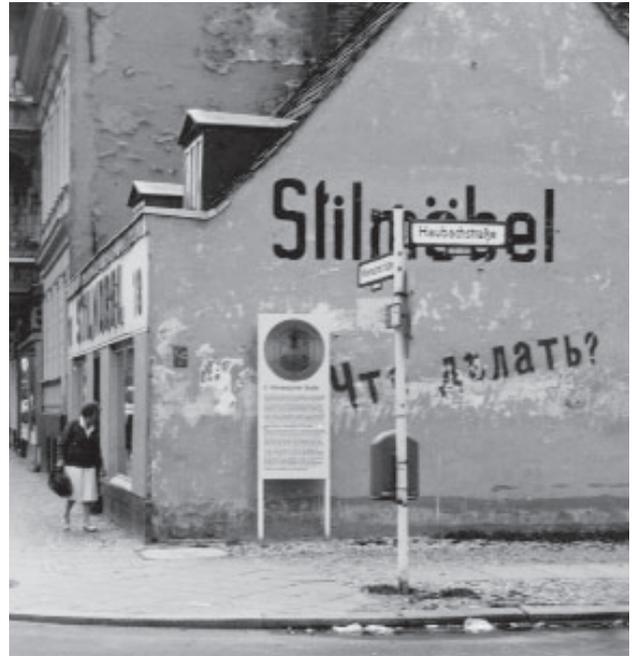
Es mag gewagt sein, dieses Bild heranzuziehen, um unserer Veranstaltungsreihe ein Resümee zu geben, schließlich ging es nicht um eine 'Liebesbeziehung'! – Obwohl: Ganz sicher bin ich da nicht:

Russische Herzlichkeit hatte übereinstimmend Ostberliner und Westberliner Studenten beeindruckt, und es scheint sie wirklich zu geben, die 'russische Seele'. Besonders entfaltet sie sich in der Begleitung von Wodka, dem 'Wässerchen', das, wie wir gelernt haben, als russischer Beitrag zum Weltkulturerbe angesehen werden muss. Zu Recht, meine ich, denn nicht nur bei unserer Veranstaltung zur Geschichte des Schilkin-Wodkas hat dieses Produkt zur Völkerverständigung beigetragen.

So wurde die eine Seite dieser Berlin-russischen 'Beziehungskiste' deutlich: Deutsche und russische Menschen machen die Erfahrung, dass Tradition, Lebensart, Sinnenfreuden, Umgangsformen des Gegenübers sympathisch und anziehend sein können.

Aufschlussreich sind aber auch die kleinen Unterschiede in der Wahrnehmung, die eine 'Beziehung' nachhaltig beeinträchtigen können:

Die Westberliner Exoten, die sich Anfang der 1970er Jahre zu einem Studium im damaligen Leningrad entschlossen hatten, waren erstaunt über ein offenes, freies Gesprächsklima mit ihren Mentoren. Sogar über den Abriss des Schlosses in Kaliningrad diskutierte man mit ihnen, und die beiden Studenten wurden zu ihrer Verblüffung ermuntert, möglichst alle Regionen dieses gewaltigen Landes zu bereisen, Reise genehmigungen würden die Mentoren befürworten. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: Jedenfalls keine schlechte Propaganda an die Adresse junger Leute aus dem kapitalistischen Ausland.



Graffiti auf einer Hauswand in Berlin-Charlottenburg  
Foto: Annette Dominik, 1987

Anders die Erfahrungen der Ostberliner Studenten: Ein Studium in der Sowjetunion war nicht exotisch, sondern eine begehrte Auszeichnung, einer Elite vorbehalten. Ernüchternd für sie war die Realität des Gastlandes. Mit zu Tage tretender Armut hatten sie nicht gerechnet. Die war in der mitgeführten herrschenden Ideologie nicht vorgesehen in einem Land,

## Nachwort

---

das laut Verordnung schon auf dem Weg vom Sozialismus zum Kommunismus war. Unerwartet auch, dass ihre russischen Mitstudenten sich überraschend unpolitisch verhielten. Auf die Idee, dass das mit den Überwachungspraktiken des KGB zu tun haben könnte, kamen seinerzeit offenbar nur wenige.

Die unterschiedlichen Erfahrungen beider Studentengruppen machen deutlich, wie kompliziert diese 'Beziehungskiste' zwischen Berlin und Russland selbst in solchen Details ist und wie schwierig es ist, ehrlich miteinander umzugehen. Nicht nur kompliziert, sondern höchst widersprüchlich ist die Sache insgesamt:

Einerseits so etwas wie Zuneigung, Respekt und Verständnis füreinander, andererseits Feindschaft, Verachtung, rücksichtslose Brutalität.

Das Schicksal der sowjetischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen mit dem Aufnäher 'OST' ist so ungeheuerlich, dass es schier aussichtslos erscheint, so etwas wie Normalität im Umgang miteinander herzustellen. Die speziellen Kranken- und Sterbelager in Berlin für die, die zu Tode geschunden worden waren – mehr Rücksichtslosigkeit und Unmenschlichkeit geht kaum.

Aber auch die russische Seite hat ihren Anteil an derartigen Verwerfungen: Der Leidensweg des Schöneberger Kneipenwirts Emil Potratz zeigt, wie ein aufrechter Mensch in das Mahlwerk der Geschichte geraten kann, zerrieben zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus. Dass Potratz trotz solcher Erfahrungen an seiner kommunistischen Überzeugung festhält, belegt m. E. die Substanz dieses Menschen und die Strahlkraft seiner Idee.

Die Veranstaltungen zur Zwangsarbeit und zu Emil Potratz veranschaulichten Heftigkeit, Gewalttätigkeit und Problematik in der Beziehung zwischen Berlin und Russland. Dinge, die in der Regel - um zum Bild der 'Beziehungskiste' zurückzukommen - die Beziehung beenden. Es ist nicht einfach, damit umzugehen, unmöglich ist es jedoch nicht:

**“Wir lieben die Deutschen und hassen die Faschisten.”** Diese Losung von russischer Seite gibt die Richtung für eine Befriedung vor. In unserer Auftakt- und in unserer Schlussveranstaltung wurde jeweils deutlich, wie eng die kulturelle und politische Verwo-

benheit sich gerade in Berlin darstellt. Lenin, der die Organisationsstruktur der deutschen Post als Muster für die neue Planwirtschaft ansieht, gelangt 1917 über Berlin und mit Hilfe der Berliner Regierung nach Petersburg. Das Sowjetsystem ist lange Zeit Vorbild für viele deutsche Sozialisten und Kommunisten. Karl Radek reist zusammen mit Ernst Reuter, der vielen Berlinern noch bekannt sein dürfte, als Abgesandter der Bolschewiki zum Rätekongress nach Berlin. Er wird verhaftet und landet im Gefängnis Moabit. Lebensgefährlich für ihn, aber er hat Glück: Walther Rathenau erkennt offenbar damals schon, welche Möglichkeiten sich für die deutsche Außenpolitik eröffnen, wenn sie mit der Sowjetunion kooperiert. So besucht er Karl Radek im Gefängnis und es ist dann nicht mehr überraschend, dass der 1920 ehrenvoll entlassen wird. Zwei Jahre später wird der Rapallo-Vertrag, der die Politik Rathenaus widerspiegelt, unterzeichnet und Russland (bzw. die Sowjetunion) und Deutschland, die beiden Verlierer des 1. Weltkriegs, verabreden eine enge Zusammenarbeit. Da zeigt sich, um das Bild der 'Beziehungskiste' aufzugreifen, dass Vernunftfehen mitunter stabiler sind als Liebesbeziehungen.

Auffällig viele Menschen gab es und gibt es sicher auch heutzutage, die sich in beiden Kulturkreisen zu Hause fühlen, die emotional an beiden hängen. Andererseits existiert aber auch eine russische Parallelgesellschaft, die sich abschottet. – Eine wirklich komplizierte 'Beziehungskiste'.

Wie man nach den Gewaltorgien des 20. Jahrhunderts trotzdem eine gedeihliche Zusammenarbeit mit russisch/sowjetischen Institutionen erreichen kann, verriet ein Blick hinter die Kulissen der Nachrichtenbeschaffung. Neben Empathie für dieses Land, Geistesgegenwart, Sprachvermögen und Phantasie sind es ein paar Eigenschaften, die der russischen Mentalität entgegenkommen, z.B. Nervenstärke, Gelassenheit und mit Sicherheit auch Trinkfestigkeit.

2017 wurde in Moskau ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus errichtet. Da könnte man die oben beschriebene Losung ergänzen:

**Wir respektieren einander und lehnen Faschismus und Stalinismus ab.**

Peter Lassau





**Dokumentation zur Veranstaltungsreihe  
der Berliner Geschichtswerkstatt e.V.  
von Oktober 2017 bis April 2018**

16. Oktober 2017

Von Moskau nach Charlottengrad - Russische Emigration in den 1920er Jahren

13. November 2017

Schilkin – die unerhörte Geschichte des russischen Wodkas in Berlin

11. Dezember 2017

Emil Potratz zwischen Deutschland und der Sowjetunion –  
Das Schicksal eines kommunistischen Schöneberger Gastwirts

22. Januar 2018

Sowjetische Zwangsarbeit in Berlin – „Ostarbeiter/innen“ erinnern sich

12. Februar 2018

Berliner Studenten an Moskauer und Leningrader Hochschulen 1950-1990

12. März 2018

Der Untergang eines Imperiums – Die letzten Tage der Sowjetunion,  
ein Augenzeugenbericht

28. April 2018

Russisches Leben in Berlin – ein Rundgang durch Charlottengrad

[www.berliner-geschichtswerkstatt.de](http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de)

Goltzstraße 49, 10781 Berlin

Tel: 030 - 215 44 50